

# BESCHLUSSBUCH

***SOLIDARISCH.  
KOMME WAS WOLLE.***

---

---

**BUNDESKONGRESS**

**2022** Oberhausen  
28. bis 31. Oktober

# Anträge

## Inhaltsverzeichnis

### Beschlüsse

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B03	<b>Das politische Streikrecht erkämpfen</b> Jusos Bayern <i>angenommen</i>	4
B04	<b>Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft verbessern – Lehren aus #ichbinhanna ziehen</b> Jusos Sachsen-Anhalt <i>angenommen</i>	6
C05	<b>Studierende unterstützen – Psychische Gesundheit ernst nehmen</b> Jusos Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	9
D01	<b>Aufbauprogramm Ostdeutschland</b> Jusos Mecklenburg-Vorpommern, Jusos Sachsen, Jusos Brandenburg, Jusos Berlin, Jusos Thüringen, Jusos Sachsen-Anhalt <i>angenommen</i>	11
F16	<b>Klare Haltung gegenüber unseren demokratischen Freund*innen in Taiwan</b> Jusos Hamburg <i>angenommen</i>	22
G01	<b>Gewalt gegen Frauen stoppen!</b> Jusos Nord-Niedersachsen <i>angenommen</i>	24
G02	<b>Reproduktive Selbstbestimmung - Jetzt!</b> Jusos Nordrhein-Westfalen <i>angenommen</i>	28
G03	<b>Trans* liberation now: Für ein echtes Selbstbestimmungsgesetz!</b> Jusos Berlin <i>angenommen</i>	35
G06	<b>Sexarbeit ist Arbeit!</b> Jusos Berlin <i>angenommen</i>	39
I02-Neu	<b>I02 Bevölkerungsschutz - Katastrophe ohne Schutz (NEUFASSUNG)</b> Jusos Hessen-Süd <i>angenommen</i>	44
I03	<b>"Clankriminalität"- Ein Konzept aus einer anderen Zeit!</b> Jusos Saar <i>angenommen</i>	49
INI01	<b>Zeitenwende – aber richtig!</b> Bundesvorstand <i>angenommen</i>	50
INI02	<b>Wir sind solidarisch. Komme, was wolle.</b> Bundesvorstand <i>angenommen</i>	75

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
INI03	Freiwilligendienste stärken - Nein zum Pflichtjahr und Ja zu mehr Dienststellen und einer Mindestaufwandsentschädigung Jusos Brandenburg <i>angenommen</i>	88
INI12	Echtes Ankommen statt rechter Hetze Jusos Thüringen <i>angenommen</i>	94
INI13	Keine halben Sachen – Legalize it, aber richtig! Jusos Schleswig-Holstein <i>angenommen</i>	99
INI14	Jin, Jiyan, Azadi! Solidarität mit den Protesten im Iran! Kampf dem Mullah-Regime! Jusos Hannover, Jusos Rheinland-Pfalz, Jusos Hessen-Süd, Jusos Saar <i>angenommen</i>	103
INI15	“Pssst”: Wir brauchen den Verfassungsschutzschutz - NSU Aufklärung jetzt! Jusos Hessen-Süd, Jusos Hessen-Nord <i>angenommen</i>	116
K01	Wittenberg ist nicht Paris - unsere Kampagne für Solidarität und gegen die extreme Rechte Jusos Brandenburg, Jusos Sachsen, Jusos Thüringen, Jusos Mecklenburg-Vorpommern, Jusos Berlin, Jusos Sachsen-Anhalt <i>angenommen</i>	119
K02	Faschistischen Bewegungen entgegenstellen - Den Grauen Wölfen und ihren Splitterorganisationen den Kampf ansagen! Jusos Nordrhein-Westfalen <i>angenommen</i>	122
N01	Breaking the (Block-)Chain Jusos Braunschweig (Jusos Braunschweig) <i>angenommen</i>	125
N04	Das Internet vergisst nicht, aber Accounts können gelöscht werden! Jusos Bremen <i>angenommen</i>	133
O05	Die Würde des Menschen ist unantastbar - sogenannte defensive Architektur verbieten Jusos Rheinland-Pfalz <i>angenommen</i>	134
P01	Gesundheit vor Profite Bundesvorstand <i>angenommen</i>	136
P02	Das Gebären den Gebärenden, nicht Patriarchat und Kapitalismus! Jusos Berlin <i>angenommen</i>	145
P09	Endometriose: Zwei Millionen Betroffene und keine Unterstützung Jusos Hessen-Süd <i>angenommen</i>	151
P13	HPV effektiv bekämpfen Jusos Hessen-Nord <i>angenommen</i>	154

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
U01	<b>Schutz und Erhalt des Wattenmeeres!</b> Jusos Weser-Ems <i>angenommen</i>	155
U02	<b>It's gettin' hot in here: Abkehr von atomar-fossilen Energien beschleunigen, um Erderwärmung zu bremsen und Klimaziele zu erreichen!</b> Jusos Hannover <i>angenommen</i>	158
U03	<b>Wiiiiyyyyld! - 3 Prozent Wildnis sind das Minimum für eine wilde Welt</b> Jusos Braunschweig (Jusos Braunschweig) <i>angenommen</i>	170
U04- NEU	<b>Bäume im Wald lassen - keine Förderung mehr für Pelletheizungen (Neufassung)</b> Marie-Christin Schlüter (Jusos Rheinland-Pfalz) <i>angenommen</i>	173
V01	<b>Rail New Deal - Zukunft des Schienenverkehrs</b> Bundesvorstand <i>angenommen</i>	175
W01	<b>Volle Kraft voraus! – Zeitenwende auch in der Werftpolitik</b> Jusos Bremen, Jusos Hamburg, Jusos Nord-Niedersachsen, Jusos Weser-Ems, Jusos Schleswig-Holstein, Jusos Mecklenburg-Vorpommern <i>angenommen</i>	186
W12	<b>Genug ist Genug</b> Jusos Bayern <i>angenommen</i>	192

## Antrag B03: Das politische Streikrecht erkämpfen

1    Verglichen mit anderen Demokratien und vor allem mit anderen westlichen  
2    Industriestaaten fällt auf, dass die Bundesrepublik Deutschland ein erheblich  
3    restriktives Streikrecht hat. Von den 27 Staaten der Europäischen Union +  
4    Großbritannien, ist der politische Streik nur im vereinigten Königreich, Österreich  
5    und Deutschland illegalisiert. Ein Verbot ist indes nirgendwo festgeschrieben. Auch  
6    mit den Illegalisierungen von Beamtenstreiks, Blockaden, Boykotts, dem Streikverbot  
7    durch die christlichen Kirchen, der Einengung von Streikmöglichkeiten nur auf  
8    tarifvertraglich regelbare Ziele und den Einschränkungen bei Sympathiestreiks, sind  
9    Defizite in unserer politischen und wirtschaftlichen Demokratie verankert.

10    Wir fordern daher eine Streikrecht gemäß dem Art. 23 der allgemeinen Erklärung der  
11    Menschenrechte der Vereinten Nationen, den Übereinkommen 87 und 98 der  
12    Internationalen Arbeitsorganisation und dem Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen  
13    Sozialcharta zu verankern.

14    Streiks sind für uns eine gewerkschaftlich organisierte Form kollektiver Konflikte  
15    zwischen Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen. Wir fordern die Legalisierung  
16    dieser Streiks, auch wenn sie nicht auf den Abschluss eines Tarifvertrages abzielen.  
17    Auch diese Art der Arbeitsniederlegung sind für uns legitime Formen der politischen  
18    und wirtschaftlichen Partizipation von Arbeitnehmer:innen.

19    Darüber hinaus fordern wir §160 SGB III abzuschaffen, damit zukünftig Arbeiter:innen,  
20    welche in Streiksituationen von der sogenannten kalten Aussperrung betroffen sind  
21    wieder Anspruch auf ALG I erheben können. Wir fordern die vollumfängliche Abschaffung  
22    des kirchlichen Arbeitsrechts und des Tarifeinheitsgesetzes, da aus diesen auch und  
23    vor allem dem Arbeitskampf Nachteile erwachsen.

24    Die Schwäche des deutschen Streik- und Arbeitskampfrechts ist gerade während der  
25    letzten Monate ganz frappierend zum Vorschein gekommen. Nicht jede Branche kämpft nur  
26    für sich und nicht jede Branche hat gleich günstige Voraussetzungen für den  
27    Arbeitskampf. So wären 7-wöchige Streiks (mit denen die IG Metall in den 80ern die  
28    35-Stunden Woche durchgesetzt hat) in der Kranken und Altenpflege kaum denkbar und  
29    würden ganz erheblich die Gesundheit dritter beeinflussen. Die Aufgabe jeglicher  
30    Forderung und die schiere Abhängigkeit von übermächtigen Arbeitgeber:innen bzw.  
31    Trägerorganisationen kann aber nicht der Weg nach vorne sein.

32    Im Kollektivarbeitsrecht gilt der Dritte Weg der Kirche, der Streiks als Mittel der  
33    in Art. 9 III GG gesicherten Tarifautonomie wegen des „Dienst am Nächsten“  
34    verbietet und sie stattdessen durch Kommissionen gesichert sieht, die paritätisch mit  
35    Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden besetzt sind. Nach einem Urteil des  
36    Bundesarbeitsgerichts müssen Kirchen nunmehr sicherstellen, dass Gewerkschaften in  
37    den Prozess eingebunden werden. Ver.di wies jedoch zurecht darauf hin, dass die  
38    Entscheidungen der Kommission nicht bindend sind, sondern lediglich Richtlinien  
39    darstellen, die in jeden Individualarbeitsvertrag ausdrücklich einbezogen werden  
40    müssen. Auch die Bildung eines Betriebsrats ist in kirchlichen Einrichtungen nicht  
41    möglich (§ 118 II BetrVG).

42    Und ist von Nächstenliebe - auf die die Kirche ihr Streikverbot stützt - nicht auch  
43    umfasst, Menschen nicht in prekären Arbeitsbedingungen zu beschäftigen? Die  
44    gesetzliche Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Kirche (Art. 140 GG iVm Art.

45 137 III WRV) ist nach 1945 umgedeutet worden und wird erst seitdem als  
46 Kirchenprivileg ausgelegt. So waren etwa Streiks der kirchlichen Beschäftigten in der  
47 Weimarer Republik üblich. Derart absolut, wie von der Kirche dargestellt, kann das  
48 Selbstbestimmungsrecht mithin gar nicht sein. Erwähnenswert ist auch, dass in  
49 christlich-konservativeren Ländern als Deutschland - wie Spanien oder Italien - ein  
50 solches Sonderarbeitsrecht und die damit einhergehenden Loyalitätspflichten nicht  
51 gelten. Hier drängt sich die Frage auf, ob es - wie von der Kirche wiederholt  
52 vorgebracht - aus religiöser Sicht tatsächlich so weitreichender Vorschriften zur  
53 Wahrung der kirchlichen Glaubwürdigkeit und Erfüllung ihres religiösen Auftrags in  
54 Einrichtungen der sozialen Infrastruktur bedarf. Wir wollen daher nicht nur den  
55 solidarischen Streik ermöglichen, was den Gewerkschaften und der arbeitenden  
56 Bevölkerung einen gewaltigen Hebel zur unmittelbaren Verbesserung der  
57 Arbeitsbedingungen verschafft. Wir wollen auch den politischen Streik in Deutschland  
58 endlich auf eine rechtlich sichere Grundlage stellen.

## Antrag B04: Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft verbessern – Lehren aus #ichbinhanna ziehen

Die Arbeitsbedingungen für Nachwuchswissenschaftler\*innen müssen deutlich verbessert werden. Das gilt sowohl für die Universitäre, wie auch für die Außeruniversitäre Forschung. Die Arbeitsbedingungen für junge Wissenschaftler\*innen (Promovierende und Post-Docs) sind schlecht. Als das Bundesministerium für Bildung und Forschung ein Informationsvideo zum WissZeitVG veröffentlichte mit der Aussage, das WissZeitVG verhindere die "Verstopfung" von Stellen und die "Fluktuation fördere die Innovationskraft", war die Empörung unter wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen groß, der Hashtag #ichbinhanna wurde ins Leben gerufen. Leider argumentiert aber die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) aktuell bei ihren Vorschlägen zur Änderung des WissZeitVG dennoch genau so. Zur Realität des wissenschaftlichen Personals (von Doktorand\*innen bis Juniorprofessor\*innen) gehören:

- unbezahlte Überstunden pro Woche
- Kettenbefristungen
- oft nur Verträge über einige Monate
- oft Vollzeit arbeiten, aber nur eine halbe oder 2/3 Stelle haben
- unsicheres Privatleben

Eine wissenschaftliche Karriere endet nach 12 Jahren befristeter Verträge, wenn keine Festanstellung oder Professur erreicht wurde. Durch die schlechten Arbeitsbedingungen und die fehlende Planbarkeit ist Vereinbarkeit von Beruf und Familie kaum gegeben. Dies ist auch der Grund, warum nur 27% der W2-Professuren von Frauen besetzt sind, während der Frauenanteil bei Promotionen noch 45% beträgt.

### **Befristungen:**

Dazu bedarf es einer Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetz auf Bundesebene, das Kettenbefristungen maximal eingrenzt und eine Befristungsquote von unter 35% gewährleistet und die aktuelle geltende maximale Beschäftigungsdauer von 12 Jahren muss fallen, um einen leistungsfähigeren Mittelbau zu ermöglichen und mehr Flexibilität und Sicherheit in der Lebensplanung von jungen Akademiker\*innen zu gewährleisten. Dazu müssen Qualifizierungsziele und Mindestvertragslaufzeiten gesetzlich vorausgesetzt werden.

### **Promovierende**

Promovierende brauchen Arbeitsverträge, die ihnen genug Zeit zum Promovieren ermöglichen. Wir fordern Mindestlaufzeiten von mindestens vier Jahren für Erstverträge in der Promotionsphase. Dabei ist besonders die zeitliche und finanzielle Berücksichtigung von Elternzeit, Krankheits-, Angehörigenpflegezeiten, Lehre oder administrativen Aufgaben wichtig. Langfristig sollen die Vertragslaufzeiten, orientiert an der durchschnittlichen Promotionsdauer, auf sechs Jahre angehoben werden. Die Lehrtätigkeit von Promovierenden soll grundsätzlich auf maximal 2 Semesterwochenstunden begrenzt sein.

## 39 Post-Docs

40 Die Anzahl der befristeten Postdoc Stellen muss reduziert und gleichzeitig die Anzahl  
41 der unbefristeten Stellen für Forschende und Lehrende ausgebaut werden. Das  
42 Verhältnis zwischen befristeten und unbefristeten Stellen muss die Möglichkeit  
43 sicherstellen, dass mit der Entscheidung zum Post-Doc auch die Entscheidung für eine  
44 akademische Laufbahn verbunden ist. Um den meist jungen Post-Docs Planungssicherheit  
45 zu geben, brauchen wir grundsätzlich eine Entfristung nach der Promotion,  
46 insbesondere bezüglich Daueraufgaben. Eine Befristung soll nur dann möglich sein,  
47 wenn eine Anschlusszusage geregelt ist. Das bedeutet, dass sofern die vereinbarten  
48 Entwicklungsziele von den Post-Docs eingehalten werden, Post-Docs die zugesagte  
49 Entfristung enthalten. Im Übrigen soll eine weitere Anstellung an der selben  
50 Universität nur in einem unbefristeten Verhältnis erfolgen dürfen. Im Post-Doc  
51 Bereich sollten die Grundsätze „keine Befristung für Daueraufgaben“ und „keine  
52 Befristung ohne Dauerperspektive“ gelten

53 Wir fordern, dass mindestens drei Viertel der Arbeitszeit von Promovierenden für ihre  
54 Qualifikation festgeschrieben wird. In der Praxis haben Promovierende während ihrer  
55 Arbeitszeiten oft nicht ausreichend Zeit, sich ihrer eigenen wissenschaftlichen  
56 Arbeit zu widmen. Dadurch ist es in vielen Fällen gar nicht möglich, dass die  
57 Promotion in der dafür vorgesehenen Zeit erreicht wird. Bei einer Teilzeitstelle wird  
58 dennoch erwartet, dass Promovierende mindestens Vollzeit arbeiten bzw. ihre Promotion  
59 in ihrer „Freizeit“ schreiben. Für uns ist das ein Beispiel für die Umgehung von  
60 Tarifverträgen. Wir fordern stattdessen 100% Lohn für 100% Arbeit! Dies darf von den  
61 Hochschulen nicht umgangen werden. Außerdem fordern wir, die Durchsetzung von  
62 Arbeitsschutz wie z.B. Arbeitszeiterfassung auch in der Wissenschaft und Vergütung  
63 der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit statt Teilzeitstellen, bei denen in Vollzeit  
64 gearbeitet wird.

## 65 Studentische und Wissenschaftliche Hilfskräfte

66 Studentische Hilfskräfte leisten einen wichtigen Beitrag für Lehre und Forschung an  
67 den Hochschulen. Um faire Arbeitsbedingungen zu gewährleisten, müssen auch  
68 studentische Beschäftigte in die Personalvertretungsgesetze der Länder aufgenommen  
69 werden. Wissenschaftler\*innen sowie studentische Beschäftigte haben außerdem einen  
70 Anspruch auf tarifvertraglichen Schutz. Wir fordern daher, in Bezugnahme auf das  
71 Templiner Manifest der GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft), die  
72 Ausdehnung des Geltungsbereichs der Flächentarifverträge des öffentlichen Dienstes  
73 auf alle Beschäftigten in Lehre und Forschung. Unbefristete Arbeitsverträge für  
74 Studierende bei Finanzierung aus Haushaltsmitteln oder bei Einsatz im Lehrbetrieb.  
75 Nichtbezahlung in vorlesungsfreien Zeiten und jahrelange Kettenbefristung bei  
76 gleichbleibender Tätigkeit müssen der Vergangenheit angehören! Zudem fordern wir die  
77 Aufhebung der Beschäftigungshöchstdauer von sechs Jahren für Studierende. Diese  
78 Regelung betrifft insbesondere Studierende, die mit der Beschäftigung an der  
79 Hochschule ihr Studium finanzieren und daher schon zu Beginn ihres Studiums eine  
80 Tätigkeit aufnehmen. Studierende, die länger für ihr Studium benötigen und auf ihre  
81 Anstellung angewiesen sind, müssen auch die Möglichkeit haben weiterhin an der  
82 Hochschule angestellt sein zu können. Wir solidarisieren uns mit der bundesweiten  
83 TVStud-Bewegung sowie deren lokalen Basisgruppen an den Hochschulen und schließen uns



ihren Forderungen an. Hierzu zählen insbesondere ein existenzsichernder Mindestlohn, Urlaubsansprüche, eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Mindestvertragslaufzeiten, Mitbestimmung und demokratische Teilhabe durch Personalräte für studentische Beschäftigte sowie regelmäßige Lohnerhöhungen durch die Anbindung an die Lohnsteigerungen im TVL. Nicht jede\*r erhält die Möglichkeit, eine Stelle als studentische oder wissenschaftliche Hilfskraft an den Hochschulen zu finden. Daher gilt unsere Unterstützung auch diejenigen, die unter vergleichbaren oder schlechteren Bedingungen in der freien Wirtschaft arbeiten. Wir fordern, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Beratungsstellen für außerhalb den Hochschulen beschäftigte Studierende an den Hochschulen einzurichten.

## **Demokratisierung des Hochschulbetriebs: Weg von Lehrstühlen und hin zu einer Department-Struktur**

Langfristig fordern wir die Abkehr vom Lehrstuhlprinzip und die Etablierung von Department-Strukturen an den Hochschulen. An Lehrstühlen ist die Entscheidungsmacht allein auf eine\*n Professor\*in konzentriert. In Kombination mit der besonders strengen Hierarchie sowie der viel zu niedrigen Anzahl von nicht männlichen Professuren und Lehrstuhlinhaberschaften, begünstigt das Lehrstuhlprinzip patriarchalen Machtmissbrauch. Außerdem erschwert es insbesondere für FINTA und Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zu Forschungsprojekten und höheren Hochschulämtern. Wir stehen für demokratische Hochschulen, an denen wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen, Professor\*innen, nichtwissenschaftliche Mitarbeiter\*innen und Studierende paritätisch an Mitbestimmung teilhaben. Department-Strukturen haben aus unserer Sicht das Potential, mehr Menschen und besonders den Betroffenen spezifischer Diskriminierungserfahrungen endlich die Entfaltungs- und Teilhabemöglichkeiten bereitzustellen, die sie schon lange verdient haben. Damit der Wissenschaftsbetrieb ein gerechter Raum für alle Menschen, wird, fordern wir ergänzend zu der Etablierung der Department-Strukturen zielgerichtete Antidiskriminierungs- und Förderprogramme, die aktiv und unter Berücksichtigung intersektionaler Diskriminierungserfahrungen auf die Verringerung bestehender Ungleichheiten hinwirken.

Um Arbeitnehmer\*innen auch an Universitäten eine flexible und freie Familien- und Lebensplanung zu ermöglichen, muss es ein Recht auf echte Teilzeit, und, wo möglich, ein Recht auf Home-Office geben.

Letztlich müssen auch Personalvertretungen im wissenschaftlichen Bereich gestärkt werden, mit dem Ziel den Personalräten in den Mitbestimmungsgesetzen auf Landesebene die Befugnisse eines Betriebsrats zu geben, um die Durchsetzung der Rechte wissenschaftlichen Personals sicherzustellen.

## **Antrag C05: Studierende unterstützen – Psychische Gesundheit ernst nehmen**

- 1 Schon vor der Corona-Pandemie waren in Deutschland jährlich ein Viertel bis ein  
2 Drittel der Bevölkerung von psychischen Erkrankungen bzw. Symptomen betroffen,  
3 ähnliche Zahlen gelten auch für die Europäische Union. Dies trifft nicht zuletzt auch  
4 junge Menschen: Die psychische Belastung von Studierenden war bereits vor der  
5 Pandemie groß, wurde durch diese jedoch verschärft und begründet durch grundlegende  
6 Veränderungen in den Studienbedingungen, sowie den Beratungsangeboten.
- 7 Die Strukturen eines Studiums stellen nicht nur den erfolgreichen Verlauf dessen,  
8 trotz psychischer Erkrankung, massive Hürden in den Weg. Hinzu kommt, dass der enorme  
9 Leistungsdruck und finanzielle Sorgen psychische Erkrankungen begünstigen und  
10 Symptome dieser verschärfen können. Hier sind insbesondere Anwesenheitspflichten,  
11 strikte Studienverlaufspläne und Drittversuch-Regelungen zu nennen. Als 2020 die  
12 Corona-Pandemie den Alltag der Studierenden auf den Kopf stellte, verschärfte sich  
13 diese zuvor existierende Situation massiv: Studierende litten besonders unter der  
14 sozialen Isolation und der Austausch mit Kommiliton\*innen ist für die meisten  
15 weggebrochen. Ständige Zoom-Meetings, die Studierende auf den gleichen wenigen  
16 Quadratmetern bestritten, auf denen sie kochen, schlafen und entspannen sollen,  
17 machen eine räumliche Trennung von Arbeit und Privatem unmöglich. Sämtliche Struktur  
18 im Alltag und Studium verschwimmt und Studierende verlieren die klare Trennung von  
19 Arbeits- und Freizeit. Und als würde all das nicht ausreichen, haben viele  
20 Studierende ihren Nebenjob und somit einen maßgeblichen Betrag ihrer  
21 Studienfinanzierung verloren. Doch anstatt an den Strukturen des Studiums, der  
22 Studienfinanzierung oder der Versorgung von Therapieplätzen (für Studierende)  
23 grundlegende progressive Änderungen zu schaffen, wurde darauf gesetzt, dass  
24 Studierende durch eine bloße Rückkehr zur Präsenzlehre schon zurecht kommen würden.  
25 Dies ist jedoch ein Trugschluss!
- 26 Die diesjährig dazugekommenen Krisen treffen also nicht auf eine "neutrale", sondern  
27 auf eine massiv vorbelastete Gruppe der Studierenden. Dies muss im Umgang der  
28 sozialen Krise reflektiert und mitgedacht werden und in die Maßnahmen zu dieser  
29 inhaltlich einfließen.
- 30 In Deutschland existieren derzeit 57 organisierte Studierendenwerke. Während bspw. in  
31 Baden-Württemberg alle acht über eine psychologische Beratungsstelle mit  
32 Ansprechpartner\*innen verfügen, ist in den letzten Jahren - vor allem bedingt durch  
33 die Corona-Pandemie - für viele die Distanz zu Hilfsangeboten größer geworden, der  
34 Beratungsbedarf jedoch gestiegen.
- 35 Nicht nur getrieben von höheren Durchfall-/Abbruchquoten mussten sich Studierende  
36 innerhalb der letzten zwei Jahre durch Online-Vorlesung und Selbststudium zwingen,  
37 oft in einer neuen Stadt, ganz allein.
- 38 Wir müssen also schnell handeln. Es braucht eine Aufarbeitung der Folgen der Pandemie  
39 auf junge Menschen, sowie tatsächliche politische Veränderungen, die dezidiert auf  
40 Studierende und junge Menschen abzielt und nun auch materiell die Solidarität der  
41 jungen Menschen in der Pandemie würdigt.
- 42 Die Jusos fordern hierzu folgendes:

#### **Ausfinanzierung der Studierendenwerke durch die Länder!**

Die Anlaufstellen für psychologische Beratung werden häufig durch die örtlichen Studierendenwerke übernommen. Um diese bedarfsgerecht auszubauen, bedarf es einer Ausfinanzierung der Studierendenwerke durch die Länder.

#### **Forderung Angebotsaufklärung & Stigmatabekämpfung:**

• Ebenso wissen wir, dass durch nur ausreichend Geld nicht alle Löcher zu stopfen sind. Wir Jusos fordern, größere Aufklärungsarbeit über die bereits bestehenden Möglichkeiten, um die Entstigmatisierung von psychischen Gesundheitsproblemen aktiv voranzutreiben. Die Hochschule soll so aus Augen der Länder nicht länger allein Prüfungsstätte, sondern auch Ort des sozialen Austauschs und einen sicheren Raum für Studierende darstellen.

#### **Jungsozialistisches BAföG gegen finanzielle Ängste**

Auch die Frage der Studienfinanzierung beeinflusst die psychische Gesundheit der Studierenden. Auch aus diesen Gründen ist eine Bestätigung unserer Forderung nach einer grundlegenden BAföG Reform, die sowohl die Bedarfssätze als Vollzuschuss deutlich anhebt und durch die durch die Anhebung der Förderhöchstdauer und Elternunabhängigkeit, die Anzahl der geförderten Studierenden massiv ausweitet.

#### **Für ein selbstbestimmtes Studium!**

Ein Studium muss auch für Studierende mit psychischer Erkrankung bestritten werden können. Der Studiumsalltag und die Gestaltung dessen muss hierfür die benötigte Flexibilität und Selbstbestimmung für Studierende ermöglichen. Anwesenheitspflichten müssen der Vergangenheit angehören, Freiversuchsregelungen etabliert bzw. beibehalten werden und die Vorteile einer digitalen und asynchronen Lehre in Studium und Lehre mit einfließen zu lassen.

#### **Forderung an die Kultusministerien und Bildungseinrichtungen der Länder:**

- Verstärkter Austausch der Kultusministerien mit Bildungsforschungsinstitutionen (Alle Abkürzungen bitte ausschreiben)), sowie Überprüfung und Weiterentwicklung der Lehrpläne, hin zu einer stärkeren Ausrichtung auf psychische Gesundheitsprävention, Ausbau der Weiterbildungsinfrastruktur (für bspw. Vertrauenspersonen).
- Einführung eines postakademischen Ausbildungsgangs (Schulpsycholog:in), für Psycholog:innen, mit dem Ziel, praktische Fähigkeiten für das Berufsfeld Schule zu erwerben.
- Schaffung freier Unterrichtsstunden für die psychologische Gesundheitsprävention und Aufgreifen von außerschulischen Bildungsangeboten von z.B. Vereinen (bspw. Irrsinnig Menschlich e.V.).

#### **Forderung an die Institutionen des tertiären Bildungsbereichs:**

• Informationsveranstaltungen für Studierende, bei welchen sich die Studierendenwerke vorstellen (psychologische Beratungsstelle, Studierendenberatung etc.), sowie verstärktes Aufzeigen der Sozialdienstleistungen der Studierendenwerke durch multimediale Kanäle.

Eine psychologische Behandlung von Lehramtsanwärter\*innen darf zu keinen Nachteilen im Studium, bei der Einstellung in den Schuldienst und bei der Verbeamtung führen. Darüber hinaus darf es zu keiner Benachteiligungen bei der (verpflichtenden) privaten Krankenkasse und bei einer Berufsunfähigkeitsversicherung kommen.

## Antrag D01: Aufbauprogramm Ostdeutschland

### I. Deutschland ein gespaltenes Land

Über 30 Jahre nach der formellen Wiedervereinigung, der politischen Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik, geht weiterhin ein tiefer Riss durch Deutschland. Ob Lebenserwartung, Vermögensbildung, Einkommenshöhe, Organisationsgrad in Parteien oder Gewerkschaften oder politisches Wahlverhalten betreffend, die geografischen Umrisse der ehemaligen DDR lassen sich noch heute auf unterschiedlichsten Karten in einer beunruhigenden Klarheit erkennen. Das sogenannte Ostdeutschland und seine Bewohner\*innen, also alle diejenigen, die dort leben und insbesondere einen relevanten Teil ihrer Sozialisation oder ihres Erfahrungshorizontes dort erhalten haben, unterscheiden sich in vielen Kleinigkeiten und manchen großen Fragen vom Rest der Republik.

### 1. Ostdeutschland: heterogenes Leben unter gemeinsamen Erfahrungen

Gleichzeitig ist Ostdeutschland aber auch kein in sich homogenes Gebiet. Es vereint Bundesländer und Landschaften miteinander, die ihren wirtschaftlichen, aber auch kulturellen Voraussetzungen nach unterschiedlicher nicht sein könnten. Das Leben ist in Halle anders als in der Lausitz und folgt in Binz gänzlich anderen Regeln als in Leipzig oder der Dresdner Neustadt.

Trotzdem verbindet alle diese Länder und Orte und die Menschen, die dort leben, im Großen und Ganzen ein gemeinsamer Erfahrungshorizont, der Ostdeutschland trotz seiner Vielfältigkeit im Vergleich zum Rest der Republik wieder als ein Ganzes erscheinen lässt.

Im Gegensatz zu den zu oft wiederholten Erzählungen der friedlichen Revolution und der bejubelten Wiedervereinigung endet der Erfahrungshorizont nicht mit der politischen Wiedervereinigung Deutschlands am 03.10.1990, sondern beginnt dort aufs Neue. Genauso wie durch die Geschichten des Lebens in der ehemaligen DDR vor der Wiedervereinigung, sind heutige Ostdeutsche durch die Erfahrungen geprägt, die sie und oft auch ihre Eltern und ihre Familie dadurch gemacht haben, dass der politischen Wiedervereinigung keine gesellschaftliche Wiedervereinigung gefolgt ist und auf materialistischer Ebene im Gegenteil über Jahrzehnte eine Spaltung forciert wurde.

Ausverkauf, Treuhand, Massenarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Baseballschlägerjahre und gebrochene Biografien. Hierbei handelt es sich nur um eine Auswahl der Schlagworte, die das Leben und insbesondere das Aufwachsen in den letzten 30 Jahren in Ostdeutschland geprägt haben.

Die Lebensverhältnisse sind zwischen Ost- und Westdeutschland bis heute nicht gleichwertig. Die Angleichung der Renten bedurfte eines jahrzehntelangen politischen Kampfes. Ostdeutschland zählte ebenso lange als die verlängerte Werkbank Deutschlands und die Löhne und Karrieremöglichkeiten sind bis heute nicht mit den Verhältnissen in der alten Bundesrepublik vergleichbar. Junge Ostdeutsche haben über Jahrzehnte bereits in der Schule gelernt, dass sie sich entscheiden müssen, ein Leben in wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Sicherheit oder ein Leben dort zu führen, wo sie aufgewachsen und verwurzelt sind.

All dies hat zu einer beispiellosen Abwanderung junger Menschen aus Ostdeutschland

geführt. Diese Abwanderung war in erster Linie eine der gut ausgebildeten und FINTA.

## 2. Die Spaltung ist materiell!

Oft wird behauptet, dass die Spaltung zwischen Ostdeutschland und den Bundesländern der alten Bundesrepublik ein rein in den Köpfen der Menschen stattfindender, quasi ideeller, Prozess sei. Dieser Behauptung stellen wir unsere Analyse der materiellen Spaltung Deutschlands entgegen.

Vor der Wiedervereinigung gab es in der DDR nahezu keine Vermögensakkumulation. Spareinlagen, Immobilienbesitz und privates Produktivvermögen kamen nur marginalisiert vor, während sich die Bundesländer der alten Bundesrepublik zeitgleich in Richtung einer Erben- und Vermögensgesellschaft entwickelten.<sup>[1]</sup>

Diese Entwicklung wurde durch die dreifache Deindustrialisierung Ostdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkt. Kurz nach Kriegsende flohen unzählige ehemals ostdeutsche Unternehmer\*innen in die westlichen Besatzungszonen und nahmen an Produktionsmitteln, Kapital und Know-How mit, was ihnen möglich war, um dort wieder erfolgreiche Unternehmungen zu betreiben. Was an Produktionsmitteln zurückgeblieben war, wurde durch die Rote Armee als Reparationsleistung zu großen Teilen abgebaut, während in der alten Bundesrepublik der Marshallplan seine Wirkungskraft entfaltete.

Letztlich fiel das, was in den folgenden 40 Jahren DDR aufgebaut wurde, der Turboprivatisierung der 1990er Jahre zum Opfer: Betriebe und Unternehmungen, die grundsätzlich erhaltenswert gewesen wären, wurden ohne Skrupel samt ihrer Liegenschaften erworben und dann nach und nach in Einzelteilen liquidiert, ohne, dass es je ein ernsthaftes Interesse am Aufbau neuer wirtschaftlicher Strukturen gab oder sie wurden im wahrsten Sinne des Wortes verscherbelt. Dies war möglich, weil den Treuhandmanager\*innen enorme Spielräume zugestanden wurden, durch welche sie nach eigenem Gutdünken Verkaufsentscheidungen fällen konnten. Wo es in Ostdeutschland heute Unternehmen gibt, handelt es sich in der Regel um Klein- und Kleinstgewerbe im Handwerk, Handel und Dienstleistungsbereich. Nur fünf Prozent des Produktivvermögens der DDR ging in ostdeutsche Hände. Das führt vor allem zu einem Mangel an Ausbildungsplätzen und Zukunftschancen für junge Ostdeutsche.

Die materielle Unterrepräsentation Ostdeutscher bei der Vermögensbildung hat Auswirkungen auf verschiedene weitere Lebensbereiche. Insbesondere führt sie aber zu einer massiven Unterrepräsentanz in gesellschaftlichen Eliten durch den verminderten Zugang zu kulturellem, sozialem und symbolischem Kapital. Nicht nur in gesamtdeutschen Eliten sind Ostdeutsche unterrepräsentiert, sondern auch innerhalb der Eliten in Ostdeutschland machen sie nur einen Bruchteil aus. Eine deutliche Verbesserung der Repräsentanz ist hierbei nicht absehbar, so beträgt der Anteil von Ostdeutschen in Elitepositionen weiterhin nur 26 % im Vergleich zur letzten Erhebung von 2016 ist hier ein Anstieg von 3% zu vermerken. Der Anteil der Ostdeutschen in Eliten auf dem Gebiet der neuen Bundesländer bemisst im Bereich der Politischen Elite lediglich 52%, im Bereich der Wirtschaftselite 20 %, im Bereich der massenmedialen Elite 20 %, im Bereich der wissenschaftlichen Elite 17 % und im Bereich der judikativen Elite bedauerliche 4,5 %.<sup>[3]</sup> Hierbei bleibt zu vermerken, dass es in einigen dieser Kategorien sogar Rückgänge bei der Repräsentanz zum Erhebungszeitraum 2015/2016 zu verzeichnen gibt. Dies führt nicht nur dazu, dass

sich nach Zahlen des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung 64 % der Ostdeutschen unterrepräsentiert fühlten und hiervon 64,9 % angaben, dass sie sich deswegen als Bürger\*innen zweiter Klasse fühlten<sup>[4]</sup>, sondern auch dazu, dass im Rahmen politischer Entscheidungsprozesse der jüngeren Vergangenheit die Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben und die damit einhergehenden Kosten auf Ostdeutschland abgewälzt wurden. Neben der billigen Bereitstellung von Dienstleistungen, Rohstoffen und Arbeitskraft sind die aktuell anfallenden Netzentgelte eines der jüngeren Beispiele hierfür. Die Verbraucher\*innen in den ostdeutschen Bundesländern, welche vornehmlich als Erzeugungs- und Transferbundesländer fungieren, haben hier einen überproportionalen Teil der gesamtgesellschaftlichen Kosten der Energiewende zu tragen.

Letztlich führt der Mangel an privater Vermögensakkumulation auch zu direkten politischen Konsequenzen. Da viele Länder- und Kommunalsteuern direkt oder indirekt vermögensbezogen sind, wirkt sich dieser Mangel direkt auf die zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel aus. Es kommt zu einer Wechselwirkung aus fehlenden öffentlichen Ausgaben, die wiederum zu fehlenden Ansiedlungen führen.

### **3. Wir brauchen das Aufbauprogramm Ost jetzt!**

Um die oben beschriebenen Mechanismen zu durchbrechen und der politischen Wiedervereinigung auch die gesellschaftliche und ökonomische Vereinigung folgen zu lassen und insbesondere, um zu verhindern, dass es weitere Wendeverlier\*innen in dritter oder vierter Generation gibt, fordern wir Jusos ein Aufbauprogramm Ost auf Grundlage der Säulen Umverteilung, Daseinsvorsorge und Reindustrialisierung

## **II. Umverteilung: Von Oben nach Unten!**

Erste Voraussetzung für den Aufbau Ost ist die Schaffung einer positiven Finanzsituation sowohl im Bereich privater Vermögensbildung, welcher sich auch mittelbar auf die öffentlichen Haushalte auswirkt, als auch direkt im Bereich der öffentlichen Finanzierung.

### **1. Reichtum für Alle**

Als mögliches Mittel einer effektiven und zielgerichteten Umverteilungspolitik wird in der politischen Linken seit einiger Zeit das Instrument eines sogenannten Grunderbes diskutiert. Hierbei handelt es sich um die Idee, dass jeder Mensch zu einem bestimmten Punkt in seinem Leben, z.B. am 18. Geburtstag, eine feste finanzielle Summe erhält. Die Finanzierung soll in der Regel über eine progressive Erbschaftsbesteuerung erfolgen, über welche auch Mitnahmeeffekte bereits privilegierter Gruppen verhindert werden. Dieses Grunderbe soll ein zusätzliches Instrument sein. Für uns Jusos ist klar, dass durch dieses nicht alle gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten gelöst und globale Ungerechtigkeiten überhaupt nicht adressiert werden.

Trotzdem betrachten wir Jusos die sich intensivierende Debatte um das Grunderbe mit Wohlwollen. Deswegen werden wir uns auf den Weg machen, bis zum Bundeskongress 2023 ein umfangreiches Grunderbekonzept diskutieren. Beim Bundeskongress werden wir dann



einen Beschluss zu diesem Thema fassen. Die hierfür notwendige Debatte und Klärung noch offener Fragestellungen soll sowohl auf Ebene der Landesverbände und Bezirke als auch auf Ebene des Bundesverbandes stattfinden. Der Bundesvorstand wird hierfür beauftragt, einen geeigneten institutionalisierten Rahmen für den Austausch zwischen den Landesverbänden und Bezirken, zum Beispiel im Rahmen eines zusätzlichen Kurzprojektes, zu organisieren.

Deshalb wollen wir mit einem **“Grunderbe”** als Instrument zur Reduzierung dieser Ungleichheit gegensteuern. Unser Konzept sieht vor, dass jungen Menschen mit dem Erreichen des 18. Lebensjahres 60.000 Euro ausgezahlt werden.

Die Finanzierung erfolgt über eine Reform der Erbschaftsteuer. Damit wollen wir eine Umverteilung des Erbes in der Gesellschaft erreichen. Das bedeutet auch, dass wir eine Reform der Freibeträge anvisieren, um Mitnahmeeffekte bereits privilegierter Gruppen zu verhindern. Somit wird das Grunderbe, als gesellschaftliches Erbe, auf das familiäre aufgerechnet und dementsprechend versteuert.

Hierbei handelt es sich um ein zusätzliches Instrument, welches die gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten nicht im Alleingang beseitigen wird, vielmehr benötigt es noch zahlreiche andere Maßnahmen.

## **2. Eine neue Verteilung von Einnahmen und Lasten!**

Um langfristig die finanzielle Situation des ländlichen Raums zu sichern, fordern wir eine Neustrukturierung der vertikalen Steuerverteilung. Das aktuelle Verteilungssystem bevorzugt insbesondere große Ballungszentren und bildet insbesondere den Beitrag ostdeutscher Bundesländer zum Gesamterfolg der Volkswirtschaft nicht ab. Wir wollen uns zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht auf konkrete Einzelmaßnahmen festlegen. Von der Zuweisung größerer Anteile der Umsatzsteuer an die Kommunen und Länder, über eine Erweiterung kommunaler Besteuerungskompetenzen bis hin zu generellen Zuweisungen einzelner Steuern an die Länder und so mittelbar an die Kommunen, erscheint hier vieles diskussionswürdig. Klar ist jedoch: Am Ende muss eine großangelegte Steuerreform stehen, die neben der Umverteilung in der Bevölkerung von oben nach unten auch die vertikale Verteilung der Steuereinnahmen neu regelt, sodass der ländliche - insbesondere ostdeutsche - Raum profitiert.

Weiterhin fordern wir eine konkrete und zügige Reform der Netzentgelte:

Ihre Berechnung muss an fairere Kriterien geknüpft werden. Wir fordern, dass die regionalen Unterschiede im Rahmen einer sogenannten **“pauschalen Wälzung”** energiewendebedingter Mehrkosten berücksichtigt werden. Hierfür soll der Anteil der Erlösbergrenze, der auf die Mehrkosten aus dem Ausbau der erneuerbaren Energien zurückzuführen ist, mit einer pauschalen Methodik abgeschätzt werden. Dabei werden die Kosten durch eine Festlegung der Bundesnetzagentur pauschal ermittelt.

Der ermittelte Anteil wird dann aus einem Ausgleichstopf gedeckt und geht somit nicht in die Netzentgelte dieser Verteilnetzbetreiber ein. Netzbetreiber\*innen, deren Versorgungsaufgabe und Kostenstruktur maßgeblich von der Integration erneuerbarer Energien geprägt ist, können so einen Teil ihrer Mehrbelastungen entsprechend dem Anteil ihrer Netzkosten bundesweit verteilen, um Verbraucher\*innen in den betroffenen Netzgebieten zu entlasten und regionale Fehlanreize zu beseitigen.

178 Im Vergleich zu der alternativen Kostenwälzung auf Grundlage bidirektionaler  
179 Lastflüsse, ist der Weg einer pauschalen Kostenwälzung schneller umsetzbar, in ihren  
180 Auswirkungen überschaubarer und besser zu steuern, so dass die Schaffung eines  
181 konkreten und zeitnahen Lösungsweges nicht an der Komplexität des Energienetzes  
182 scheitert.

183

### 184 **3. Wem gehört das Land? - Eine neue Bodenpolitik**

185 Insbesondere in der Agrarpolitik ist die zunehmende Zentralisierung der  
186 Verfügungsmacht über Grund und Boden eine der drängendsten Verteilungsfragen in den  
187 ostdeutschen Bundesländern. In bestimmten Gebieten erreicht der Grad an  
188 Zentralisierung an Fläche in wenigen Händen ein historisches Hoch.

189 Hierbei handelt es sich nicht nur um ein reines Gerechtigkeitsproblem. Die Frage, in  
190 wessen Händen der Grund und Boden liegt, ist eine Frage von Macht- und  
191 Einflussphären. Eine Konzentration von Verfügungsgewalt über Grund und Boden führt  
192 bis heute zu enormen Möglichkeiten der Einflussnahme. Egal ob im Bereich der  
193 Agrarwirtschaft oder im urbanen Kampf um günstigen Wohnraum, in Verbindung mit  
194 privaten Profitinteresse führt die Konzentration von Grund und Boden immer zu einer  
195 Abnahme gesellschaftlicher Steuerungsmöglichkeiten und zur Steigerung von  
196 gewinnorientierten Lobbyeinflüssen. Im Konkreten leiden hierunter Bestrebungen zu  
197 Gunsten des Allgemeinwohls wie z.B. die Durchsetzung nachhaltiger Landwirtschaft, die  
198 Gewährleistung einer bezahlbaren Wohnraumbewirtschaftung oder Investitionen in die  
199 Energie- und Mobilitätswende.

200 Es bedarf deswegen Lösungen, um die Länder und Kommunen in die Lage zu versetzen, die  
201 Kontrolle über die Flächen zurückzugewinnen. Langfristig fordern wir die Abschaffung  
202 des Privateigentums an Grund und Boden. Kurzfristig bedarf es Instrumente des Bundes,  
203 um Bundesländer und Kommunen beim Rückkauf privatisierter Flächen, wie z.B. bei der  
204 Ausübung eines kommunalen Vorkaufsrechtes, zu unterstützen, eine institutionalisierte  
205 Förderung kleiner und mittlerer Agrargenossenschaften und gesetzlicher Regelungen zur  
206 Ermöglichung und Vereinfachung der Vergesellschaftung oder Enteignung von Immobilien.

207

### 208 **4. Ein Ende der Austerität jetzt!**

209 Die Abschaffung der Schuldenbremse ist eines der zentralen Ziele zur Rückgewinnung  
210 der vollen Handlungs- und Leitungssouveränität der öffentlichen Hand. Nur durch sie  
211 können kurzfristig die notwendigen Investitionen getätigt werden, um die  
212 Bundesrepublik zukunftsfähig zu machen. Diese sind für den ostdeutschen Raum von  
213 besonderer Bedeutung: Investitionen in Infrastruktur, staatliche Handlungsfähigkeit  
214 und Zukunftstechnologien ermöglichen hier überhaupt erst den Schritt hin zu einer  
215 Schaffung vollumfänglicher Daseinsvorsorge und dem Ingangsetzen einer  
216 Reindustrialisierung. Zur Finanzierung dieser Investitionen und um die ostdeutschen  
217 Bundesländer in die Lage zu versetzen, sich wieder selber tragen zu können, fordern  
218 wir kreditfinanzierte Sonderzuweisungen im Rahmen eines Programms "Aufbau Ost".

219 Soweit die Abschaffung der Schuldenbremse an den vorhandenen politischen Mehrheiten  
220 scheitert, fordern wir die Schaffung einer Sondervermögens "Aufbau Ost" zur  
221 Finanzierung von infrastrukturellen Maßnahmen, um die ostdeutschen Bundesländer in  
222 die Lage zu versetzen, sich wieder selber tragen zu können.



223

### 224 **III. Staatliche Daseinsvorsorge als Garant gleichwertiger Lebensverhältnisse!**

225 Kaum etwas hat in den vergangenen 30 Jahren den gesellschaftlichen Zusammenhalt und  
226 die Beständigkeit demokratischer Institutionen in den ostdeutschen Bundesländern so  
227 beschädigt wie der stetige Abbau und Rückzug staatlicher Daseinsvorsorge. Ein  
228 Aufbauprogramm Ost muss deshalb das Ziel haben, eine vollumfängliche Daseinsvorsorge  
229 zu gewährleisten.

230

#### 231 **1. Stärkung kommunaler Daseinsvorsorge**

232 Die Hauptleistung der Organisation der Daseinsvorsorge erfolgt auf kommunaler Ebene.  
233 Hier zeigen sich die Auswirkungen der Turboprivatisierungen der 90er-Jahre besonders  
234 deutlich. Wir fordern daher die Schaffung eines bundesweiten  
235 Rekommunalisierungsprogrammes.

236 Im Zuge dieses Programmes muss es einen ordnungsrechtlichen, über das Bundesrecht  
237 durchgesetzten Privatisierungsstop geben, der es unter Druck geratenen Kommunen  
238 verbietet, öffentliches Eigentum der Daseinsvorsorge zu privatisieren.

239 Darüber hinaus brauchen wir auch weiterhin einen Altschuldenschnitt für alle  
240 Kommunen, um deren Handlungsfähigkeit wiederherzustellen. Dieser muss auch die  
241 Altschulden kommunaler Gesellschaften, Wohnungsunternehmen und Eigenbetriebe  
242 erfassen.

243 Primäres Ziel bleibt die Rückführung privatisierter Güter der Daseinsvorsorge in  
244 öffentliches Eigentum (Vergesellschaftung). Bund und Länder sind dafür  
245 verantwortlich, die Kommunen in die hierfür notwendige finanzielle Lage zu versetzen.  
246 Ferner braucht es hierfür die Koordinierung einer gezielten Erwerbspolitik auf Ebene  
247 der Bundesländer, die durch den Bund im Rahmen eines Rekommunalisierungsfond oder  
248 Ähnlichem finanziell unterstützt wird und in deren Zuge dann letztlich eine  
249 Rückübertragung an die entsprechende kommunale Ebene stattfindet.

250 Dabei muss die Erfordernis, für eine langfristig solide Ausfinanzierung der laufenden  
251 Kosten Sorge zu tragen, durch einen gemeinsamen Schulterchluss zwischen Bund,  
252 Ländern und Kommunen, sichergestellt werden.

253

#### 254 **2. Bezahlbare Energieversorgung und Versorgungssicherheit**

255 Zur Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung, auch in Ostdeutschland, bedarf es  
256 eines konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien. Ostdeutschland kann hier für die  
257 gesamte Republik auch aufgrund der noch vorhandenen Gestaltungsräume eine tragende  
258 Rolle einnehmen und die bereits jetzt schon hohen Produktionskapazitäten weiter  
259 erhöhen. Von zentraler Bedeutung ist jedoch, dass der notwendige Netzausbau zum  
260 Transport der erzeugten Energie endlich konsequent vorangetrieben wird und dass  
261 diejenigen, die diesen seit Jahren blockieren, in die Schranken gewiesen werden.  
262 Darüber hinaus bedarf es einheitlicher Regeln, die eine Beteiligung der Menschen vor  
263 Ort an den durch die Produktion erzeugten Gewinnen ermöglichen, um die Akzeptanz von  
264 Produktionsanlagen zu verbessern.

265 Da bis zum vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien, Erdgas langfristig als  
266 günstige Zwischentechnologie ausfällt, bedarf es staatlicher Regulierung bei der

267 Bildung der Energiepreise. Wir fordern deshalb einen Strom- und Gaspreisdeckel und  
268 die Finanzierung des hierdurch entstehenden Deltas zwischen Einkaufs- und  
269 Verkaufspreisen bei den Versorgern durch Bundesmittel, die durch eine einmalige  
270 Vermögensabgabe und eine Besteuerung von Übergewinnen erlangt werden sollen.

271 Die Problematik einer stabilen Energieversorgung wird in Ostdeutschland durch die  
272 Ausrichtung der Versorgungsinfrastruktur aktuell enorm verschärft: Während sich viele  
273 Speicherkapazitäten in Westdeutschland befinden, sind zum Transport notwendige  
274 Pipelines oft nur von Ost nach West nutzbar. Es bedarf deshalb eines zügigen Ausbaus  
275 des Transportinfrastruktur. Konkretes Beispiel hierfür ist unter anderem die  
276 Schaffung von Anlandekapazitäten für LNG in Lubmin. Von hier aus kann über die  
277 vorhandene Infrastruktur, die Energieversorgung in Ostdeutschland entscheidend  
278 gestützt werden.

279

### 280 3. Mobilität

281 Mobilität ist ein Grundrecht und zentraler Baustein einer ganzheitlichen und modernen  
282 Daseinsvorsorge. Eine Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen ist nicht möglich  
283 ohne einen gleichwertigen Zugang zu Mobilitätsangeboten. Diesen Anspruch im  
284 ländlichen Raum zu erfüllen, stellt die jeweils Verantwortlichen bereits  
285 grundsätzlich vor enorme Herausforderungen.

286 In der ostdeutschen Fläche potenzieren sich diese Herausforderungen: Außerhalb der  
287 wenigen und oft weit entfernten Ballungszentren trifft eine besonders niedrige  
288 Bevölkerungsdichte auf enorme geografische Räume. Während des Geltungszeitraumes des  
289 9-Euro-Tickets waren diese Effekte besonders spürbar. War das 9-Euro-Ticket an den  
290 meisten Orten ein voller Erfolg, so führte es in den Räumen der ostdeutschen Fläche  
291 nur zu einer geringen Steigerung der Nutzung des ÖPNV über touristische Zwecke  
292 hinaus.

293 Hauptgrund hierfür ist, dass viele Menschen überhaupt nicht oder nur mangelhaft an  
294 die Infrastruktur des öffentlichen Nahverkehrs angebunden sind. Hier herrscht eine  
295 Wechselwirkung zwischen mangelhaften Ausbaus und fehlender Bezahlbarkeit, die zu  
296 einem stetigen Abbau von Angeboten des ÖPNV und SPNV führt: Aufgrund der schlecht  
297 ausgebauten Infrastruktur und mangelnder Modernisierung ist die Nutzung des  
298 öffentlichen Nahverkehrs, dort wo überhaupt möglich, oft unattraktiv. Dies führt zu  
299 noch geringeren Fahrgastzahlen und damit zu extrem hohen Vorhaltekosten je Fahrgast.  
300 Im derzeitigen Berechnungssystem für Ticketpreise resultiert hieraus eine stetige  
301 Preissteigerung, die die Nutzung des ÖPNV/SPNV wiederum unattraktiver macht. Im Sinne  
302 der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und im Sinne eines Rechtes auf  
303 Mobilität bedarf es deshalb eines gleichzeitigen Ausbaus von Infrastruktur bei einer  
304 Absenkung von Zugangsvoraussetzungen, insbesondere einer gezielten Senkung der  
305 Preise.

306 Hierfür fordern wir die Reaktivierung aller in den letzten 30 Jahren stillgelegten  
307 Schienenstrecken und den gleichzeitigen Ausbau der vorhandenen Strecken auf  
308 mindestens Zweispurigkeit, wodurch die benötigte Takterhöhung realisiert werden kann.

309 Um die Räume zwischen dem vorhandenen und neu zu errichtendem Schienennetz trotz  
310 ihrer Größe und niedrigen Bevölkerungsdichte angemessen anzubinden, braucht es eine  
311 Förderung innovativer Rufbussysteme. Da sich der Anspruch auf Mobilität nicht auf den

Nahverkehr reduziert, fordern wir eine konsequente Anbindung ostdeutscher Ballungszentren an den Fernverkehr, auch wenn diese im bundesdeutschen Vergleich möglicherweise nicht auf den ersten Blick als Ballungszentren erscheinen mögen. Im Zuge vergangener Mobilitätspakete des Bundes kam es hier teilweise zur Streichung von Verbindungen zu Gunsten westdeutscher Ballungszentren.

Um den Zugang zur Mobilität für alle zu gewährleisten, fordern wir kurzfristig bezahlbare Tickets und nachvollziehbare, einheitliche Tariflösungen wie deutschlandweit gültige ÖPNV-Tickets. Langfristig streben wir einen kosten-, fahrscheinlosen und beitragsfinanzierten ÖNPV für alle Menschen an. Das "heilige römische Reich deutscher Tarifzonen" gehört abgeschafft!

#### **IV. Wir wollen die grüne Reindustrialisierung!**

Langfristig wird eine Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in Ost und West nur gelingen, wenn es gelingt, in Ostdeutschland eine echte Reindustrialisierung einzuleiten. Nur durch sie kann es gelingen, das Lohnniveau nachhaltig stabil zu halten und Zukunftsperspektiven für junge Menschen zu schaffen. Wir setzen dabei nicht auf Technologien und Ansätze des vergangenen Jahrhunderts! Die Reindustrialisierung in Ostdeutschland, wie wir sie fordern, basiert auf Zukunftstechnologien und ist integraler Bestandteil der sozial-ökologischen Transformation.

Wir stehen für die Ansiedlung innovativer, ökologischer und hochwertiger Industrie in Ostdeutschland ein. Dies bedeutet jedoch keinen Freifahrtschein für Investor\*innen! Starke Gewerkschaften, gute Arbeitsbedingungen und hohe Löhne auf Westniveau sind für uns die Voraussetzung jeglicher Ansiedlung. Die Zeit der "verlängerten Werkbank" Ostdeutschland muss ein für alle mal vorbei sein!

Wir lehnen neoliberale Ansiedlungspraktiken, wie beispielsweise für bestimmte Gebiete oder sogar für einzelne Investor\*innen ausgewiesene Steuererleichterungen oder -erlasse, ab. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass eine solche Ansiedlungspolitik lediglich zur Abschöpfung von Mitnahmeeffekten führt. Die von uns angestrebte Reindustrialisierung ist eine langfristige und nachhaltige.

Um dies zu gewährleisten, fordern wir eine Umstellung der GRW-Förderung (Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsinfrastruktur") und der übrigen Subventionspolitik des Bundes und der Länder auf das Leitziel Dekarbonisierung.

Darüber hinaus bedarf es einer intensiveren und gezielteren Förderung von mittelständischen und Familienunternehmen im Bereich innovativer Wirtschaftsformen und Technologien, da diese das Rückgrat der ostdeutschen Wirtschaft bilden. Insbesondere im Bereich der Wasserstoff- und Speichertechnologie bietet Ostdeutschland hier die notwendigen Voraussetzungen um Zukunftsinnovationen im Zusammenspiel mit einer gezielten Forschungspolitik des Bundes aus der Breite der Gesellschaft zu schaffen und der gesamten Bevölkerung zugänglich zu machen. Der Bund soll in diesem Bereich tätige kleine und mittlere Unternehmen gezielt fördern und im Gegenzug für diese Förderung eine Abriegelung neuer Technologien von der Nutzbarmachung für breite Bevölkerungsteile durch unnötige Patente oder übertriebenes Gewinnstreben verhindern.

Wichtige Voraussetzungen für die Ansiedlung neuer Unternehmen ist, dass es eine gute regionale Binnennachfrage und Erwerbsmöglichkeiten für Familienangehörige der Angestellten des Unternehmens gibt. Um dies zu gewährleisten fordern wir, dass im Sinne eines gelungenen Strukturwandels attraktive Standorte in Ostdeutschland gefördert werden, insbesondere bei der Schaffung neuer Behörden.

## **V. Ostdeutsche Identität anerkennen!**

Aufgrund der materiellen Unterschiede zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern und den damit im Zusammenhang stehenden unterschiedlichen Erfahrungen und Lebensrealitäten im Bereich von Zukunftschancen und offen stehenden Möglichkeiten hat sich in den letzten 30 Jahren in nicht unerheblichen Teilen der Bevölkerung der ostdeutschen Bundesländer eine spezifisch ostdeutsche Identität herausgebildet, die über die Lebenshorizonte in der ehemaligen DDR und den unmittelbaren Systemwechsel hinausgeht und sich nunmehr auch auf Bereiche bezieht, die nicht mehr Teil der ursprünglichen materiellen Sphäre sind.

Auch wenn das langfristige Ziel die Schaffung einer tatsächlichen gesellschaftlichen Vereinigung durch Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Aufhebung bestehender Widersprüche bleibt, ist es eine Frage der Gerechtigkeit, diese Identität anzuerkennen.

Als Ausdruck dieser Anerkennung benennen wir Jusos eine angemessene Repräsentanz Ostdeutscher in ostdeutschen Eliten als politisches Ziel und fordern auf Bundesebene die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Tätigkeiten der Treuhand und der von ihr betriebenen Turboprivatisierung.

Wir fordern eine angemessene Repräsentanz ostdeutscher Perspektiven auch in der gesamtdeutschen Öffentlichkeit. Dabei müssen insbesondere die spezifischen Erfahrungen ostdeutscher Migrationsgeschichte und die sie tragenden Menschen abgebildet werden.

Um dies zu erreichen, soll bei dem Beauftragten für Ostdeutschland der Bundesregierung ein sogenannter Ostdeutschlandrat gegründet werden, der die Heterogenität ostdeutscher Perspektiven widerspiegelt und der diesem beratend zur Seite steht.

## **VI. Stärkung der Zivilgesellschaft**

Auch in Zeiten rechter Hegemonien gab es immer wieder Widerstandskämpfe gegen diese. Dies gilt es zu würdigen. Während Parteien der extremen Rechten immer wieder Wahlerfolge auf Kommunal, Landes- und Bundesebene erzielten, bildeten sich als Gegenreaktion Bündnisse gegen Rechts und Vereine, welche die Szene beobachteten, Aufklärungs- und Bildungsarbeit leisten oder sich in der Beratung von Opfern rechter Gewalt engagieren. Dabei haben sie nicht nur mit diversen Angriffen aus der rechten Szene zu kämpfen, sondern Konservative und Neoliberale wollen ihnen immer wieder die Legitimitätsgrundlage absprechen.

Migrantisch gelesene und rassifizierte Personen in Ostdeutschland sind bis heute besonders von der rechten Hegemonie betroffen. Für viele der als Vertragsarbeiter\*innen und Studierenden in die DDR gekommene Menschen war der Alltag vor und nach der Wiedervereinigung von Rassismus geprägt. Für viele Menschen war die

401 Zeit nach 1990 zudem von Unsicherheiten geprägt, da die Grundlage für ihren Arbeits-  
402 oder Studienaufenthalt wegbrach und wodurch sich auch ihre Perspektive angesichts  
403 eines sich in der Auflösung befindenden Staates immer mehr verschlechterte.

404 Den Perspektiven von FINTA und BIPOC in Ostdeutschland wollen wir mehr Gehör  
405 verschaffen. In dieser Hinsicht wollen wir den Erfahrungen der letzten Jahre,  
406 insbesondere in der Zeit der sogenannten „Baseballschlägerjahre“, noch mehr Raum  
407 gegeben. Die wichtige sowie notwendige Aufarbeitung der Geschichte der Betroffenen  
408 rechter Gewalt, insbesondere der Gastarbeiter\*innen, muss nicht nur fortgeführt,  
409 sondern auch stärker vermitteln werden.

410 Mit dem Aufstieg der AfD wandelte sich das öffentliche Bild der extremen Rechten. Die  
411 Abgrenzung von „klassischen Neonazis“ und vermeintlich bürgerlichen Konservativen  
412 ermöglichte verstärkt das subversive Ausnutzen der Enttäuschung, Hoffnungslosigkeit  
413 und Wut über das Nichteinhalten von Versprechen und Zukunftsperspektiven. Das  
414 Vertrauen in die Funktionalität der freiheitlichen demokratischen Grundordnung als  
415 Partizipation nimmt ab. Dennoch stehen dem Menschen, der ersten Generation nach der  
416 Wiedervereinigung, entgegen. Institutionalisierte Demokratiesozialisierung durch  
417 Schulen, Landeszentralen für Politische Bildung und Jugendparlamente und Gremien  
418 leisten bereits heute und müssen auch weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Stärkung  
419 Zivilgesellschaft leisten.

420 Deshalb fordern wir:

421 Eine Fortentwicklung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Rahmen des neuen  
422 Demokratiefördergesetzes und eine Aufstockung der Mittel auf mindestens 350 Millionen  
423 Euro, von denen mindestens die Hälfte in Ostdeutschland investiert wird. Ziel der  
424 Mittel ist das politische Ehrenamt in Jugendgremien zu fördern und die nachhaltige  
425 und dauerhafte Arbeit von Vereinen und Initiativen gegen Rechts institutionell  
426 sicherzustellen, sowie sich im Aufbau befindenden Initiativen einfach und  
427 unbürokratisch finanziell und mit Materialien zu unterstützen, dies kann z.B über  
428 eine unkomplizierte, barrierefreie Website funktionieren.

429 Dass die Budgets für die ostdeutschen Landeszentralen für Politische Bildung deutlich  
430 erhöht werden, mit dem Ziel, das bestehende Förderprogramme zu aktualisieren,  
431 Eigenanteile abzuschaffen und Fördersummen deutlich zu erhöhen. Die Landeszentralen  
432 sollen verstärkt Projekte in ländlichen, strukturschwachen Räumen fördern.  
433 Regelmäßige Bildungsprojekte an Schulen zur Demokratieförderung und Arbeit gegen  
434 Rechts

435

## 436 **VI. Seit an Seit in eine bessere Zukunft**

437 Wir Jusos sind der festen Überzeugung, dass die hier dargestellten Maßnahmen einen  
438 Einstieg in die dringend notwendige Überwindung des Ost-West-Gefälles und die  
439 Vollendung der Deutschen Einheit ermöglichen. Das Streben nach diesem Zusammenwachsen  
440 ist immanenter Bestandteil unseres Kampfes für eine sozialistische,  
441 antifaschistische, feministische, antirassistische und internationalistische  
442 Gesellschaft, in der jeder einzelne Mensch unabhängig von Herkunft befähigt ist, ein  
443 freies und emanzipiertes Leben in einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft

444 zu führen.

445

446 Für dieses Ziel streiten wir trotz allen unterschiedlichen Erfahrungen gemeinsam,  
447 solidarisch und Seit an Seit!

448

449

450 [\[1\]](#) Stefan Mau: Lütten Klein - Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft,  
451 Kapitel II 4, Abschnitt "Gesellschaft der Habenichtse", Seite 169 ff.

452 [\[2\]](#) wie oben

453 [\[3\]Der Lange Weg nach oben: Wie es Ostdeutsche in die Eliten schaffen.pdf \(mdr.de\)](#)

454 [\[4\]FA-5009.pdf \(dezim-institut.de\)](#)

455 [\[5\]21-50-1.pdf \(diw.de\)](#)

456 [\[6\]21-5-1.pdf \(diw.de\)](#)

## Antrag F16: Klare Haltung gegenüber unseren demokratischen Freund\*innen in Taiwan

1 Der Inselstaat Taiwan wird seit seiner selbsternannten Unabhängigkeit, die von der  
2 Volksrepublik China (VR China) nie anerkannt und stets bestritten wurde, politisch,  
3 wirtschaftlich und militärisch stark unter Druck gesetzt. Insbesondere die  
4 militärischen Drohgebärden seitens China vor der Küste Taiwans haben sich in den  
5 letzten Wochen intensiviert und sich zu einer realen Bedrohung der taiwanischen  
6 Bevölkerung entwickelt. Gleichzeitig wird die beobachtende Teilnahme Taiwans in  
7 verschiedenen WHO-Gremien, wie im Mai der Weltgesundheitsversammlung, durch die VR  
8 China und seine Verbündeten weiter verhindert. Dabei stellt das pluralistisch  
9 demokratische Taiwan ein politisches Gegenmodell zum autoritären System der  
10 Volksrepublik dar. Aufgrund seiner geostrategischen Lage in der Taiwanstraße und dem  
11 südchinesischen Meer sowie seiner wirtschaftlichen Rolle als einer der führenden  
12 Produzenten von Mikrochips, besitzt die Region für „den Westen“ eine hohe Relevanz.

13 Taiwan ist nicht nur einer der größten Chiphersteller der Welt, sondern liegt im  
14 Demokratieindex mit seinen 23 Millionen Menschen im Jahr 2021 auf Platz 8 und somit  
15 ganze sieben Plätzen vor Deutschland. Die demokratischen Umbrüche Taiwans seit der  
16 autoritären Einparteienherrschaft in den 1990er-Jahren sind enorm. Die fünffache  
17 Gewaltenteilung zwischen der Regierung, dem Parlament, der Justiz, der Prüfungs-Yuan  
18 als unabhängige Instanz für die Beamt\*innenauswahl und der Kontroll-Yuan zuständig  
19 als Rechnungshof funktioniert durchweg hervorragend. Zudem hat sich ein  
20 pluralistisches Parteiensystem herausgebildet und die Wahlen fanden unter allen  
21 demokratischen Gesichtspunkten statt. Auch die Aktivierung der Zivilgesellschaft hat  
22 sich zum Beispiel durch die Sonnenblumen-Bewegung im Jahr 2014, die sich gegen eine  
23 Ratifizierung eines Freihandelsabkommens mit der Volksrepublik China einsetzte,  
24 gezeigt. Während die Demokratisierung Taiwans immer weiter voranschreitet,  
25 verschlechtern sich die Beziehungen zur geographisch nahen und durch die Historie  
26 verbundenen „Volksrepublik China“. Das liegt zu einem an den innenpolitisch immer  
27 totalitären Entwicklungen in der Volksrepublik China, zum anderen an den ausgeübten  
28 Aggressionen gegenüber dem demokratischen Nachbarland. Die Volksrepublik China  
29 argumentiert ähnlich wie die russische Administration: Taiwan wie auch die Ukraine  
30 werden nicht als souveräne Staaten anerkannt, sondern als Teile des chinesischen oder  
31 russischen Imperiums gesehen, obwohl Taiwan historisch nicht zu Festland China  
32 gehörte. Vonseiten der Volksrepublik China kommt es nicht nur zu diplomatischen  
33 Attacken gegenüber Taiwan, sondern es wird auch regelmäßig der Luftraum Taiwans  
34 verletzt. Gleichzeitig wird Taiwan durch den ökonomischen und politischen Einfluss  
35 der Volksrepublik China aus allen großen internationalen Organisationen gedrängt. Das  
36 bezieht sich auch auf die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen. Nur eine  
37 Minderheit in der weltweiten Staatengemeinschaft erkennt Taiwan an. Auch Deutschland  
38 führt offiziell keine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan. Neben wirtschaftlichen  
39 Interessen gegenüber dem zweitgrößten Handelspartner Deutschlands, der Volksrepublik  
40 China, müssen auch unsere demokratischen Grundwerte wieder stärker gewichtet werden.  
41 Die Anerkennung demokratisch-souveräner Staaten darf nicht durch einen ökonomischen  
42 Druck totalitärer Staaten verdrängt werden. Die Anerkennung der Volksrepublik China  
43 als eine zentrale Handelspartnerin muss mit einer Vertiefung der Beziehungen zu  
44 Taiwan als Werte-Partner\*in in Einklang gebracht werden.



Das Interesse von Deutschland und der Europäischen Union muss es sein, im Rahmen einer wertebasierten und feministischen Außenpolitik, Taiwan in seiner freiheitlich demokratischen Grundordnung zu unterstützen, Frieden und Stabilität in der Region zu wahren sowie die wirtschaftliche Partnerschaft mit Taiwan weiter zu intensivieren. Deshalb setzen wir uns für einen freundschaftlichen kommunikativen Austausch zwischen deutschen und taiwanesischen Vertreter\*innen, insbesondere der Parlamente, ein. Darüber hinaus müssen wir das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Ziel, "die sachbezogene Teilnahme des demokratischen Taiwans in internationalen Organisationen" zu unterstützen, realisieren. Konkret sollte sich die Bundesregierung noch stärker dafür einsetzen, Taiwan den Beobachterstatus bei der Weltgesundheitsversammlung (WHA) sowie weiteren WHO-Gremien zu gewähren. Daher fordern wir:

1. sich dafür einzusetzen, den Kontakt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Taiwan zu verstärken.
2. sich dafür einzusetzen, innerhalb der Europäischen Union für eine Aufnahme verstärkter Beziehungen mit Taiwan zu werben.
3. sich dafür einzusetzen, auch als Partei stärkere Beziehungen zu den demokratischen Parteien Taiwans aufzubauen u.a. im Rahmen regelmäßiger Austauschformate.
4. Die Stärkung wirtschaftlicher Beziehungen zu Taiwan
5. Die Erhöhung des Einsatzes dafür, Vertreter\*innen Taiwans den Beobachter\*innenstatus bei der Weltgesundheitsversammlung (WHA) sowie weiteren Gremien der WHO zu gewähren. Wir wollen die stärkere Einbindung Taiwans in die Vereinten Nationen und fordern deshalb die Prüfung, Taiwan den Status eines Beobachterstaates in der UN-Vollversammlung zuzusprechen.



## Antrag G01: Gewalt gegen Frauen stoppen!

Femizide werden in der aktuellen Rechtsprechung in Form von den sogenannten "Partnerschaftsdelikten" nicht ausreichend gewürdigt. Bei Trennungstötungen kann z.B. das Vorliegen eines Motivbündels dazu führen, dass das Vorliegen des Mordmerkmals der niedrigen Beweggründe verneint wird. Wir brauchen eine Rechtsanwendung, die sich den frauenfeindlichen Strukturen, Vorurteilen und patriarchalischen Denkweisen befreit. Tötungsdelikte in Folge einer Trennung oder einer Trennungsabsicht sind effektiv zu verfolgen und als geschlechtsspezifische Gewalt zu benennen.

Weiterhin sind die Tötungsdelikte in ihrer Systematik als Ganzes archaisch und aus feministischer Perspektive kritikwürdig. Das Strafrecht begünstigt zum Beispiel grundsätzlich Täter\*innen von Tötungsdelikten, die ihren Opfern körperlich überlegen sind, indem es immer dann das Vorliegen eines Mordmerkmals bejaht, wenn eine Person körperlich unterlegen ist und deshalb eine List anwendet ("Heimtücke").

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Die Erweiterung des Paragraph 46 Abs. 2 S.2 StGB um den Aspekt der geschlechtsspezifischen Beweggründe, um diesen Umstand als strafscharfend zu verankern.

- Eine mittelfristige Novellierung der Tötungsdelikte als Ganzes mit Blick auf die Beseitigung von patriarchalen Denkmustern.

- Es muss ein eigener Straftatbestand Femizid eingeführt werden!

Um ein Bewusstsein in der Bevölkerung über geschlechtsspezifische Straftaten zu schaffen, fordern wir die Erfassung solcher Delikte in der polizeilichen Kriminalstatistik. Im Weiteren braucht es Fortbildungen und Ausbildungsschwerpunkte in der Justiz um diesbezügliche Machtungleichgewichte vor Gericht strukturell zu beseitigen.

Femizide werden in der aktuellen Rechtsprechung in Form von den sogenannten "Partnerschaftsdelikten" nicht ausreichend gewürdigt. Bei Trennungstötungen kann z.B. das Vorliegen eines Motivbündels dazu führen, dass das Vorliegen des Mordmerkmals der niedrigen Beweggründe verneint wird. Wir brauchen eine Rechtsanwendung, die sich den frauenfeindlichen Strukturen, Vorurteilen und patriarchalischen Denkweisen befreit. Tötungsdelikte in Folge einer Trennung oder einer Trennungsabsicht sind effektiv zu verfolgen und als geschlechtsspezifische Gewalt zu benennen.

Weiterhin sind die Tötungsdelikte in ihrer Systematik als Ganzes archaisch und aus feministischer Perspektive kritikwürdig. Das Strafrecht begünstigt zum Beispiel grundsätzlich Täter\*innen von Tötungsdelikten, die ihren Opfern körperlich überlegen sind, indem es immer dann das Vorliegen eines Mordmerkmals bejaht, wenn eine Person körperlich unterlegen ist und deshalb eine List anwendet ("Heimtücke").

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Die Erweiterung des Paragraph 46 Abs. 2 S.2 StGB um den Aspekt der geschlechtsspezifischen Beweggründe, um diesen Umstand als strafscharfend zu verankern.

- Eine mittelfristige Novellierung der Tötungsdelikte als Ganzes mit Blick auf die Beseitigung von patriarchalen Denkmustern.

44 - Femizide müssen als solche auch in den Medien benannt werden! Die in der  
45 Gesellschaft weit verbreiteten Narrative, wie zum Beispiel die Begriffe  
46 "Familiendrama" oder "Beziehungstragödie", müssen als verharmlosende Darstellungen  
47 von uns identifiziert werden. Als feministischer Richtungsverband erkennen wir an,  
48 dass solcherlei Begrifflichkeiten letzten Endes dazu dienen die männlichen Täter in  
49 den Fokus einer empathischen Besprechung der Taten zu stellen. Die Opfer und ihr Leid  
50 werden so unsichtbar gemacht! Als antirassistischer Verband identifizieren wir etwa  
51 in der Kategorie "Ehrenmord" rassistische Zuschreibungen. So besteht auch in der  
52 Rechtsprechung ein massives Ungleichgewicht in der Thematisierung von Femiziden, je  
53 nachdem, ob die Opfer beziehungsweise Täter rassifizierte Personen sind.

55 - Frauenhäuser benötigen eine sichere gesetzliche Grundlage, welche die Finanzierung  
56 der Frauenhäuser sicherstellt. Es darf nicht länger auf Spenden und der  
57 Freiwilligkeit der Kommunen basieren, ob Frauenhäuser finanzielle Mittel erhalten  
58 oder nicht. Frauenhäuser benötigen eine sichere gesetzliche Grundlage, welche die  
59 Finanzierung der Frauenhäuser sicherstellt. Nach wie vor stehen wir zu unserer  
60 Positionierung des drei Säulen Modells der Finanzierung, welches auch von den  
61 Interessensverbänden der Frauenhäuser bevorzugtes Finanzierungsmodell ist. Fest  
62 steht: Hilfe bei geschlechtsspezifischer Gewalt darf nicht durch klamme Haushalte in  
63 Kommunen scheitern. Die schon lange ratifizierte Istanbul-Konvention gibt uns darüber  
64 hinaus einen genauen Schlüssel über erwartete Bedarfe. Für die Ausfinanzierung in  
65 Form des drei Säulen Modells soll uns deshalb die Istanbul-Konvention der  
66 Mindeststandard sein.

68 - Durch eine gesicherte Finanzierung müssen somit auch genügend Frauenhäuser und  
69 Frauenhausplätze geschaffen werden. Derzeit verfügen ca. 90 Kreise in Deutschland  
70 über kein Frauenhaus. Die Kapazitäten müssen unbedingt erweitert werden, sodass der  
71 Bedarf, der leider besteht, auch tatsächlich gedeckt wird. Lange Wartezeiten auf  
72 einen Platz im Frauenhaus dürfen nicht weiter vorkommen!

74 - Es darf keine FINTA von den Leistungsansprüchen aus dem Sozialgesetzbuch (SGB II  
75 und SGB XII) ausgeschlossen werden. Beispielsweise studierende FINTA, FINTA in  
76 Ausbildung, FINTA die Asyl beantragt haben und FINTA mit eigenem Einkommen müssen  
77 ebenfalls Anspruch auf finanzielle Leistungen über das SGB erhalten. Es kann nicht  
78 sein, dass schutzsuchende FINTA, gegebenenfalls auch mit Kindern, für ihre Unterkunft  
79 in einem Frauenhaus selbst aufkommen müssen.

81 - Die Kostenerstattung zwischen den Kommunen, welche notwendig wird, wenn Frauen in  
82 ein Frauenhaus einer anderen Kommune untergebracht werden, muss vereinfacht werden.  
83 Eine Verlegung der Frauen in andere Kommunen ist oftmals aus Schutzgründen notwendig  
84 und darf nicht an einem komplizierten Kostenerstattungsverfahren scheitern.

86 - Es braucht mehr Hilfsangebote, die eine intersektionale Perspektive mit  
87 einbeziehen. Etwa FINTA mit Migrationsgeschichte nehmen weniger häufig die

bestehenden Hilfsangebote an. Dies liegt jedoch nicht daran, dass in diesen Fällen ein geringerer Bedarf besteht, sondern daran, dass die Hilfsangebote zu wenig auf die speziellen Bedürfnisse von FINTA mit Migrationsgeschichte eingestellt sind. Bei den Hilfsangeboten müssen deshalb verschiedene Diskriminierungsformen und Unterdrückungen, die sich in den meisten Fällen kreuzen, mit gedacht werden. Auch für FINTA mit Suchterkrankungen besteht ein gesonderter Bedarf. Einrichtungen müssen sowohl in ihrem therapeutischen, als auch in ihrem betreuerischen Angebot gesondert auf diese vulnerable Gruppe eingehen.

- Um der geschlechtsspezifischen Gewalt gegenüber FINTA mit Behinderung entgegen zu wirken, braucht es unabhängige, flächendeckende barrierefreie Beratungsstellen, die auch von Menschen mit Behinderung mitbetrieben werden. Es müsse unangekündigte Kontrollen beispielsweise in Pflegeeinrichtungen durchgeführt werden, da es häufig keine Möglichkeit für Bewohner\*innen gibt, sich außerhalb der Einrichtung Hilfe zu suchen und alleine, ohne Pflegepersonal, mit unabhängigen Helfenden zu sprechen.

- Gewalt gegen queere Personen findet häufig statt, erfährt jedoch kaum öffentliche Aufmerksamkeit. Für den korrekten Umgang mit dieser Form geschlechts- und genderspezifischer Gewalt und für die Sensibilisierung der Öffentlichkeit darüber, müssen Studien angefertigt und veröffentlicht werden. Diese Zahlen und Daten müssen regelmäßig erhoben werden, damit die darauffolgenden Maßnahmen adäquat auf dieses enorme Problem angepasst werden können. Diese Form von Gewalt muss als solche klar benannt werden und darf nicht verharmlost oder vernachlässigt werden. Für queere Personen muss es mehr ausfinanzierte Schutzräume und Kapazitäten geben.

- Deutschland ist Teil der Istanbul Konvention und somit verpflichtet gegen geschlechtsspezifische Gewalt vorzugehen. Dies geschieht bisher nicht im nötigen Ausmaß. Deutschland muss die eingegangene Pflicht erfüllen. Dies bedeutet ausdrücklich nicht nur die konsequente Umsetzung der Konvention in allen Punkten, sondern insbesondere auch der internationale Kampf für die Konvention. So muss der einseitige Rückzug der Türkei aus der Istanbul-Konvention mit klarer Kritik beantwortet werden.

- Betroffenen muss wirksam Sicherheit geboten werden
- Die Gesellschaft muss für das Thema sensibilisiert werden, offizielle Verharmlosungen von geschlechtsspezifischer Gewalt dürfen nicht mehr vorkommen! Dies dient der Gewaltprävention.
- Strafrechtliche Normen müssen dazu beitragen, dass geschlechtsspezifische Gewalttaten verfolgt und sanktioniert werden. Diese Prozesse müssen effektiv sein. Den Betroffenen muss ein möglichst leichter Zugang zu solchen Prozessen gewährt werden, die nicht retraumatisierend sein dürfen. Dem bisher praktizierten Täter\*innenschutz muss ein Ende gesetzt werden.
- Den Handlungsempfehlungen der GREVIO muss jetzt und in Zukunft zeitnah Folge geleistet werden!

132

133 - Präventions- und Aufklärungsarbeit bezüglich sexualisierter und  
134 geschlechtsspezifischer Gewalt muss bereits im jungen Alter geschehen. Deshalb sollen  
135 Initiativen, die zu diesen Themen Aufklärungsarbeit im Jugendbereich leisten,  
136 finanziell gefördert werden. So soll es Bildungseinrichtungen vereinfacht werden,  
137 diesem so wichtigen Thema den nötigen Platz zu geben. Vor allem in der Schule, sollte  
138 dies ein viel größeres Thema sein. Es muss verpflichtend im Lehrplan stehen und es  
139 sollten regelmäßig Seminare und Workshops innerhalb der Klassen und Jahrgänge  
140 durchgeführt werden. Diese Seminare sollten ab der ersten Klasse alle 3 Jahre  
141 durchgeführt und die Inhalte, abhängig vom Jahrgang, altersgerecht vermittelt werden.

142

143 - Auch für Lehrkräfte muss es Fortbildungsmöglichkeiten geben, die gut erreichbar und  
144 wahrnehmbar sind, damit sie in dem Thema der geschlechtsspezifischen Gewalt geschult  
145 werden, sich über die Probleme bewusstwerden und lernen, auf Warnzeichen zu achten  
146 und adäquat zu reagieren. Lehrkräfte müssen als pädagogische Fachkraft dazu in der  
147 Lage sein, mit Betroffenen umzugehen und ihnen beispielsweise Hilfsangebote  
148 vorzustellen. Des Weiteren müssen sie wissen, an welche Stellen sie sich wenden und  
149 wie sie sich verhalten müssen, wenn sie die Identitäten der Täter\*innen kennen -  
150 sowohl von minderjährigen als auch von volljährigen Täter\*innen innerhalb und  
151 außerhalb der Schulen.

## Antrag G02: Reproduktive Selbstbestimmung - Jetzt!

1 Ob man einen Kinderwunsch hat oder aber ganz bewusst Kinder für sich selbst  
2 ausschließt, ist eine sehr persönliche Entscheidung. Und genauso persönlich wie die  
3 Entscheidung an sich, sollte auch der Weg zur Erfüllung dieser aussehen. Das  
4 entspricht jedoch bei weitem nicht der Realität. Schon seit langem kritisieren wir  
5 Jusos in diesem Zusammenhang die restriktiven Gesetze bei Abtreibungen, die in  
6 Deutschland noch immer im Strafgesetzbuch geregelt sind. Zu reproduktiver  
7 Selbstbestimmung gehört nicht nur das Recht auf sichere und zugängliche Abtreibung,  
8 sondern auch die Ermöglichung des Kinderwunsches. Dem möchte sich der vorliegende  
9 Antrag widmen und formuliert deshalb grundlegende Perspektiven zum Thema reproduktive  
10 Selbstbestimmung jenseits unserer bereits gefassten Beschlusslagen zum Thema  
11 Schwangerschaftsabbruch. Ausdrücklicher Teil der reproduktiven Selbstbestimmung ist  
12 nämlich jede prinzipiell denkbare Möglichkeit zur Erfüllung des eigenen  
13 Kinderwunsches oder auch zur Erfüllung der eigenen Sterilität. Auch die  
14 Ampelkoalition hat sich im Koalitionsvertrag die Diskussion um reproduktive  
15 Selbstbestimmung gelegt. Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang für uns bleibt  
16 jedoch: Die verschiedenen Themen von Leihmutterschaft, Eizellspende und  
17 Sterilisierung, dürfen von der Regierungskoalition nicht als Nebelkerze benutzt  
18 werden, um die längst überfällige Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen zu  
19 verhindern! Wir stehen diesbezüglich weiter hinter unserer Forderung:  
20 Abtreibungsparagraphen raus aus dem Strafgesetzbuch!

### 21 Unerfüllter Kinderwunsch - Weg mit dem Tabu!

22 Eine Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die  
23 zuerst 2014 veröffentlicht und 2020 durch neue Zahlen aktualisiert wurde, zeigt, dass  
24 das Thema unerfüllter Kinderwunsch noch immer ein großes Tabu innerhalb unserer  
25 Gesellschaft darstellt. So gaben nur rund 25 Prozent der Befragten an, Fachärzt\*innen  
26 aufgesucht zu haben, um eine organische Ursache für den unerfüllten Kinderwunsch  
27 abklären zu lassen. Gleichzeitig werden vor allem von Männern Angebote der  
28 Unterstützung häufig als Risiko der Stigmatisierung wahrgenommen; folglich bleibt die  
29 Debatte über ungewollte Kinderwünsche meist selbst im privatesten Kreis der  
30 Betroffenen ein Tabu. Auch dies führt bei den Betroffenen dazu, dass sie sich alleine  
31 mit den Konsequenzen ihres unerfüllten Kinderwunsches sehen, welches rein statistisch  
32 gesprochen meist zum Nachteil von Frauen und Menschen mit Uterus ausgelegt wird: So  
33 konnte die Studie belegen, dass ungewollt kinderlose Frauen und Menschen mit Uterus  
34 und Männer im zunehmenden Alter dazu tendieren, die Ursache primär bei der Frau oder  
35 Person mit Uterus selbst zu suchen, selbst wenn dies gar nicht einer getroffenen  
36 Diagnose entspricht. Nicht zuletzt stellt das ein Symptom der patriarchalen Abwertung  
37 von Frauen und Personen mit Uterus, die keine Mütter sind/sein können dar. Für  
38 gewollt kinderlose Frauen und Personen mit Uterus bedeutet dies häufig, dass ihnen  
39 mögliche Sterilisationen abgesprochen werden, für ungewollt kinderlose hingegen die  
40 Wahrnehmung das eigene Frausein sei ‚beschädigt‘. Und auch für 56 Prozent aller  
41 kinderlosen Männer gilt noch immer die Aussage „Vaterschaft gehört zum Mannsein  
42 dazu“. Besonders auch für trans Personen ist das Thema reproduktive Rechte mit einer  
43 besonderen Brisanz verbunden. Denn für sie ist die ungewollte Kinderlosigkeit häufig  
44 noch mit transfeindlichen Stigmata innerhalb der Gesellschaft verbunden.

## **Kinderwunsch erfüllbar machen - mit Leihmutterschaft und Eizellspende**

Die Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend belegt eindrücklich, dass viele ungewollt Kinderlose auf verschiedene Weise den Versuch unternehmen, ihren Kinderwunsch zu ermöglichen. Aktuell stehen ungewollt Kinderlosen in Deutschland dafür verschiedene Wege zur Verfügung. So etwa die künstliche Befruchtung als In-vitro-Fertilisation (IVF), bei der Eizellen und Sperma entnommen werden, welche dann im Labor zur Befruchtung genutzt werden, um sie nach erfolgreichem Wachstum der ungewollt kinderlosen Frau oder Person mit Uterus wieder einzusetzen. Ist die Qualität der Spermien nicht ausreichend für dieses Verfahren, ist auch eine zusätzliche Samenspende denkbar. Eine andere Möglichkeit stellt die Samenspende dar, die von Paaren genutzt wird, bei denen der Mann steril ist oder aber die für lesbische Paare notwendig ist. Bei einer Samenspende ist eine künstliche Befruchtung wie zuvor beschrieben möglich, aber auch eine Insemination. Darüber hinaus können hormonelle Behandlungen und Stimulationen helfen den Kinderwunsch zu erfüllen. Für Frauen und Menschen mit Uterus, die steril sind, kommen diese Möglichkeiten mitunter nicht in Frage. Möglich ist dann etwa die Embryonenspende. Bei der Embryonenspende werden Embryonen, die von anderen nach einer Kinderwunschbehandlung nicht mehr genutzt wurden, gespendet und in die Betroffenen eingesetzt. Außerdem könnten eigene vor Jahren eingefrorene Eizellen genutzt werden, um mit einer IVF eine Schwangerschaft zu ermöglichen. Auch wenn sowohl die Krankenkassen solche Eingriffe zum Teil übernehmen, als auch die Länder sie bezuschussen, entscheiden vor allem die finanziellen Mittel der Betroffenen, ob und wie der Kinderwunsch erfüllt werden kann. Noch immer genießen verheiratete Paare finanzielle Privilegien und erhalten mehr Zuschüsse, während nicht verheiratete Paare oder einzelne Personen hohe Summen zahlen müssen. So werden auch heute noch traditionelle Familienbilder über andere gestellt und die finanziellen Mittel der Betroffenen bleiben der entscheidende Faktor bei der künstlichen Befruchtung. Kommen diese Möglichkeiten nicht in Frage oder bleiben erfolglos, bleibt in Deutschland zumeist nur die Adoption übrig. Denn die Eizellspende, ebenso wie die Leihmutterschaft, sind in Deutschland nicht erlaubt.

## **Leihmutterschaft ermöglichen!**

Für schwule Männer, genauso wie für unfruchtbare Frauen und Menschen mit Uterus, gibt es in verschiedenen Ländern die Möglichkeit der Leihmutterschaft. Dabei werden einer so genannten Leihmutter gespendete Eizellen oder Eizellen der ungewollt Kinderlosen, die zuvor via IVF befruchtet wurden, eingesetzt. Mit diesem Verfahren besteht dann keine biologische Verwandtschaft zwischen der Leihmutter und dem gezeugten Kind. In Deutschland ist dieses Verfahren auf Grund des Gesetzes zum Schutz von Embryonen (ESchG) verboten, denn nach § 1 Abs. 1 Nr. 7 des ESchG wird mit Freiheitsstrafe bestraft, wer bei einer Leihmutter „eine künstliche Befruchtung“ unternimmt oder „einen menschlichen Embryo“ überträgt. Dieses Gesetz richtet sich dabei also ausdrücklich gegen die ausführenden Mediziner\*innen und nicht gegen die Leihmutter oder die Person(en), die Eltern werden möchten. Doch dieses Gesetz heißt nicht, dass es in Deutschland keine durch Leihmütter ausgetragenen Kinder gibt! Denn wer es sich leisten kann, nimmt Angebote von Leihmüttervermittler\*innen an. Diese Börsen stellen

Kontakte zu Kinderwunschzentren etwa in den USA oder Indien her, wo die Leihmutterschaft erlaubt und (besser oder schlechter) gesetzlich geregelt ist. So wird der Kinderwunsch also auch zur ökonomischen Frage. Schließlich ist es so, dass die besten Chancen auf die Erfüllung jene haben, die über die in Deutschland zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und Finanzierungen der Krankenkassen hinaus, eigenständig Geld in die Hand nehmen können. Des Weiteren ist zu bedenken, dass auch so ein Ungleichgewicht im internationalen Sinn mit den aktuellen Verhältnissen der Leihmutterschaft reproduziert wird. In Deutschland werden häufig Leihmütter aus Schwellen- und Entwicklungsländern beauftragt, da es dort günstigere Angebote gibt als in den USA. Ein derartiges Verhältnis von Auftraggebende aus dem wohlhabenden Deutschland und den weniger wohlhabenden Anbieter\*innen gilt es zu überwinden. Ein solcher Tourismus für die Inanspruchnahme von Leihmutterschaft kann auch gesetzlich umgangen werden, etwa durch Regelungen die die Wohndauer der werdenden Eltern betreffen.

Im Falle der Leihmutterschaft endet der steinige Weg zum eigenen Kind aber nicht, selbst wenn man das Geld hat, um im Ausland eine passende Leihmutter zu finden. Denn dann ist das Abstammungsrecht noch zu bedenken. Nach dem deutschen Abstammungsrecht ist jene Person als Mutter anzusehen, welche das Kind ausgetragen hat. Wenn ein Kind kurz nach der Geburt nach Deutschland gebracht wird, gilt als so genannter gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes Deutschland und damit das deutsche Abstammungsrecht, das keine Leihmutterschaft vorsieht. So kommt es zur irrsinnigen Situation, dass die Leihmutter (die nicht biologisch mit dem ausgetragenen Kind verwandt ist und nach etwa US-amerikanischem Gesetz somit auch nicht Mutter des Kindes im Sinne der Abstammung) als Mutter in einer deutschen Geburtsurkunde aufgeführt wird. Diesem Problem widmete sich die Rechtsprechung bereits und entschied, dass im Falle von Leihmutterschaft das Abstammungsrecht des Landes der Leihmutter anerkannt werden kann, wenn festzustellen ist, dass die Menschenwürde der Leihmutter nicht verletzt wurde, etwa weil sie nicht zur Leihmutterschaft gezwungen wurde. Das bedeutet zusammengefasst: Das deutsche Abstammungsrecht sieht keine Leihmutterschaft vor, doch durch Entscheidungen des Familiengerichts (die bindend für Gerichte und Verwaltungsbehörden sind) können Eltern, deren Kind durch Leihmutterschaft im Ausland geboren wurde ihre eigene Elternschaft anerkennen lassen, wenn sie Entscheidungen eines Gerichts oder einer Behörde aus dem Geburtsland des Kindes vorlegen können. Trotzdem bleibt jedoch das Risiko, dass ein Standesamt die Auffassung vertritt, dass das deutsche Abstammungsrecht gilt, in welchem Falle dann ein Adoptionsverfahren angestrengt werden muss. Bis ein Verfahren abgeschlossen ist, ist die Einreise des Kindes nach Deutschland nicht ohne weiteres möglich, da das Kind kein Recht auf einen deutschen Pass hat.

Die Frage bleibt: Warum ist eine Leihmutterschaft in Deutschland illegal? Die Antwort ändert sich je nachdem, wem man diese Frage stellt. So argumentieren einige mit der Gefahr der Ausbeutung der Leihmutter, denn in den meisten Fällen wird diese finanziell entschädigt. Doch was ist an diesem Argument dran? Zunächst einmal sollten sich die Modelle dieser Entschädigung vor Augen geführt werden. In den USA etwa erhält eine Leihmutter finanzielle Mittel, welche die für die Schwangerschaft notwendige medizinische Versorgung gewährleisten. Darüber hinaus wird in der Regel Geld vorgesehen für Ausgaben wie Schwangerschaftskleidung und ähnliches.



136 Zusätzliches Geld wird als Entschädigung für die körperlichen Risiken verstanden,  
137 denn zweifelsohne stellt sowohl eine für die Leihmutterschaft erforderliche  
138 (missglückte) IVF, als auch eine Schwangerschaft und Geburt erhebliche Belastungen  
139 für die Schwangere dar. In welcher Höhe es gezahlt wird, kann in Absprache zwischen  
140 der Leihmutter und den intendierten Eltern festgelegt werden, durchschnittlich kann  
141 von etwa 25.000 Dollar ausgegangen werden. Natürlich entscheidet auch eine etwaige  
142 Obergrenze an Schwangerschaften darüber, wie viel Geld die Leihmutter durch ihre  
143 Schwangerschaft(en) verdienen kann. In den USA gibt es eine solche Obergrenze  
144 gesetzlich nicht, die meisten ärztlichen Praxen, die sich auf Kinderwunsch und  
145 Leihmutterschaft spezialisiert haben, legen jedoch eine maximale Obergrenze von sechs  
146 Schwangerschaften fest. Dabei berücksichtigt werden jedoch auch eigene  
147 Schwangerschaften. Dieser Prozess legt für viele die Gefahr nahe, dass besonders  
148 Frauen und Menschen mit Uterus, die in finanzieller Not stecken die Möglichkeit der  
149 Leihmutterschaft für sich in Betracht ziehen. In diesem Zusammenhang ist jedoch ganz  
150 klar zu sagen, dass eine Legalisierung von Leihmutterschaft mit einer Reihe von  
151 Gesetzen einher gehen müsste, die dieses Risiko minimieren. Denkbar wären etwa  
152 gesetzliche Obergrenzen der Schwangerschaften festzulegen sowie Voruntersuchungen und  
153 Gespräche, die die Motive der möglichen Leihmutter genauestens untersuchen. So gilt  
154 in den USA etwa, dass Personen, die Leihmutter werden wollen, ein gewisses Alter  
155 haben müssen, ihre Gesundheit wird strengstens begutachtet und ebenso ist dort eine  
156 Leihmutterschaft ausgeschlossen für Frauen und Menschen mit Uterus, die Sozialhilfe  
157 erhalten. Gleichzeitig sind auch Modelle der Leihmutterschaft ganz ohne Bezahlung  
158 möglich. In dieser Form hat Portugal die Leihmutterschaft legalisiert und  
159 gleichzeitig festgelegt, dass diese Art der Kindeszeugung nur als letzter Ausweg auf  
160 Grund schwerwiegender gesundheitlicher Probleme gewählt werden darf. Die  
161 Leihmutterschaft kann in Portugal also nur kostenlos vereinbart werden, wodurch das  
162 Risiko der finanziellen Ausbeutung ausgeschlossen werden soll, denn das Angebot, sich  
163 für eine Leihmutterschaft zur Verfügung zu stellen, muss in Portugal aus  
164 altruistischen Motiven heraus geschehen.

165 Ein weiteres Argument, das Gegner\*innen der Leihmutterschaft anführen, ist das Wohl  
166 des Kindes. Auch dieser Argumentation ist heftig zu widersprechen, denn es liegt viel  
167 mehr nahe, dass die unklare Rechtslage in Deutschland (Stand jetzt) zu Prozessen  
168 führen, die auch die betreffenden Kinder in Mitleidenschaft ziehen können, wenn etwa  
169 die Abstammung nicht anerkannt wird. Fest steht: Beim Thema Leihmutterschaft sollte  
170 das Wohl der austragenden Schwangeren im Fokus stehen. Und in diesem Zusammenhang  
171 gilt: Sofern ausreichende Regularien vorliegen, die eine Freiwilligkeit der  
172 Leihmutter weitestgehend garantieren, ist dieses Wohl als erfüllt zu sehen. Klar ist  
173 hier: Eine Legalisierung der Leihmutterschaft würde unter anderem dem Wohl der  
174 austragenden Person zugutekommen, wie schon der deutsche Ethikrat feststellte. Dieser  
175 argumentierte, dass das größere Risiko für Leihmütter bestünde, die in Ländern ohne  
176 umfangreiche gesetzliche Rahmenbedingungen ein Kind austragen (wie etwa in Indien)  
177 und kam in Abwägung aller Argumente zu dem Ergebnis, dass Leihmutterschaft in  
178 Deutschland zulässig sein sollte.

179 Bei einer Legalisierung der Leihmutterschaft muss stets das Wohl der Leihmutter im  
180 Mittelpunkt stehen. Dabei müssen nicht nur die physischen Risiken, die mit einer  
181 Schwangerschaft einhergehen, sondern auch die psychischen Risiken abgewogen werden.  
182 Denn eine Schwangerschaft und Geburt kann durchaus eine immense Belastung darstellen.



183 In Anbetracht aller Argumente fordern wir deshalb:

- 184 • Die Legalisierung der Leihmutterschaft in Deutschland unter Festlegung  
185 bestimmter Maßstäbe die sowohl das physische als psychische Wohl der Leihmutter  
186 immer in den Fokus der einzelnen Situation setzen. Diese Maßstäbe stellen  
187 sicher, dass die patriarchale und kapitalistische Ausbeutung der Gebärenden  
188 minimiert wird. Das bedeutet, dass wir ausdrücklich jene Leihmutterschaft als  
189 legitim erachten, die nicht im Sinne einer Erwerbstätigkeit verläuft. Eine  
190 Bezahlung für die Ausgaben im Rahmen von körperlichen und psychischen Risiken  
191 und damit das Abdecken von möglichen Ausgaben einer Schwangerschaft halten wir  
192 für sinnvoll. Ausdrücklich nicht unsere Zustimmung kann also ein Modell der  
193 kommerziellen Leihmutterschaft erfahren, welches dafür bestimmt ist erwerbsmäßig  
194 den eigenen Lebensunterhalt mit der Leihmutterschaft zu bestreiten.
- 195 • Die Legalisierung der Leihmutterschaft in Deutschland unter Festlegung  
196 bestimmter Maßstäbe die sowohl das physische als psychische Wohl der Leihmutter  
197 immer in den Fokus der einzelnen Situation setzen. Diese Maßstäbe stellen  
198 sicher, dass die patriarchale und kapitalistische Ausbeutung der Gebärenden  
199 minimiert wird.
- 200 • Die Leihmutter darf nur zwei Mal in ihrem Leben eine altruistische  
201 Leihmutterschaft durchführen.
- 202 • Die Eizellspenderin tritt ihre Rechte während der Schwangerschaft an die  
203 Leihmutter ab.
- 204 • In Konsequenz die Änderung des Abstammungsrechts in Hinblick auf  
205 Leihmutterschaft.#
- 206 • Es muss die Möglichkeit offengelassen werden, dass das Kind Informationen  
207 erhalten darf, wer die Leihmutterschaft durchgeführt hat. Hierbei sollen Daten  
208 über die medizinische Historie der Leihmutter sowie Daten die nicht zur  
209 Ermittlung der Person verwendet werden können, grundsätzlich erhalten werden  
210 können. Weitere Daten bis hin zur Kontaktmöglichkeit mit der Leihmutter, sind im  
211 Vorfeld der Leihmutterschaft von allen Beteiligten in Art und Umfang  
212 festzulegen.

## 213 **Eizellspenden ermöglichen!**

214 Eine weitere Kinderwunschbehandlung, die im Ausland auf verschiedene Weise  
215 legalisiert ist, ist die Eizellspende. Bei dieser werden der spendenden Person nach  
216 einer hormonellen Behandlung gereifte Eizellen entnommen, die dann für eine  
217 Kinderwunschbehandlung mit IVF einer anderen Frau oder Person mit Uterus eingesetzt  
218 werden können. Dieser Prozess bedeutet also, dass die austragende schwangere Person  
219 keine biologische Verwandtschaft mit dem späteren Kind hat. Die Eizellspende ist  
220 insofern als Pendant zur Samenspende zu verstehen, mit dem Unterschied, dass letztere  
221 in Deutschland legal ist. Dies geht auch auf eine patriarchale Gesellschaftsordnung  
222 zurück, die weiblich gelesene Körper strenger kontrolliert als männlich gelesene  
223 Körper. Der Grund dafür liegt abermals im Embryonenschutzgesetz. Dieses regelt, dass  
224 einer Frau oder Person mit Uterus nur eigene Eizellen wieder eingesetzt werden  
225 dürfen; auch hier richtet sich die Strafbarkeit dabei gegen die Mediziner\*innen. Für  
226 die ungewollt Kinderlosen in Deutschland, die auf eine Eizellspende angewiesen sind,

bedeutet auch dieser Fall vor allem wieder finanziellen Aufwand. Denn die Eizellspende ist in vielen Ländern in der EU legal und kann in Anspruch genommen werden, wenn die erforderlichen finanziellen Mittel vorhanden sind. So kann eine Eizellspende etwa in Belgien, Polen, Tschechien oder Österreich stattfinden, wenn die erforderlichen Kosten von 7.500-9.000 Euro erbracht werden können. Auch bei der Argumentation gegen die Eizellspende fällt oftmals das Argument der finanziellen Ausbeutung von der spendenden Person. Genauso wie bei der Leihmutterschaft ist hier jedoch anzuführen, dass mit einer Legalisierung eine umfangreiche Regulierung der Auswahl der spendenden Person erfolgen muss.

In einem Punkt unterscheidet sich der Fall der Eizellspende beträchtlich von der Leihmutterschaft: Denn das Kind hat eine biologische Verwandtschaft zu der Person, die die Eizelle gespendet hat. Interessenverbände von mit Samenspenden gezeugten Kindern kämpfen (nicht nur in Deutschland) seit Jahren für das Recht auf das Wissen über die eigene Abstammung. Und klar sein muss: Auch im Fall einer Eizellspende muss dieses Recht gestärkt und anerkannt werden! Etwa Österreich hat hier eine Regelung gefunden, die genau dies gewährleisten soll: Dort haben Kinder, die durch eine gespendete Eizelle gezeugt wurden, das Recht mit 14 Jahren den Namen der biologischen Mutter zu erfahren.

Wir fordern:

- Die Legalisierung der Eizellspende mit der Einführung notwendiger Gesetze und Verordnungen, die das Risiko der Ausbeutung der spendenden Person minimieren.
- Die Einführung des Rechts des gezeugten Kindes die Identität der spendenden Person zu erfahren, um sich über die eigene Abstammung zu informieren.
- Die Eizellenspende darf nicht zur Ausbeutung innerhalb des kapitalistischen Systems führen
- Infolgedessen psychologische Beratungsmöglichkeiten vor und nach der Spende
- Eine gleiche finanzielle Unterstützung für alle Menschen mit Kinderwunsch, unabhängig von ihrem Familienstand.

### **Kein Kinderwunsch? - Kein Problem!**

Genauso wie die Möglichkeit der Erfüllung des Kinderwunsches gehört zur reproduktiven Selbstbestimmung auch die Gewährleistung der Kinderlosigkeit, wenn dies gewünscht ist. Neben dem Recht auf Abtreibung umfasst dies selbstverständlich auch die Notwendigkeit kostenloser Verhütungsmittel - und zwar ein Leben lang!

Ein Mittel der Verhütung für Frauen und Menschen mit Uterus, dass bestmöglich die Kinderlosigkeit gewährleisten würde, ist in Deutschland jedoch nur schwer zugänglich: Die Sterilisation. Medizinisch gesehen ist eine Sterilisation keine Neuerfindung. In der Realität wird sie jedoch vor allem als Behandlungsmaßnahme etwa bei Krebs oder Krankheiten wie Endometriose genutzt. Die freiwillige Sterilisation, bei der die Eileiter durchtrennt werden, bleibt vielen bewusst Kinderlosen oder auch Frauen und Menschen, die keine weiteren Kinder mehr wollen, verwehrt. Der Grund dafür liegt in unserer patriarchalen Gesellschaft, die es Frauen noch immer strukturell abspricht, über ihren eigenen Körper entscheiden zu können. Besonders junge Frauen müssen sich

269 auf eine Odyssee von einer Praxis zur nächsten machen, wenn sie sich für eine  
270 Sterilisation entschieden haben. Die Ärzt\*innen weisen sie dann zumeist ab mit der  
271 Begründung, dass sie noch keine Kinder hätte und sie diese später ja noch haben  
272 wollen könnten. Auch wird die Behandlung oft verweigert, weil die Sterilisation bei  
273 Frauen sowie Menschen mit Uterus nicht in jedem Fall reversibel ist. Für uns ist  
274 klar: Wir sprechen jeder Person die Autonomie zu, selbst entscheiden zu können, was  
275 mit dem eigenen Körper passiert und ob ein Kinderwunsch besteht oder nicht. Zur  
276 reproduktiven Selbstbestimmung gehört für uns deshalb selbstverständlich auch die  
277 Sterilisation für Frauen und Menschen mit Uterus!

278 Besonders prekär: In Deutschland gesellt sich zu der patriarchalen Tabuisierung noch  
279 eine erhebliche ökonomische Belastung bei einer Sterilisation. Denn: In der Regel  
280 müssen die Betroffenen selbst für die Sterilisation aufkommen; Krankenkassen zahlen  
281 meist nur jene Sterilisationen, die medizinisch notwendig sind. Weshalb eine Person,  
282 die sich selbst über die eigenen Wünsche und Bedürfnisse im klaren ist, aus Geldnot  
283 über Jahre hinweg auf Verhütungsmittel angewiesen sein sollte, weil eine  
284 Sterilisation, die bis zu 1000 Euro kosten kann, nicht möglich scheint, ist unklar.  
285 Dies betrifft selbstverständlich auch die Vasektomie, die in Deutschland ebenso wenig  
286 von Krankenkassen bezahlt wird, wenn keine medizinische Notwendigkeit besteht.

287 Deshalb fordern wir:

- 288 • Die Enttabuisierung der Sterilisation bei Frauen und Menschen mit Uterus,  
289 besonders bei jungen Frauen und Menschen mit Uterus!
- 290 • Die Kostenübernahme von Krankenkassen für freiwillige Sterilisationen und  
291 Vasektomien, und zwar in jedem Fall.

## 292 **Die feministische Dimension der reproduktiven Selbstbestimmung**

293 Für uns als feministischen Richtungsverband ist die Analyse patriarchaler  
294 Verhältnisse unserer Gesellschaft in allen Fällen grundlegend. Deshalb bleibt  
295 abschließend festzustellen, dass die Debatte um reproduktive Selbstbestimmung niemals  
296 ohne die feministische Perspektive zu führen ist. Für uns stellt es in diesem  
297 Zusammenhang keinen Zufall dar, dass ausgerechnet die Behandlungen der reproduktiven  
298 Selbstbestimmung, die sich an Frauen und Menschen mit Uterus richten, strenger  
299 reguliert sind. Etwa die Vasektomie ist bei Männern gängige Praxis, obwohl sie auch  
300 bei ihnen nicht in jedem Fall reversibel ist. Und auch die Samenspende ist erlaubt  
301 und seit Jahrzehnten geregelt. Natürlich ist zwischen der körperlichen Belastung bei  
302 Eizellspende und Samenspende durch den\*die Spender\*in zu unterscheiden: Klar ist  
303 jedoch, dass für jeden medizinischen Eingriff gelten sollte, dass die betroffene  
304 Person unter Rat der zuständigen Fachärzt\*innen selbst beurteilen kann, ob das Risiko  
305 für sie vertretbar ist. Ist dies der Fall, sollte keine gesellschaftliche Auffassung  
306 von Frauen als Mütter oder Vorstellungen von Kernfamilien im Sinne der  
307 heterosexuellen Norm darüber entscheiden, wie die reproduktive Selbstbestimmung  
308 gestaltet wird.

## **Antrag G03: Trans\* liberation now: Für ein echtes Selbstbestimmungsgesetz!**

1 Das geplante Selbstbestimmungsgesetz ist ein großer Fortschritt für die  
2 Selbstbestimmung von trans\* Menschen. Nach einem jahrelangen Kampf wird das  
3 entwürdigende TSG endlich abgeschafft. Bereits 1993, 2005, 2006, 2008 und 2011 wurden  
4 Teile des TSG für verfassungswidrig erklärt. Die Reform kommt also viel zu spät.

5 Auch das vorgestellte Eckpunktepapier geht an einigen Stellen nicht weit genug. Vor  
6 allem Minderjährigen hilft es nicht zu ihrem Recht auf Selbstbestimmung. Sie sind in  
7 weiten Teilen auf die Gunst ihrer Sorgeberechtigten angewiesen. Dies mag in Familien  
8 mit einer liberalen Haltung funktionieren, aber wir wissen, dass dies bei weitem  
9 nicht in jedem Haushalt der Fall ist.

10 Sorgeberechtigte, die nicht akzeptieren, dass ihr Kind trans\* ist, sollen laut  
11 Eckpunktepapier die Möglichkeit haben, ihren Kindern bis zum 14. Lebensjahr den  
12 Zugang zu echter Selbstbestimmung gänzlich zu verwehren. Von 14 bis 18 können sie  
13 zwar durch ein Familiengericht überstimmt werden, aber es fehlen klare Anhaltspunkte,  
14 unter welchen Voraussetzungen das geschehen kann.

15 Warum die Kompetenzen des Familiengericht in diesem Fall überhaupt durch eine  
16 Altersgrenze eingeschränkt werden, ist nicht nachvollziehbar – schließlich kann das  
17 Familiengericht im Regelfall des § 1666 Absatz 3 Nummer 5 Bürgerliches Gesetzbuch  
18 altersunabhängig Erklärungen der Sorgeberechtigten ersetzen, wenn das Kindeswohl es  
19 erfordert.

20 Außerdem bleibt in den Eckpunkten unklar, wie das familiengerichtliche Verfahren  
21 eingeleitet wird. Es ist gut denkbar, dass trans\* Kinder und Jugendliche mit einem  
22 unübersichtlichen Verfahren alleingelassen und in die Zwangslage gebracht werden,  
23 ihre eigenen Sorgeberechtigten verklagen zu müssen.

24 Das können wir so nicht hinnehmen. Auch Minderjährige müssen ein Recht auf  
25 Selbstbestimmung erhalten. Niemand darf gezwungen werden, in einem Geschlecht zu  
26 leben, dem er\*sie sich nicht zugehörig fühlt. Kinder und Jugendliche sollten die  
27 Möglichkeit bekommen, selbst ihre Erklärung beim Standesamt abzugeben. Falls ihre  
28 Sorgeberechtigten dem Wunsch nicht zustimmen, sollten Minderjährige keine Sorge haben  
29 müssen, die eigenen Sorgeberechtigten verklagen zu müssen. Daher wollen wir, dass das  
30 Standesamt selbst das Familiengericht einschaltet. Vorherige Schulungen von  
31 richterlichem Personal, eine mit der Situation und den Bedürfnissen von trans\*  
32 Menschen vertraute Verfahrensbetreuung sowie ein umfassendes Beratungsangebot sollen  
33 den Schutz des Kindes sicherstellen.

34 Um das Verfahren möglichst niedrigschwellig zu gestalten, sollen trans\* Menschen  
35 ihren Antrag bei jedem Standesamt einreichen können. Außerdem wollen wir  
36 sicherstellen, dass das Selbstbestimmungsgesetz von allen Menschen in Anspruch  
37 genommen werden kann, unabhängig vom Pass. Es muss verhindert werden, dass Personen  
38 für die Anpassung von Namen und Geschlechtseintrag in ein Land reisen müssen, in dem  
39 sie möglicherweise verfolgt oder inhaftiert werden, oder Nachweise über die  
40 Regelungen in einem Heimatland beibringen müssen, zu dem sie möglicherweise gar  
41 keinen Bezug mehr haben.

42 Das Selbstbestimmungsgesetz selbst betrifft lediglich die Anpassung von Namen und

Geschlechtseintrag, es hat also nichts mit medizinischen Maßnahmen zu tun. Dennoch ist der Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung ein wichtiger Teil von geschlechtlicher Selbstbestimmung. Selbstbestimmung darf aber keine Frage des Geldbeutels sein, sondern die gesetzlichen Krankenkassen müssen auch für solche Behandlungen zahlen. Das ist bislang leider nicht immer der Fall. Die Leitlinie „Geschlechtsinkongruenz, Geschlechtsdysphorie und Trans-Gesundheit“ gibt einen guten Überblick, welche Behandlungen erforderlich sein können und somit auf jeden Fall von der Krankenkasse getragen werden sollten.

Zuletzt darf der Sport nicht außer Acht gelassen werden. Die vorgestellten Eckpunkte sehen vor, dass der organisierte Sport in eigener Zuständigkeit Regelungen zur Teilnahme von trans\* Menschen trifft. Das greift leider zu kurz. So sehen die kürzlich vorgestellten Regelungen des Schwimm-Weltverbands zum Beispiel vor, dass trans\* Frauen nur dann an Frauen-Wettbewerben teilnehmen können, wenn sie sich schon bis zum zwölften Lebensjahr oder mit Eintreten der Pubertät einer Hormontherapie unterzogen haben. Eine derart frühe Altersgrenze setzt trans\* Mädchen in unverhältnismäßiger Form unter Druck, eine möglicherweise übereilte Entscheidung für eine Transition zu treffen. Solche Regelungen dürfen kein Vorbild für andere Sportarten sein.

Wir wollen ein echtes Selbstbestimmungsgesetz, das alle Menschen mitdenkt. Daher muss das Eckpunktepapier nachgeschärft werden, um auch eine Selbstbestimmung für Minderjährige und Menschen ohne deutschen Pass sicherzustellen und das Verfahren nach dem neuen Selbstbestimmungsgesetz niedrigschwellig und unbürokratisch gestaltet. Die Namensänderung ist für trans\* Menschen bezüglich des Wohlbefindens etwas essenzielles und mit der eigenen Würde verbunden. Es dürfen dabei keine, auch keine kleinen, Hürden finanzieller Art entstehen. Wir begrüßen, dass das Bundesjustiz- und das Bundesfamilienministerium Eckpunkte für das im Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien vorgesehene Selbstbestimmungsgesetz vorgelegt haben. Damit rückt die lange überfällige Abschaffung des sogenannten Transsexuellengesetzes endlich näher. Wir unterstützen ausdrücklich, dass die Anpassung von Vornamen und Geschlechtseintrag künftig in einem einfachen Verfahren vor dem Standesamt ohne vorherige Zwangsgutachten möglich sein soll.

Dennoch bleiben die Eckpunkte hinter einem echten Selbstbestimmungsgesetz zurück. Wir fordern deshalb die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, sich für folgende Verbesserungen und Klarstellungen einzusetzen:

- Die Erklärungen zur Änderung von Namen und Geschlechtseintrag müssen an jedem Standesamt abgegeben werden können. Es wäre nicht zumutbar, wenn Menschen nur für die Abgabe dieser Erklärung das Standesamt ihres Geburtsortes aufsuchen müssten.
- Auch Menschen, die ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Deutschland leben, müssen das Selbstbestimmungsgesetz in Anspruch nehmen können. Die derzeit übliche Prüfung, ob das Recht des Heimatstaats eine vergleichbare Regelung kennt, verursacht unnötigen und zeitraubenden Bürokratieaufwand. Zudem kommt hinzu, dass in vielen Ländern trans\* Menschen nach wie vor verfolgt und diskriminiert werden. Dass diese Transfeindlichkeit sie bis nach Deutschland verfolgt, ist nicht hinnehmbar.

- Auch die Anpassung geschlechtsspezifischer Nachnamen soll in das Selbstbestimmungsgesetz aufgenommen werden. Wenn ein trans\* Mensch einen Namen mit geschlechtsspezifischer Endung führt, wie es z.B. in nord- und osteuropäischen Ländern verbreitet ist, würde es andernfalls zu einer sinnwidrigen Diskrepanz zwischen Vor- und Nachnamen kommen.
  - Auch bei Minderjährigen unter 14 Jahren soll das Familiengericht eine am Kindeswohl orientierte Entscheidung treffen können, wenn die Sorgeberechtigten die Zustimmung zur Anpassung von Namen oder Geschlechtseintrag verweigern. Im familiengerichtlichen Verfahren ist sicherzustellen, dass ein\*e Verfahrensbetreuer\*in bestellt wird, die mit der Situation und den Bedürfnissen von trans\* Menschen vertraut ist.
  - Bei Minderjährigen ist das Verfahren altersunabhängig so zu gestalten, dass diese die Erklärung zur Änderung von Namen und Geschlechtseintrag selbst abgeben können, wie es im Eckpunktepapier bereits für Minderjährige ab 14 Jahren vorgesehen ist.
  - Das Standesamt soll von Amts wegen das Familiengericht anrufen, wenn ein\*e Minderjährige\*r die Anpassung von Namen und Geschlechtseintrag verlangt und die Sorgeberechtigten auch nach Aufforderung durch das Standesamt keine Zustimmung erteilen.
  - Sowohl die Sorgeberechtigten als auch das Familiengericht müssen verpflichtet sein, die Wünsche eines minderjährigen Kindes bezüglich des eigenen Namens und Geschlechtseintrags vorrangig zu berücksichtigen. Bei entsprechender Reife muss die Entscheidung in das Selbstbestimmungsrecht des Kindes fallen. Daher muss auch die Altersgrenze für eine eigenständige Entscheidung ohne Beteiligung der Sorgeberechtigten abgesenkt oder abgeschafft werden.
  - Ergänzend zum Offenbarungsverbot, das mit § 5 TSG bereits Teil der geltenden Rechtslage ist, ist eine ausdrückliche Regelung aufzunehmen, wonach Menschen nach Anpassung von Namen oder Geschlechtseintrag einen gesetzlichen Anspruch gegen private und öffentliche Stellen auf Ausstellung von Dokumenten, Zeugnissen und anderen Bescheinigungen mit den neuen Personendaten haben.
- Das Selbstbestimmungsgesetz soll darüber hinaus nur Erleichterungen für die Änderung von Vornamen und Geschlechtseintrag enthalten. Um die Lebenssituation von trans\* Menschen wirksam zu verbessern, braucht es aber weitere Maßnahmen. Wir fordern deshalb die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, sich für folgende zusätzliche Maßnahmen einzusetzen und diese zeitnah in die Wege zu leiten:
- Um trans\* Menschen zu unterstützen und in die Lage zu versetzen, ihr Selbstbestimmungsrecht in Anspruch zu nehmen, ist die in den Eckpunkten vorgesehene Stärkung von Beratungsangeboten besonders wichtig. Insbesondere für Minderjährige sind niedrigschwellige spezialisierte Anlauf- und Beratungsstellen auszubauen, abzusichern oder neu zu schaffen, die diese bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen und während des Verfahrens, das das Selbstbestimmungsgesetz vorsieht, begleiten können. Die Einführung eines Rechtsanspruchs auf eine qualifizierte Beratung ist zu prüfen. Weiterhin ist zu prüfen, ob Sorgeberechtigte von trans\* Kindern zur Wahrnehmung einer Beratung

- 134 verpflichtet werden können.
- 135 • Eltern, die ihren Geschlechtseintrag haben ändern lassen, sind in der  
136 Geburtsurkunde des Kindes mit einer Bezeichnung einzutragen, die ihrem  
137 geänderten Geschlechtseintrag entspricht.
- 138 • Wie vom Koalitionsvertrag gefordert müssen die Kosten geschlechtsangleichender  
139 Behandlungen vollständig von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen  
140 werden. Das gilt auch für eventuell angeforderte Gutachten. Das  
141 Bundesministerium für Gesundheit muss zeitnah ein Konzept vorlegen, mit dem  
142 sichergestellt wird, dass trans\* Menschen bei entsprechender ärztlicher  
143 Empfehlung einen Anspruch auf Kostenübernahme hinsichtlich der Behandlungen  
144 haben, die in der einschlägigen S3-Leitlinie „Geschlechtsinkongruenz,  
145 Geschlechtsdysphorie und Trans-Gesundheit“ empfohlen werden, welche unter  
146 Federführung der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung erarbeitet wurde.  
147 Ergänzend zu den geschlechtsanpassenden Operationen muss auch die Namenänderung  
148 für trans\* Menschen beim Standesamt gebührenfrei sein. Ebenfalls gilt es in  
149 diesem Zuge auch ein Konzept zu erarbeiten, nach welchem neben  
150 geschlechtsangleichenden Maßnahmen auch weitere chirurgische/plastische  
151 Eingriffe erleichtert von der Krankenkasse übernommen werden können.
- 152 • Bezüglich der Teilnahme an Sportveranstaltungen und Wettkämpfen ist  
153 sicherzustellen, dass keine Regelungen getroffen werden, die trans\*  
154 Sportler\*innen ausschließen oder benachteiligen.



## **Antrag G06: Sexarbeit ist Arbeit!**

### **1 Sexarbeit differenziert betrachten: Selbstbestimmte 2 Sexarbeit, Prostitution und Zwangsprostitution**

3 In unserer Gesellschaft denken viele bei "Prostitution" häufig an ein System, das  
4 Menschen dazu nötigt, ihren Körper und sexuelle Handlungen zu verkaufen. Dies ist  
5 jedoch ein Verständnis, das zu kurz greift. Differenziert werden muss zwischen  
6 Zwangsprostitution, die sich dadurch auszeichnet, dass die ausübenden Personen durch  
7 Dritte zur Arbeit gezwungen beziehungsweise genötigt werden und die häufig mit  
8 Menschenhandel einhergeht, zweitens die Prostitution, die sich durch strukturelle  
9 Zwänge, wie etwa finanzielle Probleme, auszeichnet und drittens die Sexarbeit, bei  
10 der die ausübenden Personen autonom für sich entschieden haben dieser Arbeit  
11 nachzugehen. Sexarbeit als Arbeit unterliegt als solche letztendlich immer  
12 ökonomischen Zwängen. Darüber hinaus ist es wichtig, eben diese selbstbestimmte  
13 Sexarbeit zu entstigmatisieren. Allerdings muss hier gesondert darauf hingewiesen  
14 werden, dass der Anteil derer, die selbstbestimmte Sexarbeit durchführen, nicht die  
15 Mehrheit in dieser Branche darstellt. Meist sind dies privilegierte FINTA, die diese  
16 Arbeit ohne jegliche Zwänge durchführen. Der Großteil der Menschen in dieser Branche  
17 sind den Bereichen der Prostitution oder Zwangsprostitution zuzuordnen. Daher muss  
18 dies unter anderen Gesichtspunkten und gesondert betrachtet werden. Eine Lösung wie  
19 das Nordische Modell oder Sexkaufverbot, das lediglich Kund\*innen kriminalisiert und  
20 dabei Sexarbeiter\*innen außenvorlassen möchte, führt allerdings zu vermehrter  
21 Illegalität und Verdrängung der selbstbestimmten Arbeit und gefährdet so  
22 Sexarbeiter\*innen - so ist es in Ländern erkennbar, die diese Regelung eingeführt  
23 haben. Frauen sollen selbstbestimmt entscheiden, ob sie sich für Sex bezahlen lassen  
24 wollen oder nicht, ohne dass sie dafür stigmatisiert werden oder ihre Arbeit nicht  
25 anerkannt wird. Aber selbstbestimmte Sexarbeit existiert im Patriarchat und kann  
26 nicht losgelöst davon betrachtet werden. Dass in unserem patriarchalen System Männer  
27 Besitzansprüche an Frauenkörper einfordern und sie dies erfolgreich dadurch tun,  
28 Frauen für Sex zu bezahlen, ist problematisch. Deshalb müssen wir bei der politischen  
29 Diskussion über Sexarbeit, Prostitution und Zwangsprostitution auch immer die Rolle  
30 der (überwiegend) männlichen Freier berücksichtigen. Denn zur Realität von  
31 Sexarbeiter\*innen, Prostituierten sowie Zwangsprostituierten gehört, dass sie  
32 möglichen Übergriffen von Freiern meist schutzlos ausgeliefert sind. Weil sie ihren  
33 Körper für sexuelle Dienstleistungen anbieten, haben sie de facto keine Möglichkeit  
34 strafrechtlich relevante Übergriffe zur Anzeige zu bringen. Auch hier greift abermals  
35 die starke Stigmatisierung zum Nachteil der Sexarbeiter\*innen, Prostituierten und  
36 Zwangsprostituierten. Als Jusos wollen wir deshalb problematisieren, dass es am Ende  
37 des Tages eben Sexarbeiter\*innen, Prostituierte und Zwangsprostituierte sind, die die  
38 Konsequenzen der Handlungen der Freier, die sich meist eben nicht darum scheren, ob  
39 ihr gegenüber die Arbeit selbstbestimmt durchführt oder nicht, tragen müssen. Ganz  
40 klar steht für uns allerdings fest: Das nordische Modell ist nicht unseres!

41 Gerade im illegalen Bereich, in dem die Zwangsprostituierten, die diese Arbeit  
42 ausüben, nicht selbstbestimmt sind, sind die psychischen Erkrankungen, wie Sucht,



Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) und Depressionen signifikant häufiger vertreten als in der Gesamtbevölkerung. Gleichzeitig haben diese Menschen einen deutlich erschwerten Weg ins Hilfesystem oder kommen erst gar nicht dahin. Während der Corona-Zeit hatten außerdem auch Sexarbeiter\*innen und Prostituierte massive Probleme, sei es durch Einkommensnot oder Berufsverbote mit darauffolgender unvermeidbarer Arbeit im illegalen Bereich. Deshalb gilt es besonders jetzt, erneut darauf hinzuweisen, in welchen prekären Situationen sich Sexarbeiter\*innen, Prostituierte und Zwangsprostituierte befinden, und die Gewährleistung einer sicheren Ausübung dieses Berufs zu fordern und Ausstiegsmöglichkeiten für Prostituierte und Zwangsprostituierte zu verbessern. Sexarbeit, Prostitution und Zwangsprostitution muss auch aus intersektionaler Perspektive, also der Verschränkung von race, class und gender, betrachtet werden. Insbesondere in der (Zwangs-)Prostitution kommen patriarchale, rassistische, koloniale und kapitalistische Verhältnisse zusammen. So kommen etwa 90% der in Deutschland in der Prostitution tätigen Frauen aus den ökonomisch benachteiligten Ländern Europas. Frauen, die nicht "nur" unter patriarchalen Strukturen leiden, sondern zudem auch von Rassismus betroffen oder ökonomisch stark benachteiligt sind, stehen aufgrund ihrer Diskriminierungen oft nicht vor einer "freiwilligen Wahl", sondern haben schlicht wenig andere Möglichkeiten. Dies betrifft im Kontext der Prostitution häufig Rom\*nja und Sinti\*zze. Die Grenzen zwischen Prostitution und Zwangsprostitution können fließend sein. Diese Überschneidung kolonialer und patriarchaler Strukturen gipfeln letztendlich indem, was meist als Zwangsprostitution verstanden wird. Einem Verhältnis in welchem Frauen nach klassischen Definitionen gewaltvoll zur Prostitution gezwungen werden. Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden, müssen täglich enorme sexualisierte Gewalt erfahren, weshalb in diesem Fall keineswegs von einem Arbeits-, sondern viel mehr von einem gewaltvollen Ausbeutungsverhältnis die Rede sein muss. Aber auch die Sexarbeit ist durch rassistische Strukturen geprägt, welches sich beispielsweise an der Fetischisierung einer bestimmten Migrationsvorgeschichte und race, darstellt. Diese Fetischisierungen bestehen auf rassistischen Zuschreibungen von Stereotypen. Dementsprechend müssen Sexarbeit, Prostitution und Zwangsprostitution auch immer intersektional gedacht werden.

Unser Ziel als Jusos ist es, diese Arbeit, wie jede andere auch, bestmöglich zu unterstützen und Sexarbeiter\*innen, Prostituierte und Zwangsprostituierte zu schützen. Wir müssen Sexarbeiter\*innen helfen, die diese Arbeit nicht zwanglos ausüben können und verschiedene Hilfsangebote schaffen. Die Selbstbestimmung des eigenen Körpers sollte immer unabdingbar sein - dabei dürfen Menschen, die diese Arbeit als ihren Beruf ansehen, nicht ausgeschlossen werden.

Wir wollen alle Sexarbeiter\*innen adäquat unterstützen und schützen und deshalb steht für uns fest:

**Wir fordern einen Ausbau der finanziellen Förderung von Programmen, die Sexarbeiter\*innen, die freiwillig diesen Beruf ergreifen, begleiten.**

Im Bereich der Sexarbeit gibt es Programme wie z.B. von Hydra e.V., die Treffen und Beratungen organisieren, um die Menschen auf ihren Beruf vorzubereiten. Hier besteht die Möglichkeit, sich offen und ohne Scham über schon bereits gemachte Erfahrungen auszutauschen und zu lernen, wie man sich schützen kann. Es ist unabdingbar, dass in diesem Bereich eine stärkere und bessere Vernetzung stattfinden kann. Deshalb ist eine staatliche Förderung solcher Programme sinnvoll und sollte finanziell ausgebaut

werden.

**Wir fordern eine Förderung der Entstigmatisierung des Berufs und einer aktiven Aufklärungsarbeit**

Ein großer Teil der Bevölkerung schließt Menschen mit diesem Beruf aus Teilen des gesellschaftlichen Lebens aus, hat Vorurteile und stigmatisiert diese Menschen. Des Weiteren sollten Menschen, die aussteigen wollen, Unterstützung, auch gesetzlich, gegen Diskriminierung erhalten. Es ist immer noch der Fall, dass ehemalige Sexarbeiter\*innen, Prostituierte und Zwangsprostituierte große Lücken in ihrem Lebenslauf bei Bewerbungen in Kauf nehmen, weil sie wissen, dass sie keine Ausbildung oder einen Job bekommen, wenn sie angeben, was sie beruflich gemacht haben. Die gesellschaftliche Entstigmatisierung und Akzeptanz selbstbestimmter Sexarbeit, würde also auch bedeuten, dass Menschen selbstbestimmt aus diesem Beruf aussteigen können und nicht dadurch fürchten müssen, keine Anstellung im Anschluss zu finden.

**Wir fordern die stärkere finanzielle, materielle und personelle Förderung von Programmen für Aussteiger\*innen aus der Zwangsprostitution, Prostitution und Sexarbeit im Rahmen von Notunterkünften und niedrigschwelligen Beratungsstellen.**

Ebenfalls ist es eine wichtige Aufgabe, allen Menschen, die diese Arbeit nicht mehr machen wollen oder nie machen wollten, schnelle und einfache Möglichkeiten zu bieten, aus der Prostitution bzw. Sexarbeit auszusteigen. Hierfür gibt es bereits vorhandene Strukturen, die erweitert und staatlich gefördert werden sollten. Beratungsstellen helfen dabei den Sexarbeiter\*innen, Prostituierten und Zwangsprostituierten Bewerbungen zu formulieren, sie zu schützen und vor potenzieller Gewalt abzusichern. Auch hier wird deutlich, dass Strukturen wie Frauenhäuser ausgebaut und die Platzzahl erhöht werden muss. Die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention, wie wir Jusos sie schon lange fordern, würde demnach auch für Sexarbeiter\*innen, Prostituierte und Zwangsprostituierte, die sich für einen Ausstieg entscheiden positive Folgen haben. Die Beratungsstellen begleiten diese Menschen oft über einen langen Zeitraum, weshalb mehr geschulte Sozialarbeiter\*innen in diesem Bereich benötigt werden. Organisationen wie z.B. Olga e.V. (Unterstützung primär bei Drogenabhängigkeit von Frauen\*) oder Hydra e.V. sind sehr nah und niedrigschwellig bei Sexarbeiter\*innen, Prostituierten und Zwangsprostituierten und können so besser eingreifen und unterstützen. Häufig ist es so, dass eine lange Begleitung notwendig ist, weshalb es umso wichtiger ist Strukturen wie Notunterkünfte, niedrigschwellige Beratungen und Zukunftsperspektiven staatlich zu fördern und die vorhandenen Strukturen auszubauen und zu fördern.

**Wir fordern eine Änderung des Prostitutionsgesetzes (ProstG), sodass die Eigenständigkeit und Selbstständigkeit von Sexarbeiter\*innen stärker herausgestellt und gefördert wird.**

2016 wurde das Prostitutionsgesetz novelliert. Das neue Prostitutionsschutzgesetz sieht u.a. eine Kondompflicht, eine Registrierung und regelmäßige Gesundheitsuntersuchungen vor. Einige dieser eingeführten Erneuerungen wie etwa die Kondompflicht halten wir durchaus für sinnvoll. In einer Überarbeitung soll allerdings differenziert evaluiert werden, welche Maßnahmen tatsächlich die Sexarbeiter\*innen unterstützen und schützen und, welche in eine gefährdende und stigmatisierende Richtung gehen. Das Gesetz weist allerdings Mängel aus. So fehlt bspw. eine klare Differenzierung zwischen selbstständig ausgeführter Arbeit (einzelner oder Zusammenschlüsse von Sexarbeiter\*innen) und Sexarbeit über

136 "Zwischenhändler\*innen". Dabei sollte der Fokus darauf liegen, selbstständige  
137 Arbeitsmodelle bzw. selbstständig organisierte Gruppen zu fördern. In der Konsequenz  
138 kann das Geschäftsmodell nur als durch Sexarbeiter\*innen selbst organisiertes weiter  
139 bestehen. Sexarbeiter\*innen, Prostituierte und Zwangsprostituierte müssen außerdem  
140 Anspruch auf Sozialleistungen erhalten.

141 **Wir fordern die Förderung und den Ausbau von professioneller therapeutischer**  
142 **Begleitung im Bereich der Sexarbeit und Prostitution.**

143 Dieser Beruf ist, auch wenn selbstbestimmt, psychisch belastender als viele andere  
144 Berufe. Die häufigen Grenzüberschreitungen, die stattfinden können, müssen  
145 aufgearbeitet werden. Deshalb sollten es spezielle Begleitmöglichkeiten geben, die  
146 Sexarbeiter\*innen niedrigschwellig in Anspruch nehmen können. Eine Integration von  
147 Psycholog\*innen, Sozialarbeiter\*innen und approbierte Psychotherapeut\*innen, die auf  
148 diesen Bereich spezialisiert sind, sollte in den Beratungs- und Vernetzungsstellen  
149 etabliert werden. Dabei sollten flächendeckend mehrsprachige Beratung und auch  
150 barrierefreie Kommunikation, beispielsweise in Form der Gebärdensprache, angeboten  
151 werden. Damit könnten Situationen, in denen Grenzen überschritten wurden,  
152 beziehungsweise Arbeit, der nicht selbstbestimmt nachgegangen wird, besser  
153 aufgearbeitet und begleitet werden. Durch therapeutische Maßnahmen können  
154 Sexarbeiter\*innen ebenfalls lernen, mit kritischen Situationen umzugehen.

155 **Wir fordern die Erweiterung und Förderung eines niedrigschwelligen Zugangs zur**  
156 **Gesundheitsprävention von vulnerablen Gruppen.**

157 Die bestehende Testpflicht für Sexarbeiter\*innen wurde von vielen Sexarbeitsverbänden  
158 kritisch gesehen. Dies liegt darin begründet, dass eine Pflicht unterstellt, dass  
159 Sexarbeiter\*innen zwingend alle Krankheiten hätten, was zur Stigmatisierung der  
160 Personen und des Berufs beiträgt. Professionell ausgeführte Sexarbeit findet meist in  
161 stark kontrollierten Kontexten statt, in welchen die Sexarbeiter\*innen selbst ein  
162 hohes Bewusstsein für Hygiene und gesundheitliche Vorsorge haben. Zudem sind sie die  
163 einzige Berufsgruppe, bei der diese Art der Testpflicht besteht, was bereits eine  
164 Unterstellung und Diskriminierung in sich darstellt.

165 Durch weniger professionalisierte Bereiche der Sexarbeit treten sexuell übertragbare  
166 Krankheiten allerdings immer noch häufiger auf als anderswo.

167 Um die bestehende Testpflicht für Sexarbeiter\*innen zugänglicher und  
168 diskriminierungsfreier zu gestalten, ist eine Umgestaltung der Maßnahmen notwendig.

169 Dafür braucht es die Möglichkeit, sich in regelmäßigen Abständen kostenlos präventiv  
170 bei Hausärzt\*innen oder Gynäkolog\*innen testen lassen zu können. Sexarbeiter\*innen  
171 sollen Zugang zu regelmäßigen (Selbst-)Tests haben, um sowohl sich selbst schnell  
172 testen zu können, als auch potenzielle Kund\*innen. Dabei müssen alle  
173 Testmöglichkeiten kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren sollten  
174 regelmäßige ‚Gesundheits-CheckUps‘ auch bei Hausärzt\*innen oder Gynäkolog\*innen  
175 gemacht werden können und nicht nur wie so häufig in gesonderten Stellen. Die  
176 allgemeine Absonderung durch das Prostituiertenschutzgesetz berücksichtigt nicht den  
177 Fall einer völlig eigenständigen Arbeit, sondern drängt die Menschen wieder in eine  
178 Opferrolle.

179 Neben der direkten Testung der Sexarbeiter\*innen ist es unabdingbar, auch die  
180 Gesamtbevölkerung regelmäßig zu testen. Eine selbstverständliche und kostenlose

181 Testung bei den üblichen ärztlichen Check-Ups führt neben der Entdeckung von  
182 Infektion auch zu einer massiven Entstigmatisierung von sexuell übertragbaren  
183 Erkrankungen.

184 **Ziel unseres politischen Handelns und Tuns, als Jungsozialist\*innen, ist die**  
185 **Überwindung des Patriarchats und des Kapitalismus, die ausbeuterische Strukturen**  
186 **ermöglichen und begünstigen. Die im den voraus genannten Maßnahmen leisten einen**  
187 **wichtigen Beitrag dazu, eine rein selbstbestimmte Sexarbeit zu ermöglichen und sicher**  
188 **zu gestalten. Klares Ziel ist, dass Sexarbeit nur freiwillig ausgeübt wird. Wer dies**  
189 **aber tut, verdient vollständige gesellschaftliche Akzeptanz, keine Benachteiligung**  
190 **und eine vollständige Entstigmatisierung.**

191

## **Antrag I02-Neu: I02 Bevölkerungsschutz - Katastrophe ohne Schutz (NEUFASSUNG)**

1 Im März 2020 begann die größte globale Gesundheitskrise seit Jahrzehnten. In der  
2 Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 ereignete sich eine der größten Naturkatastrophen  
3 des Jahrhunderts in Deutschland. Der 24. Februar 2022 läutete die Zeitwende für den  
4 Frieden in Europa ein. Wie lange die Folgen dieser Ereignisse andauern, ist ungewiss.  
5 Sie prägen uns als Gesellschaft und hinterlassen bei den Betroffenen und Opfern tiefe  
6 Spuren. Fälle derartig schwerwiegender Krisen, Katastrophen und Angriffe können  
7 wieder eintreten. Wir müssen uns der Frage stellen, ob wir auf ähnliche Ereignisse in  
8 der Zukunft gewappnet sind und ob wir aus Fehlern der vergangenen Krisen gelernt  
9 haben.

10 Aktuell ist die Antwort vermutlich: Wir sind nicht ausreichend gewappnet. Wir haben  
11 nicht genug aus vergangenen Fehlern gelernt.

12 Zur Begriffsklärung: Zivilschutz ist nach dem humanitären Völkerrecht der Schutz der  
13 Zivilbevölkerung vor den unmittelbaren Auswirkungen kriegerischer Handlungen. Er ist  
14 in Deutschland historisch eng mit dem Katastrophenschutz, also der Abwehr und  
15 Bewältigung von natur- oder menschengemachten Katastrophen verknüpft. Beides zusammen  
16 fällt unter den Oberbegriff Bevölkerungsschutz.

17 Die Abgrenzung dieser Begriffe ist insoweit relevant, als dass Katastrophenschutz  
18 Ländersache ist, während Zivilschutz in die Bundeszuständigkeit fällt. Nachdem sich  
19 beide Aufgabenbereiche aber nicht wirklich trennen lassen, ist der Zivilschutz in  
20 Deutschland als „erweiterter Katastrophenschutz“ organisiert. Das bedeutet in der  
21 Theorie, dass die Länder einen Grundstock an Katastrophenschutzfähigkeiten stellen  
22 müssen, die dem Bund im Verteidigungsfall zur Verfügung stehen, und welche der Bund  
23 durch eigene, spezielle Fähigkeiten ergänzt.

24 Das aktuelle System im Bevölkerungsschutz ist in den letzten 30 Jahren uneinheitlich  
25 gewachsen und geschrumpft. Der Bund zog sich in den 90ern aus dem größten Teil seiner  
26 bisherigen Aufgaben zurück, einheitliche Strukturen zerbrachen und bewährte  
27 Führungsstrukturen lösten sich auf. In den ostdeutschen Ländern konnten sich die  
28 darauffolgenden Katastrophenschutzstrukturen nie so etablieren wie in den  
29 westdeutschen Ländern. In diesem Zusammenhang endete auch die Finanzierung des  
30 vormals flächendeckende Sirennennetzes. Die Finanzierung obliegt seitdem den Kommunen,  
31 die das Netz entweder zur Feuerwehralarmierung weiter nutzen oder sogar es  
32 stilllegten und deinstallierten.

33 Die Länder und Kommunen nahmen damit de facto die gesamte Aufgabe des  
34 Bevölkerungsschutzes im Katastrophenschutz wahr. Die Länder bauten größtenteils nach  
35 eigenem Ermessen neue Strukturen auf und gliederten den Katastrophenschutz in die  
36 verschiedenen Katastrophenschutzbehörden, welche sie mit Koordinierungsaufträgen  
37 versahen. So entstand ein ungleiches Mosaik aus Zuständigkeiten und Strukturen. In  
38 der Regel sind bei Einsätzen die Kreise als untere Katastrophenschutzbehörden  
39 zuständig. Sie koordinieren alle Arten von Einsätzen, von kleinen Bombenfunden, über  
40 Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur, bis zum Starkregenereignis mit  
41 überregionalen Überflutungen und Großexplosionen in Chemiewerken. Nur das THW  
42 untersteht dem BMI als Zivilschutzorganisation, ist aber mitsamt seiner  
43 Sonderaufgaben mittlerweile auf Katastrophenschutz und Gefahrenabwehr ausgerichtet.

44 Das THW wird dabei aus dem Bundeshaushalt finanziert.

45 Der Bund richtete als Reaktion auf die Anschläge auf das World Trade Center am 11.  
46 September 2011 mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe eine  
47 neue Behörde ein. Der Bund schlug eine Neueinteilung der Zuständigkeiten zwischen dem  
48 Katastrophenschutz der Länder und dem Zivilschutz des Bundes vor, dies scheiterte  
49 jedoch am Veto der Länder. Stattdessen wurde das *Gemeinsame Melde- und Lagezentrum*  
50 (GMLZ) geschaffen, das zwar länderübergreifende Hilfen koordinieren kann, aber auf  
51 Amtshilfeersuchen und Marschbefehle der jeweiligen Länder angewiesen ist. Zudem schuf  
52 der Bund mit den *Medizinischen Task Forces* (MTF) 61 bundesweit genormte  
53 Einsatzeinheiten im Sanitätsdienst, die allerdings auch 20 Jahre nach ihrer Gründung  
54 noch immer nicht alle vorgesehenen Fahrzeuge, Ausbildungsmodule oder Materialien  
55 haben. Um die entsprechenden Systeme überhaupt nur zu entwerfen, geschweige denn in  
56 Serie zu bauen, wurden nie genügend Haushaltsmittel eingestellt.. Ein ähnliches Los  
57 scheint der Betreuungsreserve des Bundes bevorzustehen, die erst 2018 konzipiert  
58 wurde. Sie soll über die Länder organisiert werden und die Unterbringung, Versorgung  
59 und Registrierung größerer Menschenmengen ermöglichen.

60 Zuletzt verabschiedete der Bund im Jahr 2016 eine „Konzeption Zivile Verteidigung“,  
61 in der die Bundesregierung erstmals Bedrohungsszenarien und Handlungsoptionen  
62 identifiziert und Handlungsfelder benennt. Auch die Haushalte von BBK und THW wachsen  
63 seit Jahren, allerdings speziell beim BBK auf sehr niedrigem Niveau und drohen sogar  
64 wieder zu fallen.

65 Sowohl Bund als auch die Kommunen und Länder wollen den Bevölkerungsschutz stärken,  
66 sehen aber die Zuständigkeiten bei den jeweils anderen. Die Länder fordern ein  
67 stärkeres finanzielles Engagement des Bundes, weigern sich aber von der starren  
68 Trennung zwischen Katastrophen- und Zivilschutz Abstand zu nehmen. Der Bund muss  
69 seine Aufgabe als koordinierende und übergeordnete Ebene wahrnehmen können, dafür  
70 muss ihm das juristische Werkzeug an die Hand gegeben werden. Eine rechtliche Prüfung  
71 zur Koordinationsrolle des Bundes bei Großschadensereignissen, auch unterhalb der  
72 Zivilschutzverordnung, ist nötig. Während die Länder von den Kommunen im Bereich  
73 Brandschutz und luftgestützte Waldbrandbekämpfung von den Kommunen Investitionen  
74 erwarten, fordern sie vom Bund massive Aufstockung des Zivilschutzetats, stellen sich  
75 eigenen Reformen von mehr als zwanzig Jahre alten Landeskatastrophenschutzgesetzen  
76 quer.

77 Die Corona-Pandemie, die Flut an Ahr und Erft und der Invasionskrieg auf die Ukraine  
78 legten die Schwächen im System deutlich offen. So blieb das BBK bei der Bekämpfung  
79 der Pandemie komplett außen vor, stattdessen verloren sich Bund und Länder oftmals in  
80 Details, ohne Rücksicht auf Wissenschaftlichkeit oder Durchsetzbarkeit.

81 Es fehlt weiterhin an einem sinnvollen Konzept, wie die Führungslücke zwischen dem  
82 BBK als oberer und den Kreisen als unterer Zivilschutzbehörde geschlossen werden  
83 kann.

84 Die Flutkatastrophe im Sommer 2021 im Ahrtal und an der Erft hat den  
85 Katastrophenschutz in Deutschland an seine Grenzen gebracht. Mehr als 5500  
86 Einsatzkräfte, angereist aus ganz Deutschland, waren am Bereitstellungsraum  
87 Nürburgring stationiert, doch wurden kaum eingesetzt. Die Gründe dafür sind  
88 mannigfaltig, von nicht funktionierendem Funk und mangelnder Kommunikation der  
89 Einsatzleitung mit den Zügen, über den Haufen geworfene Strukturen, schlechte



90 Dokumentation am Bereitstellungsraum. Durch Ausfall von Digitalfunk und Mobilfunknetz  
91 war es unmöglich, mit deinen eigenen Einsatzkräften vor Ort und den Bürger\*innen zu  
92 kommunizieren, sie zu warnen und den Einsatz zu koordinieren. Der Einsatz im Ahrtal  
93 hat gezeigt, wie der Föderalismus und fehlende gemeinsame Übungen die Arbeit des  
94 Katastrophenschutzes hemmen.

95 Katastrophenschutz-Apps für die Zivilbevölkerung sind vielfältig, die bekannteren  
96 unter ihnen sind KatWarn, NINA, Warnwetter, Biwapp und Meine Pegel. Das große Angebot  
97 auf dem Markt sorgt für unterschiedliche Informationen von unterschiedlichen Stellen  
98 und sind sowohl in der Qualität als auch in der Vermittlung von Dringlichkeit oft  
99 ungenügend.

100 Warnungen sind nur mit einem internetfähigen Gerät möglich, in Katastrophengebieten  
101 also oft gar nicht mehr, ist einmal der Internetempfang weg. Warnungen per  
102 Cellbroadcast, also Warnungen per Pushup-Meldung auf jedes Mobiltelefon, erreichen  
103 mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die ältere Bevölkerung und werden, ob einer anderen  
104 Vermittlungsart, ernster genommen. Zudem kann Cellbroadcast gezielt an Telefone  
105 innerhalb eines Funknetzes verschickt werden und ist nicht auf vom Nutzer festgelegte  
106 Standorte begrenzt.

107 Der Warntag 2020 hat aufgezeigt, dass zahlreiche Sirenen in Deutschland nicht  
108 funktionsfähig oder gar nicht vorhanden sind. Auch gab es bei der Durchführung des  
109 Warntags erhebliche Kommunikations- und Abstimmungslücken zwischen dem Bund und den  
110 Ländern, ein Symptom der großen Problematik. Zudem werden Sirenen von der  
111 Zivilbevölkerung oft falsch eingeschätzt, da sie in ländlichen Strukturen primär zur  
112 Alarmierung der Feuerwehr genutzt werden. Von dieser Zivilbevölkerung kann nicht  
113 erwartet werden, unterschiedliche Frequenzen und Töne zu erkennen und nur einige  
114 davon als tatsächliche Warnung vor Katastrophen wahrzunehmen. Dieser Umstand hat im  
115 Ahrtal Menschenleben gekostet.

116 Das BOS-Digitalfunknetz, über das im Bevölkerungsschutz bundesweit einheitlich  
117 kommuniziert wird, war im Einsatz im Ahrtal durch zerstörte Infrastruktur nicht  
118 funktionsfähig und verunmöglichte eine Kommunikation zwischen Einsatzleitung und den  
119 Teams im Katastrophengebiet. Die Schaffung sogenannter mobiler Basisstationen, auch  
120 Repeater-Vermittlungsstellen genannt, die mithilfe funkausgestatteter Fahrzeuge  
121 defekte, fest verbaute Basisstationen temporär ersetzen könnten, wurde nicht genutzt.  
122 Die Möglichkeit solcher Vermittlungsstellen war den Einsatzkräften vor Ort  
123 größtenteils nicht bekannt, da sie in den standardisierten Funklehrgängen nicht  
124 beigebracht wird.

125 Obwohl das BOS Funknetz bundeseinheitlich ist, existieren Standards für Funklehrgänge  
126 nur landesintern. Dadurch sind auch die Funkberechtigungsprüfungen nur im jeweils  
127 eigenen Land gültig und nicht bundeseinheitlich standardisiert. Auch ist der  
128 Funkrufnamenkatalog bundesweit nicht einheitlich, wodurch es an länderübergreifenden  
129 Standorten durchaus zu Dopplungen innerhalb der Funkrufnamen kommt.

130 Die strikte Trennung von Zivil- und Katastrophenschutz in Bundes- und  
131 Landeszuständigkeit bringt fehlende organisationsübergreifende Übungen mit sich. Die  
132 Zusammenarbeit von weißen Einheiten, Wasserschutz und Feuerwehren mit dem THW und der  
133 Bundeswehr kann nicht funktionieren, wenn die Einheiten vor dem Katastrophenfall  
134 nicht eingespielt sind und nicht wissen, welche Ausrüstung welche Einheit mitbringt.  
135 Vielmehr müssen Einsatzabläufe klar strukturiert sein. Für den Katastrophenschutz



136 gibt es, etwa im Gegensatz zu Brandschutzbedarfsplänen für die Feuerwehren, keine  
137 verpflichtend Planungen zu Schadenspotentialen und Antworten darauf. Hinsichtlich der  
138 Bundeswehr soll weiterhin gelten, dass diese im Inland nur in rechtlich bestimmten  
139 Ausnahmefällen zum Einsatz kommen darf.

140 Regelungen wie solche über Kolonnengrößen gibt es, sie müssen aber auch im  
141 Einsatzfall länderübergreifend beibehalten und nicht durch spontane Eingebungen  
142 überworfen werden. Hierfür sind organisations- und länderübergreifende Übungen und  
143 Fortbildungen zu Großeinsätzen für Führungskräfte nötig.

144 Jedes Bundesland, teilweise sogar jeder Landkreis, hat eigene digitale  
145 Erfassungssysteme für Koordinationsstellen und Bereitstellungsräume im Einsatzfall.  
146 Weil bei länderübergreifenden Einsätzen nicht alle Einheiten auf das gleiche System  
147 geschult sind, wick man im Einsatzgebiet Ahrtal auf MS Excel aus. Die Einsatzleitung  
148 wusste zwischenzeitlich nicht, welches Fahrzeug in welchem Einsatzgebiet war und erst  
149 recht nicht, welches Team wie lang im Einsatz war. Dies ist im Katastrophengebiet  
150 gefährlich für Einsatzkräfte – ein Unfall wäre in einem Gebiet ohne Funknetz nicht  
151 aufgefallen. Durch mangelnde Dokumentation waren RTW-Besatzungen länger als 24  
152 Stunden ohne Versorgung im Schadensgebiet im Dienst.

153 Die personelle Situation bei vielen Hilfsorganisationen ist schwierig und es fehlt  
154 abseits von THW und Feuerwehr an einer Freistellungsregelung für Einsätze und  
155 Ausbildungen unterhalb des Katastrophenfalls. Insbesondere trifft dies den  
156 ostdeutschen Raum, denn hier konnten sich die auf Ehrenamt und Engagement beruhenden  
157 Strukturen nie in der Breite etablieren. Die ehrenamtlichen Strukturen im Westen sind  
158 nach wie vor durch zahlreiche ehemalige Wehersatzdienstleistende geprägt, die es in  
159 den ostdeutschen Ländern nur in sehr viel geringerer Zahl gab. Um diese Situation zu  
160 überwinden und Einsätze auf möglichst viele Schultern zu verteilen, muss das Ehrenamt  
161 im Bereich des Bevölkerungsschutzes attraktiver werden.

162 Die gesetzlichen Regelungen zur Freistellung von ehrenamtlichen Einsatzkräften im  
163 Katastrophenschutz reichen nicht aus. Ehrenamtliche sind manchmal über Tage und  
164 Wochen im Einsatz, diese Ausfälle sind für zahlreiche Unternehmen unattraktiv, trotz  
165 finanzieller Entschädigung. Arbeitgeber\*innen üben, trotz ihrer Verpflichtung der  
166 Freistellung der Arbeitnehmer\*innen, Druck auf diese aus, welche als Konsequenz  
167 Abstand vom Ehrenamt nehmen. Dies umfasst sowohl staatliche Institutionen wie  
168 Schulen, die keinen finanziellen Ersatz für den Ausfall einer\*s Angestellten erhalten  
169 und den Personalmangel durch Personalausfall nicht dulden wollen, als auch private  
170 Unternehmen, denen kein Anreiz zur Unterstützung der Arbeitnehmer\*innen geboten wird.

171 Der Katastrophenschutz darf besonders im Einsatzfall nicht als Freizeitaktivität  
172 betrachtet werden, sondern muss als „nebenberufliche Tätigkeit“ anerkannt werden. Um  
173 zu vermeiden, dass immerzu das gleiche ehrenamtliche Personal strapaziert wird, muss  
174 der Katastrophenschutz ausgebaut und mehr Personal gewonnen werden, indem seitens der  
175 Gesetzgebenden die Attraktivität für ehrenamtliches Engagement vergrößert wird.

176 Insgesamt ergibt sich mit Blick auf den deutschen Bevölkerungsschutz das Bild von  
177 schlechten Abstimmungen zwischen den Ländern und zwischen Ländern und Bund. Eine  
178 gemeinsame Reform muss durch die Innenministerien und das Bundesinnenministerium  
179 initiiert und schnell angestrebt werden. Ein weiteres Einsatzchaos wie jenes im  
180 Ahrtal darf sich nicht wiederholen, der deutsche Bevölkerungsschutz muss stabil,  
181 verlässlich und krisenfest werden!

182 Dazu zählt für uns:

- 183 • Eine Neudefinition der Zuständigkeiten im Bevölkerungsschutz.
- 184 • Eine länderübergreifende Reform der Katastrophenschutzgesetze mittels eines  
185 Mustergesetzes, sowie eine dazugehörige Neufassung des Bevölkerungs- und  
186 Zivilschutzgesetzes des Bundes.
- 187 • Einheitliche Strukturen im Bevölkerungsschutz, die sich von der kommunalen bis  
188 auf die Bundesebene erstrecken.
- 189 • Eine ausreichende Finanzierung für den Bevölkerungsschutz auf allen Ebenen.
- 190 • Bundeseinheitliche digitale Dokumentationssysteme für die Koordinationsstellen  
191 im Katastrophenschutz, die ohne weitere Protokolle und Systeme einen Einsatz  
192 überwachen und koordinieren können.
- 193 • Die Verpflichtung für Landkreise und kreisfreie Städte zur Abhaltung  
194 regelmäßiger organisationsübergreifender Großübungen durch die Länder.
- 195 • Die Nutzung von Cellbroadcast für Warnungen der Zivilbevölkerung im  
196 Katastrophenfall.
- 197 • Der Einsatz von öffentlichen Sirensensystemen ausschließlich zur Warnung der  
198 Zivilbevölkerung sowie zu Übungszwecken, sobald Katastrophenschutz und  
199 Rettungsdienste vollständig mit Meldersystemen ausgestattet und nicht mehr auf  
200 die Alarmierung durch öffentliche Sirensensysteme angewiesen sind.
- 201 • Ein bundeseinheitliches Wörterbuch des Zivil- und Katastrophenschutzes inklusive  
202 einer Vereinheitlichung der Funkrufnamen zur Vermeidung von Dopplungen.
- 203 • Ein gemeinsamer jährlicher Warntag von Bund und Ländern zur Überprüfung der  
204 Sirenen und weiterer Warnmeldeanlagen für sämtliche Katastrophenfälle im  
205 Bundesgebiet.
- 206 • Ein Konzept zur Gewinnung von Ehrenamtlichen im Katastrophenschutz, verstärkt in  
207 den ostdeutschen Ländern.
- 208 • Eine bessere und bundesweit standardisierte Grundschulung der ehrenamtlichen  
209 Einsatzkräfte für Einsätze in Katastrophengebieten.
- 210 • Umfassende bundeseinheitliche Freistellungsregularien für Ehrenamtliche im  
211 Katastrophenschutz.
- 212 • Gezielte Anreize, die sich an Arbeitgeber\*innen richten und die die  
213 Attraktivität und Notwendigkeit von Ehrenamtler\*innen im Katastrophenschutz  
214 hervorheben.

## Antrag I03: "Clankriminalität"- Ein Konzept aus einer anderen Zeit!

- 1 Es ist unsere jungsozialistische Aufgabe in der hierzulande vorherrschenden, weißen  
2 Gesellschaft Awareness für rassistische Strukturen zu schaffen und die notwendigen  
3 Konsequenzen daraus zu ziehen.
- 4 Leider findet man in unserer Gesellschaft noch zahlreiche Konzepte, die auf  
5 rassistischen und stigmatisierenden Vorurteilen beruhen.
- 6 Eines dieser Konzepte, welches oftmals von Bundeskriminalamt (BKA) und diversen  
7 Landeskriminalämtern<sup>[1]</sup>, sowie in der innenpolitischen Debatte, verwendet wird ist  
8 das Konzept der „Clankriminalität“.
- 9 Das BKA definiert Clans dabei als „ethnisch abgeschottete Subkulturen“, die in der  
10 Regel patriarchalisch-hierarchisch organisiert sind und einer „eigenen Werteordnung“  
11 folgen.<sup>[2]</sup>
- 12 Die Einordnung Krimineller nach der Zugehörigkeit zu ethnisch abgeschotteten  
13 Strukturen ist schon allein aufgrund der Festmachung an der „Ethnie“ als rassistisch  
14 abzulehnen. Drüber hinaus erfolgt sie willkürlich und hat absolut nichts mit  
15 rechtsstaatlichen Methoden zu tun.
- 16 Denn aus den Lageberichten der Kriminalämter lässt sich kein rechtsstaatlich  
17 vertretbares Muster erkennen, wie man zu der Einschätzung kommt, jemand sei „ethnisch  
18 abgeschotteten arabischstämmigen Strukturen« zugehörig, zumal etwa 45,4 Prozent der  
19 im Lagebericht des BKA aus dem Jahre 2020 genannten Täter die deutsche  
20 Staatsbürgerschaft hatten. Hier von »ethnisch abgeschotteten arabischstämmigen  
21 Strukturen« zu sprechen, ist eine Ethnisierung von Kriminalität.
- 22
- 23 Stigmatisierende und rassistische Konzepte haben nichts in Berichten von  
24 Sicherheitsbehörden zu suchen, erst recht nicht, wenn sie so verheerende Folgen für  
25 polizeiliches Arbeiten mit sich bringen. Auch in der politischen Debatte müssen wir  
26 immer wieder unsere Ausdrücke und Konzepte hinterfragen, denn auch hier zeigen sich  
27 oft offen und latent rassistische Strukturen. Diese Strukturen aufzudecken, bleibt  
28 weiterhin unsere Aufgabe. Wir werden deshalb auch in Bezug zu sog. „Clankriminalität“  
29 weiter daran arbeiten, die strukturellen Hintergründe von Rassismus aufzudecken.
- 30 Dabei möchten wir ein besonderes Augenmerk auf die Auswirkungen von Rassismus auf  
31 Betroffene und ihre Familien legen. Dazu gehört, dass wir aus dieser Analyse  
32 schonungslose Konsequenzen ziehen, um insbesondere seitens deutscher  
33 Sicherheitsbehörden eine weitere Verfestigung von Rassismus zu verhindern
- 34 **Dafür fordern wir zunächst, dass:**
- 35 • der Begriff der sog. „Clankriminalität“ aus den Berichten öffentlicher  
36 Institutionen ersatzlos gestrichen wird
  - 37 • sozialdemokratische Bundesminister\*innen, Mitglieder des Bundestags,  
38 Ministerpräsident\*innen und regierende Bürgermeister\*innen, Abgeordnete des  
39 Landtags der Bundesländer sowie der SPD Bundes- und die Landesverbände sich  
40 gegen die Verwendung des Begriffs der sog. „Clankriminalität“ einsetzen.

## Antrag INI01: Zeitenwende – aber richtig!

1 **Was aus dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine folgt**

2 Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wurde die europäische  
3 Friedensordnung durch den russischen Präsidenten Putin pulverisiert und die nationale  
4 Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine grundsätzlich negiert. Für viele von uns  
5 bleibt das ein tiefer Einschnitt. Ein fast schon selbstverständlich gewordener  
6 Frieden in Europa scheint auf einmal noch brüchiger als nach der russischen,  
7 völkerrechtswidrigen Annexion der Krim. Die Frage, ob wir selbst einmal Krieg  
8 erleben müssen, drängt sich auf einmal auf. Für viele Menschen - auch aus unserem  
9 Verband - die familiäre Wurzeln in Ländern haben in denen bereits länger Krieg  
10 herrscht, war Frieden nie selbstverständlich. Das ist eine Erkenntnis, die uns die  
11 vergangenen Monate begleitet hat. So leben auch die Menschen in der (Ost-)Ukraine  
12 faktisch bereits seit 2014 in einem einseitigen Krieg, seitdem die pro-russische  
13 Regierung die demokratischen Maidan-Proteste mit militärischer Gewalt und gezielter  
14 Desinformation beantwortete.

15 Mit unfassbarem Mut, einer bewundernswerten Entschlossenheit und Stärke verteidigen  
16 die Ukrainer\*innen ihre Freiheit und ihre Souveränität. Unsere Solidarität mit ihnen  
17 bleibt ungebrochen. Es war und bleibt der richtige Schritt der sozialdemokratisch  
18 geführten Bundesregierung das völkerrechtlich verbrieftte Recht auf Selbstverteidigung  
19 der Ukraine durch finanzielle, humanitäre und militärische Hilfe zu unterstützen. Die  
20 Fortsetzung dieses Kurses - auch durch die Lieferung weiterer Waffen - halten wir für  
21 notwendig, geboten und unterstützen wir. Sie der Ukraine im Budapester Memorandum  
22 auch von Russland zugesichert worden sind, sowie dem Recht auf freie Bündniswahl.  
23 Schon 2014 war das Ziel der Maidan-Proteste eine engere Anbindung an die EU. 2022 hat  
24 die Ukraine einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt. In diesem Streben, Teil der  
25 EU zu werden, unterstützen wir die Ukraine ebenfalls. Zeitenwende. Anders als andere  
26 in der Sozialdemokratie, sind wir jedoch der festen Überzeugung, dass sie sich  
27 keinesfalls allein auf das Militärische bezieht. Insbesondere die russische  
28 Begründung des Einmarsches in die Ukraine zeigt deutlich, dass es Russland um die  
29 Sicherung eines „kulturellen“ Einflussgebietes geht. Der russische Angriffskrieg  
30 basiert auf Imperialismus und wird genährt von Faschismus, der die Wertigkeit von  
31 Menschen an ihrer nationalen Identität bemisst. Das Recht auf demokratische  
32 Selbstbestimmung wird Menschen in diesen vermeintlich untergeordneten Ländern  
33 abgesprochen. Gleichzeitig dienen Imperialismus und Faschismus für Autokratien wie  
34 Russland dazu, die eigene Herrschaft zu legitimieren und von Repressionen und realen  
35 Problemen im eigenen Land abzulenken. Ähnliche imperialistische Ziele beschreiben  
36 auch andere Autokratien. Sie alle verfolgen dieses Ziel auch mit Hilfe von  
37 Cyberangriffen unter anderem auf Wahlen, massiver Propaganda und mit wirtschaftlichen  
38 Mitteln, die zu einer Abhängigkeit vieler Staaten weltweit geführt hat.

39 Angesichts dieser umfassenden Bedrohung der Demokratie nach außen wie nach innen,  
40 geht es bei der Zeitenwende um nicht weniger als darum Menschenrechte und Demokratie  
41 national wie global zu verteidigen. Diese Verteidigung erschöpft sich nicht in  
42 militärischen Fragen, sondern hat ebenso globale, wirtschaftspolitische und  
43 innenpolitische Dimensionen. Wer Zeitenwende sagt, muss Zeitenwende meinen. Für uns  
44 ist damit nicht eine Verankerung militärischer Ausgaben im Grundgesetz gemeint.

Als Jungsozialist\*innen stellen wir uns dieser umfassenden Debatte. Voraussetzung dieser Kursbeschreibung bleibt dabei eine selbstkritische Grundhaltung. Denn hätten wir – auch als Sozialdemokratie – in der Vergangenheit auf Augenhöhe zugehört, hätte es weder Nord Stream 2 noch eine rein auf den ökonomischen Nutzen ausgerichtete Haltung gegenüber Putin, die uns blind gegenüber seinen imperialistischen Zielen gemacht hat, gegeben. Selbstkritisch zu sein, heißt aber auch die eigenen Überzeugungen auf den Prüfstand zu stellen. Als Jusos waren wir nie pazifistisch. Das Recht auf Frieden aller Menschen und der Schutz der Menschenrechte sind tiefer Bestandteil unserer DNA. Als Verband bleiben wir antimilitaristisch.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine erfordert eine Zeitenwende - aber richtig. Unsere Parameter und Bedingungen dieser Zeitenwende werden wir als Jungsozialist\*innen mit diesem Antrag bestimmen.

### **Ein neuer, breiter, jungsozialistischer Sicherheitsbegriff**

Die Bundesrepublik muss ihre Rolle in Europa und in der Welt neu definieren. Deutschland muss sich seiner Verantwortung bewusst werden. Zuletzt in der Finanzkrise zeigte sich sehr deutlich, wie die Deutsche Außenpolitik Krisen im Ausland und einen erstarkenden Nationalismus befeuern kann. Dies erfordert eine kritische Analyse der eigenen Position und Entscheidungen innerhalb der deutschen Politik, aber auch innerhalb der SPD. Die Stimme der jungen Generation muss mehr einbezogen und gehört werden. Die Situation erfordert unter anderem eine Kritik des Euro- und Westzentrismus, einen neuen Fokus auf feministische Außenpolitik sowie den Einbezug von Perspektiven junger Menschen, um eine neue, zeitgemäße Außenpolitik und Rolle Deutschlands in Europa und der Welt zu definieren und diese auch in alle internationalen Organisationen zu tragen. In einer globalisierten Welt, in der Beziehungen neu definiert werden, braucht es einen erweiterten Sicherheitsbegriff, der über einen Fokus auf das Militär hinausgeht. Nicht nur der Schutz des Individuums und der Menschenrechte ist dabei entscheidend, sondern auch die Bekämpfung des Klimawandels und Armuts- und Hungerprävention sowie wirtschaftliche- und gesellschaftlicher Sicherheit.

Was ist Sicherheit? Sicherheit ist mehr als nur die Abwesenheit von Krieg, Krisen und Konflikten. Zwar ist die Sicherheit vor Gewalt geschützt zu sein und die körperliche sowie psychische Gesundheit, Grundlage aller Sicherheit, aber unser Verständnis von Sicherheit ist mehr als nur militärisch. Vielmehr muss Sicherheit breit gedacht werden, verschiedene Perspektiven mit einbeziehen und gleichzeitig wehrhaft gegen Angriffe von innen und außen sein. Ein breiter, jungsozialistischer Sicherheitsbegriff orientiert sich dabei an Werten. Diese Werte geben uns Orientierung und ermöglichen eine Positionierung. Werte sind vielfältig und niemals frei von anderen Einflüssen. Wir orientieren uns an unseren Grundwerten, aber erkennen an, dass eine konstante Reflexion der eigenen Werte dabei Voraussetzung für Fortschritt bleibt.

Als **sozialistischer** Richtungsverband ist für uns klar: Außen- und Sicherheitspolitik dient in der Regel kapitalistischen Profitinteressen. Das System, welches auf Ausbeutung und Unterdrückung basiert, gilt es zu überwinden. Insbesondere in Hinblick auf die Profitinteressen von Ländern des globalen Nordens, die die Länder des globalen Südens ausbeuten. Sicherheit bedeutet, finanzielle Sicherheit und

91 menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle zu schaffen und Ausbeutungsmechanismen  
92 entgegenzuwirken. Wir wollen eine Welt, in der Staaten und Regionen fair und auf  
93 Augenhöhe miteinander agieren. Deutschland und Europa sind in der Pflicht, darauf  
94 hinzuwirken, eine Weltordnung zu erreichen, die kapitalistische  
95 Ausbeutungsmechanismen bekämpft und imperialistischen Bestrebungen ein Modell der  
96 internationalen Verständigung und Konfliktlösung gegenüberstellt.

97 Als **feministischer** Richtungsverband ist für uns auch eine feministische Außenpolitik  
98 Teil unseres Selbstverständnisses. Dabei brauchen wir ein jungsozialistisches  
99 feministisches Verständnis von Außenpolitik, um die Zementierung von militärischer  
100 Gewalt und patriarchalen Dominanzen hinter uns zu lassen und ein intersektionales  
101 Verständnis von Sicherheit zu formulieren, das die Perspektiven von marginalisierten  
102 Gruppen miteinbeziehen und die Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt stellt.

103 Unsere feministische Außenpolitik ist intersektional und antikolonialistisch! Durch  
104 die Berücksichtigung von den Perspektiven und Bedürfnissen marginalisierter  
105 Bevölkerungsgruppen und die Ausrichtung von Sicherheit auf das Individuum statt auf  
106 den Staat möchte unsere feministische Außenpolitik struktureller Ungleichheit und  
107 Machthierarchien, wie der weißen Vorherrschaft oder dem kapitalistischen System  
108 entgegenwirken. Unsere Vorstellung von feministischer Außenpolitik möchte  
109 ausbalancierte Machtdynamiken und erkennt an, dass politische Entscheidungen das  
110 Leben von verschiedenen Menschen unterschiedlich beeinflussen können. Hierbei bezieht  
111 sich unsere feministische Perspektive nicht primär auf die Anerkennung von Frauen  
112 oder FINTA sowie die Durchsetzung der Frauenrechte, sondern versteht sich als ein  
113 Werkzeug zur Analyse und zum Hinterfragen bestehender, mitunter patriarchaler  
114 Machtstrukturen. Wir rücken in unserem feministischen Verständnis besonders die  
115 Klimakrise und die Zivilgesellschaft in den Vordergrund.

116 Die Klimakrise ist die größte Bedrohung für unser aller Sicherheit, denn sie zerstört  
117 unsere Lebensgrundlage. Der Globale Norden ist Hauptverursacher der Klimakrise, aber  
118 der Globale Süden leidet vor allem unter den Folgen des Klimawandels. Die Zerstörung  
119 der Lebensgrundlage führt zu Leid und Verteilungskämpfen, die Gewalt und Konflikte  
120 befördern. Dies bedroht vor allem Sicherheit von FINTA und andere marginalisierte  
121 Gruppen. Weiter betreffen die Folgen der Klimakrise vor allem arme Menschen, die auch  
122 nicht Hauptverursacher der Klimakrise sind. Die Klimakrise global zu bekämpfen muss  
123 zentral für unsere Außen- und Sicherheitspolitik sein. Deutschland und die anderen  
124 Industrienationen müssen entsprechend ihrer Verantwortung für die Ursachen der  
125 Klimakrise noch deutlich stärker als bisher auch Verantwortung für die Bekämpfung des  
126 Klimawandels übernehmen und insbesondere Staaten des globalen Südens bei der  
127 Bewältigung der jetzt schon sichtbaren Folgen unterstützen. Gleichzeitig ist klar,  
128 die Klimakrise ist ein globales Phänomen und daraus folgt, dass Klimapolitik nur dann  
129 wirkungsvoll sein kann, wenn alle Staaten darin eingebunden sind. Daher bedarf es  
130 weiterhin internationaler Kooperation und multilateraler Foren, in deren Rahmen sich  
131 auf gemeinsame Strategien und Maßnahmen verständigt wird. Diese aufrechtzuerhalten  
132 und zu fördern erkennen wir als unsere Aufgabe an.

133 Eine starke und demokratische Zivilgesellschaft trägt maßgeblich dazu bei, dass  
134 autoritären Strukturen vorgebeugt wird und so militärischen Konflikten präventiv  
135 entgegengewirkt werden kann. Wenn die Zivilgesellschaft mehr in politische  
136 Entscheidungsfindungen und internationale Verhandlungen einbezogen werden, so zeigen



Studien, kommen nachhaltigere und friedlichere Lösungen heraus. Es muss anerkannt werden, dass die Mobilisierung einer feministischen Zivilgesellschaft Triebfeder zur Bekämpfung patriarchaler und damit undemokratischer Verhältnisse war und ist. Deshalb nimmt unsere feministische Außenpolitik unter anderen die finanzielle Stärkung von lokalen Aktivist\*innen in den Blick und würdigt damit ihre Errungenschaften. Unsere feministische Außenpolitik nimmt nicht den Nationalstaat in den Fokus von Sicherheit, sondern die Zivilgesellschaft und das Individuum. Aus unserer feministischen Perspektive ist der Nationalstaat ein urpatriarchales Konstrukt. Der Fokus auf die Zivilgesellschaft bedeutet, dass wir anerkennen, dass Gewalt gegen Zivilbevölkerung nicht zufällig in Kriegen/Krisen passiert. Ganz im Gegenteil: Angriffe auf die Zivilbevölkerung (vorrangig gegen durch Kriege im Land gebliebene FINTA) sollen mürbe machen und dienen so als Kriegsmittel.

Als **internationalistischer** Richtungsverband stehen wir für eine internationale Politik auf Augenhöhe, die sich gemeinsam mit unseren internationalen Partner\*innen für eine bessere Welt einsetzt. Insbesondere die Rolle der Bundesrepublik muss dafür kritisch reflektiert werden. Zu häufig wird in nationalen Kategorien und im “nationalen Interesse” gedacht, statt das große Ganze zu sehen. So war es maßgeblich die Austeritätspolitik Deutschlands, welche Griechenland zu einem harten Sparkurs mit fatalen Folgen zwang, statt eine solidarische Lösung im Sinn der Europäischen Union zu finden. Trotzdem wollen wir ein faires und soziales Europa schaffen und bekennen uns zu diesem Ziel. Die Europäischen Union nimmt deshalb eine Schlüsselrolle zur zwischen- und überstaatlichen Zusammenarbeit ein. Leider bleibt die Bundesrepublik großer Waffenexporteur in instabile Regionen und stützt damit autoritäre Regime zum Leiden anderer und für den Profit der eigenen Rüstungsindustrie. Für uns ist deshalb klar: Die Perspektive deutscher Politik ist eine sehr westliche Betrachtungsweise, in der die Perspektiven und die realen Lebensumstände außerhalb Westeuropas kaum Beachtung finden und das, obwohl Deutschland bei der europäischen Politikgestaltung Verantwortung zukommt. Es ist daher sehr wichtig, dass nicht nur die deutsche Politik als solche diverser aufgestellt wird, sondern umso mehr als eine privilegierte und im Grundsatz fehlgeleitete Politik verstanden wird, die oft verhindert, dass Akteur\*innen außerhalb der westlichen Welt in ihren Anliegen ernst genommen werden. Deutlich wird dies nicht zuletzt durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, vor dem etliche osteuropäische Staaten seit Jahren gewarnt haben. Es ist daher Deutschlands Aufgabe, eine neue Außenpolitik auf Augenhöhe mit allen, insbesondere den ost- und mitteleuropäischen Partner\*innen zu betreiben.

Als **antifaschistischer** Richtungsverband können nicht weiter die Augen vor Regimen verschließen, die darauf abzielen, Menschenrechte, Demokratie und freiheitliche Werte sowie die territoriale Integrität unabhängiger Staaten anzugreifen. Wir wollen, dass es Europas Aufgabe wird, für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie innerhalb der eigenen Länder, aber auch international einzustehen – dies kann nur in einer Vermittler\*innen- und Unterstützer\*innen-Rolle und einer klaren Position geschehen. Deutschland muss sich auch hier seiner Verantwortung innerhalb der EU bewusst werden und mit einer reflektierten, aber entschiedenen Position gegenüber solchen Regimen und Menschenrechtsverletzungen einzunehmen. Dazu gehört auch eine Reflexion der eigenen, privilegierten Position und des eigenen Eurozentrismus. Umso wichtiger ist es deshalb, dass in inter- und multinationalen Abkommen, insbesondere Anti-Waffen-Abkommen und Anti-Atomabkommen Ergebnisse erzielt werden, die progressive Bewegungen



184 unterstützen. Darüber hinaus müssen die Antidemokrat\*innen innenpolitisch bekämpft  
185 werden, da sie mittlerweile international mit autokratischen Regimen vernetzt sind  
186 und eine gemeinsame demokratiefeindliche Agenda vorantreiben. Das funktioniert nur,  
187 wenn Demokratie wehrhaft ist. Demokratie kann nur in einer solidarischen und  
188 resilienten Gesellschaft wehrhaft sein. Dafür brauchen wir eine Gesellschaft, die  
189 aufklärend gegenüber imperialistischen und menschenverachtenden Ideologien ist. Wir  
190 brauchen Investitionen in die kritische Infrastruktur, aber auch in diversen anderen  
191 Bereichen der Gesellschaft. Und wir brauchen eine starke Zivilgesellschaft, die fähig  
192 ist, sich gegen Antidemokrat\*innen zu stellen.

193 Auch in der europäischen Asylpolitik hat die Bundesrepublik in den letzten Jahren  
194 immer wieder einen regressiven und inhumanen Kurs mitgetragen, um selbst weniger  
195 Geflüchtete aufnehmen zu müssen. Für uns ist klar: Die europäische Grenzpolitik der  
196 Abschreckung und Abweisung ist gescheitert. Sie fordert nicht nur viele Opfer,  
197 sondern bringt weitere Herausforderungen, vor denen Deutschland und die EU ihre Augen  
198 nicht verschließen können und dürfen. Wie gefährlich ein solches Ignorieren und  
199 Nichtstun ist, wird deutlich, wenn autoritäre Staaten diese Planlosigkeit ausnutzen,  
200 wie sie der belarussische Diktator Lukashenko seit Ende 2021, um die EU versucht zu  
201 erpressen. Als Jungsozialist\*innen ist Solidarität für uns international, wir  
202 bekennen uns dazu, Grenzen überwinden zu wollen. Die aktuellen Grenzschutz- und  
203 Sicherheitsbehörden sind nicht im Sinne unserer Vorstellung einer solidarischen und  
204 wertebasierten Sicherheits- und Geflüchtetenpolitik. Wir Jusos setzen uns daher für  
205 die Abschaffung von Agenturen wie Frontex ein. Wer Werte nach innen einfordert, muss  
206 diese auch nach außen tragen. Daher muss eine jungsozialistische Sicherheits- und  
207 Geflüchtetenpolitik auch die Schaffung sicherer Fluchtrouten ohne Pushbacks, die  
208 Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine gemeinsame europäische  
209 Seenotrettungsmission sowie eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik auf  
210 europäischer Ebene beinhalten. Sogenannte „Flüchtlingsdeals“ oder ähnliche Abkommen  
211 zur Beschränkung sicherer Fluchtrouten mit angrenzenden Staaten der EU wie  
212 beispielsweise Libyen oder der Türkei lehnen wir ab. Die Abschottung an den Grenzen  
213 einzelner Staaten oder Bündnisse als sicherheitspolitisches Ziel steht konträr zu  
214 unserem Grundsatz der internationalen Solidarität und ist daher nicht Teil unseres  
215 jungsozialistischen Sicherheitsbegriffs. Angesichts der aktuellen Herausforderungen  
216 wie des Klimawandels ist mit mehr Fluchtbewegungen zu rechnen, auf die nicht  
217 restriktiv reagiert werden darf. Eine menschliche Asyl- und Einwanderungspolitik  
218 ermöglicht offene Grenzen und Fluchtrouten, ermöglicht eine solidarische und humane  
219 Aufnahme und eine anschließend schnelle Aufnahme in der Gesellschaft ohne zum  
220 Beispiel Lebens- und Arbeitseinschränkungen. Wir stellen uns gegen die Versuche,  
221 Geflüchtete gegeneinander auszuspielen und setzen uns für Solidarität mit allen  
222 Geflüchteten unabhängig von der Herkunft ein. Abschiebungen und Beschränkungen des  
223 Asylrechts lehnen wir ab. Nicht Geflüchtete machen uns Sorgen, sondern unsichere  
224 Fluchtrouten.

225 Als Verband, der für **Antirassismus** einsteht, erkennen wir, dass unser Blick auf  
226 Länder des globalen Südens weiterhin durch postkoloniale Strukturen geprägt ist.  
227 Daher gehört zu einem neuen Sicherheitsbegriff auch die Reflexion von postkolonialen  
228 Strukturen und das Aufbrechen dieser zum Beispiel in der eigenen  
229 Entwicklungszusammenarbeit.

230 Das Ziel muss es sein, mit kritischem Blick auf strukturelle Vorteile des Globalen  
231 Nordens und ungleiche globale Macht- und Ressourcenverteilungen den Weg für eine  
232 gleichberechtigte Partnerschaft zwischen den Staaten des Globalen Nordens und des  
233 Globalen Südens zu ebnen. Hierbei müssen vor allem die Dekonstruktion von  
234 rassistischen Denkmustern in der Praxis und die kritische Reflexion des Kolonialismus  
235 und seiner Kontinuitäten Teil der historisch-politischen Analyse sein.

236 Eine jungsozialistische sogenannte Entwicklungszusammenarbeit muss deshalb aus  
237 verschiedenen Perspektiven kritisch sein mit der Entstehung und der Praxis der  
238 sogenannten Entwicklungszusammenarbeit, wie sie heute betrieben wird. Die zentralen  
239 Elemente dieser kritischen Auseinandersetzung ist das in Frage stellen des  
240 vorherrschenden Entwicklungsbegriffs. Hierbei müssen wir eine intersektional  
241 feministische Perspektive entwickeln, die die Kontinuität von (post-)kolonialen  
242 Machtverhältnissen einbezieht, die Vision wie wirtschaftliche Entwicklung aussehen  
243 soll und wie sie ökologisch nachhaltig zu gestalten ist, definiert und eine Abkehr  
244 vom Paternalismus beinhaltet. Wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit müssen  
245 machtkritisch auf Augenhöhe neugestaltet werden. Für die Hilfen vor Ort braucht es  
246 mehr als Gelder und Nahrung. Global fehlt es FINTA-Personen an Hygieneartikeln und  
247 Unterstützung bei der Care-Arbeit. Dadurch werden FINTA strukturell benachteiligt.  
248 Unsere feministische Außenpolitik bezieht alle Personen ein und konzentriert sich auf  
249 die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Zivilbevölkerung und ihrer  
250 marginalisierten Gruppen. Dabei spielt die Gesundheitspolitik eine besondere Rolle.  
251 Das schließt ein, dass unsere feministische Außenpolitik sich um eine bessere  
252 Gesundheitsversorgung für FINTA bezüglich der reproduktiven Gesundheit inklusive  
253 zugänglicher Verhütungen und Abtreibungen bemüht. Sie strebt zu dem an, dass mehr  
254 FINTA im Bereich der globalen Gesundheit in Führungspositionen repräsentiert werden.  
255 Zudem strebt sie an, dass die Priorisierung zur Verwendung von WHO Geldern  
256 tatsächlich im Kampf gegen gesundheitliche Notstände eingesetzt wird, anstatt an  
257 Projekte im Globalen Norden gekoppelt zu sein.

258 werden.

259 Als **antimilitaristischer** Richtungsverband setzen wir uns für eine Welt ohne Krieg,  
260 Gewalt und Waffen ein. Allerdings ist uns mit Hinblick auf die Ukraine bewusst, dass  
261 militärische Mittel notwendig sind. Trotzdem bedeutet das eben nicht, dass wir  
262 Antimilitarismus und friedenspolitische Ansätze aufgeben. Wir sehen Diplomatie als  
263 Mittel zur dauerhaften Verständigung und gewaltfreie Konfliktlösung weiterhin als den  
264 besten Weg an, um sich für eine friedliche Welt einzusetzen. Friedenspolitik muss  
265 mittel- sowie langfristig verstärkt, ausgebaut und priorisiert werden. Damit geht  
266 auch eine gerechte und gut ausfinanzierte Entwicklungspolitik einher. Um all das zu  
267 erreichen, bedeutet Zeitenwende auch Selbstreflexion. Denn Sicherheitsbedürfnisse  
268 wurden in der bisherigen Politik vernachlässigt und Sicherheit einseitig definiert.  
269 Mit einem breiten Sicherheitsbegriff müssen Implikationen für unsere Wehrhaftigkeit,  
270 unsere Handelspolitik sowie unsere Frieden- und Entwicklungspolitik folgen. Die  
271 Implikationen dürfen weder blinden Pazifismus verfallen, der im Endeffekt den  
272 Imperialist\*innen, den Faschist\*innen und den Antidemokrat\*innen in die Hände spielt,  
273 noch dürfen sie die strukturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, die  
274 zur aktuellen Krise beigetragen haben, vernachlässigen, sondern müssen diese vielmehr

275 verändern.

276 Unsere Grundwerte formen unseren Sicherheitsbegriff. Sie geben uns Orientierung und  
277 ein Verständnis von Sicherheit außerhalb einer reinen militärischen  
278 Betrachtungsweise, die wir ablehnen. Aus unserem jungsozialistischen  
279 Sicherheitsbegriff folgen Handlungsnotwendigkeiten. Im Bereich der Wehrhaftigkeit,  
280 der Handelspolitik und der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit.

281

## 282 **Wehrhaftigkeit**

### 283 Waffenlieferungen:

284 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt jedoch, dass Waffenlieferungen zur  
285 Verteidigung gegen Imperialismus oder Faschismus sogar notwendig sein können. Daher  
286 bekennen wir uns weiterhin zu unserer antimilitaristischen Überzeugung, halten es  
287 jedoch für nötig diese stärker als bisher auszudifferenzieren. Nicht nur militärische  
288 Waffen und der mediale Kampf über die Deutungshoheit sind Waffen im Krieg, sondern  
289 auch schlimmste physische und psychische Gewalt gegen FINTA. So sind es systematisch  
290 geplante, angeordnete öffentliche Massenvergewaltigungen wie 1992 in Bosnien oder im  
291 Kosovo, die regelmäßig in anderen Konfliktgebieten eingesetzt werden - so auch z.B.  
292 durch das russische Militär in der Ukraine. Diese Verbrechen ebenso wie die Gewalt  
293 gegen Zivilist\*innen als Kriegswaffe sind seit dem Bosnienkrieg international als  
294 Kriegsverbrechen anerkannt und werden seit 2002 als Verbrechen gegen die  
295 Menschlichkeit gewertet. Und doch ist klar, dass ohne eine feministische Analyse von  
296 Außenpolitik die kritische Reflexion patriarchaler Machtdimensionen fehlt. So wird  
297 sexualisierte Gewalt in Kriegen und Konflikten aus verschiedenen, aber nicht minder  
298 patriarchalen Beweggründen als Waffe eingesetzt. Einerseits versuchen Täter ihre  
299 meist rassistische Vorstellung der Übermacht des eigenen Volkes gebärfähigen FINTA  
300 durch aufgezwungene Schwangerschaften aufzuoktroyieren. Andererseits findet sich in  
301 der sexualisierten Gewalt ein Ausdruck der Entmenslichung und Objektifizierung von  
302 FINTA, die meist als Besitz eines anderen Mannes, der als Feind verstanden wird, in  
303 den Augen der Täter passendes Opfer sind. Außerdem wird sexualisierte Gewalt als  
304 Demoralisierungsstrategie und zur psychologischen Kriegsführung angewendet. Dadurch  
305 wird deutlich, dass sexualisierte Gewalt in Kriegen und Konflikten systematisch und  
306 angeordnet zum Leid von FINTA, eingesetzt wird. Damit stellen FINTA und junge Mädchen  
307 eine vulnerable Gruppe dar. Vulnerabel definieren wir als Begriff für eine Gruppe,  
308 die sich systemischer Gewalt nicht entziehen kann.

309 Nach unserer feministischen Außenpolitik ist der Schutz von FINTA und  
310 marginalisierten Gruppen elementar. Wir kämpfen dafür, dass Folter,  
311 Unterdrückungsmechanismen, sexualisierte Gewaltverbrechen und andere  
312 Menschenrechtsverletzungen als Kriegsverbrechen anerkannt werden und strenger  
313 verfolgt und bestraft werden. Dabei ist unsere Vorstellung einer feministischen  
314 Außenpolitik nicht mit einem pazifistischen Verständnis gleichzusetzen. Besonders der  
315 aktuelle russische Angriffskrieg auf die Ukraine beweist einmal mehr: Die  
316 Widerstandsfähigkeit von Demokratien gegenüber Autokratien und Diktaturen verlangt  
317 leider auch eine militärische Wehrhaftigkeit.

318 Als Jusos haben wir uns dafür entschieden, die Waffenlieferungen an die Ukraine zu  
319 unterstützen und dabei Kriterien an die Frage, ob Waffenlieferungen nötig sind,

320 angelegt. Sie stehen in keiner Rangfolge, sind zur Orientierung da und sind auf den  
321 Einzelfall anzuwenden. Bei der Beurteilung berücksichtigen wir, ob der militärische  
322 Angriff einseitig stattfindet, ob sich der militärische Angriff gegen einen  
323 demokratischen, souveränen Staat oder gegen eine\*n gefährdeten und demokratischen  
324 nicht-staatlichen Akteur\*in, wie es bei den Kurd\*innen der Fall ist, richtete sowie  
325 ob der militärische Angriff eine Bevölkerungsgruppe in ihrer Existenz gefährdet.  
326 Außerdem fließt in die Beurteilung mit ein, ob der Angriff im Widerspruch zum  
327 Völkerrecht steht, ob zivile Personen und Infrastruktur bewusst angegriffen werden  
328 und ob systematische Menschenrechtsverletzungen sowie Vertreibungen zu befürchten  
329 sind. Zusätzlich berücksichtigen wir, ob alle diplomatischen Mittel bereits  
330 ausgeschöpft sind beziehungsweise dies nicht zu einem Ende des Konflikts führt und ob  
331 alle weiteren Sanktionsmöglichkeiten bereits ausgeschöpft sind oder nicht alleine zum  
332 Ende des Konflikts führen. Abschließend spielt es für uns eine Rolle, ob die  
333 Vereinten Nationen handlungsfähig sind.

334 Klar bleibt für uns, dass Waffenlieferungen – sollten sie notwendig werden – mit  
335 diplomatischen Mitteln und Sanktionen einhergehen. Wir differenzieren dabei nicht  
336 pauschal zwischen den verschiedenen Waffentypen, aber bleiben natürlich bei einer  
337 klaren Ablehnung von ABC-Waffen (atomare, biologische und chemische). Zusätzlich  
338 benötigen Dual-Use-Güter einer gesonderten Betrachtung. Es ist im Einzelfall anhand  
339 unserer Kriterien zu entscheiden, ob die militärische Verwendung als Waffe dem Ziel  
340 der Friedenssicherung hinreichend bedingt. Debatten darüber, ob vom Völkerrecht  
341 gedeckte Waffenlieferungen uns zur Kriegspartei machen, lehnen wir ab.

342 Nicht nur im Fall vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine müssen wir  
343 feststellen, dass sich die Lage ankündigte. Grundsätzlich verstehen wir es deshalb  
344 als legitim, wenn im Sinne einer Androhung möglichen Aggressor\*innen zu verstehen  
345 gegeben wird, dass in einem Falle eines völkerrechtswidrigen Übergriffs  
346 Waffenlieferungen beabsichtigt werden. Wichtig bleibt: Vorschnelle Waffenlieferungen  
347 sind - schon allein aufgrund unseres Anspruchs einer feministischen Außenpolitik und  
348 unseres Verständnisses von Antimilitarismus - natürlich nicht unser Weg. Eine  
349 tatsächliche Lieferung in diesen Fällen sollte also erst im Falle des Angriffs und im  
350 Einklang mit unseren Kriterien ausgeführt werden. Durch die zuvor rechtzeitig  
351 geführte nötige Debatte über Waffenlieferungen soll jedoch vermieden werden, dass im  
352 Falle eines Angriffskrieges zu langsam gehandelt wird. Die mögliche Waffenlieferung  
353 kann also in diesem Sinn logistisch vorbereitet werden, wenn sich für eine solche  
354 Androhung entschieden werden. Deshalb fordern wir gerade in Hinblick auf den  
355 russischen Angriffskrieg in der Ukraine, dass die Bundesregierung die Ukraine  
356 weiterhin diplomatisch, wirtschaftlich und militärisch intensiv sowie fortlaufend  
357 unterstützt.

#### 358 Investitionen in eine resiliente Gesellschaft:

359 Ebenfalls ist mit dem Begriff der Zeitenwende eine Debatte über die Ausrüstung der  
360 Bundeswehr entstanden. Wir erkennen an, dass eine wehrhafte Bundeswehr mit einer  
361 sachgemäßen Ausrüstung notwendig ist und dafür Investitionen in diese getätigt werden  
362 müssen. Gleichzeitig lehnen wir das vom Bundestag beschlossene Sondervermögen von 100  
363 Milliarden ab. Wir sind der Überzeugung, dass eine Erhöhung der Investitionen die  
364 Probleme der Bundeswehr insbesondere im dringend reformbedürftigen Beschaffungswesen  
365 nicht lösen wird. Notwendige Erhöhungen des Verteidigungshaushaltes sollten nicht

über Instrumente erfolgen, die dauerhaft das Haushaltsrecht des Parlaments untergraben und das Grundgesetz einseitig für militärische Zwecke verändert. Die Ableitungen, die sich aus der Zeitenwende ergeben müssen, sind wesentlich umfassender als ein willkürlich gesetzter Militärtopf in unserem Grundgesetz. Stattdessen muss der Haushalt genutzt werden, um den massiven Investitionsbedarf in der Gesellschaft zu ermöglichen. Die Schuldenbremse steht dabei massiv im Weg und engt die finanz- und investitionspolitischen Spielräume künstlich ein.

Unsere Vorstellung einer effektiven Sicherheitspolitik beinhaltet eine resiliente Gesellschaft und Wehrhaftigkeit nach innen, für die weitere Investitionen in Bereiche wie Bildung, Gesundheitssystem, Umwelt- und Klimaschutz und die öffentliche Infrastruktur notwendig sind. Und auch der Schutz vor Cyberangriffen und Angriffen auf die kritische Infrastruktur sind für eine resiliente Zivilgesellschaft besonders relevant, wie durch das Bahnchaos in Norddeutschland und den BSI-Skandal in den letzten Wochen sehr deutlich wurde. Die Investitionen können dazu beitragen, dass Sicherheitsprobleme wie im Falle von Energieabhängigkeit gar nicht erst auftreten oder vorgesorgt wird, wenn es zum Beispiel um Resilienz gegen autokratische Politik geht. Nur eine resiliente Gesellschaft, die Demokratie nach außen wie nach innen stärkt, ist fähig, in Krisensituationen Zusammenhalt zu erzeugen und solidarisch zu sein. Nur eine resiliente Gesellschaft kann Fake-News und Desinformationskampagnen erkennen und dekonstruieren, statt auf diese hineinzufallen. Ebenfalls steht für uns auch Diplomatie und die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund. Hier dürfen keine Mittel gekürzt werden, sie müssen in diesen Zeiten der Krisen erhöht werden.

Deshalb fordern wir:

- Die SPD zur Abschaffung der Schuldenbremse auf.
- Ein Ausbau der Forschung und Ausbildung durch Investitionen in die Wissenschaft und Lehre, gerade im Bereich KI und Cyber-Sicherheit.
- Die EU soll sich bei der UN dafür einsetzen, dass dort ein internationaler Regelkatalog zu Cyber-Angriffen auf digitale Infrastrukturen entwickelt wird.

#### Reform der Bundeswehr

Nichtsdestotrotz stellt sich umso dringender die Frage nach der Reform der Bundeswehr. Dazu gehört, dass die Bundeswehr eine angemessene Ausrüstung erhält, die an die aktuellen hochtechnologischen Bedarfe und neuen Herausforderungen wie der Cybersicherheit orientiert ist. Ebenfalls muss der aktuell noch maroden Personenausrüstung eine besondere Priorität eingeräumt werden. Dass Soldat\*innen sich bei Einsätzen ihre Ausrüstung selbst kaufen müssen oder in der Ausbildung die zu lernenden Geräte nicht funktionieren, darf kein Zustand mehr sein. Als sinnvolle Fokussierung bei der Beschaffung von Ausrüstung sehen wir die Bündnisverteidigung an, da diese aktuelle sehr gefordert ist und das in Zukunft ebenfalls sein wird. Investitionen in die Ausrüstung der Bundeswehr sind also notwendig, aber müssen klaren Prioritäten folgen. Außerdem muss die Beschaffung von Ausrüstung mit einer Reform des aktuell sehr ineffizienten Beschaffungswesens einhergehen. Korruption müssen endlich der Vergangenheit angehören. Bereits bestehende Verträge und bisher getätigte Käufe müssen auf ihre Effizienz überprüft und wenn nötig rückgängig gemacht

411 werden. Auch die Chancen der Digitalisierung müssen hier genutzt werden, um endlich  
412 langwierige Prozesse und Ineffizienz zu beenden. Aber nicht nur das  
413 Beschaffungswesen, sondern die Struktur der Bundeswehr an sich gehört reformiert. Im  
414 Rahmen der kritischen Reflexion über die bestehenden Strukturen der Bundeswehr  
415 betrachten wir auch die Tatsache, dass gemessen an der Gesamtbevölkerung Ostdeutsche  
416 mit 60 Prozent innerhalb der Bundeswehr deutlich überrepräsentiert, aber mit  
417 steigenden Dienstgraden drastisch unterrepräsentiert sind. Die Bundeswehr hat auch  
418 ein Problem mit Rechtsextremismus, das wurde durch die Vielzahl an aufgedeckten  
419 rechtsextremen Netzwerken besonders deutlich. Mitglieder der Bundeswehr dürfen  
420 niemals mehr in der Lage sein, einen gewaltvollen Staatsstreich zu planen und dafür  
421 Waffen zu horten. Für uns ist klar: Aktuell hat die Bundeswehr ein Problem mit  
422 Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Betroffenen und  
423 denjenigen, die Soldat\*innen, die dagegen vorgehen, können sich unserer Solidarität  
424 gewiss sein. Wer diesen Pflichten nicht nachkommt, gehört nicht in den Staatsdienst  
425 und erst recht nicht in die Bundeswehr. Insbesondere aus einer feministischen,  
426 antirassistischen und antisemitismuskritischen Perspektive müssen die Fälle lückenlos  
427 und mit allen Konsequenzen aufgeklärt werden. Um diesen rechten Strukturen  
428 entschieden entgegenzutreten, fordern wir eine Ausweitung der Sicherheitsüberprüfung  
429 von  
430 Bewerber\*innen noch vor Einstellung in die Bundeswehr. Eine weitere wichtige  
431 Präventionsmaßnahme zur Verhinderung von rechtsextremistischen Tendenzen und  
432 Entwicklungen in der Bundeswehr ist die politische Bildung der Truppe. Aber auch  
433 andere Strukturen müssen verändert werden. Zu oft folgen die Ausbildung und das Leben  
434 in der Bundeswehr patriarchalen und rassistischen Denkmustern, die gerade für FINTA,  
435 queere Menschen und BIPOC die Bundeswehr zu etwas bedrohlichem machen. Sexistische  
436 Anfeindungen und sexuelle Übergriffe müssen in der Truppe ausnahmslos geahndet  
437 werden. Auch Diskriminierung von queeren Angehörigen der Bundeswehr muss weiter  
438 abgebaut werden und eine entsprechende Aufklärung und Sensibilisierung in allen  
439 Bereichen der Bundeswehr stattfinden. Um ein langfristig tolerantes Klima zu  
440 etablieren, sollen alle Führungskräfte verpflichtende Fortbildungen zu Vielfalt und  
441 Antidiskriminierung besuchen. Kritik an diesen Verhaltensweisen verstummt zu oft  
442 durch fehlende Meldestellen oder bewusste Patronage. Die Bundeswehr muss aber für  
443 alle Menschen zugänglich und diskriminierungsfrei sein! Neben den internen Strukturen  
444 müssen auch Auslandseinsätze kritisch reflektiert werden. Das scheinbar grenzenlose  
445 Versagen des Afghanistan-Einsatzes hat uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass hier  
446 Reformbedarf besteht. Noch immer sind nicht alle Ortskräfte aus Afghanistan geholt  
447 wurden: regimekritische und progressive Aktivist\*innen wurden bei den Evakuierungen  
448 oftmals im Stich gelassen, noch immer werden die langjährigen Kritiker\*innen des  
449 Einsatzes ignoriert, noch immer Leiden vulnerable Gruppen unter der Terrorherrschaft  
450 der Taliban. Das ist eine Schande, weshalb hier schnell Konsequenzen gezogen werden  
451 müssen. Diese Strukturreformen werden eine enorme Kraftanstrengung erfordern, die  
452 aber in einer ganz klaren Vision münden können: Der Einführung der Europäischen  
453 Armee. Die nationalen Kompetenzen der Einzelarmeen sollen auf das Europäische  
454 Parlament übertragen werden, um hier eine wirkliche demokratische und europäische  
455 Verteidigungspolitik zu schaffen, die die nationalen Armeen ersetzt und eine  
456 europäische Solidarität im Falle eines Angriffs sicherstellt. Damit schaffen wir auch  
457 ein gemeinsames Beschaffungswesen und sorgen für Abrüstung in den Einzelstaaten.



458 Gerade der Krieg in der Ukraine hat nämlich gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes  
459 und gemeinsames europäisches Vorgehen ist. Uns ist dabei bewusst, dass das Vorhaben  
460 einer Europäischen Armee Zeit in Anspruch nimmt, nicht unkritisch gesehen wird und  
461 sich die Frage nach anderen Verteidigungsbündnissen stellt. Trotzdem erkennen wir an,  
462 dass es aktuell einen Bedarf für ein Verteidigungsbündnis wie der NATO gibt. Eine  
463 Herausforderung in der Umsetzung sehen wir in den aktuellen undemokratischen  
464 Tendenzen der EU und den wachsenden autokratischen Tendenzen in vielen  
465 Mitgliedsstaaten. Hier sind dringend Reformen notwendig, die die EU demokratischer  
466 machen. Zum Beispiel, in dem das Europäische Parlament endlich gestärkt und ein  
467 gemeinsames europäisches Wahlrecht eingeführt wird. Außerdem muss das  
468 Einstimmigkeitsprinzip endlich vollständig abgeschafft werden, um zu verhindern, dass  
469 einzelne Länder wichtige Maßnahmen blockieren, so wie es bei Ungarn in den letzten  
470 Jahren der Fall war. Auch bei der Schaffung der Europäischen Armee setzten wir die  
471 gleichen Maßstäbe wie bei der Bundeswehr an. Aus einer feministischen,  
472 antirassistischen und antisemitismuskritischen Perspektive heraus heißt das, dass wir  
473 patriarchale, rassistische und antisemitische Strukturen gar nicht erst entstehen  
474 dürfen und bei Fällen solcher Art konsequent eingeschritten werden muss. Dafür sind  
475 entsprechende Strukturen zu schaffen. Eine patriarchale Kultur hat ebenso wenig einen  
476 Platz in der Europäischen Armee. Abschließend muss das Modell einer Europäischen  
477 Armee auch mit unseren Partner\*innen gerade im Hinblick auf Euro- und Westzentrismus  
478 diskutiert werden, um hier Missverständnissen vorzubeugen. Klar ist: Die Europäische  
479 Armee ist kein Projekt der Aufrüstung oder um Angriffskriege zu führen! Außerdem ist  
480 sie kein koloniales oder eurozentristisches Projekt!

481 Deshalb fordern wir:

482

- 483 • Eine bessere und andere Ausrüstung für die Bundeswehr. Das umfasst:
  - 484 - Eine Ausrüstung, die den hochtechnologischen Bedarfen und neuen
  - 485 Herausforderungen wie der Cybersicherheit angepasst wird.
  - 486 - Eine Fokussierung der Ausgaben für die Bündnisarbeit und Bündnisverteidigung .
  - 487 - Eine Priorisierung der Personenausrüstung der Soldat\*innen.
  - 488
- 489 • Eine Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr. Diese umfasst:
  - 490 - Effizientere Regelungen zur Beschaffung.
  - 491 - Eine Erhöhung der Grenzen zur Vorort Beschaffung mit gleichzeitiger Anpassung
  - 492 der Prüfkriterien. Damit ist gemeint, dass das benötigte Material entsprechend
  - 493 direkt von Kommandeur\*innen der Bundeswehr bestellt werden soll, um unnötige
  - 494 bürokratische Prozesse zu vermeiden.
  - 495 - Eine gemeinsame europäische Beschaffung mit den europäischen Partner\*innen und
  - 496 eine Priorisierung der Beschaffung europäischer standardisierter Rüstungsgüter
  - 497 mit einem Schwerpunkt auf digitale Effizienz.
  - 498 - Eine Überprüfung der bestehenden Verträge, gerade auf die Instandhaltung hin.
  - 499 - Die Schaffung einer umfassenden gesetzlichen Rüstungskontrolle und den Ausbau
  - 500 des Kriegswaffenkontrollgesetzes.
  - 501 - Eine gesetzliche Regelung zur Verhinderung von Nähe der Auftragnehmer\*innen
  - 502 zum Beschaffungswesen.
  - 503 - Die konsequente Umsetzung der Antikorrupsionsbestimmungen des Bundes im BMVG



sowie die Einführung von Regelungen, die einen regelmäßigen Wechsel von Beam\*t\*innen in korruptionsgefährdeten Ämtern ermöglichen.

- Eine Reform der Strukturen der Bundeswehr. Diese umfasst:
  - Eine Umstrukturierung der Bundeswehr hin zu einer Spezialisierung auf einzelne Teilbereiche und eine Verschlinkung der Führungsstruktur.
  - Keine Erhöhung der Truppenstärke.
  - Die Ablehnung der Wiedereinführung der Wehrpflicht.
  - Die Überprüfung der Auslandseinsätze der Bundeswehr auf ihre Sinnigkeit sowie die bedingungslose Unterstützung von Ortskräften und vulnerablen Gruppen in Krisengebieten.
  - Eine Europäisierung der verteidigungspolitischen Richtlinien.
  - Eine Reform soldatenrechtlicher Vorschriften zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie der Veränderung der Offiziersausbildung. Außerdem mehr Forschung zu Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Bundeswehr, eine ausführliche Vorabprüfung von Soldat\*innen, die Beschleunigung von Verfahren von Truppendienstgerichten und wirklich unabhängige Meldestellen für Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Bundeswehr. Zusätzlich muss der Militärische Abschirmdienst besser kontrolliert werden und soll keine V-Männer mehr beschäftigen dürfen. Dazu ist er unter bessere parlamentarische Kontrolle zu stellen.
  - Eine starke Reduzierung der privaten, teuren Berater\*innenverträge.
- -Die wöchentlichen Stunden an politischer Bildung für Soldat\*innen müssen erhöht werden. Dabei kann sich an den Empfehlungen der Bundeswehrbeauftragten orientiert werden. Zusätzlich sollte ein Kriterienkatalog entwickelt werden, für welche Dienstleistungen Berater\*innen engagiert werden dürfen. Grundsätzlich sollten externe Dienstleistungen einen zeitlich begrenzten Mehrwert bringen und nur im äußersten Ausnahmefall (Sicherstellung der Erfüllung der staatlichen Aufgabe) sowie keinesfalls auf Dauer interne, unbesetzte Positionen füllen
- Einheitliche und dem Ausbildungsstand von Soldat\*innen entsprechende Standards, die den dienstlichen Schutz, insb. von Rekrut\*innen, sicherstellen und den jeweiligen Witterungsverhältnissen etc. angepasst sind.

- Eine unabhängige Instanz, die ebenfalls als Anlaufstelle für Soldat\*innen dienen

soll, die etwaiges Fehlverhalten von Vorgesetzten im Dienst ernsthaft und ohne

Rücksicht auf etablierte Strukturen und mögliche Abhängigkeitsverhältnisse innerhalb

der Bundeswehr verfolgt, aufklärt und ahndet.

- Die Einführung der Europäischen Armee und die gleichzeitige Abschaffung der nationalen Armeen mit folgenden Schritten:

- Die vollständige Kompetenzübertragung auf das Europäische Parlament mit dem Charakter einer Parlamentsarmee.
- Die Erhöhung der Zahl der europäischen Manöver bei gleichzeitiger Reduzierung der nationalen Manöver und eine jetzt schon einsetzende Arbeitsteilung zwischen existierenden nationalen Armeen in der EU.
- Ein ständiges militärisches Hauptquartier der EU.
- Ein eigenständiger EU-Ministerrat für Militärfragen.
- Gleiche Überprüfungsmechanismen wie wir sie schon bei der Bundeswehr in Bezug auf Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fordern.

#### Zivilschutz:

Bei der Frage von Sicherheit muss auch der Zivilschutz als Teil des Bevölkerungsschutzes in den Blick genommen werden. Veralterte oder fehlende Alarm- und Warnsysteme und falsch genutzte WarnApps führen dazu, dass eine effektive Warnung der Bevölkerung kaum möglich ist. Das Fehlen von Investitionen führt dazu, dass das System Bevölkerungsschutz an seine Grenzen geraten ist. Feuerwehren, Hilfsorganisationen, THW und die Träger der lokalen Katastrophenschutzseinheiten müssen umfassend finanziert werden, sowohl in ihrer Ausstattung, als auch in der Ausbildung ihrer Helfer\*innen. Die rein militärische Ausrichtung des Sondervermögens ist eine verpasste Chance, besonders mit Blick darauf, dass die Bundesregierung plant, den Zivilschutzhaushalt im nächsten Jahr drastisch zu kürzen. Dieses Signal geht in die völlig falsche Richtung! Ein richtiges Signal ist eine Neustrukturierung des Systems, die Schaffung einer funktionierenden Warninfrastruktur sowie Investitionen in die Träger des Bevölkerungsschutzes. Alle Investitionen sollten dem Ziel dienen, den Bevölkerungsschutz endlich mit den Standards und Anforderungen des Europäischen Zivilschutzmechanismus vereinbar zu machen.

Daher fordern wir:

- ☐ Umfassende Investitionen in eine bundesweit funktionierende Warninfrastruktur.
- ☐ Neustrukturierung des Bevölkerungsschutzes entsprechend der europäischen Standards.
- ☐ Gezielte Investitionen in den Bevölkerungsschutz und seine Träger auf allen Ebenen statt Haushaltskürzungen.
- ☐ Förderung von Ehren- und Hauptamtlichen im Bevölkerungsschutz.
- Finanzielle Unterstützung des Bundes an das THW und finanzielle Unterstützung des Bundes an die Länder, damit diese das Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren stärken können.
- Dass nach der Schaffung der europäischen Armee diese bei Naturkatastrophen und schweren Unglücken innerhalb Deutschlands Aufgaben des Zivilschutzes übernehmen kann.

#### Rüstungsindustrie:

Für uns ist klar: Mit Waffen und militärischen Equipment dürfen keine Profite gemacht werden. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine können wir beobachten, wie Rüstungskonzerne Gewinne erzielen. Dabei sind sie oft noch nicht mal verlässlich. Zu oft wurde in der Vergangenheit Material versprochen, das entweder fehlerhaft oder nicht lieferbar war. Stattdessen wurde von den Konzernen

586 Preisspekulation betrieben. Dem wollen wir einen Riegel vorschieben. Damit wollen wir  
587 ebenfalls Korruption bekämpfen. Wir halten deshalb die von Verteidigungsministerin  
588 Christine Lambrecht angebrachte Kritik, dass die Waffenexporte zu streng  
589 reglementiert seien für falsch. Vielmehr begrüßen wir strenge Waffenexportregeln und  
590 wollen diese auch auf europäischer Ebene umsetzen.

591 Deshalb fordern wir:

- 592 • Eine nationale, europäische und internationale Übergewinnbesteuerung von
- 593 Rüstungskonzernen.
- 594 • Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie.
- 595 • Das Verbot von privater Rüstungsproduktion und Rüstungsentwicklung
- 596 • Dass sich die Bundesregierung für strengere Regelung für Waffenexporte von
- 597 Rüstungskonzernen in der EU und weltweit einsetzt.

598

## 599 **Werte- und regelbasierte Handelspolitik**

### 600 Ausgangslage

601 Die neoliberale Idee, dass gegenseitige Abhängigkeit durch wechselseitige  
602 Handelsbeziehungen und die damit einhergehenden Wohlstandsgewinne allein Friede und  
603 internationale Verständigung fördert, ist spätestens mit dem Angriff Russlands auf  
604 die Ukraine gescheitert. Handel führt weder per se zu Frieden, noch zu einer  
605 automatischen Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse mit den  
606 Handelspartner\*innen.

607 Handel führt zwar grundsätzlich zu Wohlstandsgewinnen. Die Bedingungen zu denen  
608 gehandelt wird, entscheiden aber darüber, wem diese zu Gute kommen. Eben diese  
609 Bedingungen, insbesondere die Preise legen fest, ob bei Handelsbeziehungen zwischen  
610 unterschiedlich starken Partner\*innen die schwächere Seite profitieren kann oder in  
611 ihrer Entwicklung gehemmt wird. Die Entscheidung, mit welchen Ländern Handel  
612 getrieben wird führt zu einer Stabilisierung bestehender Verhältnisse in den  
613 jeweiligen Ländern im Guten wie im Schlechten und zu Wohlstandsgewinnen bei der  
614 jeweilig ökonomisch dominanten Klasse der jeweiligen Länder. Unsere Handelspolitik  
615 soll dabei soweit möglich dazu beitragen, dass es auch innerhalb der Länder der  
616 Handelspartner\*innen zu einer gerechten Verteilung der Wohlstandsgewinne kommt.

617 Handelspolitik kann niemals wertfrei sein. Die Globalisierung geht mit einer  
618 zunehmenden Verflechtung der einzelnen Volkswirtschaften einher. Ein Zurück in eine  
619 Zeit, in der wirtschaftliche Autarkie der Nationalstaaten durch eine merkantile  
620 Handelspolitik das Ziel ist, ist dabei ebenso wenig wünschenswert wie die Fortsetzung  
621 der neoliberalen Freihandelspolitik der letzten Jahrzehnte. Stattdessen muss sich  
622 Handelspolitik einordnen in ein außenpolitisches Gesamtkonzept und nach demokratisch  
623 festgelegten Regeln erfolgen. Sie soll der Förderung unserer sozialistischen  
624 Vorstellung dienen.

### 625 Sozialistische, wertebasierte Handelspolitik

626 Die Frage, der Durchsetzung welcher Werte unsere Handelspolitik und die unserer  
627 internationalen Partner\*innen dienen soll, ist eng mit der Frage verknüpft, auf  
628 welche Bereiche Handelspolitik Einfluss nehmen kann. Aus den Beobachtungen der  
629 letzten Jahre lässt sich folgern, dass Handelspolitik insbesondere auf die Förderung

630 von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, der Sicherung von  
631 Beschäftigung, der Reduzierung von CO2-Emissionen, und der Förderung der  
632 wirtschaftlichen Entwicklung von Ländern des globalen Südens dienen kann.

633 Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit und Gleichstellung

634 Intensive Handelsbeziehungen steigern die wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen  
635 Ländern, stabilisieren potentiell die bestehenden politischen und wirtschaftlichen  
636 Verhältnisse der Handelspartner\*innen und erhöhen deren Wirksamkeit als Druckmittel  
637 im Fall internationaler Konflikte. Auch wenn Handel mit Autokratien zu kurzfristigen  
638 Wohlstandsgewinnen beitragen kann, lehnen wir es ab, dafür in Kauf zu nehmen, sich in  
639 die politische Abhängigkeit autokratischer Länder zu begeben und unterdrückerische  
640 politische Systeme durch Handel zu stabilisieren.

641 Diese Feststellungen machen es erforderlich, Länder anhand dieser Kriterien zu  
642 kategorisieren und abhängig davon intensive oder eingeschränkte Handelsbeziehungen  
643 mit ihnen zu befördern. Eine politische Kategorisierung muss an die Stelle eines  
644 internationalen Handels treten, der sich allein an Gesichtspunkten der Profitabilität  
645 der Handelsbeziehungen für die einzelnen Unternehmen orientiert.

646 Aus der Beobachtung der letzten Jahre fest, dass eine zu schnelle Öffnung sich  
647 entwickelnder Volkswirtschaften für den freien Handelsverkehr ohne Zölle und  
648 nichttarifäre Handelshemmnisse häufig dazu geführt hat, dass diese Länder dadurch in  
649 ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeworfen wurden und die weiter entwickelnden  
650 Volkswirtschaften einseitig profitiert haben. Dies gilt es zu verhindern, eine  
651 bedingungslose Freihandelspolitik zwischen unterschiedlich starken Partne\*innen kann  
652 nicht in unserem Interesse sein. Gleichzeitig muss vermieden werden, dass sich ein  
653 exklusiver Club aus miteinander Handel treibenden Volkswirtschaften entwickelt.  
654 Gerade sich entwickelnden Volkswirtschaften, in denen sich eine positive Entwicklung  
655 nicht nur in Bezug auf wirtschaftliche Kennzahlen, sondern auch in Bezug auf  
656 Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit abzeichnet, muss es möglich sein, abhängig von  
657 ihren wirtschaftlichen Entwicklungen, auch ihre Handelsbeziehungen mehr und mehr zu  
658 vertiefen. Wandel durch Annäherung" und "Wandel durch Handel" als Konzepte einer  
659 Verstärkung positiver Entwicklungen. Unser Konzept verstehen wir als eine  
660 Weiterentwicklung dieser Konzeption, da sie anerkennt, dass dort wo eine  
661 Verschlechterung der menschenrechtlichen Situation, eine Erodierung demokratischer  
662 Gesellschaften oder autoritäre Entwicklungen bereits passieren, nicht durch  
663 verstärkten Handel aufgehalten werden. Eine Kategorisierung darf deshalb nicht als  
664 hartes Schema verstanden werden, sondern als Orientierungsrahmen, auf Basis dessen  
665 eine politische Entscheidung bezogen auf den Einzelfall getroffen wird, wie die  
666 handelspolitischen Beziehungen zu dem infrage stehenden Land ausgestaltet werden.

667 Als solchen Orientierungsrahmen, schlagen wir folgende Kategorisierung vor:

668 *Enge Handelspartner\*innen* sind dabei die Länder der EU, ebenso wie demokratisch  
669 gefestigte Staaten, mit einem funktionierenden Rechtsstaat, der Menschenrechte,  
670 insbs. auch die Gleichheitsrechte seiner Bürger\*innen garantiert, sich  
671 völkerrechtsfreundlich verhalten und die wirtschaftlich vergleichbar stark sind. Die  
672 wirtschaftliche Stärke gilt es dabei relativ und nicht absolut zu erfassen.

673 *Handelspartner\*innen* sind Länder, die grundsätzlich demokratisch verfasst sind, einen  
674 vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleisten, sich völkerrechtsfreundlich verhalten

675 und sich grundsätzlich zu einer friedlichen Weltordnung und Konfliktlösung im Rahmen  
676 internationaler Organisationen wie der UN bekennen.

677 *Eingeschränkte Handelspartner\*innen* sind Länder, die keine demokratische Verfassung  
678 aufweisen, keinen oder einen nur sehr eingeschränkten Grundrechtsschutz gewährleisten  
679 und von denen jedoch keine völkerrechtswidrigen Aggressionen für andere Länder  
680 ausgehen.

681 *Keine Handelspartner\*innen*, sind Autokratien und Diktaturen, die weder Menschenrechte  
682 achten, noch rechtsstaatlich verfasst sind und von denen völkerrechtswidrige  
683 Aggressionen ausgehen. Während mit letzterer Kategorie in Absprache mit unseren  
684 internationalen Partner\*innen keinen Handel stattfinden soll, wird mit  
685 *eingeschränkten Handelspartner\*innen* in kleinerem Umfang nur solcher Handel  
686 betrieben, der in Konfliktfällen schnell beschränkt oder ausgesetzt werden kann, ohne  
687 dass dies die eigene Volkswirtschaft nennenswert beeinträchtigt. Mit  
688 *Handelspartner\*innen* wird Handel in größerem Umfang betrieben, aber ohne, dass dieser  
689 aufgrund seiner Bedeutung für Lieferketten oder Energieerzeugung nicht zumindest  
690 mittelfristig eingeschränkt werden könnte. Im Verhältnis zu *engen*  
691 *Handelspartner\*innen* ist es das Ziel, Handelshemmnisse weitgehend zu beseitigen,  
692 Handelsbeziehungen zu verfestigen und gegenseitig die Resilienz der eigenen  
693 Lieferketten zu befördern. Gleichzeitig sollen staatlich kritische Infrastrukturen  
694 unter keinen Umständen Bestandteil der Handelspartnerschaft mit eingeschränkten  
695 Partner\*innen oder Autokratien und Diktaturen darstellen.

#### 696 Gleichstellung

697 Wir verfolgen auch mit unserer Handelspolitik explizit gleichstellungspolitische  
698 Ziele. Unsere bisherige Handelspolitik fördert insbesondere industrielle Branchen in  
699 denen FINTA stark unterrepräsentiert sind. Zudem wurden besonders arbeitsintensive  
700 Industriebranchen in den letzten Jahrzehnten in Volkswirtschaften mit sehr geringen  
701 Arbeitsstandards ausgelagert, in denen diese Tätigkeiten vor allem von FINTA  
702 verrichtet werden. Wir wollen mit unserer Handelspolitik beide Entwicklungen  
703 bekämpfen, indem wir uns einerseits innerhalb unseres Handelsraums, andererseits  
704 entlang unserer Lieferkette für hohe Arbeitsschutzstandards und auskömmliche Löhne  
705 einsetzen. Dafür wollen wir vor allem die handeltreibenden Unternehmen in die Pflicht  
706 nehmen. Zudem lehnen wir CO<sub>2</sub>- Kompensationsprojekte des Globalen Nordens im Globalen  
707 Süden, die zur Herbeiführung der eigenen Klimaneutralität angerechnet werden,  
708 vehement als neokoloniales Instrument ab. Darüber hinaus ist die Gleichstellung von  
709 Männern und FINTA für uns auch ein allgemeines Menschenrecht. Deshalb geht das  
710 Schutzniveau dieses Gleichheitsrechts auch maßgeblich für uns in die oben  
711 beschriebene Kategorisierung mit ein.

#### 712 Sicherung von guter Beschäftigung

713 Sowohl die Lieferengpässe während Covid als auch die Lieferausfälle in der Folge des  
714 russischen Angriffs am 24.02.2022 auf die Ukraine haben gefährliche Abhängigkeiten  
715 insbesondere der europäischen und deutschen Industrie von einigen wenigen  
716 zuliefernden Unternehmen in bestimmten Ländern und von ausländischen Energieimporten  
717 insbs. Aus Russland gezeigt. Zur Sicherung von Beschäftigung muss politisches Ziel  
718 die energiepolitische Unabhängigkeit und der Aufbau resilienter Lieferketten sein.  
719 Außerdem lehnen wir es ab, dass die Verlagerung von Produktionskapazitäten zur  
720 Umgehung von arbeitsrechtlichen Standards und zum Lohndumping genutzt wird.

Stattdessen soll unsere Handelspolitik international höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, Gleichstellung und Diskriminierungsfreiheit fördern.

Deshalb fordern wir:

- Den Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung.
- Den Umstieg auf klimaneutrale industrielle Produktionsverfahren durch eine konsequente Energiewende hin zu den erneuerbaren Energien statt fossiler Energieträger.
- Eine Transformation hin zu einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft zur Bekämpfung des Klimawandels sowie zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in Ländern des Globalen Südens
- Diversifizierung von Lieferant\*innen von Vorprodukten, sodass eine Unabhängigkeit von eingeschränkten Handelspartnern sichergestellt ist.
- Aufbau von schnell skalierbaren Produktionsstandorten strategisch wichtiger Vorprodukte in der EU und gemeinsam mit engen Handelspartner\*innen und eine Diversifizierung von Lieferketten.
- Mindeststandards für internationalen Handel, die sich an den SDGs, den Kernarbeitsnormen der International Labour Organization, Gewerkschaften und Empfehlungen orientieren

#### Klimapolitik und Handelspolitik

Genauso wenig wie Handel dazu genutzt werden soll, Arbeits- und Sozialstandards zu umgehen, muss Carbon Leakage - also das bloße Abwandern von CO<sub>2</sub>-Emissionen in andere Länder - verhindert werden, wenn die Pariser Klimaziele eine Chance auf Einhaltung haben sollen. Unternehmen dürfen nicht die Möglichkeit haben, die CO<sub>2</sub>-Steuer oder das Emissionshandelssystem durch Verlagerung der Produktion von Vorprodukten zu umgehen. Der CO<sub>2</sub>-Verbrauch entlang der gesamten Wertschöpfungskette muss vollständig nachvollzogen werden können und transparent gemacht werden. Auch im Rahmen der Rohstoffbeschaffung muss nachvollzogen werden, woher die Rohstoffe stammen und inwieweit die Beschaffung Entwaldung voraussetzte oder natürliche CO<sub>2</sub>-Senken negativ beeinträchtigt. Darüber hinaus gilt es, den Wasserverbrauch entlang der Lieferketten insbesondere in Ländern mit geringen Wasservorkommen zu minimieren.

Wir streben kürzere Transportwege und eine Stärkung lokaler Produktion zur Minimierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen entlang der Transportwege an.

Wir bekennen uns positiv zu dem Konzept der Klimatransformationsfonds, durch die Länder, die sich für den Erhalt ihrer natürlichen CO<sub>2</sub>-Senken einsetzen, finanziell von den industrialisierten Ländern dafür kompensiert werden, dass sie diese Aufgabe im Sinne des Weltklimas übernehmen.

#### Handelspolitik und Entwicklungszusammenarbeit

Die Bedingungen unter denen Handel zwischen ökonomisch ungleichen Partner\*innen stattfindet, entscheiden darüber, wie die Wohlstandsgewinne aus dem wechselseitigen Handel verteilt werden. Dabei gibt es positive Beispiele wie die Entwicklung der sogenannten "südostasiatischen Tigerstaaten", die von internationalem Handel stark profitieren konnten und negative Beispiele wie der Export von subventionierten



763 Agrarprodukten aus der EU, die die eigene Agrarproduktion in vielen afrikanischen  
764 Staaten zerstört oder in ihrer Entwicklung stark gehemmt hat.

765 Wesentlich dafür, ob Länder in ihrer Entwicklung durch internationalen Handel  
766 profitieren ist, ob es den ökonomisch schwächeren Ländern überlassen bleibt, die  
767 Bedingungen unter denen sie Handel treiben und welche Branchen sie dem  
768 internationalen Handel öffnen, selbst festzulegen oder ob ihnen, wie bei etlichen  
769 afrikanischen Ländern, diese Bedingungen durch internationale Organisationen wie die  
770 WTO, die Weltbank oder benachteiligende Freihandelsabkommen aufgezwungen werden.  
771 Insbesondere in Nord-Süd-Abkommen zwischen westlichen Ländern und Ländern der  
772 Südhalbkugel wurden postkoloniale Macht- und Ausbeutungsverhältnisse reproduziert.

773 Wir erachten die Freigabe von Patenten als wirksames Mittel, um insbesondere die  
774 industrielle Entwicklung von sich entwickelnden Ländern zu stärken.

775 Deswegen bleiben wir bei unserer Ablehnung von Freihandels- und Investitionsabkommen  
776 mit ökonomisch schwächeren Ländern. Industrialisierte Länder wie Deutschland dürfen  
777 weder über internationale Organisationen noch unmittelbar aus ihrer ökonomischen  
778 Stärke Zwang ausüben, ihre Märkte unbegrenzt zu öffnen. Alle Länder müssen die  
779 Freiheit haben, die Kriterien, zu denen sie Handel treiben, eigenständig festzulegen.

780 In den letzten Jahren beobachten wir vermehrt, wie insbesondere China seine  
781 Entwicklungspolitik dafür nutzt, Schwellenländer durch Kreditvergabe in seine  
782 wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen und sich dadurch Absatzmärkte und Rohstoffe  
783 zu sichern. China nutzt ein Vakuum, dass durch die Schwäche internationaler  
784 Institutionen wie der Weltbank und Entwicklungsbank entstanden ist, für seine  
785 merkantilistische Politik.

786

## 787 Instrumente unserer Handelspolitik

### 788 Freihandels- und Investitionsabkommen

789 Die Erfahrungen mit Freihandels- und Investitionsabkommen sind mehrheitlich negativ.  
790 Insbesondere die Nord-Süd-Abkommen haben sich als einseitiges Mittel der Ausbeutung  
791 sich entwickelnder Länder erwiesen und wir setzen uns weiterhin für ihre Abschaffung  
792 ein.

793 Wir lehnen Investitionsschutzklauseln ab.

794 Investitions- und Handelsabkommen sind starre völkerrechtliche Vereinbarungen, die in  
795 aller Regel nicht oder nur mit unzureichender Mitwirkung der demokratischen  
796 Institutionen der jeweiligen Länder angepasst werden können. Sie dienen dabei  
797 tendenziell einseitig der Durchsetzung einer neoliberalen Freihandelsdoktrin.  
798 Stattdessen setzen wir auf demokratische Rechtssetzung zur Aufstellung von Regeln, zu  
799 denen wir Handel treiben.

800 Ein begrenzter Anwendungsbereich für Handelsabkommen zur Festsetzung gemeinsamer  
801 Standards oder Festlegung abgestimmter Zölle mit *engen Handelspartner\*innen* kann  
802 verbleiben.

### 803 Internationale Organisationen

804 Grundsätzlich begrüßen wir Jusos internationale Organisationen als Möglichkeit,  
805 Herausforderungen staatenübergreifend und losgelöst von rein nationalen Interessen zu  
806 bewältigen. Insbesondere die Welthandelsorganisation hat sich in der Vergangenheit



807 als einseitiges Instrument zur Durchsetzung von Interessen der industrialisierten  
808 Länder zu Lasten sich entwickelnder Länder herausgestellt. Wir wollen die WTO zu  
809 einer Agentur für Handelsfragen bei der UN umbauen, die transparent bei der Klärung  
810 von Handelsstreitigkeiten hilft.

811 Weltbank und Entwicklungsbank gilt es im Sinne einer gerechten Einbindung aller  
812 Mitgliedsstaaten umzubauen und als supranationale Institutionen der  
813 Entwicklungspolitik zu stärken, ohne dass die Unterstützung an die Öffnung der  
814 heimischen Märkte für den internationalen Handel geknüpft wird.

#### 815 Regelbasierte Handelspolitik

816 Statt starrer Investitionsabkommen setzen wir uns für eine regelbasierte  
817 Handelspolitik durch Rechtsetzung der bestehenden demokratischen Institutionen ein.  
818 Dabei sehen wir insbesondere die EU in der Aufgabe, Kriterien festzulegen, auf Basis  
819 derer die Bewertung erfolgt, wie intensiv mit anderen Ländern Handel getrieben werden  
820 soll.

821 Das Lieferkettengesetz stellt regelungssystematisch eine mögliche Blaupause einer  
822 alternativen Möglichkeit der Regulierung von Handelsbeziehungen abseits von  
823 Freihandelsabkommen oder der WTO dar. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Unternehmen  
824 stärker als im bisherigen Lieferkettengesetz und bewährt mit härteren Sanktionen, zur  
825 Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards orientiert an den ILO-Bestimmungen  
826 verpflichtet werden.

827 Lieferkettengesetze müssen dabei mit effektiven Monitoringmechanismen ausgestattet  
828 sein, sie müssen den Betroffenen wirksame Klagemechanismen einräumen und die  
829 Unternehmen auch zivilrechtlich in die Haftung nehmen. Dabei ist auf den Einbezug von  
830 Gewerkschaften dringend zu achten, auch sie müssen die Möglichkeit haben, bei  
831 entsprechenden Klagestellen die Einhaltung der entsprechenden Standards einzuklagen  
832 Zudem müssen den Unternehmen vergleichbar mit dem Lieferkettengesetz ebenfalls zur  
833 Einhaltung von Mindeststandards bei der CO<sub>2</sub>-Emission entlang ihrer Lieferkette  
834 verpflichtet werden, ihnen Transparenzpflichten auferlegt und die Rohstoffbeschaffung  
835 auf Kosten von Entwaldung oder der Zerstörung natürlicher CO<sub>2</sub>-Senken ausgeschlossen  
836 werden.

#### 837 Direktinvestitionen

838 Zum Aufbau strategisch wichtiger Produktionsstandorte von notwendigen Vorprodukten  
839 ist es im Kontext eines internationalen Marktumfelds erforderlich, auf Basis einer  
840 strategischen Planung vornehmlich innerhalb der EU staatliche Direktinvestitionen zum  
841 Aufbau entsprechender Kapazitäten im Sinne einer Resilienzreserve vorzunehmen. Dabei  
842 muss ausgeschlossen bleiben, dass diese Investitionen den Renditeinteressen privater  
843 Eigentümer\*innen zu Gute kommen.

#### 844 Tarifäre- und nichttarifäre Handelsbeschränkungen

845 Grundsätzlich lehnen wir Zölle als protektionistische Maßnahme im Verhältnis  
846 entwickelter Industrieländer ab. Jedoch sehen wir tarifäre Handelsbeschränkungen etwa  
847 zur Internalisierung externer Effekte wie etwa im Rahmen der Einführung des CO<sub>2</sub>-  
848 Ausgleichs als begrüßenswert an. Zudem können Zölle auch im Verhältnis zu  
849 *eingeschränkten Handelspartner\*innen* zur Anwendung kommen, um das  
850 Gesamthandelsvolumen oder gezielt den Handel in einzelnen Branchen zu beschränken

851 oder vollständig auszuschließen.

852 Nichttarifäre Handelsbeschränkungen sind für uns ein wichtiges Instrument zur Wahrung  
853 von Produktstandards. Im Verhältnis zu *engen Handelspartner\*innen* setzen wir uns für  
854 eine Harmonisierung bei hohem Schutzstandard ein.

855 Insbesondere für Länder des globalen Südens ist es von herausragender Wichtigkeit,  
856 dass ihnen nicht durch den Druck industrialisierter Länder die Möglichkeit genommen  
857 wird, ihre Volkswirtschaft als Ganzes oder einzelne Branchen vor der Konkurrenz des  
858 Weltmarkts zu schützen und damit die eigene Entwicklung zu fördern.

#### 859 Sanktionen

860 Wirtschaftssanktionen sind ein legitimes Mittel, um außenpolitischen Druck zu  
861 erzeugen. Auch vollständige Handelsboykotte sind ein mögliches Mittel, den Druck zu  
862 steigern, wenn zielgenaue Maßnahmen nicht wirken. Zunächst sollen jedoch stets  
863 zielgenaue Maßnahmen den Vorrang erhalten, die das Ziel verfolgen, das Gros der  
864 Zivilbevölkerung vor negativen Auswirkungen zu schützen und insbesondere, diejenigen  
865 in den Blick nehmen, die die faktische Verantwortung für politische  
866 Entscheidungsprozesse tragen. Um die Auswirkungen auf die eigene Volkswirtschaft  
867 erträglich zu gestalten, ist eine vorausschauende Handelspolitik notwendig, um die  
868 eigene wirtschaftliche Abhängigkeit von potentiellen Sanktionsadressat\*innen zu  
869 senken. Gleichzeitig wissen wir, dass nicht alle bestehenden internationale  
870 Sanktionen und Handelsboykotte unseren Ansprüchen entsprechen. Bestehende Sanktionen  
871 müssen deshalb regelmäßig überprüft werden, sowohl auf ihre Auswirkungen, als auch  
872 auf das Fortbestehen ihrer Begründung.

873 Die Sanktionierung soll dabei in enger Absprache mit unseren Partner\*innen erfolgen.  
874 Wir fordern gleichzeitig unsere Partner\*innen in verschiedenen Bündnissen auf, von  
875 unilateralen Sanktionen abzusehen und gemeinsame Wege zu gehen.

#### 876 Patentschutz

877 Wir setzen uns für eine Lockerung des Patentschutzes ein. Insbesondere bei  
878 Arzneimitteln, medizinischen Vorprodukten, aber auch bei technischen Entwicklungen  
879 muss der Patentschutz ausgesetzt oder stark verkürzt werden. Davon würden  
880 insbesondere Länder des globalen Südens profitieren

#### 881 Binnennachfrage und Leistungsbilanzen

882 Wir streben ausgeglichen Leistungsbilanzen zur Stärkung der Binnennachfrage und  
883 Verminderung der Abhängigkeit von Exporten an. Dafür wollen wir durch staatliche  
884 Ausgaben die Nachfrage erhöhen.

885

#### 886 **Keine Sicherheit ohne Frieden und globale Zusammenarbeit!**

887 Die akuten, sich wechselseitig verstärkenden Krisen des Kriegs in der Ukraine, der  
888 globalen Nahrungsmittelversorgung, der gestörten industriellen Lieferketten, der  
889 Corona-Krise und der Inflation wirken wie ein Katalysator für die Dauerkrisen, die  
890 uns dauerhaft global bedrohen: Armut, Hunger und die einsetzende ökologisch-  
891 atmosphärische Katastrophe. Alle diese Krisen haben ihre Wurzel im Kapitalismus. Nur  
892 durch die Überwindung des Kapitalismus können wir sie langfristig beenden. Globale  
893 Gerechtigkeit und internationale Zusammenarbeit sind unsere zentralen Ziele für einen  
894 internationalen Sozialismus. Antimilitarismus und Entwicklungspolitik können diese

895 Ziele nicht umfassend erreichen und konfrontieren uns mit den Widersprüchen der  
896 kapitalistischen Weltordnung.

#### 897 Globale Solidarität statt „Entwicklungspolitik“

898 Der Begriff der „Entwicklung“ ist im internationalistischen Kontext bereits für sich  
899 genommen problematisch. Er steht in der Tradition einer dominierenden und  
900 diskriminierenden hegemonialen Machtausübung der Nationalstaaten des Globalen  
901 Nordens. Der Begriff der „Entwicklung“ weist damit bis heute auf weiterhin  
902 existierende (post-)koloniale Strukturen hin. Die real existierenden  
903 „Entwicklungszusammenarbeit“ basiert vielfach auf dem Grundsatz: „Unser Geld, unsere  
904 Bedingungen“. Einen solchen Grundsatz kann nur haben, wer fälschlich glaubt, beim  
905 kapitalistisch erbeuteten Wohlstand des Globalen Nordens handle um „verdientes“  
906 Kapital, das auf rechtmäßig angeeigneten Ressourcen beruhe. Der ebenfalls  
907 problematische Begriff der „Hilfe“ kann und sollte sich nur auf die Nothilfe in  
908 Katastrophensituationen beziehen, nicht auf ein dauerhaftes Verhältnis zwischen  
909 souveränen Staaten. Eine Entwicklungspolitik im sozialistischen Sinn kann aufgrund  
910 dieser Tatsachen nur eine solche sein, die im Sinne einer globalen Solidarität der  
911 Arbeiter\*innen zur geschwisterlichen Vermehrung des Wohlstands dient.

912 Deshalb fordern wir:

- 913 • Eine kritische Aufarbeitung der Begriffe „Entwicklung“ und „Hilfe“
- 914 • Eine Vermehrung des Wohlstands der Arbeiter\*innen aller Staaten durch das  
915 Prinzip der Solidarität

#### 916 Solidarisch und feministisch durch die Krisen

917 Die immer noch akute Corona-Pandemie führt nicht nur zu imminenter Übersterblichkeit  
918 und Leid, sondern verschärft auch strukturell Armut und Wirtschaftskrisen. In dieser  
919 Situation ist eine weitere Mangelversorgung durch die fehlenden Getreideexporte aus  
920 der Ukraine entstanden. Am stärksten sind von dem Ausfall mit Ägypten, Indonesien,  
921 Bangladesh, Pakistan und Tunesien Staaten aus der MENA-Region und Südasien betroffen.  
922 Hunger- und Gesundheitskrisen bedrohen immer in besonderem Maße FINTA. So sind Frauen  
923 im Globalen Süden viel seltener gegen Covid-19 geimpft, während sie gleichzeitig ca.  
924 70% des Gesundheits- und Sozialpersonals stellen, das Notfälle bekämpft. Und auch in  
925 ihren Familien sind Frauen weiterhin meist zuständig für die gesundheitliche  
926 Versorgung von Kindern und älteren Menschen. Hier besteht eine Verbindung dazu, dass  
927 FINTA häufiger unter den Folgen der immer stärkeren Erhitzung der Atmosphäre leiden.  
928 Während die Klimakrise insgesamt ärmere Menschen im globalen Süden viel härter  
929 trifft, obwohl sie diese Krise nicht verursacht haben, liegt es hauptsächlich in der  
930 Verantwortung von FINTA, die Katastrophenversorgung sowie die notdürftigen  
931 Anpassungsmöglichkeiten gegenüber diesen Gefahren für ihre Familien vorzunehmen. Die  
932 Perspektiven der Menschen aus Ländern des Globalen Südens und dort insbesondere von  
933 FINTA werden immer noch zu wenig mitgedacht in Anstrengungen der Diplomatie und  
934 Entwicklungszusammenarbeit – auch, weil das Bewusstsein und die Praxis einer  
935 feministischen, antirassistischen, anti-kolonialistischen und anti-klassistischen  
936 Außenpolitik noch immer wenig verbreitet ist. Für uns ist klar: Krisen begegnen wir  
937 solidarisch als Teil der Weltgemeinschaft. Doch diese Weltgemeinschaft wird  
938 *wirtschaftlich* dominiert durch Staaten und Konzerne des globalen Nordens sowie einer  
939 *besitzenden Klasse* vorwiegend weißer Männer und *rechtlich* dominiert durch ein

940 Völkerrecht, das von Männern für Männer geschaffen wurde. Auf dem Weg zum Sozialismus  
941 brauchen wir daher eine feministische, anti-kolonialistische, antirassistische,  
942 antisemitismuskritische und anti-klassistische Außenpolitik, die einerseits im  
943 Bereich der Diplomatie, insbesondere auch in der überlebenswichtigen Klimadiplomatie  
944 eine intersektionale Repräsentation gewährleistet. Zum anderen brauchen wir eine  
945 Politik der globalen Solidarität, für deren Verwirklichung unter den real  
946 existierenden Verhältnissen der Haushalt für Entwicklungszusammenarbeit mit massiv  
947 größeren finanziellen Mitteln ausgestattet werden muss, begleitet von einem  
948 kritischen Infragestellen unserer eigenen entwicklungspolitischen Institutionen und  
949 Prinzipien in Deutschland und der EU. Zum anderen muss speziell die EU mit ihrer  
950 Überversorgung bei Getreide und als einer der größten Exporteur\*innen dieses  
951 Rohstoffs der Welt maßgeblich zu einer ausreichenden Versorgung der Staaten im  
952 globalen Süden beitragen. Denn wir werden wir niemals akzeptieren, dass die  
953 Grundversorgung mit Nahrungsmitteln im Globalen Süden strukturell so stark von den  
954 politischen Verhältnissen im Globalen Norden abhängt. In allen Bereichen unserer  
955 internationalistischen Politik wirken wir darauf hin, diese fundamental untragbaren  
956 Verhältnisse zu überwinden.

957 Deshalb fordern wir:

- 958 • Eine feministische, anti-rassistische, antisemitismuskritische, anti-  
959 kolonialistische und anti-klassistische Außenpolitik
- 960 • Eine Diplomatie und ein Völkerrecht, in denen diese Prinzipien inhärenter  
961 Bestandteil sind
- 962 • Die Erhöhung des Budgets für Entwicklungszusammenarbeit bei gleichzeitigem  
963 Infragestellen der dahinterstehenden Institutionen und Prinzipien
- 964 • Umfassende gegenseitige Hilfe zur Nahrungsmittelversorgung in der akuten Krise
- 965 • Die strukturelle Veränderung derjenigen Verhältnisse, die zu  
966 Nahrungsmittelunsicherheit im Globalen Süden führen

967 Multipolarität fördern – die Unterdrückten nie vergessen

968 Der Angriffskrieg sorgt zugleich für einen verschärften Konflikt um Einflussnahme im  
969 globalen Süden. Allen voran Russland und China nutzen die Tatsache aus, dass viele  
970 Führungseliten in Staaten des globalen Südens sich im Ukrainekrieg nicht auf eine  
971 Seite stellen wollen. Sie haben es deshalb leicht, die Verantwortung für die  
972 wirtschaftlichen Folgen des Krieges den westlichen Staaten anzurechnen und sich im  
973 Globalen Süden als „Retter\*innen in der Not“ durch Kredite und Infrastruktur  
974 Abhängigkeiten zu erkaufen. Die EU begegnet dieser Gefahr durch Gegenmaßnahmen. Diese  
975 Maßnahmen sind allerdings häufig bewusst auf die ökonomisch und militärisch relativ  
976 stärkeren Staaten gerichtet, da diese die stabileren und politisch wichtigeren  
977 Verbündeten sind. Hierdurch entsteht die Gefahr, dass diejenigen Menschen aus dem  
978 Blickfeld geraten, die in Staaten von geringerem sicherheitspolitischem Interesse  
979 unterdrückt werden. Deshalb dürfen wir im Zuge unserer Außenpolitik nie die  
980 Interessen der Unterdrückten aus dem Blick verlieren, auch wenn sicherheitspolitische  
981 Interessen eine immer stärkere Rolle spielen. Selbstverständlich darf auch der  
982 gegenwärtige Konflikt nicht dazu führen, dass wir in Denkmuster verfallen, denen  
983 zufolge es 'Einflusszonen' gibt, die es zu erhalten oder auszubauen gibt

984 Deshalb fordern wir:

- 985 • Die Bedürfnisse unterdrückter Menschen auch in einer Zeit erhöhter  
986 sicherheitspolitischer Interessen nie aus dem Blick zu verlieren

987 Verschuldung und Spekulation beenden

988 Die Verschuldung der Staaten des globalen Südens erhöht sich immer weiter. Das stellt  
989 vor allem deswegen ein Problem dar, weil die Währungen vieler dieser Staaten  
990 offiziell oder inoffiziell abhängig vom Dollar sind und sie den Großteil ihrer  
991 Schulden bei Fonds und privaten Investor\*innen haben. Während Sri Lanka bereits seine  
992 Insolvenz erklären musste und die Regierung gestürzt wurde, stehen auch  
993 bevölkerungsreiche Staaten wie Bangladesh, Ghana, Nigeria und Argentinien kurz vor  
994 der Pleite. Gleichzeitig stehen viele EU-Staaten als ehemals zentrale Akteur\*innen  
995 des Kolonialismus tief in der Schuld des Globalen Südens, ohne in angemessener Form  
996 Entschädigungs- oder Reparationszahlungen geleistet oder auch nur die Verbrechen  
997 politisch ausreichend anerkannt zu haben. Solche Schuldanerkenntnisse und Zahlungen  
998 sind zentrale Voraussetzungen nicht nur für eine Aufarbeitung der  
999 Kolonialvergangenheit in der Außenpolitik im Allgemeinen, sondern auch für den Abbau  
1000 der Verschuldung des Globalen Südens gegenüber dem Globalen Norden. Post-  
1001 kolonialistische Politik reicht bis in die heutige Zeit, wie vor allem das Beispiel  
1002 der sog. Structural Adjustment Programs (SAPs) zeigt. Die SAPs waren seit den 1980er-  
1003 Jahren von IWF und Weltbank als kurzfristige Programme zur Stabilisierung hoch  
1004 verschuldeter Staaten gedacht, für deren Erhalt die Staaten im Gegenzug einen  
1005 umfassenden neoliberalen Umbau durch Liberalisierung, Privatisierung und  
1006 Flexibilisierung von Arbeitsmarkt, Sozialstaat und öffentlichen Institutionen  
1007 akzeptieren mussten. Aufgrund der verheerenden Wirkung auf die Gesellschaften wurden  
1008 die Programme ab den späten 1990er-Jahren in ihrer Härte abgemildert, aber noch in  
1009 der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 blieben die Prinzipien der SAPs im Grunde  
1010 erhalten. Diese Form von neoliberalen Angriffen auf Wirtschaft und Gesellschaft  
1011 insbesondere des globalen Südens unter dem Deckmantel von Marktorientierung und  
1012 Effizienz lehnen wir ab. Stattdessen fordern wir, dass sich Bundesregierung und  
1013 andere EU-Staaten im Rahmen des „Pariser Clubs“ der Gläubiger\*innenstaaten für  
1014 umfassende Schuldenerlasse und ein multilaterales Verhandlungsteam auf Seiten der  
1015 Schuldner\*innenstaaten einsetzen. Außerdem wollen wir schärfere Regeln für den  
1016 Finanzmarkt aufstellen, um währungsgetriebene und kurzfristige Spekulationen privater  
1017 Fonds und Investor\*innen in den Ländern des Globalen Südens zu unterbinden und zu  
1018 verhindern, dass diese Staaten durch kurzfristigen Kapitalabzug in die Insolvenz  
1019 getrieben werden. Zur nachhaltigen Bekämpfung von Krisen fordern wir Unterstützung  
1020 für den Aufbau von regionalen Währungsfonds und Entwicklungsbanken, die die  
1021 Abhängigkeit von Gläubiger\*innenstaaten des globalen Nordens reduzieren.

1022 Deshalb fordern wir:

- 1023 • Umfassende Schuldenerlasse durch die Gläubiger\*innen des Globalen Nordens unter  
1024 Berücksichtigung der jeweiligen Situation in Bezug auf Menschenrechte und  
1025 Demokratie
- 1026 • Die Unterstützung und den Aufbau von regionalen Währungsfonds und  
1027 Entwicklungsbanken
- 1028 • Das Verbot währungsgetriebener und kurzfristiger Spekulation an den  
1029 Finanzmärkten

1030

### 1031 Eine Währungspolitik für die Vielen

1032 Die Situation wird durch die Versuche der industrialisierten Länder des globalen  
1033 Nordens verschärft, die dortige Inflation zu bekämpfen. Getrieben von Forderungen aus  
1034 konservativen und neoliberalen Kreisen hat nach den Notenbanken der USA und  
1035 Großbritanniens nun auch die europäische Zentralbank erstmals nach einem Jahrzehnt  
1036 wieder den Leitzins erhöht. In der Folge wird die Geldanlage in den USA und der EU  
1037 für Spekulant\*innen wieder attraktiver. Diese ziehen ihr Kapital aus dem Süden ab und  
1038 bringen es zurück in den globalen Norden. Während bereits zu bezweifeln ist, dass  
1039 diese Geldpolitik das Problem der mangelnden Rohstoffe und Arbeitskraft im Norden  
1040 lösen kann, sorgt sie im Globalen Süden für Not, für die Erosion politischer Systeme  
1041 und in der Folge zu einer weiteren Gefahr für die globale Sicherheit. Deshalb wollen  
1042 wir politisch darauf hinwirken, dass die EZB die Erhöhungsschritte des Leitzinses  
1043 rückgängig macht und keinesfalls den Leitzins weiter anhebt.

1044 Zur Abfederung globaler Währungsungleichgewichte halten wir außerdem an unserer  
1045 Forderung einer globalen Austausch- und Reservewährung fest. Eine solche globale  
1046 Währung für die Abwicklung von Ungleichgewichten zwischen lokalen Währungen wurde  
1047 bereits 1946 auf der Konferenz von Bretton Woods unter der Bezeichnung „Bancor“ von  
1048 John M. Keynes vorgeschlagen. Damals wurde sie vor allem aus Machtinteressen großer  
1049 Währungsräume des Globalen Nordens abgelehnt, insbesondere von den USA. Um die Macht  
1050 großer Währungssysteme gegenüber der demokratischen und ökonomischen Unabhängigkeit  
1051 kleinerer Währungen zu brechen, fordern wir heute die Realisierung einer solchen  
1052 Weltwährung. Weil uns bewusst wird, wie eng (post-)kolonialistische Realitäten und  
1053 Währungsspekulationen heute in unseliger Weise verflochten sind, dürfen die  
1054 Institutionen und Strukturen einer solchen Weltwährung nicht zur Aufrechterhaltung  
1055 oder Verstärkung von bestehenden Ungerechtigkeit beitragen. Der richtige Rahmen kann  
1056 daher nur durch eine Verankerung bei der Weltbank geschaffen werden, die wiederum  
1057 stärker demokratisch durch die UN kontrolliert werden muss.

1058 Deshalb fordern wir:

- 1059 • Politisch darauf hinzuwirken, dass die EZB die Erhöhungsschritte des Leitzinses  
1060 rückgängig macht und keinesfalls den Leitzins weiter anhebt
- 1061 • Den Aufbau einer globalen Reservewährung, um Währungsungleichgewichte  
1062 institutionalisiert auszugleichen

### 1063 Antimilitarismus in Zeiten des Krieges

1064 Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine scheint uns als  
1065 internationalistische Linke auf den ersten Blick vor einen Zielkonflikt zu stellen.  
1066 Als Antifaschist\*innen und Kämpfer\*innen für globale Gerechtigkeit stehen wir  
1067 kompromisslos gegen den Angriffskrieg ein und sind in der Pflicht, die Ukraine  
1068 solidarisch in ihrem Abwehrkampf zu unterstützen. Als Jusos verstehen wir uns aber  
1069 auch in der Tradition des Antimilitarismus. Der drohenden Gefahr von aufkeimender  
1070 Kriegsbegeisterung zum Vorteil kapitalistischer und diktatorischer Interessen sind  
1071 wir uns aufgrund unserer Wurzeln in der Arbeiter\*innenjugendbewegung in besonderer  
1072 Weise bewusst. Unser Ziel bleibt stets eine Welt der sozialistischen  
1073 Geschwisterlichkeit zwischen den Arbeiter\*innen, ohne Waffen und ohne Krieg. Doch  
1074 genau für dieses Ziel müssen wir uns heute konsequent gegen Gewalt, Imperialismus und



1075 Faschismus stellen. Das russische Regime unter Führung ihres autokratischen  
1076 Machthabers darf nicht erfolgreich damit sein, eine europäische Demokratie zu  
1077 unterjochen. Eine stärkere Verbreitung von Waffen und anderen Rüstungsgütern wird  
1078 dennoch immer unseren Widerstand erfahren. Auch weiterhin setzen wir uns für globale  
1079 Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen im  
1080 Rahmen multilateraler Vereinbarungen ein. Nach dem Scheitern des INF-Vertrags und der  
1081 aktuellen rhetorischen Eskalation im Rahmen des Angriffskriegs auf die Ukraine  
1082 bekennen wir uns umso stärker zum Atomwaffensperrvertrag. Schon lange fordern wir die  
1083 vollständige Abschaffung aller Atomwaffen. Deswegen begrüßen wir die Initiative zu  
1084 einem Atomwaffenverbotsvertrag, der ein vollständiges Verbot von Entwicklung,  
1085 Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von  
1086 Atomwaffen vorschreibt. Der Vertrag wurde bereits von über 90 Staaten ratifiziert und  
1087 unterliegt einem Verhandlungsmandat der UN.

1088 Deshalb fordern wir:

- 1089 • Das langfristige Ziel: eine Welt ohne Krieg und ohne Waffen
- 1090 • Gelebte Solidarität mit der Ukraine in ihrem Kampf gegen Gewalt und Faschismus
- 1091 • Globale Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von
- 1092 Massenvernichtungswaffen im Rahmen multilateraler Vereinbarungen
- 1093 • Weiterhin ein klares Bekenntnis zum Atomwaffensperrvertrag und das Begrüßen
- 1094 sowie die aktive Beobachtung des Atomwaffenverbotsvertrags



## Antrag INI02: Wir sind solidarisch. Komme, was wolle.

Unsere Generation lebt in einer Zeit multipler Krisen. Die Auswirkungen des Klimawandels auf unseren Planeten sind bereits jetzt schlimmer als von vergangenen wissenschaftlichen Prognosen erwartet. Der Klimawandel ist auch heute schon ein sicherheitspolitisches Problem und führt zu existenziellen sozialen weltweiten Krisen. Hinzukommen weitere weltpolitische Krisen wie die Finanzkrise, die wirtschaftlichen Verwerfungen als Folge der Corona-Pandemie, die „Eurokrise“ sowie schließlich die aktuelle Situation als Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Das wirtschaftliche und gesellschaftliche System Kapitalismus produziert einerseits selbst Krisen und zeigt sich andererseits extrem anfällig für externe Schocks. Des Weiteren zeigt sich, dass das kapitalistische System nicht in der Lage ist die Grundbedarfe von Menschen nach Nahrung, wohnen, Energieversorgung, Mobilität, Sicherheit und gesellschaftlicher Teilhabe für alle Menschen zu decken. Gerade in diesen krisenhaften Situationen zeigt sich, dass stets die armutsbetroffenen und prekär lebenden Menschen auf der Verlierer\*innenseite stehen. Während seit der Finanzkrise die Vermögenden in den Industrieländern immer vermögender geworden sind, sind die Realeinkommen der breiten Masse hinter den Wachstumsraten weit zurück geblieben oder sogar gesunken. Entgegen den Zielen der UN sind wir weit davon entfernt, die absolute Armut auf der Welt zu beseitigen, ganz im Gegenteil nehmen Armut und Hunger zuletzt weiter zu und der Unterschied zwischen armen und reichen Ländern wird immer gravierender. Ob bei der Debatte um die Freigabe der Patente für die Impfstoffe oder im Kampf um Weizenlieferungen, die Solidarität der industrialisierten Ländern mit sich entwickelnden Ländern ist in Krisenzeiten nicht viel mehr als ein Lippenbekenntnis. Die globale Ungleichheit wird zusätzlich verschärft durch den Klimawandel, dessen Auswirkungen die Länder des globalen Südens vielfach stärker treffen als die des globalen Nordens.

Für uns Jusos ist klar:

Der Kapitalismus mit dem wesentlichen Aspekt der auf Privateigentum basierenden Produktionsweise und dem allein auf Kapitalakkumulation konzentrierten Zweck ist an sich krisenhaft. Er begünstigt nicht nur die Entstehung von Krisen, sondern erzeugt sie durch den ihm immanenten marktförmigen Expansionszwang, dem die herrschende Klasse unterliegt. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zeigt sich in den letzten Jahrzehnten am deutlichsten dadurch, dass Krisen international und national immer die Arbeitenden am stärksten getroffen haben. Denjenigen, die über hohe Konzentrationen an Kapital verfügen, gelingt es dagegen vielfach im Rahmen von Krisen diese zu erhöhen. über hohe Konzentrationen an Kapital verfügen, gelingt es dagegen vielfach im Rahmen von Krisen diese zu erhöhen.

Wir sehen uns als Sozialist\*innen und als Stimme der jungen Generation in der Verantwortung, stets die langfristige Perspektive zu suchen: Wir wollen das wirtschaftliche und gesellschaftliche System Kapitalismus, dessen Systemlogik zwangsläufig zu der Ausbeutung von armutsbetroffenen, prekär lebenden, arbeitenden sowie diskriminierungsbedingten Menschen und der Zerstörung der Umwelt führt, beenden. Die Unwuchten dieser Krisen lassen uns gerade nicht verzweifeln, sondern zeigen uns nur umso mehr: Es braucht unseren Mut und unseren Willen, um all das zu

45 verändern.

46

47 Gerade in den aktuellen Krisen zeigt sich, wie schädlich es ist, dass die  
48 Daseinsvorsorge, vor allem das Gesundheitssystem und die Energieversorgung teilweise  
49 privatisiert sind, sodass es sogar autokratischen Staaten möglich ist, direkt in die  
50 Energierversorgung hierzulande zu investieren und sie unter ihre Kontrolle zu bringen.  
51 Die Privatisierung von Energie-Importeuren und vieler kommunaler Energieversorger  
52 erweist sich abermals als gravierender Fehler. Die Krisen zeigen, wie anfällig unser  
53 Sozialsystem ist: Es muss hektisch sozial- und arbeitsmarktpolitisch nachgesteuert  
54 werden, weil es eben keine breite Absicherung aller Menschen gibt und einkommensarme  
55 Menschen nicht annähernd die Chance hatten sich finanzielle Rücklagen aufzubauen,  
56 ganz zu schweigen von denjenigen, die strukturell in Armut gehalten werden. Wir  
57 beobachten, wie sich Unternehmen schamlos an der Krise bereichern, die Preise stärker  
58 als notwendig erhöhen, um ihren Eigentümer\*innen Rekorddividende zu ermöglichen und  
59 gleichzeitig für Lohnzurückhaltung ihrer Angestellten werben.

60

61 Wir fühlen uns darin bestärkt, dass wir weiterhin für einen grundsätzlichen  
62 Systemwechsel streiten, für ein globales Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, dass  
63 gegenseitige Solidarität und das Wohlergehen der Vielen anstrebt, statt den Reichtum  
64 der Wenigen. Deshalb braucht es gerade jetzt die Gewissheit: Nicht diejenigen, die  
65 sowieso schon besonders belastet sind, müssen wieder einmal die Belastungen stemmen,  
66 sondern gerade sie können auf einen starken Sozialstaat zählen. Dafür braucht es  
67 schnelle und entschlossene Antworten, damit eben gerade jene entlastet werden, die  
68 die Krise am härtesten trifft. Neben den Arbeitenden sind das insbesondere  
69 Rentner\*inne, Studierende, Kinder und Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen  
70 keiner Lohnarbeit nachgehen.. Die Arbeitende Klasse ist nicht die einzige von  
71 Ausbeutung betroffene Klasse, sie ist nur die einzig wehrhafte, da die  
72 kapitalistische Klasse auf sie angewiesen ist. Wir müssen jene zur Verantwortung  
73 ziehen, die sich auch in der Krise versuchen, zu bereichern. Die Politik und  
74 insbesondere die Sozialdemokratie muss zeigen, dass sie sich nicht den Marktlogiken  
75 des kapitalistischen Systems unterwirft, sondern in der Krise fest an der Seite  
76 derjenigen steht, die Verlierer\*innen des Kapitalistischen Wirtschaftssystems sind.  
77 Mitglieder der Fraktion und insbesondere unsere Juso-Abgeordneten auf.

78 In diesen Krisenzeiten verlieren die Menschen zusehends Hoffnung für die Zukunft. Ob  
79 sie sich Sorgen machen, dass ihre Ausbildung in den nächsten Jahren nicht mehr  
80 gebraucht wird oder ob ihr Betrieb die Energiekrise überstehen kann, die Fragen, die  
81 sich Menschen stellen, setzen an ihren direkten materiellen Lebensverhältnissen an.  
82 Deswegen ist es unser Auftrag als politische Linke, in der Debatte um die Zukunft des  
83 industriellen Kerns dieses Landes unsere Vision klar zu benennen. Wir wollen  
84 Antworten geben, die mehr sind als Abwehrkämpfe, wir wollen offensiv die  
85 Primärverteilung zugunsten der Vielen verbessern. Dabei bleibt unser Ziel die  
86 Demokratisierung aller Lebensbereiche, insbesondere der Betriebe. Diese ist ein  
87 Schritt, um die Menschen zu ermächtigen, selbst über ihre Arbeits- und Lebensumstände  
88 zu entscheiden.

89 Vor allem der russische Angriff und die deutsche Abhängigkeit von russischen

Energieimporten haben erhebliche soziale Auswirkungen auf viele Menschen in unserem Land. Während die Einen in der aktuellen Krise unter steigenden Kosten leiden, profitieren andere von Übergewinnen. Die Krisenprofiteur\*innen sind eben jene, die seit Jahren auf der Gewinner\*innenseite bei der Vermögens- und Einkommensverteilung stehen. In der Zeit der Krise ist es wichtig, dass der Staat auch um die gesellschaftliche Stabilität und den sozialen Frieden zu wahren, diese Ungerechtigkeiten nicht hinnimmt. Unsere sozialpolitischen Antworten müssen sicherstellen, dass einkommensarme, armutsbetroffene sowie prekär lebende Menschen nicht diejenigen sind, die in unserer Gesellschaft den höchsten Preis für Putins Krieg zahlen. Der Kern sozialistischer Politik ist dabei mehr, als nur die Verhinderung von Verschlechterungen, es geht für uns darum die Lebensbedingungen substantiell zu verbessern über grundlegende Verteilungsfragen und die Demokratisierung aller Lebensbereiche.

Es ist eine politische Entscheidung, wen und wie wir in dieser sozialen Krise entlasten und wen wir belasten. Wir setzen uns für substantielle Entlastungen ein und kämpfen dafür, dass die Kosten der Krise von denen getragen werden, die in den letzten Jahrzehnten und jetzt wieder von krisenhaften Entwicklungen profitieren. Für uns ist klar: Wir sind solidarisch mit denen, die täglich Verantwortung tragen, dass Staat und Gesellschaft weiterhin funktionieren. Ob sie in Krankenhäusern oder Supermärkten, in der Industrie oder im Einzelhandel arbeiten. Wir sind solidarisch mit denen, die diese Krise am härtesten trifft und stehen ihnen mit aller Kraft bei. Komme, was wolle.

#### **Kurzfristige Entlastungsmaßnahmen**

Als unmittelbare Reaktion auf die Krise brauchen wir schnell wirksame Entlastungsmaßnahmen, die in der aktuellen Situation Entlastungen für diejenigen bringen, die unter den Preissteigerungen leiden.

#### **Günstige Mobilität für alle!**

Mobilität sichert gesellschaftliche Teilhabe. Der Weg zur Arbeit, zur Schule, zur Ausbildungsstelle oder an die Uni, zum Ärzt\*innenpraxis oder zur Kinderbetreuung viele Strecken können nicht ersetzt werden. Aber auch Strecken zu Freund\*innen, Familie oder zu politischen Veranstaltungen, Vereinsarbeit oder zur Erholung bei einem Ausflug. Mobilität steht allen zu und zwar klimafreundlich und bezahlbar. Den Herausforderungen von hohen Spritpreise, der Notwendigkeit einer Verkehrswende für eine klimaneutrale Zukunft und den steigenden Preise im ÖPNV müssen wir gleichzeitig begegnen. Das 49€-Ticket ist ein guter Schritt, um den Tarifdschungel zu überwinden und insbesondere Menschen zu entlasten, die über Tarifgrenzen hinweg jeden Tag mit dem ÖPNV zur Arbeit pendeln müssen. Dennoch ist das 49 Euro Ticket vor dem Hintergrund, dass z.B. Sozialhilfe Beziehenden aktuell nur 40,27 Euro zu gesprochen wird für Verkehr eine sozial ausgrenzende und ungerechte Lösung.

#### **9 Euro Ticket beibehalten & ticketloser ÖPNV für junge und armutsbetroffene Menschen**

Als erster Schritt ist die sofortige Wiedereinführung des 9-Euro-Tickets notwendig.

Bund und Länder müssen dafür jetzt eine gemeinsame Lösung finden, statt weiter über die Finanzierung zu streiten. Schüler\*innen, Studis, Azubis und armutsbetroffene Menschen sollen einen kostenlosen Zugang zum ÖPNV bekommen, gerade sie sind es, die stark auf den ÖPNV angewiesen sind. Mobilität darf nicht zu einer sozialen Frage werden, da Studi-Tickets einen erheblichen Teil des Semesterbeitrags ausmachen, sehen wir hier eine unbürokratische Möglichkeit für weitere notwendige Entlastungen. Selbes gilt auch für Azubis, bei ihnen macht ein Azubi-Ticket (sofern es eins gibt) einen großen Teil der viel zu geringen Entlohnung aus. Das Ziel bleibt der umlagefinanzierte und fahrscheinlose ÖPNV für alle Menschen.

#### Fernverkehr bezahlbar machen

Ein faires Preismodell im Fernverkehr. Subventionierte und bezahlbare Preise, die den schienengebundenen Verkehr zur effizientesten Reiseform zwischen deutschen Großstädten machen. Kostenlose Nutzung des Fernverkehrs für Schüler\*innen, Studierende, Auszubildende, FSJler\*innen und Rentner\*innen, damit die Reise zum Beispiel zur Familie nicht zur finanziellen Krise führt.

#### Ausbildungsoffensive für den ÖPNV

Wir brauchen eine Ausbildungsoffensive von 100.000 Jobs in den Bereichen Fahrzeugproduktion und -instandhaltung, Service und Fahrbetrieb. So kann der zukünftige Fachkräftebedarf gedeckt werden, den wir für eine erfolgreiche Verkehrswende brauchen. Gleichzeitig erhalten junge Menschen eine Zukunftsperspektive in sicheren und nach Tarif bezahlten Ausbildungsberufen.

#### **Entlastungen für Studierende und Azubis**

Studierende und Azubis haben bereits während der Corona-Pandemie besondere Einschränkungen hinnehmen müssen, die offengelegt haben, dass die aktuellen Unterstützungsleistungen nicht ausreichen, um eine finanzielle Absicherung für alle in der Ausbildung zu gewährleisten. Viele Studierende mussten enorme Einschränkungen hinnehmen, die zu Lasten ihres Studiums, ihrer finanziellen Lage und ihrer mentalen Gesundheit gingen. Erneut ist absehbar, dass die ökonomische Krise Studierende und Azubis auf besondere Weise treffen und herausfordern wird.

#### Azubis

Neben der bereits erfolgten Unterstützung über die Berufsausbildungsbeihilfe und die Einmalzahlung im dritten Hilfspaket gilt es, strukturelle Entlastungen für Auszubildende zu schaffen. Dafür setzen wir uns für eine zusätzliche Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung zum 01.01.2023 auf insgesamt 750€ im ersten Ausbildungsjahr ein. Auch die Berufsausbildungsbeihilfe muss entsprechend angepasst werden und elternunabhängig sein. Auszubildende müssen ebenso wie der Rest der Bevölkerung von allgemeinen Entlastungsmaßnahmen profitieren.

#### Studierende

Ebenso müssen Studierende finanziell massiv entlastet werden. 30% der Studierenden fallen unter die Armutsgrenze, weshalb die oft finanziell prekäre Lage dieser auch in den sozialpolitischen Entlastungen Anklang finden muss. Zum einen müssen Studierende von den Entlastungspaketen direkt profitieren. Zum anderen bedarf es einer grundlegenden Reform des BAföGs, die die Bedarfssätze als Vollzuschuss deutlich

anhebt und durch die Anhebung der Förderhöchstdauer und Elternunabhängigkeit, die Anzahl der geförderten Studierenden massiv ausweitet. Dafür fordern wir eine jährliche Anpassung an die zu erwartende Inflation. Hinzu kommt die dringend benötigte Ausfinanzierung der Studierendenwerke durch die Länder, um den Zugang zu günstigem Essen und bezahlbarem Wohnraum zu unterstützen. Weiterhin fordern wir eine Ausweitung der Kostendeckung von studentischen Beiträgen in die Pflichtversicherungen durch das BAföG.

#### **Winterhilfe für Alle!**

Strukturelle Entlastungen, wie sie in der Koalition auch schon teilweise auf den Weg gebracht wurden, sind der richtige Weg, um mittelfristig nachhaltige Entlastungen zu schaffen. Viele davon werden jedoch erst im nächsten Jahr wirksam werden. Vor allem einkommensschwache Gruppen und Empfänger\*innen von staatlichen Unterstützungsleistungen wissen aber häufig bereits jetzt nicht, wie sie angesichts der aktuellen Preise durch den Winter kommen sollen. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einer abhängig vom Einkommen progressiv ausgestalteten Winterhilfe in Form einer Einmalzahlung an alle Haushalte, die einfach und unbürokratisch über den Winter hilft. Sie soll mit steigendem Einkommen progressiv abgeschmolzen werden. Menschen, deren Einkommen mit dem Spitzensteuersatz versteuert wird, sollen keine Auszahlungen erhalten. Die Winterhilfe soll möglichst noch vor Jahresende ausgezahlt werden.

#### **Lebensmittelpreise runter!**

Die Inflation betrifft neben den Energiepreisen vor allem die Preise auf Lebensmittel, hier sind die Preise im letzten Jahr um fast 20% gestiegen. Armutsbetroffene und prekär lebende Menschen, bei denen die Ausgaben für Lebensmittel einen größeren Anteil an den Gesamtausgaben ausmachen, sind davon besonders betroffen, die Inflation trifft nicht alle Menschen gleich, sie trifft ärmere Menschen besonders hart. Die langen Schlangen vor den Tafeln sind Ausdruck der besorgniserregenden Entwicklung, dass immer mehr Menschen in Deutschland sich nicht mehr ihre Lebensmittel leisten können. Die Umsatzsteuer auf Lebensmittel erhöht die Preise auf Lebensmittel zusätzlich und verstärkt damit die Inflation. Als Jusos lehnen wir allgemein wirksame indirekte Besteuerung ohne politische Lenkungswirkung ab. Die EU hat angesichts der inflationären Entwicklung die Möglichkeit geschaffen, die Umsatzsteuer auf Lebensmittel abzuschaffen. Wir fordern, von dieser Möglichkeit in Deutschland Gebrauch zu machen, um damit einen einmaligen, dämpfenden Effekt auf die Preise der Lebensmittel zu entfalten. Die Unternehmen sollen gesetzlich verpflichtet werden, die geringeren Kosten über die Preise an die Endverbraucher\*innen weiterzugeben.

#### **Gaspreisdeckel: Gut, aber nicht gut genug.**

Wir Jusos begrüßen, dass unsere Forderung nach einer Verhinderung der Gasumlage und einer Deckelung des Gaspreises erfolgreich war. Die gestiegenen Energiepreise sind maßgebliche Treiber der Inflation, sie zu begrenzen und gleichzeitig die Gasspeicher zu füllen, ist somit einer der wichtigsten Hebel, um die Bürger\*innen zu entlasten

223 und die Versorgung sicherzustellen. Trotzdem sehen wir Nachbesserungsbedarf bei der  
224 Gaspreisbremse, wie sie von der Kommission vorgeschlagen wurde. Einerseits kommt sie  
225 für Privathaushalte zu spät. Die Übernahme der Abschlagszahlung im Dezember reicht  
226 nicht, um die Haushalte für die gestiegenen Kosten in diesem Winter zu entlasten.  
227 Deshalb setzen wir uns für eine weitere Direktzahlung Anfang des Jahres und eine  
228 Gültigkeit des Gaspreisdeckels ab Januar, auch für private Haushalte ein. Darüber  
229 hinaus vermag die aktuelle Ausgestaltung der Gaspreisbremse nicht sicherzustellen,  
230 dass einkommensarme Haushalte bei den Entlastungen stärker berücksichtigt werden, als  
231 einkommensstarke Haushalte. Ganz im Gegenteil werden tendenziell jene Haushalte  
232 bevorzugt, die im letzten Jahr einen hohen Verbrauch hatten, was häufig wohlhabendere  
233 Haushalte begünstigen dürfte. Eine wirklich bedürfnisgerechte Ausgestaltung der  
234 Gaspreisbremse steht jedoch in dem Zielkonflikt damit, dass die Entlastungen  
235 möglichst schnell bei den Haushalten ankommen sollen und die Daten bei den  
236 Versorger\*innen über die Personenanzahl in den jeweiligen Haushalten erst erhoben  
237 werden müssten. Deshalb kann derzeit nur eine annäherungsweise gerechte Ausgestaltung  
238 durch eine gestaffelte Gaspreisbremse vorgenommen werden. Dafür fordern wir, dass ein  
239 Sockelverbrauch (Vorschlag: 4.000 kWh) zu einem günstigeren Preis auf Vorkrisenniveau  
240 (etwa 7 ct) gedeckelt wird. Bis zu einer festgelegten Obergrenze (Vorschlag: 25.000  
241 kWh) gilt ein höherer gedeckelter Preis (etwa 14 ct), oberhalb dieser zweiten  
242 Haltelinie findet keine Deckelung mehr statt. Damit würden einerseits Einsparanreize  
243 beibehalten werden, gleichzeitig würden aber kleinere Wohnungen, in denen häufig  
244 Menschen mit geringeren Einkommen leben, stärker entlastet. Sollten die Kosten auf  
245 dem globalen Markt die Höhe der Preisdeckelung übersteigen, ist der Staat in der  
246 Pflicht, diese Differenz zur Sicherstellung der Grundversorgung aufzufangen.  
247 Weiterhin fordern wir die begrenzte Abzugsfähigkeit von gestiegenen Energiekosten im  
248 Rahmen der Einkommenssteuer für Arbeitnehmer\*innen und Selbstständige im Rahmen der  
249 Einkommenssteuer, die nicht mit bereits bestehenden Pauschalen verrechnet wird. Neben  
250 dieser konkreten Maßnahme zur Entlastung der Bürger\*innen, setzen wir uns weiterhin  
251 dafür ein, dass Unternehmen der Energieversorgung als Teil der Daseinsvorsorge  
252 langfristig vergesellschaftet und nicht mehr nach gewinnwirtschaftlichen Prinzipien  
253 betrieben werden.

254 Neben den Gaspreisen benötigen auch die Strompreise einen Deckel. Bisher ist die  
255 Bundesregierung mit Details schuldig geblieben. Wir fordern, dass der Strompreis bis  
256 zu einem Durchschnittsverbrauch von 1300 Kilowattstunden pro Person und Jahr auf  
257 einen günstigen Preis auf Vorkrisen-Niveau gedeckelt wird. Nach dem Vorbild der  
258 Gaspreisbremse fordern wir auch hier einen gedeckelten höheren Strompreis bis zu 2500  
259 kWh. Oberhalb dieser zweiten Grenze findet keine Deckelung mehr statt.

260

## 261 **Entlastungen beim Wohnen**

262 Bereits seit Jahren erleben wir einen stetigen Anstieg der Mieten. Besonders in  
263 Ballungsräumen ist es inzwischen keine Seltenheit, dass Menschen mehr als 50% ihres  
264 Einkommens für ihre Miete ausgeben. Hiervon besonders betroffen sind Gruppen, die  
265 häufiger umziehen und somit nicht in den Genuss alter Mietverträge zu guten  
266 Konditionen kommen, dazu gehören insbesondere auch junge Menschen. Die aktuelle  
267 Inflation wird von Wohnungsunternehmen als vorgeschobenes Argument genutzt, die  
268 Kaltmieten weiter zu erhöhen, ohne dass sie bis jetzt den Nachweis angetreten hätten,



269 wie die gestiegenen Energiepreise, die ohnehin von ihren Mieter\*innen bezahlt werden,  
270 sie besonders belasten. Erneut zeigt sich, dass ein kapitalistischer, von  
271 Profitinteressen getriebener Markt nicht in der Lage ist, das Grundbedürfnis auf  
272 Wohnen der Bevölkerung zu angemessenen Preisen zu bedienen. Deshalb bleiben wir  
273 weiter bei unserer Forderung, dass langfristig mindestens 2/3 der Mietwohnungen in  
274 öffentliche oder genossenschaftliche Hand überführt werden müssen.

#### 275 Wohnraum absichern!

276 Gerade wenn die Preise in anderen Bereichen immer mehr steigen, ist es aber auch  
277 notwendig bei den Mieten kurzfristige Entlastung zu schaffen. Allein eine  
278 Neubauoffensive wird die Probleme der hohen Mieten nicht lösen. Deshalb setzen wir  
279 uns für die kurzfristige Einführung eines bundesweiten Mietenstopps ein, um  
280 Entlastung zu schaffen und zu verhindern, dass Wohnungsunternehmen aus der Krise  
281 weiteren Profit schlagen. Der Mietenstopp soll auch für Staffel- und Indexmieten  
282 gelten. Neben dem Mietenstopp setzen wir uns für die Einführung eines  
283 Kündigungsmoratoriums sowie eines Moratoriums für Gas- und Stromsperren ein, um  
284 Obdachlosigkeit zu vermeiden, wenn Menschen aufgrund der allgemein höheren Kosten  
285 nicht mehr in der Lage sind, pünktlich ihre Miete zu begleichen, insbesondere die  
286 Blockade der FDP und ihres Justizministers gilt es an dieser Stelle in der Koalition  
287 zu brechen.

288 Künftig soll durch eine Reform der Empfänger\*innenkreis für Wohngeld deutlich erhöht  
289 werden - auf ca. 2 Millionen Empfänger\*innen. Wir unterstützen diesen wichtigen  
290 Schritt, obwohl es fraglich ist, ob die geplante Erhöhung wirklich ausreicht.  
291 Außerdem sind bereits jetzt viele Ämter mit den Wohngeldanträgen überlastet. Deshalb  
292 müssen die Verfahrensabläufe deutlich vereinfacht werden. Bisher teilen sich Bund und  
293 Länder die Kosten für das Wohngeld: Die Erhöhung des Empfänger:innenkreises belastet  
294 die Länder zusätzlich. Wir fordern, dass der Bund die zusätzlichen Mehrkosten  
295 übernimmt. jährliche Mietkostensteigerung.

#### 296 Heizkosten

297 Die explodierenden Energiekosten treffen besonders Mieter\*innen, die entgegen der  
298 Bestimmungen der Heizkostenverordnung nicht verbrauchsabhängig abgerechnet werden.  
299 Besonders betroffen sind hier Wohnungen in Gebäuden mit Mischnutzung, da die  
300 Glasfronten von Gewerbebetrieben einen deutlich höheren Energieverlust zu verzeichnen  
301 haben. Daher fordern wir eine Erhöhung des Kürzungsrechts bei nicht  
302 verbrauchsabhängiger Abrechnung der Heizkosten von 30%.  
303 Mieter\*innen in unsanierten Wohngebäuden leiden unter besonders hohen Heizkosten.  
304 Deshalb fordern wir eine anteilige Übernahme der Heizkosten bei Öl- und Gasheizungen  
305 durch die Vermieter\*innen, abhängig von der Energieeffizienzklasse des Wohngebäudes.  
306 Diese Regelung soll auch für Mieter\*innen gelten, die ihre Verträge direkt mit dem  
307 Öl- bzw. Gaslieferant\*innen abschließen müssen, z.B. weil das Gebäude über eine  
308 Etagenheizung verfügt.

309

#### 310 **Höhere Löhne statt höhere Zinsen!**

311 Die derzeitige Inflation wird nicht durch eine zu hohe Nachfrage verursacht, sondern  
312 durch eine Verknappung des Angebots auf den Rohstoffmärkten und bestimmten  
313 Gütermärkten. Sie wurde nicht durch eine Ausweitung der Geldmenge durch die EZB oder



314 zu hohe Löhne herbeigeführt. Eine Erhöhung der Leitzinsen wird mithin auch nicht die  
315 Inflation bekämpfen, sondern droht ganz im Gegenteil, sich als großes Risiko für die  
316 wirtschaftliche Erholung herauszustellen und die real verfügbaren Einkommen  
317 insbesondere von einkommensarmen und mittelständischen Haushalten weiter zu  
318 reduzieren.

319 Es braucht deshalb aktuell keine höheren Zinsen, sondern höhere Löhne. Wir  
320 unterstützen deshalb die Gewerkschaften in ihrem Kampf für Tarifabschlüsse, die  
321 mindestens die Inflation ausgleichen. Wir kämpfen insbesondere solidarisch an der  
322 Seite der Kolleg\*innen die Anfang 2023 in der Auseinandersetzung um den Tarifvertrag  
323 öffentlicher Dienst (TVöD) (10,5%) und die aktuell laufende Tarifaufseinandersetzung  
324 Metall&Elektro (8,0%), da die Tarifverträge nicht nur für die direkt Betroffenen  
325 entscheidend ist sondern auch richtungsweisend für die Tarifabschlüsse von Millionen  
326 Arbeitenden sein wird. Statt Einmalzahlungen bedarf es dauerhafter Erhöhungen des  
327 Lohnniveaus, ebenso wie wir davon ausgehen, dass die aktuelle Inflation auch  
328 dauerhaft das Preisniveau erhöhen wird. Im Rahmen der Handlungsmöglichkeiten soll die  
329 Bundesregierung sich bspw. in der konzertierten Aktion, die Gewerkschaften in ihrem  
330 Kampf für höhere Löhne unterstützen und Druck auf die Unternehmer\*innen ausüben.

331 Zudem setzen wir uns insbesondere in Branchen mit geringer Tarifbindung dafür ein,  
332 dass gezielt und verstärkt von der Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung  
333 Gebrauch gemacht wird.

334 Zuletzt setzen wir uns dafür ein, dass der Mindestlohn, der im Oktober einmalig auf  
335 12€ erhöht wurde, zum Beginn des nächsten Jahres auf 15€ angehoben wird, damit die  
336 richtigerweise im Koalitionsvertrag vereinbarte einmalige Erhöhung nicht von der  
337 Inflation aufgeessen wird.

### 338 **Keine zusätzlichen Belastungen!**

339 Neben den aktuellen ökonomischen Herausforderungen, die einen enormen Anstieg der  
340 Lebenshaltungskosten mit sich ziehen, zeigen sich uns die anhaltenden Folgen der  
341 pandemischen Lage - gerade das Gesundheitssystem betreffend. Das seit Jahren  
342 chronisch unterfinanzierte Gesundheitswesen spürt nun in erheblicher Art und Weise  
343 die fehlenden Investitionen und staatlichen Interventionen der letzten Jahre. Im Zuge  
344 dessen hat sich über Jahre eine Finanzierungslücke im Gesundheitssystem aufgetan, die  
345 nun durch eine Erhebung des Zusatzbeitrages - beschlossen im Sommer diesen Jahres -  
346 mitunter ausgeglichen werden soll.

347 Für uns Jungsozialist\*innen ist klar: in einer ökonomischen Krisenlage, in der der  
348 überwiegende Anteil der Bevölkerung sich mit finanziellen Nöten konfrontiert sieht,  
349 darf es keine zusätzlichen Belastungen für kleine und mittlere Einkommen geben! Aus  
350 diesem Grund fordern wir Jusos ein zeitlich befristetes Moratorium, das den Anstieg  
351 von Sozialversicherungsbeiträgen in den nächsten Jahren ausschließen soll. Die  
352 Finanzierungslücke muss in diesem Fall durch das Hinzuziehen weiterer Steuermittel  
353 übernommen werden.

354

### 355 **Strukturelle Entlastungen**

356 Daneben gilt es, die Lücken in unserem Sozialsystem insgesamt zu schließen. Unser  
357 Sozialsystem ist in der aktuellen Form nicht zukunftsfähig, um die großen

Transformationen unserer Gesellschaft abfedern zu können. Resiliente Gesellschaften sind solidarische Gesellschaften, in der die Gemeinschaft den Einzelnen gegen Lebensrisiken versichert und ein soziales Sicherungssystem schafft, das auch bei Krisen, dem Einzelnen soziale Sicherheit garantieren kann.

### **Bürger\*innengeld**

Die Abschaffung von Hartz IV und die Einführung des Bürger\*innengeldes sind ein richtiger und notwendiger Schritt, den wir Jusos bereits seit Langem erstreiten. Dabei sind uns folgende Eckpunkte besonders wichtig, damit das Bürger\*innengeld substantielle Verbesserungen für die Betroffenen mit sich bringt und nicht nur einen neuen Namen.

#### Die Regelsätze müssen rauf!

Die Regelsätze müssen das sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Existenzminimum umfassend absichern. Dafür bedarf es einer signifikanten Erhöhung der Regelsätze. Wir wollen einmalig den Regelsatz auf 678€ erhöhen, um die Grundbedürfnisse der Empfänger\*innen abzudecken. Um eine armutsfeste Grundsicherung auch künftig zu gewährleisten, muss die Berechnungsgrundlage der Regelsätze angepasst werden, sodass auch zukünftig sichergestellt ist, dass das Existenzminimum durch den Regelsatz umfassend abgedeckt wird. Zudem muss künftig sichergestellt werden, dass die Regelsätze automatisch und vollständig mindestens an die Inflation angepasst werden.

#### Sanktionen weg!

Wir sind der Überzeugung, dass in einem Sozialstaat das Existenzminimum für jede\*n garantiert sein muss und jede\*r Bürger\*in einen Anspruch gegenüber dem Staat hat, dass ihm dieses unabhängig von der eigenen Lebenssituation garantiert wird. Damit sind Sanktionen der Sozialhilfe unvereinbar. Sie dienen nicht der besseren Vermittlung der Menschen, die Arbeitslosengeld II beziehen, sondern lediglich der Einschüchterung und Stigmatisierung. Wir setzen uns deshalb weiter dafür ein, dass das Bürgergeld vollständig mit der Sanktionslogik von Hartz IV bricht und die Sanktionen abgeschafft werden.

#### Zuverdienstmöglichkeiten ausweiten

Für junge Erwachsene aus Familien, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, erweisen sich vor allem die sehr stark beschränkten Zuverdienstmöglichkeiten als Armutsfalle. Sie machen es unattraktiv, dass Jugendliche, die in einem gemeinsamen Haushalt mit ihren Eltern leben, eine Beschäftigung aufnehmen, bei der sie einen Großteil des Verdienstes wieder an den Staat abgeben müssen. Dadurch, dass sogar Teile der Ausbildungsvergütung an das Jobcenter zurückgezahlt werden, vermindert die Abschöpfung sogar die Attraktivität, eine Ausbildung anzutreten. Wir setzen uns deshalb für eine vollständige Abschaffung der Zuverdienstbeschränkungen für junge Erwachsene aus Familien in der Sozialhilfe ein.

#### Energiekosten vollständig übernehmen

Während die Kosten für die Heizung vom Jobcenter getragen werden, müssen Bezieher\*innen von Hartz IV aktuell ihre Stromkostenrechnung selbst bezahlen. Bei steigenden Strompreisen stellt dies für viele vor allem im Moment eine extrem hohe Belastung dar. Wir setzen uns dafür ein, dass Energiekosten gleich behandelt werden

402 und Stromkosten ebenso wie die Kosten für das Heizen von den Jobcentern vollständig  
403 übernommen werden. Außerdem muss das Verfahren bei der Übernahme von Nachzahlungen  
404 für Gas- und Stromkosten vereinfacht werden.

#### 405 Kommunikation auf Augenhöhe

406 Ein weitere Änderung betrifft das Ziel, eine Kultur und Kommunikation auf Augenhöhe  
407 zwischen den Arbeitsvermittler\*innen und Arbeitssuchenden zu schaffen. Wir begrüßen,  
408 dass durch das Bürger\*innengeld eine neue Kultur geschaffen werden soll. Um dies  
409 möglich zu machen, benötigt es allerdings eine ausreichende Ausstattung und einen  
410 verbesserten Personalschlüssel.

411

#### 412 **Geflüchtete entlasten und Perspektiven schaffen**

413 Durch den Krieg in der Ukraine sind viele Ukrainer\*innen auf der Flucht. Ebenso  
414 fliehen viele Russ\*innen und versuchen so einem autokratischen Regime zu entkommen.  
415 Wir lehnen verschärfte Einreisebedingungen in die EU, wie beispielsweise für  
416 Russ\*innen, die sich weigern in diesem Angriffskrieg zu kämpfen, grundlegend ab! Für  
417 uns steht fest, dass Deutschland ein sicherer Hafen sein muss, egal ob für die aus  
418 Krisenherden fliehen. Deutschland muss den Anspruch haben, diesen Menschen Asyl und  
419 Zukunftsperspektiven zu bieten. Daher braucht es schnelle und einfache Verfahren, die  
420 es Menschen ermöglichen, zeitnah Anschluss und Sicherheit in Deutschland zu finden.  
421 Jedoch müssen Geflüchtete auch überhaupt die Möglichkeit haben, zu uns zu gelangen.  
422 Es ist unsere solidarische Verpflichtung legale und sichere Fluchtrouten zu schaffen!

423 Geflüchtete gehören zu der Gruppe, die durch die steigenden Preise vor allem bei  
424 Lebensmitteln stark belastet werden. Die Regelsätze für Geflüchtete müssen denen der  
425 Sozialhilfe angeglichen werden, Einmalzahlungen müssen ihnen gleichermaßen  
426 zugutekommen. Zusätzlich darf es keine Sanktionierungen nach dem  
427 Asylbewerber\*innenleistungsgesetz mehr geben. Für Geflüchtete und Menschen im  
428 Asylverfahren müssen einfache und gute Qualifizierungsmöglichkeiten geschaffen  
429 werden, die sie dabei unterstützen, eine Beschäftigung oder Ausbildungsplätze in  
430 Deutschland anzutreten. Dabei darf ihnen ihr Status als Asylbewerber\*innen nicht im  
431 Wege stehen, dauerhafte Arbeitsvisa zu erhalten, wenn sie eine solche Beschäftigung  
432 finden. Eine Politik, die meint zwischen 'guten' und 'schlechten' Geflüchteten  
433 unterscheiden zu können, erteilen wir eine entschiedene Absage. Klar ist für uns:  
434 Kein Mensch ist illegal und das Recht auf ein Leben in Würde sollte jedem Menschen  
435 garantiert werden unabhängig von Rassifizierungen, angenommener Religion oder  
436 Herkunftsland. Auch Akteur\*innen in unserer Mutterpartei, die eine solche  
437 Unterscheidung als legitim erachten, stellen wir uns deshalb in den Weg.

438

#### 439 **Chancengleichheit für Kinder und junge Erwachsene**

440 Nicht nur in Studium und Ausbildung ist es Aufgabe des Staates, dass Kinder und junge  
441 Erwachsene die gleichen Chancen auf ihrem Lebensweg haben.

442 Aktuelle Zahlen belegen, dass in Deutschland etwa jedes fünfte Kind in Armut lebt.  
443 Der Alltag eines armen Kindes in Deutschland ist geprägt von Mangelerfahrungen.  
444 Dieser Mangel zeige sich in einem Mangel an finanziellen Mitteln, Fürsorge,  
445 Aufmerksamkeit, Anerkennung, Zeit, Möglichkeiten der Freizeitgestaltungen sowie an

446 Perspektiven. Diese Armut und diesen Mangel lässt unser Staat zu. Mithilfe der  
447 Kindergrundsicherung sollen armutsbetroffene Kinder und Jugendliche finanziell  
448 entlastet werden. Bislang gibt es eine Vielzahl an Leistungen für Familien, bei denen  
449 es den Anspruchsberechtigten häufig schwerfällt, den Überblick zu behalten. Die  
450 Kompliziertheit des Systems führt damit im Ergebnis häufig dazu, dass Leistungen  
451 nicht abgerufen werden. Die Einführung der Kindergrundsicherung muss hier zu einer  
452 deutlichen Vereinfachung und damit zu einer Erleichterung der Geltendmachung der  
453 bestehenden Ansprüche führen. Gleichzeitig darf es keinesfalls zu einer Absenkung des  
454 Unterstützungsniveaus insgesamt führen, ganz im Gegenteil, Familien sind besonders  
455 stark betroffen durch die aktuell steigenden Preisen und müssen dementsprechend auch  
456 besonders entlastet werden.

457 Die Einführung der neuen Kindergrundsicherung muss Priorität für die Ampel haben und  
458 sollte bis spätestens Mitte des Jahres 2023 kommen.

459 Die für Familien bedeutendste Leistung sind aktuell Kindergeld und Kinderfreibetrag,  
460 die alternativ beansprucht werden können. Einkommensstarke Familien, die den  
461 Kinderfreibetrag beanspruchen, profitieren im Ergebnis stärker davon. Die neue  
462 Kindergrundsicherung soll einkommensärmere Familien durch die Auszahlung eines  
463 erhöhten Basisbetrags stärker entlasten, während einkommensstarke Familien über die  
464 Steuererklärung maximal einen Betrag in der Höhe des Basisbetrags der neuen  
465 Kindergrundsicherung erhalten sollen.

466 Dabei muss der Basisbetrag der Kindergrundsicherung unter Berücksichtigung der  
467 tatsächlichen Bedarfe ebenso wie der Preissteigerungen des letzten Jahres deutlich  
468 angehoben werden. Statt bislang 237 sprechen wir uns für einen Basisbetrag in Höhe  
469 von 300€ aus.

470 Für viele junge Menschen stellt die Überweisung des Kindergelds durch ihre Eltern  
471 einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung dar. Nicht selten behalten Eltern aber das  
472 Kindergeld ihrer volljährigen Kinder selbst ein und diese schrecken davor zurück,  
473 ihren Anspruch gerichtlich durchzusetzen. Deshalb besteht ein wichtiger Teil der  
474 Neuaufstellung der Kindergrundsicherung darin, dass volljährigen Kindern künftig die  
475 Kindergrundsicherung auf ihr eigenes Konto überwiesen wird.

476

#### 477 **Klimageld**

478 Als Maßnahme des dritten Hilfspakets wurde die Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises weiter  
479 verschoben. Als Jusos teilen wir die Überzeugung, dass ein Teil der Strategie zur  
480 Bekämpfung des Klimawandels auch die Bepreisung von CO<sub>2</sub> ist, sofern für die dadurch  
481 Belasteten die Möglichkeit besteht, auf klimafreundliche Verhaltensweisen  
482 umzusteigen. Gerade einkommensarme Gruppen sind jedoch durch derartige Bepreisungen  
483 im Verhältnis zu ihrem gesamt verfügbaren Einkommen stärker betroffen. Diese soziale  
484 Härte gilt es auszugleichen. Wir unterstützen deshalb, dass spätestens mit der  
485 Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises ein Klimageld eingeführt wird, dass degressiv abschmilzt, je  
486 höher das Einkommen ist und damit Menschen mit geringen Einkommen stärker entlastet.  
487 Dadurch sollen die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung vor allem einkommensärmeren  
488 Gruppen überproportional zugutekommen und gleichzeitig die gewünschte Anreizwirkung  
489 des Preismechanismus erhalten bleiben.

490

## 491 Solidarische Finanzierung

492 Wir wehren uns gegen die Erzählung, dass in der Krise alle den Gürtel enger schnallen  
493 müssten. Verantwortungsvolle und sozial gerechte Politik sollte hingegen dafür  
494 sorgen, dass diejenigen die Rechnung zahlen, die sich in den letzten Jahren  
495 regelmäßig größere Gürtel kaufen mussten, weil sie immer auf der Gewinner\*innenseite  
496 der kapitalistischen Wohlstandslotterie standen. Außerdem gilt es, endlich die  
497 Fesseln der Schuldenbremse abzuschütteln, die die Handlungsfähigkeit der Politik  
498 künstlich begrenzt.

499

## 500 **Die Schuldenbremse muss weg**

501 Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten, ist es notwendig, dass der Staat sich  
502 die Möglichkeit vorbehält, auch soziale Ausgleichsmaßnahmen über die Aufnahmen von  
503 Schulden zu finanzieren. Die Schuldenbremse schränkt die Handlungsspielräume des  
504 Staates zu stark ein. Deswegen bleiben wir bei unserer grundsätzlichen Ablehnung und  
505 setzen uns dafür ein, dass die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz gestrichen wird  
506 (Vgl. Beschlussbuch 2021 Antrag W3). Kurzfristig setzen wir uns dafür ein, die  
507 bestehenden Spielräume zu nutzen und die Schuldenbremse für die kommenden  
508 Haushaltsjahre auszusetzen.

509

## 510 **Einmalige Vermögensabgabe**

511 Seit dem Ende der Finanzkrise sind die privaten Vermögen in Deutschland immer stärker  
512 gewachsen. Immer mehr Einkommen wird über Kapitalerträge statt über Arbeit generiert.  
513 Dabei besitzen die reichsten 10% deutlich mehr als die Hälfte des Vermögens, während  
514 die ökonomisch Schwachen in der Gesellschaft kein Vermögen besitzen oder sogar  
515 verschuldet sind. Diese zunehmend ungleiche Verteilung ist Resultat der  
516 systemimmanenten Akkumulations- und Konzentrationsprozesse im wirtschaftlichem System  
517 Kapitalismus und führt zu unerträglichen gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten. Es  
518 gilt, die Reichsten der Reichen gerade jetzt zur Finanzierung der Kosten der Krise  
519 heranzuziehen. Dafür setzen wir uns für eine einmalige Vermögensabgabe auf Privat-  
520 und Betriebsvermögen ab zwei, bzw. 5 Millionen in Höhe von 10 bis 30% (progressiv  
521 ansteigend). Ab einem Vermögen von 50 Mio. soll eine Abgabe von 50% gelten. Die  
522 Steuerschuld soll dabei über mehrere Jahre abgetragen werden können. Diese einmalige  
523 Abgabe soll sowohl zur Finanzierung der Kosten der Krise beitragen, als auch eine  
524 einmalig wirkende Korrektur der zunehmenden Ungleichverteilung der Vermögen bewirken.  
525 Um Fehlanreize entgegenzuwirken, liegt der allgemeine Bewertungsstichtag in der  
526 Vergangenheit.

527

## 528 **Übergewinnsteuer**

529 Gerade in der Krise haben Unternehmen hohe Gewinne gemacht. Vor allem  
530 Energieunternehmen, Rüstungsunternehmen, aber auch Unternehmen in anderen Branchen  
531 haben die allgemeine Inflation dafür genutzt, ihre Produkte stärker als notwendig zu  
532 verteuern und ihre Profite damit zu erhöhen. Neben den gestiegenen Energiekosten hat  
533 diese "Gewinn-Preis-Spirale" die allgemeinen Lebenshaltungskosten weiter erhöht.  
534 Diese Bereicherung auf Kosten der ökonomisch Schwachen in einer Krise darf politisch

535 nicht hingenommen werden. Die Übergewinne der Unternehmen müssen abgeschöpft und zur  
536 Finanzierung der Kosten der Krise herangezogen werden. Wir wollen diese Übergewinne  
537 effektiv besteuern. Dabei ist es unser Ziel, dass von Unternehmen, die durch die  
538 Krise Übergewinne gemacht haben, 90% dieser Übergewinne abgeschöpft werden. Dabei  
539 begrüßen wir eine einheitliche und nicht auf einzelne Branchen begrenzte europäische  
540 Regelung, die rückwirkend für das Jahr 2022 wirken muss. Sollte diese jedoch entweder  
541 nicht rückwirkend in Kraft treten, Branchen, die in der Krise Übergewinne gemacht  
542 haben, außer Acht lassen oder der Höhe nach hinter unseren Zielvorstellungen  
543 zurückbleiben, ist sie durch eine bundesrechtliche Lösung zu ergänzen, die ebendies  
544 sicherstellt. In diesem Zuge muss auch das Kartellrecht verschärft werden und  
545 zulassen, dass bei Machtmissbrauch Konzerne zerschlagen werden können. Zudem müssen  
546 Gewinne von Kapitalgesellschaften stärker (progressiv) besteuert werden.

## Antrag INI03: Freiwilligendienste stärken - Nein zum Pflichtjahr und Ja zu mehr Dienststellen und einer Mindestaufwandsentschädigung

### 1 Begründung des Initiativcharakters

2 Die Debatte um den Pflichtdienst hat mit dem Beschluss des CDU-Parteitags im  
3 September neue Fahrt aufgenommen. Statt alte Ideen wie die eines Pflichtdienstes aus  
4 der Mottenkiste zu holen, sollten wir als SPD uns auf die Seite der jungen Menschen  
5 stellen, ihnen zu hören und ihnen ermöglichen, die Erfahrungen zu sammeln, die sie  
6 sammeln möchten. Denn gesellschaftlicher Zusammenhalt wird durch Respekt, Anerkennung  
7 und Solidarität gestärkt und nicht durch Zwang. Ein von der AG für bürgerschaftliches  
8 Engagement der SPD Bundestagsfraktion Ende September initiiertes Austausch mit  
9 Freiwilligen und Vertreter\*innen der Trägerorganisationen ergab, dass sich alle darin  
10 einig sind, dass es einer Verbesserung der aktuellen Freiwilligendienste bedarf und  
11 dass ein Pflichtdienst für die Trägerorganisationen gar nicht zu stemmen wäre.  
12 Unabhängig von der Debatte um den Pflichtdienst ergab der Austausch, dass alle  
13 Trägerorganisationen angesichts der Inflation nicht wissen, wie sie das aktuelle  
14 Angebot aufrechterhalten sollen. Waren die Aufwandsentschädigungen schon bisher meist  
15 viel zu niedrig, so sind sie es jetzt angesichts der explodierenden Kosten für  
16 Energie, Wohnraum und Nahrungsmittel erst recht. Deshalb dürfen die Freiwilligen in  
17 dieser Krise nicht wieder vergessen werden, sondern brauchen jetzt unsere  
18 Aufmerksamkeit!

19

20 Zur Stärkung der Solidargemeinschaft, des bürgerschaftlichen Engagements und nicht  
21 zuletzt der Demokratie braucht es keinen Zwang, sondern vielmehr Anreize und gerechte  
22 Bedingungen. Bundesweit engagieren sich jährlich tausende, hauptsächlich junge  
23 Menschen in Freiwilligendiensten wie dem FSJ, dem FÖJ oder dem BFD. Doch ihre  
24 Interessen finden kaum Gehör. Stattdessen wird eine Debatte über ein Pflichtjahr  
25 geführt, die sowohl an der Realität der Freiwilligen als auch an der der vielen  
26 Trägerorganisationen vorbei geht.

### 27 **Wieso eine Dienstpflicht junges Engagement nicht fördert**

28 Die Dienstpflicht soll, so die Befürworter\*innen den sozialen Zusammenhalt stärken,  
29 indem sie junge Menschen dazu bringt, sich mehr für ihre Mitmenschen zu engagieren  
30 und einzusetzen. Dabei ist diese Überlegung aus verschiedenen Gründen falsch. Erstens  
31 engagieren sich zahlreiche junge Menschen neben Schule, Studium und Ausbildung oder  
32 absolvieren ein freiwilliges Jahr nach ihrer Schulzeit - und das, obwohl das  
33 Engagement junger Menschen an vielen Stellen eher gebremst als gefördert wird. Der  
34 negative Blick auf die Jugend wird diesem vielseitigen Engagement nicht gerecht.  
35 Zweitens ist nicht ersichtlich, wie eine Dienstpflicht bei denjenigen, die aktuell  
36 nicht an sozialem Engagement interessiert sind, zu einem Sinneswandel führen soll.  
37 Zwang überzeugt nicht. Im Gegenteil, Menschen, die sich zu Tätigkeiten gezwungen  
38 fühlen, womöglich sogar von ihren eigentlichen Interessen abgehalten fühlen, werden  
39 gesellschaftlichen Einsatz danach vor allem als Last auffassen. Und drittens sind  
40 mögliche Tendenzen zur gesellschaftlichen Polarisierung nicht auf eine mangelnde  
41 soziale Ausrichtung der Jugend zurückzuführen. Der Blick auf Gruppen, die Hass und



Hetze in der Gesellschaft vorantreiben, zeigt etwas ganz anderes: Querdenker\*innen, Pegida, Reichsbürger\*innen oder AfD-Anhänger\*innen, um nur einige Beispiele zu nennen, zeichnen sich alle durch ein vergleichsweise hohes Durchschnittsalter aus. Viele der daran Beteiligten haben entweder den Wehr- oder Zivildienst absolviert. Vor Radikalisierung und Hass auf Andersdenkende hat es sie nicht bewahrt. Gleichzeitig zeigen Studien wie die Mitte-Studie der FES, dass Jugendliche insgesamt toleranter und weltoffener sind. Der Lösungsvorschlag "Pflichtdienst" kann also schon deshalb nicht erfolgreich sein, weil er an den realen Problemen vorbeigeht.

#### **Ursache und Symptome nicht vertauschen: Eine Dienstpflicht hilft den Gesundheitsberufen nicht!**

Aktuell sind es über 200.000 und bis zum Jahr 2030 sogar circa 500.000 Pfleger\*innen, die in Deutschland im Rahmen des Pflegenotstands fehlen und fehlen werden. Darüber hinaus erwägen sogar noch zusätzlich knapp 40% der Pflegekräfte ihren Beruf zu verlassen. Weiterhin ist zu beachten, dass das FSJ auf keinen Fall dazu geeignet sein kann und darf, dem Personalmangel in sozialen Berufen entgegenzuwirken. Diesem wird man nur gerecht, wenn man das Problem an der Wurzel packt und endlich verbesserte Arbeitsbedingungen sowie eine höhere Entlohnung schafft. Aktuell ist allerdings das Gegenteil der Fall, die FSJler werden als billige Arbeitskräfte benutzt. Bei der Vergabe von FSJ-Plätzen muss darauf geachtet werden, dass genau das nicht passiert und dass das FSJ nicht zur Umgehung langfristiger, arbeitsrechtlich abgesicherter und vollumfänglich sozialversicherungspflichtiger Stellen dient. Konkret heißt das mehr Bezahlung, weniger Zeitdruck, bessere Vereinbarkeit mit der Familie, flexiblere Arbeitszeiten, eine bessere Mitbestimmung und eben auch mehr Personal, damit das Gefühl vieler Pflegekräfte den vielen Patient\*innen nicht mehr gerecht werden zu können, endlich endet. Denn es können sich 48% der Pflegeberufsausteiger\*innen vorstellen, bei den verbesserten Arbeitsbedingungen ihren erlernten Beruf wieder auszuüben.

Wir fordern die SPD deshalb auf, sich gegen einen Pflichtdienst und stattdessen für eine Stärkung der Freiwilligendienste und eine tatsächliche Verbesserung der Situation der Freiwilligen auszusprechen und einzusetzen.

Dies beinhaltet:

#### **Mehr Freiwilligendienststellen**

Aktuell gibt es jährlich bei weitem mehr Bewerber\*innen als Plätze für einen Freiwilligendienst. Dies zeigt, dass es nicht am Engagement der jungen Menschen fehlt, sondern an einem zufriedenstellenden Angebot und einer entsprechenden Ausstattung der Trägerorganisationen. Wir fordern, dass ausreichend Freiwilligendienststellen geschaffen und finanziert werden, damit jede\*r, der/die einen Freiwilligendienst absolvieren möchte, die Möglichkeit dazu hat. Die Knappheit der Plätze und die geringe finanzielle Ausstattung der Trägerorganisationen führt insbesondere dazu, dass vergleichsweise immer noch wenige Menschen aus bildungsinstitutionsferneren Schichten angesprochen werden und hauptsächlich Menschen mit höheren Schulabschlüssen einen Platz für einen Freiwilligendienst erhalten. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, braucht es also zuallererst genügend Dienststellen.

#### **Auch Freiwillige haben eine Menschenwürde: Für eine gerechte**

## **Mindestaufwandsentschädigung**

Es ist sehr undurchsichtig, was Freiwillige aktuell als Aufwandsentschädigung erhalten. Fakt ist aber, dass es vielfach nicht zum Leben ausreicht und die Ableistung eines Freiwilligendienstes deshalb oft nur möglich ist, wenn man weiterhin bei den Eltern wohnen kann oder anderweitig familiäre Unterstützung hat. Eine stichprobenartige Untersuchung der Aufwandsentschädigungen offenbart sehr große Unterschiede je nach Träger und Bundesland (z.B. 300€ - 700€; siehe Anhang unten). Die Unterschiede der Höhe der Aufwandsentschädigungen lassen sich in erster Linie nicht durch die unterschiedlichen Mittel, die den Trägern zur Verfügung stehen, den Unterschieden in den Tätigkeitsfeldern oder den Unterschieden bei den Lebenserhaltungskosten in den unterschiedlichen Regionen Deutschlands erklären (siehe Anhang). Deshalb müssen diese bundesweit fairer und einheitlicher gestaltet werden. Aktuell erhalten Freiwillige für jeden Monat eine Aufwandsentschädigung, welche Taschengeld und Geldersatzleistungen für Unterkunft und Verpflegung beinhaltet. Eine Minderheit der Freiwilligen erhält statt der Geldersatzleistung für Unterkunft eine Wohnung durch die Einsatzstelle gestellt. Für das Taschengeld gibt es dabei eine gesetzlich geregelte obere Grenze. Im JFDG und BFDG steht dazu: "Angemessen ist ein Taschengeld, wenn es 6 Prozent der in der allgemeinen Rentenversicherung geltenden Beitragsbemessungsgrenze nicht übersteigt." Im Jahr 2022 liegt hierbei diese Grenze bei 423€. Diese Grenze darf aber nicht mit der Grenze für die gesamten Aufwandsentschädigungen verwechselt werden, welche es gar nicht gibt, da keine maximale Höhe für die Geldersatzleistungen festgelegt ist. Die geringen Aufwandsentschädigungen der Träger\*innen sind also nicht mit dieser maximalen Grenze des Taschengeldes zu erklären.

Schon in einem Evaluationsbericht der Bundesregierung wurde die Empfehlung bezüglich der Rahmenbedingungen der Freiwilligendienste gestellt, dass Taschengelder angemessener und vergleichbarer gestaltet werden sollten. So heißt es: "Die Höhe des Taschengeldes sollte entsprechend der Regelung in § 2 Nr. 4 b BFDG innerhalb der gleichen Einrichtung, in vergleichbaren Einrichtungen sowie bei vergleichbaren Tätigkeiten unabhängig vom Freiwilligendienstformat gleich sein."

Aus diesem Evaluationsbericht geht auch hervor, dass viele Träger\*innen, Einsatzstellen und Freiwillige sich eine Erhöhung der Taschengelder wünschen. Der Stichprobe zu Folge ist dies jedoch trotz der gestiegenen Lebenserhaltungskosten nicht passiert.

Darum muss der Gesetzgeber aktiv werden. Freiwillige arbeiten meist Vollzeit und auch wenn sie gesetzlich nicht als Beschäftigte gelten, müssen ihre Rechte und insbesondere die Menschenwürde geschützt werden. Insbesondere Kinder aus weniger wohlhabenden Familien haben kaum eine Möglichkeit, das FSJ wahrzunehmen. Denn von einer so geringen Aufwandsentschädigung kann man sich kaum eine Wohnung sowie Lebensunterhalt finanzieren. Das führt dazu, dass solche Menschen dann meist noch einen zusätzlichen Job brauchen, um an Freiwilligendiensten teilnehmen zu können. Wir fordern deshalb, die Aufwandsentschädigung mindestens auf die Höhe der Besoldung des freiwilligen Wehrdienstes gesetzlich zu erhöhen. Perspektivisch fordern wir eine Angleichung an den Mindestlohn.

Ziel sollte es in jedem Fall sein, allen jungen Menschen einen Freiwilligendienst zu ermöglichen, egal wie deren finanzielle Situation aussieht und ob diese von ihren

133 Familien unterstützt werden oder nicht. Die bisherigen Aufwandsentschädigungen  
134 reichen bei den gestiegenen Lebenshaltungskosten für viele junge Menschen nicht aus.  
135 Neben der Sicherung der Existenzgrundlage muss die Aufwandsentschädigung auch der im  
136 Freiwilligendienst geleisteten Arbeit Rechnung tragen.

137 **Mitbestimmung mitdenken!**

138 Wer möchte, dass Menschen sich langfristig in diese Gesellschaft einbringen, sollte  
139 eine innere Motivation bei ihnen hervorrufen. Die stärkste Motivation ist die  
140 Erfahrung, durch Engagement mitbestimmen und gestalten zu können. Dazu gehört auch,  
141 dass Politik jünger und vielfältiger werden muss. Nicht zuletzt die Debatte über die  
142 Dienstpflicht zeigt, dass immer noch viel zu oft über junge Menschen gesprochen wird  
143 und viel zu selten mit ihnen. Teilhabe muss nicht verdient werden: Alle Menschen in  
144 der Gesellschaft haben das gleiche Recht auf Mitbestimmung, unabhängig von ihrer  
145 Leistung oder ihren vergangenen Leistungen. "Dienste" an der Allgemeinheit dürfen  
146 nicht zur Voraussetzung für Teilhabe gemacht werden.

147 Zur weiteren Stärkung des Freiwilligendienstes und zur Entlastung derjenigen, die an  
148 ihnen teilnehmen, fordern wir, dass Freiwillige vom Rundfunkbeitrag befreit werden.

149 Darüber hinaus bekräftigen wir unsere Forderungen aus dem Beschluss J1 des  
150 Bundeskongresses der Jusos 2020:

- 151 • Wir fordern, dass die Einsatzstellen umgehend, durch Land und Bund gefördert,  
152 die Fahrtkosten für den Arbeitsweg ihrer Freiwilligen in Form eines ÖPNV-Tickets  
153 übernehmen.
- 154 • Wir fordern zudem einen fahrscheinlosen, umlagefinanzierten ÖPNV für alle  
155 Menschen.
- 156 • Damit alle, die Interesse an freiwilligem Engagement haben, Zugang dazu haben,  
157 muss sichergestellt sein, dass anfallende Wohnkosten unbürokratisch übernommen  
158 werden können. Hierbei soll es sich nicht um Sozialleistungen handeln, sondern  
159 es sollen eigens für den Freiwilligendienst geschaffene Zuschläge, die bei  
160 Bedarf auch in weiteren Bereichen geltend sind, geschaffen werden. (Bspw.  
161 Kinderzuschlag für Eltern und weitere besondere Lebensumstände, denen es gerecht  
162 zu werden gilt).
- 163 • Die SPD in Regierungsverantwortung auf Bundes- und Landesebene soll Aktionen und  
164 Kampagnen durchführen, die die Freiwilligenarbeit fördern und anerkennen. Dies  
165 kann beispielsweise am Tag des Ehrenamtes, am 5. Dezember, stattfinden, an dem  
166 jährlich bundesweit für #FreieFahrtfürFreiwillige mobil gemacht wird.
- 167 • Der Freiwilligenausweis soll in Zukunft mit Selbstverständlichkeit überall dort  
168 verwendet werden, wo mindestens auch Schüler\*innen, Studierende oder Azubis  
169 Ermäßigungen erhalten. Das ist im kulturellen Bereich und bei den  
170 Verkehrsverbünden schon so, aber dennoch gibt es noch Raum zur Verbesserung!
- 171 • Diese Anerkennung sollte in Deutschland ebenso wie im europäischen Ausland  
172 Absolvierende eines europäischen Freiwilligendienstes in Deutschland sollten  
173 dieselben Ermäßigungen erhalten. Mittelfristig sollte die Schaffung eines  
174 europäischen Freiwilligenausweises angestrebt werden, der in allen EU-Ländern  
175 gültig ist.
- 176 • Bundesfreiwilligendienste (BFD) für Menschen unter 27 Jahren (U27) sollen

rechtlich an die Jugendfreiwilligendienste (JFD) angegliedert werden (Jugendfreiwilligendienstgesetz, JFDG).

- Zur bundesweiten Koordination wird eine zentrale Stelle für Belange der JFD, der BDF U27 und Freiwilligen Wehrdienste U27 und der europäischen Freiwilligendienste eingerichtet, sodass die Zuständigkeiten nicht in verschiedenen Ministerien liegen.
- Förderung einer bundesweiten Struktur von Freiwilligenvertretungen, die im regelmäßigen Austausch mit der Politik und Zivilgesellschaft steht.
- Verbesserung der Anrechnungsmöglichkeiten von Freiwilligendiensten auf Studium oder Ausbildung und verlässliche Sicherstellung dieser.
- Wir fordern die Schaffung von Anreizen für die Organisationen, die Interessierte aus unterrepräsentierten Gesellschaftsgruppen in der Organisation als Freiwillige anstellen
- Durch kontinuierliche Anleitung und Begleitung durch eine (pädagogische oder pflegerische) Fachkraft als feste Ansprechperson muss vor Überforderung der\*des Freiwilligen geschützt werden.
- Selbstbestimmtes Lernen stärken: Die Freiwilligendienste sind Bildungs- und Orientierungsorte. Die Angebote müssen an den Interessen und Bedürfnissen der jungen Freiwilligen ausgerichtet sein. Dabei sind Teilhabe und Mitbestimmung wesentliche Grundsätze, die sich auch bei den bis zu 25 Bildungstagen widerspiegeln. So können die Freiwilligen Selbstwirksamkeit erfahren.

#### Begründung

Schon 2020 haben wir als Jusos auf dem Bundeskongress einen Beschluss zu Jugendfreiwilligendiensten gefasst. Seitdem hat sich die Situation der Freiwilligen aber leider nicht verbessert. Stattdessen ist nicht nur durch die CDU, sondern teils auch durch Vertreter\*innen unserer Partei eine Debatte um einen Pflichtdienst für junge Erwachsene entstanden. Deshalb ist dieser Antrag als Erneuerung und Erweiterung der Forderungen, die wir vor zwei Jahren angenommen haben, zu verstehen.

Unabhängig davon, dass ein Pflichtdienst viele Millionen Euro kosten würde, lehnen wir einen solch schweren Eingriff in die Handlungsfreiheit und in das Selbstbestimmungsrecht der jungen Erwachsenen ab. Junge Menschen engagieren sich schon jetzt sehr vielfältig und es sollte ihnen auch in Zukunft frei stehen, selbst zu entscheiden, wie und wann sie sich in ihrem Leben engagieren möchten. Gerade vor dem Hintergrund der Coronapandemie, in der gerade der Alltag der jungen Menschen sehr stark eingeschränkt wurde und ihnen viele Erfahrungen, die sämtliche Generationen vor ihnen machen durften, unwiederbringlich genommen wurden, erscheint die Einführung eines Pflichtdienstes widersinnig und völlig aus der Zeit gefallen.

Zumindest wäre die Einführung eines Pflichtdienstes, mit dem der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden soll, in unseren Augen nicht verhältnismäßig, solange man nicht zuerst versucht hat, das bestehende System der Freiwilligendienste so auszustatten, dass es auch tatsächlich allen unabhängig von ihrem finanziellen Hintergrund offensteht.

221

222 Während die Debatte um einen Pflichtdienst geführt wird, finden die Interessen der  
223 Menschen, die gerade einen Freiwilligendienst absolvieren oder Interesse daran haben,  
224 in der Öffentlichkeit aber kaum Gehör und gehen auch in den Haushaltsverhandlungen  
225 meist unter.

226 Im Gegenteil sieht es danach aus, als würden die Mittel im nächsten Haushalt weiter  
227 gekürzt werden. Deshalb bedarf es einer größeren Aufmerksamkeit für die Situation der  
228 Freiwilligen und einer Anerkennung des großen Engagements, das sowohl die  
229 Freiwilligen, aber auch die vielen, meist gemeinnützigen Trägerorganisationen, trotz  
230 der aktuell so schlechten Ausstattung aufbringen.

231

232 Zu Recht wird immer wieder herausgestellt, dass die Ableistung eines Dienstes für die  
233 Gesellschaft oder für die Umwelt viele wertvolle Erfahrungen beschert und zum  
234 Zusammenhalt der Gesellschaft beiträgt. Außerdem fördern Jugendfreiwilligendienste  
235 die Bildungsfähigkeit von Jugendlichen und müssen deshalb auch im Kontext der  
236 Bildungsgerechtigkeit gesehen werden. Wenn dem aber so ist, darf es nicht vom  
237 Einkommen der Eltern und von sonstigen sozialen Rahmenbedingungen abhängen, ob  
238 überhaupt, und wenn ja wo, sich ein junger Mensch die Ableistung eines  
239 Freiwilligendienstes leisten kann. Deshalb brauchen wir neben mehr Dienststellen vor  
240 allem eine gerechte Mindestaufwandsentschädigung für alle  
241 Freiwilligendienstleistenden.

242

243 Anhang - Stichprobe der Höhe von Aufwandsentschädigungen

244

245 Es treten große Unterschiede bei gleichen Trägern und gleichen Tätigkeitsfeldern  
246 (bspw. DRK) auf. Die Höhe der Aufwandsentschädigungen scheinen in unserer Stichprobe  
247 nicht von den unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in Stadtstaaten im Vergleich zu  
248 Flächenländern abzuhängen. So erhalten bspw. Freiwillige bei der ijgd und AWO in  
249 Berlin relativ wenig Aufwandsentschädigungen im Vergleich zu anderen Bundesländern.  
250 Auch ein Ost-West Unterschied, wie wir ihn von der durchschnittlichen Kaufkraft  
251 kennen, ist nicht eindeutig festzustellen.

AWO (FSJ) Stiftung Naturschutz (FÖJ) Baden-Württemberg 400 400 355 Bayern 706 (FSJ), 691  
(FÖJ) 423 Berlin 320 (FSJ) 325 510 Brandenburg 350 360 (FSJ), 305  
(FÖJ) Bremen 420 Hamburg über 400 (FSJ) Hessen 380 (Marburg), 330  
(Volunta) Mecklenburg-Vorpommern 440 Niedersachsen 400 (FSJ) max. 514  
(Hildesheim) Nordrhein-Westfalen 453 Rheinland-Pfalz 380 500  
(Speyer) Saarland 350 Sachsen 385 330 (Dresden) 390 Sachsen-Anhalt 365 (FSJ), 360 (FÖJ) 330  
(Magdeburg) Schleswig-Holstein 500 Thüringen 300 (Erfurt) 300

## Antrag INI12: Echtes Ankommen statt rechter Hetze

1 In einer durch multiple Krisen geprägten Zeit, die Menschen in unterschiedlichen  
2 Teilen der Welt vor existentielle Gefahren und Probleme stellt, nehmen  
3 Fluchtbewegungen weltweit zu. Die Aufnahme von schutzsuchenden Menschen stellt Bund  
4 und Länder in Deutschland vor bekannte - aber bislang ungelöste - Herausforderungen.  
5 Diese fallen mit starken sozialen Spannungen zwischen verschiedenen  
6 gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland zusammen, die sich aus den herrschenden  
7 Vermögensverhältnissen und der Verteilung finanzieller Belastungen innerhalb der  
8 Gesellschaft ergeben. Statt für diese Probleme adäquate Lösungsvorschläge zu  
9 erarbeiten und auf deren Umsetzung zu drängen, wird oft ein Narrativ geprägt, mit dem  
10 die marginalisierten Gruppen gegeneinander ausspielt werden, indem ihnen eine (Teil-  
11 )Schuld an der aktuellen Situation angelastet wird. Nicht nur Reaktionäre bedienen  
12 dieses Narrativ - leider nutzen es auch Kräfte und Personen innerhalb der SPD.

13 Aussagen, wie die von Friedrich Merz ("Wir erleben mittlerweile einen Sozialtourismus  
14 dieser Flüchtlinge: nach Deutschland, zurück in die Ukraine, nach Deutschland, zurück  
15 in die Ukraine.") sind nicht nur faktisch falsch, sondern machen bewusst Stimmung  
16 gegen Geflüchtete. Die Äußerungen und kampagnenartigen Ausführung von Merz und  
17 anderen reaktionären Akteur\*innen sind schlichtweg verbale Brandstiftung. Letztlich  
18 sind sie Wegbereiter der praktischen Gefährdung migrantischer Gruppen. Die Vielzahl  
19 an Angriffen auf Gemeinschaftsunterkünfte in der gesamten Bundesrepublik und die  
20 physischen und psychischen Attacken auf Schutzsuchende sind letztlich reale Folgen  
21 dieser Rhetorik und erfahren durch sie eine Legitimation. Begriffe wie "Ströme",  
22 "Wellen", "hybride Waffen" oder "Asyltourismus" sind martialisch bzw.  
23 menschenfeindlich und sollten für alle Demokrat\*innen unsagbar sein.

24 In vielen Städten und Gemeinden werden Schutzsuchende mittlerweile wieder in Zelten  
25 oder Turnhallen untergebracht und andernorts verhängen immer mehr Kommunen sogenannte  
26 "Aufnahmestopps". Es ist davon auszugehen, dass mit dem nahenden Winter und dem  
27 andauernden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine weitere Schutzsuchende zu uns  
28 kommen werden. Es gilt, ihre Situation in Deutschland sofort zu verbessern, denn es  
29 gibt keine Zeit mehr zu zögern. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Akteur\*innen  
30 bis hin zur Gemeinde-Ebene finanziell in die Lage zu versetzen, die Aufgaben der  
31 menschenwürdigen Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten erfüllen zu können -  
32 Hierfür müssen auch Altschulden erlassen werden.

33 Für uns steht fest: Alle Menschen, die Schutz und Hilfe suchen, müssen bei uns  
34 willkommen sein. Wir lehnen eine Begrenzung jedweder Art konsequent ab. Dabei spielt  
35 es keine Rolle, aus welchem Land und welcher Region Menschen flüchten. Rassistische  
36 Kategorisierungen und Hierarchisierungen von Schutzsuchenden, wie wir sie in den  
37 letzten Wochen und Monaten, zwischen weißen Schutzsuchenden und rassifizierten  
38 Schutzsuchenden, erlebt haben, sind nicht hinnehmbar und scharf zu verurteilen.

39 Der Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung verspricht eine Neujustierung der deutschen  
40 Asyl- und Migrationspolitik. Die Einführung des Chancen-Aufenthaltsrechts legt dabei  
41 beispielsweise einen neuen Grundstein, den es perspektivisch weiterhin auszubauen  
42 gilt. Aussagen aus eigenen Parteireihen, die mit rassistischen Narrativen agieren und  
43 Gegenteilige Signale in die Öffentlichkeit tragen, stehen im paradoxen Verhältnis zu  
44 unserem angestrebten Paradigmenwechsel in der Asyl- und Migrationspolitik. Die



gesellschaftliche und institutionelle Gleichstellung von Schutzsuchenden, muss endlich eine Richtlinie in der deutschen Asyl- und Migrationspolitik werden. Von einem SPD geführten Innenministerium erwarten wir aus jungsozialistischer Perspektive eine noch deutlicheren Einsatz für eine humane und progressive Asyl- und Migrationspolitik. oder aus Afghanistan.

Wir fordern daher eine sofortige Angleichung und Verbesserung der Verhältnisse in folgenden Bereichen:

### **1. Wohnen in Würde für alle! Mindeststandards für die Unterbringung von Geflüchteten**

- Grundsätzlich muss die dezentral Unterbringung von Geflüchteten in allen Kommunen möglich werden.
- Mindeststandards für Gemeinschaftsunterkünfte müssen verbindlich in allen Bundesländern gelten. Man darf sich nicht auf Soll-Vorschriften ausruhen. Dafür braucht es eine flächendeckende Qualitätsprüfung und eine daraus resultierende Neuentwicklung rechtlicher Mindeststandards. Diese dürfen niemals eine Absenkung der vorhandenen Standards zur Folge haben.
- Es muss mit einer Mindestfläche pro Person von 10m<sup>2</sup> gerechnet werden. Weiter dürfen nur maximal vier alleinstehende Personen in einem Zimmer gemeinsam untergebracht werden. Familien muss immer ein eigenes Zimmer zur Verfügung gestellt werden. Weiter muss es in Gemeinschaftszimmern eine Möglichkeit der räumlichen Abgrenzung (z.B. durch Raumtrenner o.ä.) geben, damit für jeden wenigstens ein minimaler Raum an Privatsphäre garantiert werden kann.
- Weiter müssen genug Bäder und Küchen mit allen nötigen Bestandteilen zur Verfügung gestellt werden, sodass nie mehr als 8 Personen oder zwei Familien diese sich teilen müssen.
- Unterkünfte dürfen nicht in die Peripherie verbannt werden. Ein Zugang zur Versorgung mit Bedarfen des täglichen Lebens muss mit dem ÖPNV gewährleistet sein. Schulen, Supermärkte, Arztpraxen, Poststellen, Behörden etc. müssen von der Unterkunft aus in einer für die Region üblichen Zeit mit dem ÖPNV erreichbar sein.
- Unterkünfte dürfen im Regelfall eine Größe von 50 Personen nicht überschreiten. Zu große Unterkünfte machen sinnvolle Sozialbetreuung durch Sozialarbeiter\*innen unmöglich. Bei Ausnahmen müssen Unterkünfte über 50 Menschen intern eine organisatorische Trennung in Teile mit maximal 50 Menschen vollzogen werden. Außerdem können sehr große Unterkünfte dafür genutzt werden, große Zahlen Geflüchtete an einem bestimmten Ort unterzubringen, um sie aus dem weiteren Stadtbild herauszuhalten. Das muss verhindert werden.
- Es braucht einen festen Mindest-Schlüssel von Sozialarbeiter\*innen mit eigenem Büro in der Unterkunft. An vielen Orten haben sich Schlüssel von 1:100 oder sogar mehr etabliert. Wir fordern, dass solch ein Schlüssel 1:20 nicht überschreiten darf. Außerdem sollte dieses Büro acht Stunden am Tag und fünf Tage die Woche besetzt sein, damit Bewohner\*innen unabhängig von Arbeitszeiten die Angebote zur Beratung nutzen können. Jedes Büro muss mit einer Möglichkeit



zum Videodolmetschen ausgestattet sein.

- In jeder Unterkunft muss es Gemeinschaftsräume und Kinderspielzimmer geben, die für alle zugänglich und gut ausgestattet sind. Der Zugang zu Sporträumen muss gewährleistet werden.
- Dass Geflüchtete für die Zeit des Asylverfahrens faktisch eingesperrt werden, lehnen wir strikt ab. Auch die Wohnsitzauflagen und die Residenzpflichten müssen, wenn Geflüchtete außerhalb der Unterkunft wohnen können (beispielsweise bei Familienangehörigen), aufgehoben werden.

## **2. Finanzielle Gleichberechtigung für alle! Öffnung des Bürger:innengeldes und Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Das Existenzminimum von Asylbewerbern:innen kann nicht unter dem für Deutsche liegen.**

Das Bundesverfassungsgericht urteilte bereits, dass das Grundgesetz ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums garantiert, das auch nicht pauschal nach Aufenthaltsstatus differenziert werden darf. Faktisch passiert dies allerdings noch immer. Die Forderung nach Beendigung dieser Ungerechtigkeit ist keine Utopie - für Ukrainer\*innen gilt bereits aufgrund des russischen Angriffskrieges, dass sie Leistungen nach SGB II und XII beziehen können (bspw. ALG II oder BAföG). Schutzsuchende aus anderen Herkunftsländern betrifft das nicht. Daher folgt für uns die Forderung nach Öffnung des Bürger\*innengeldes für alle, auch Schutzsuchende und schließlich die Abschaffung des restriktiven Asylbewerberleistungsgesetzes. Insbesondere muss das Sanktionsregime ersatzlos gestrichen werden.

## **3. Zugang zu medizinischer Versorgung für alle! § 87 AufenthG ändern. Es muss eine Ausnahme für die Meldepflicht im Gesundheitsbereich geschaffen werden.**

In Deutschland leben schätzungsweise eine halbe Millionen Menschen ohne Papiere. Ohne die nötigen Dokumente sind beispielsweise medizinische Behandlungen nur mit Behandlungsscheinen, die beim Sozialamt erfragt werden müssen, möglich. Die Sozialämter sind allerdings derzeit verpflichtet, insbesondere den Aufenthaltsstatus zu kontrollieren, womit die Abschiebung droht. Aus diesem Grund fordern wir einen Ausnahmetatbestand im entsprechenden § 87 AufenthG, sodass die Meldepflicht im Gesundheitsbereich abgeschafft wird. Außerdem müssen die Anforderungen an die Verhängung der Abschiebehaft erhöht werden. Außerdem muss die Abschiebehaft abgeschafft werden. Insbesondere für Kinder, Familien, Eltern mit minderjährigen Kindern, Schwangere und erkrankte Menschen stellt die Abschiebehaft eine enorme Belastung und gesundheitliche Gefährdung da. Die Ausländerbehörden müssen weniger stark eingreifende Maßnahmen wie Meldepflichten eingehender prüfen

## **4. Rechtssicherheit für alle - weg mit der Abschiebehaft Garantie auf Rechtsschutz hat. Das im Grundgesetz festgehaltene Recht auf Rechtsschutz bezieht sich allein auf Menschen mit Aufenthaltsstatus. Schutzsuchende, die nicht in Deutschland gemeldet sind, haben derzeit nur ein Recht auf die sogenannte Prozesskostenhilfe. Der Prozess, um diese Hilfe zu beantragen, ist mit vielen Hürden verbunden, welche für Menschen mit sprachlichen Barrieren nicht zumutbar sind. Vielen Menschen, denen diese Hilfe**

133 zusteht, ist dies aufgrund fehlender Kommunikation nicht einmal bewusst. Der fehlende  
134 Rechtsschutz wird oftmals durch freiwillige Angebote oder Studierendeninitiativen  
135 wie die Refugee Law Clinics gedeckt. Jedoch können diese Angebote qualitativ, sowie  
136 quantitativ der Nachfrage nicht gerecht werden. Der derzeitige rechtliche Umgang mit  
137 Schutzsuchenden ist laut BGH-Richterin Johanna Schmidt Rantsch eines Rechtsstaats  
138 unwürdig. Wir fordern deshalb, dass wir uns an dem niederländischen Konzept  
139 orientieren müssen und somit allen Asylbewerber\*innen bereits bei der Aufnahme  
140 kostenfreie Rechtsberatung zur Seite stellen, denn Schutzsuchende dürfen nicht ohne  
141 Beratung durch Verfahren geschleust und ohne gerechte Anhörung abgelehnt werden.  
142 Darüber hinaus fordern wir ein Verbot für die Verhängung einer Abschiebehaft und die  
143 Abschaffung von Abschiebegefängnissen. Erfolgsprognose kein Faktor sein, um die  
144 Genehmigung von Bratungs- und Prozesskostenhilfe abzulehnen. Solange es die  
145 Abschiebehaft als Werkzeug noch gibt, braucht es eine sofortige Pflichtbeordnung von  
146 Anwält:innen. Denn gerade dort sind Verfahrensfehler besonders häufig und das  
147 Machtgefälle zwischen Betroffenen und Gerichten besonders groß.

148

#### 149 **5. Integrationskurse für alle! Unabhängig vom Aufenthaltsstatus.**

150 Nach § 44 IV AufenthG verfügen nicht alle Menschen, die ein Asylverfahren durchlaufen  
151 oder durchlaufen haben, einen Rechtsanspruch auf die Teilnahme an einem  
152 Integrationskurs, sondern können maximal zur Teilnahme zugelassen werden, sofern  
153 entsprechende Kapazitäten vorhanden sind. Für uns ist allerdings auch klar, dass wir  
154 trotz eines Rechtsanspruchs keine Pflicht zu einem Integrationskurs wollen. Denn das  
155 Narrativ, dass Geflüchtete zur Teilnahme an diesen Kursen gezwungen werden müssten,  
156 ist falsch. Vielmehr sind Geflüchtete aufgrund ihrer finanziell äußerst prekären Lage  
157 oft dazu gezwungen, auf die Teilnahme an Kursen zu verzichten, um schneller am  
158 Arbeitsleben teilzunehmen und die eigene finanzielle Versorgung oder die der Familie  
159 zu sichern. Auch deswegen muss das AsylbLG abgeschafft werden und Sprachkurse sollten  
160 finanziell genauso gefördert werden wie ein Studium oder eine berufliche Fortbildung.  
161 Außerdem fordern wir ein flächendeckendes Netzwerk an Beratungsstellen für die  
162 Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse sowie Qualifizierungsmöglichkeiten.  
163 Diese müssen auch im ländlichen Raum vorhanden sein. Die gegenwärtige Finanzierung  
164 über Projektmittel, wie sie z.B. beim Förderprogramm Integration durch Qualifizierung  
165 besteht, ist nicht ausreichend. Stattdessen braucht es unbefristete  
166 Beratungsmöglichkeiten als Regelangebot.

167

#### 168 **6. Leichter Zugang zu Ausbildung und Studium**

169 Den Zugang zu einer Ausbildung und gegebenenfalls einer Ausbildungsduldung wollen wir  
170 vereinfachen. Menschen im Asylverfahren und Personen, die nicht abgeschoben werden  
171 können, erhalten so eine Zukunftsperspektive. Die Erwerbstätigkeit muss allen  
172 Geflüchteten unabhängig von ihrem Herkunftsland bereits während des Asylverfahrens  
173 erlaubt werden, besonders, wenn die Zusage eines Ausbildungsplatzes vorliegt. Das  
174 Arbeitsverbot von neun Monaten wollen wir aufheben. Auch Ausbildungsduldungen muss  
175 ohne Vorfristen wie die aktuell gültige Vorduldungszeit von drei Monaten ausgestellt  
176 werden, der Ausschlussgrund des angeblichen Missbrauchs von Sozialleistungen muss  
177 gestrichen werden. Der Zugang muss allen Geflüchteten ermöglicht werden, mit der  
178 "Duldung light" muss auch der Ausschlussgrund der "ungeklärten Identität" bei

179 Ausbildungsdundungen abgeschafft werden. Menschen, die Ausbildung oder Studium  
180 bereits abgeschlossen haben, erhalten oft nur schwer eine Anerkennung ihres  
181 Abschlusses. Die Verfahren müssen beschleunigt und Anerkennungen gesetzlich  
182 erleichtert werden.

183 Den Zugang zu einer Ausbildung und gegebenenfalls einer Ausbildungsdundung wollen wir  
184 vereinfachen. Menschen im Asylverfahren und Personen, die nicht abgeschoben werden  
185 können, erhalten so eine Zukunftsperspektive. Die Erwerbstätigkeit muss allen  
186 Geflüchteten unabhängig von ihrem Herkunftsland bereits während des Asylverfahrens  
187 erlaubt werden, besonders, wenn die Zusage eines Ausbildungsplatzes vorliegt. Das  
188 Arbeitsverbot von neun Monaten wollen wir aufheben. Auch Ausbildungsdundungen muss  
189 ohne Vorfristen wie die aktuell gültige Vorduldungszeit von drei Monaten ausgestellt  
190 werden, der Ausschlussgrund des angeblichen Missbrauchs von Sozialleistungen muss  
191 gestrichen werden. Der Zugang muss allen Schutzsuchenden ermöglicht werden, mit der  
192 “Duldung light” muss auch der Ausschlussgrund der “ungeklärten Identität” bei  
193 Ausbildungsdundungen abgeschafft werden. Menschen, die Ausbildung oder Studium  
194 bereits abgeschlossen haben, erhalten oft nur schwer eine Anerkennung ihres  
195 Abschlusses. Die Verfahren müssen beschleunigt und Anerkennungen gesetzlich  
196 erleichtert werden.

## Antrag INI13: Keine halben Sachen – Legalize it, aber richtig!

### Grundlegendes

Endlich gründen die Mühlen, wenn auch langsam. Letzte Woche hat das Kabinett Eckpunkte einer Cannabis Legalisierung bestätigt. Seit Jahren warten wir Jusos auf diesen Tag, für den wir so lange gekämpft haben. Doch wie immer gilt: Veränderungen geschehen nicht ohne Druck und die Artikulation von Interessen. Deswegen ist nun ein guter Zeitpunkt, zentrale Punkte aus Konsument\*innen-Perspektive zu artikulieren und auf einen Gesetzesentwurf zu pochen, der zu der Lebensrealität vieler Konsument\*innen in Deutschland passt. Die Regelungen müssen sozial gerecht und nachvollziehbar sein.

Die zwei übergeordneten Ziele lauten:

- Konsument\*innen, egal ob sie gelegentlich oder täglich kiffen, müssen von der Illegalität befreit werden.
- Dem illegalen Handel und dessen gefährliche Praktiken muss die Grundlage entzogen werden.

Folgende Punkte leiten wir daraus ab:

#### 1. Legales Cannabis muss beste Ware sein, auch mit Blick auf den THC-Gehalt.

Während in den Niederlanden, Kanada oder den USA ein THC-Gehalt von über 20 Prozent normal ist, würde Gras mit einer Obergrenze von 10 oder 15 Prozent als Cannabis zweiter Klasse dastehen. In den letzten Wochen wurde in der gesellschaftlichen Debatte eine THC-Obergrenze diskutiert. Dies allerdings würde einen Anreiz für den Schwarzmarkt schaffen, stärkeres Gras anzubieten und damit neben der Abwesenheit von Steuern und Staat ein weiteres Alleinstellungsmerkmal zu gewinnen. Auf der Suche nach Cannabis mit höherem THC-Gehalt würden Konsument\*innen auf den Schwarzmarkt ausweichen. Dort laufen sie aber Gefahr, Gras, das z.B. mit synthetischen Cannabinoiden und anderen Streckmitteln versetzt ist, zu kaufen. Auch führen THC-Obergrenzen praktischen Problemen im Konsumalltag: Beispielsweise muss für das Backen von Cookies über die sogenannte „Decarboxylierung“ das THC aus der Pflanze in Butter eingekocht werden, um sie später zu verbacken. Bei einer cannabis-infused Butter sind auch höhere Grenzwerte jenseits von 30 Prozent jedoch schnell erreicht und die Person, die sie produziert hat, schnell wieder in der Illegalität. Was Konsument\*innen brauchen, sind einfach anwendbare und verständliche Regeln, die zum Lebensalltag passen. Aus all diesen Punkten folgt:

Ein Gesetz zur Entkriminalisierung und Legalisierung von Cannabis darf keine THC-Obergrenze für Cannabis-Produkte enthalten. Auch Haschisch, Öle und THC-Edibles mit hohem THC-Gehalt müssen über den legalen Weg erhältlich und konsumierbar sein.

#### 2. Ob du mit 10, 20 oder 50 Gramm rumrennst – was geht das den Staat an?

Die Gründe, sich einen größeren Vorrat an Gras zuzulegen oder mit mehr als üblich herumzulaufen, können vielfältig sein: Ein längerer Sommerurlaub mit der Bahn durch Deutschland, eine Lieblingssorte, die häufig vergriffen ist oder die privaten Pflanzen, die gerade geerntet wurden. Konsument\*innen sollten sich in solchen Situationen keine Sorgen machen müssen, dass sie mit zu viel unterwegs sind. Daraus

folgt:

Ein Gesetz zur Entkriminalisierung und Legalisierung von Cannabis sollte großzügige Grenzwerte zur Mitführung von Cannabis und THC-haltigen Produkten enthalten, beispielsweise 50 Gramm oder mehr im öffentlichen Raum. Eine generelle Besitzgrenze oder Erwerbsgrenze lehnen wir ab.

### **3. Legales Kiffen muss bezahlbar sein.**

Wer es mit der Sicherheit für Konsument\*innen ernst meint, muss das Kiffen bezahlbar halten. Das Argument, mit der Legalisierung könne „der Staat schnell viel Geld verdienen“ sorgt selbst bei so manch einer\*einem Konservativen für Kopfnicken. Diese neoliberale Logik lässt allerdings schnell das zentrale Ziel außer acht, dem Schwarzmarkt ein Ende zu setzen. Solange es den Schwarzmarkt gibt, gibt es auch ein Substitut auf das Verbraucher\*innen ausweichen, wenn legales Gras zu teuer ist; Gefahren auf dem Schwarzmarkt bleiben so bestehen und vermeintliche Verhaltensanreize über Steuern laufen ins Leere. Dieses Thema hat aber auch eine Gerechtigkeitsdimension: Wir wollen eine Situation vermeiden, bei der wir auf der einen Seite das sichere und legale Gras für die haben, die es sich leisten können, und auf der anderen Seite das häufig gestreckte und illegale Gras für alle anderen. Aus diesen zwei Gedanken folgt:

Der Preis inkl. Steuern soll langfristig auch für Menschen mit geringen Einkommen bezahlbar sein und unter dem Schwarzmarktpreis für vergleichbares Cannabis liegen. Sollte eine neue Cannabis-Steuer erhoben werden, sollte diese zeitlich gestaffelt eingeführt werden.

### **4. Legales Gras muss verfügbar sein**

Was bringt guter Preis und gute Qualität, wenn es nicht verfügbar ist? Es braucht eine breit aufgestellte Vertriebsinfrastruktur, die auch die ländlichen Regionen abdeckt, um eine Verfügbarkeit von Cannabisprodukten im ganzen Land zu gewährleisten. Legales Gras wird nicht nur ein Medizinprodukt, sondern auch Genussmittel sein. Für eine gute Beratung beim Verkauf wird es für viele Konsument\*innen nicht nur auf eine versierte medizinische Einordnung ankommen, sondern z.B. auch auf Erfahrungswerte auf der anderen Seite oder Raum für Austausch. Wir setzen uns für eine unkomplizierte Lizenzvergabe ein, die Straftäter\*innen nach dem BtMG nicht von der Lizenzvergabe ausschließt. Daher fordern wir:

Die Möglichkeiten, legales Gras zu kaufen, müssen vielfältig und auch auf dem Land gegeben sein. Sofern Jugendschutz- und Datenschutzbestimmungen es zulassen, soll der Onlinehandel eingeführt werden. Das Anbauen von eigenem Gras muss legal sein – eine Obergrenze an Pflanzen lehnen wir ab.

Konsum in den Fachgeschäften sowie im öffentlichen Raum, in dem auch Tabakprodukte konsumiert werden dürfen, soll ermöglicht werden.

### **5. Zur Entkriminalisierung gehört die Amnestie!**

Die internationalen Regelungen und die Strafverfolgung zur Prohibition von Cannabis gehen auf vollkommen unwissenschaftliche und rassistische Kampagnen gegen Marihuana in den USA der 30er Jahre zurück. Das Zitat des früheren Chefs des US-Drogendezernats

und späteren Mitglieds der UN-Drogenkommission, Harry J. Anslinger, „Kiffen lässt Schwarze denken, sie wären so gut wie Weiße“ (aus dem engl.) spricht für sich. Die Stigmata, die dem Kiffen damals angehängt wurden, halten bis heute an und machen sich im gesellschaftlichen Diskurs und der Strafverfolgung bemerkbar. Letztere hat seit den 2000er Jahren in Deutschland nochmal massiv zugenommen. Wir sehen es als Aufgabe des Gesetzgebers, beim Beschluss über die Entkriminalisierung und Legalisierung von Gras auch Fragen der Amnestie zu regeln. Daher fordern wir:

Zur Entkriminalisierung gehört auch die Einstellung laufender Strafverfahren, die mit dem Eigenkonsum von Cannabis zusammenhängen, sowie der Erwerb, der Besitz oder die Herstellung. Bereits vergebene, aber noch nicht oder nur zum Teil getilgte Strafen werden erlassen.

Vergangene Urteile müssen aus dem Bundeszentralregister gelöscht und Berufsverbote aufgehoben werden.

#### **6. Kiffen ab 18 – kein aber.**

Komasaufen am 18. Geburtstag, aber wehe jemand schenkt Dir Baba Weed? Wir streben eine Gleichstellung von Cannabis und Alkohol an. Wenn wir es 18-jährigen Menschen zutrauen, ihren Alkoholkonsum und die Wahl der Getränke in Hinblick auf ihre Gesundheit und ihres sich noch entwickelnden Körpers selbst einzuschätzen, dann sollte das auch für den Konsum von Cannabis und die Wahl der Knolle gelten. Daraus folgt:

Kiffen muss ab 18 legal sein, ohne besondere Regeln für „diese jungen Leute“.

Programme zur Prävention von bedenklichen Konsummustern bei Alkohol und Cannabis werden ausgeweitet.

#### **7. Gestern gekifft, heute Abend am Steuer - das muss gehen!**

Menschen, die regelmäßig Cannabis konsumieren, kennen die Angst: Wer kontrolliert wird, ist in der Regel seinen Führerschein los, auch nach teils tagelanger Abstinenz.

Das liegt an der aktuellen Nachweisbarkeitsregel. Diese besagt: Ist der Wirkstoff nachweisbar, dann wirkt er auch. Hohe Bußgelder und Fahrverbote sind die Folge, unabhängig davon, ob die Fahrtüchtigkeit tatsächlich eingeschränkt war. Kein\*e Konsument\*in kann niedrigschwellig einschätzen, ob das THC im Eigenblut noch nachweisbar ist. Der aktuelle Grenzwert ist absolut unpraktikabel und überlässt es dem Zufall und dem Stoffwechsel einer Person, ob bei dieser nach 4 Tagen noch Wirkstoff nachweisbar ist oder nicht. In einer Welt, in der Gras rauchen legal ist, braucht es praktikable Grenzwerte, die dem Sicherheitsprinzip im Straßenverkehr gerecht werden und die gleichzeitig einen praktikablen Rahmen darstellen, in dem Selbsteinschätzungen und Faustregeln anwendbar sind. Daraus folgt:

Wir fordern einen Grenzwert für den Straßenverkehr, der gleichzeitig eine Rauschfahrt ausschließt, aber für regelmäßige Konsument\*innen eine alltagstaugliche Lösung darstellt. Dieser soll sich an bereits bestehenden Regelungen aus anderen Ländern orientieren, wie den 6 Nanogramm THC pro Milliliter Vollblut in Portugal und den Niederlanden. Außerdem fordern wir die Förderung der Entwicklung alternativer Testmethoden. Außerdem muss die Ungleichbehandlung im Verkehrsrecht beendet werden, indem vergleichbare Regeln zur Fahrt unter Alkoholeinfluss geschaffen werden.

131 8. Cannabis nicht den Kapitalist\*innen überlassen

132 Mit der Erwartung der Cannabis Legalisierung reiben sich bereits jetzt Investor\*innen  
133 die Hände. Sie stehen in den Startlöchern um riesige Grow-Anlagen aufzubauen, den  
134 Markt zu dominieren und Gewinne abzuschöpfen. Es ist für uns keine Option, mit dem  
135 hart erkämpften Konsum von Cannabis als Genußmittel die Rendite von Investor\*innen  
136 und Aktionär\*innen zu finanzieren. Die Produktion von Cannabis muss in kommunaler und  
137 genossenschaftlicher Hand erfolgen um die hohen Erwartungen an regionale, nachhaltige  
138 und preiswerten Anbau und Verkauf gerecht zu werden. Neben Genossenschaftlichen  
139 Modellen soll es auch in Cannabis-Social Clubs möglich sein, als eingetragene Vereine  
140 gemeinsam und nichtkommerziell im Rahmen des Eigenanbaus Cannabis anzupflanzen und an  
141 die Mitglieder auszugeben.



## Antrag INI14: Jin, Jiyan, Azadi! Solidarität mit den Protesten im Iran! Kampf dem Mullah-Regime!

1 Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

2 „Das ist der Beginn einer Revolution“

3 Am 16. September starb Jina (Mahsa) Amini in einem Teheraner Krankenhaus. Drei Tage  
4 zuvor war sie von der Gašt-e eršād, der sogenannten “Sittenpolizei”, festgenommen  
5 worden, weil sie den Hidschab angeblich nicht vorschriftsgemäß trug. Augenzeug\*innen  
6 beobachteten, wie die “Sittenpolizei” Amini schlug. Die 22-Jährige überlebte diese  
7 Festnahme nicht. Amini war eine von unzähligen FINTA, die von der Gašt-e eršād wegen  
8 ihrer Kleidung verhaftet, schikaniert und unterdrückt werden. Gerade deshalb wurde  
9 sie in kürzester Zeit zu einem Symbol: Seit ihrem Tod rollt eine Protestwelle durch  
10 den Iran. Tausende gehen auf die Straße, vor allem am Abend oder in der Nacht und  
11 demonstrieren gegen ein korruptes und patriarchales Regime. Die mutigen  
12 Protestierenden im Iran durchbrechen die eindimensionale patriarchale Logik des  
13 Islamischen Regimes, indem sie die Ketten ihrer Unterwerfung zerschlagen. Angetrieben  
14 wird dieser Protest vor allem von FINTA: auf den Straßen im Iran ebenso wie im  
15 Ausland und im Internet. FINTA, die sich der Polizei entgegenstellen, FINTA, die ihre  
16 Kopftücher abwerfen, FINTA, die sich als Zeichen des Protests die Haare abschneiden.  
17 Es ist ein feministischer Kampf gegen ein Regime, dessen Herrschaft auf der  
18 Unterdrückung von FINTA fußt. Gleichzeitig sind die Proteste längst nicht mehr nur  
19 auf einzelne gesellschaftliche Gruppen oder einzelne Städte beschränkt. Sie haben das  
20 gesamte Land erfasst und überschneiden sich mit den Protesten unterdrückter  
21 ethnischer Gruppen wie der Kurd\*innen. Gegen diese Proteste geht das Regime mit  
22 brutaler Gewalt vor. Die staatliche Repressionen und Unterdrückung trifft dabei die  
23 marginalisierten Gruppen und Minderheiten am meisten. Kurd\*innen gehören global zu  
24 den meist unterdrückten diskriminierten Völkern. Das hängt vor allem auch mit der  
25 weltweiten historischen Kriminalisierung der Befreiungskämpfe von Kurd\*innen  
26 zusammen. „Jin, Jiyan, Azadi“ - Frau, Leben, Freiheit. Ist die kurdische Parole, die  
27 derzeit weltweit gerufen wird und sich auf 40 Jahre Frauenkämpfe innerhalb der  
28 kurdischen Bewegung bezieht. Mitte Oktober bezifferte die Menschenrechtsorganisation  
29 Iran Human Rights die Anzahl der Toten bereits auf 120. Besonders brutal geht das  
30 Regime im Nordwesten gegen die Demonstrant\*innen vor, wo die meisten Kurd\*innen  
31 leben. Diese Gewalt gegen Demonstrant\*innen ist gleichermaßen erschreckend wie  
32 bekannt. Immer wieder kam es in der Vergangenheit zu Protesten gegen das Mullah-  
33 Regime. 2009 gegen Wahlbetrug und die Wiederwahl des Präsidenten Mahmud  
34 Ahmadineschad, 2019 anlässlich der rasant gestiegenen Ölpreise und grassierenden  
35 Armut im Land. Und immer wieder war die Antwort des Regimes die gleiche: Gewalt und  
36 Propaganda. In der Propaganda des Regimes sind es ausländische Mächte, insbesondere  
37 die USA, die hinter den Protesten stecken. Doch diese Propaganda scheint inzwischen  
38 an vielen Iraner\*innen vorbeizugehen. Den Repressionen des Regimes zum Trotz gehen  
39 sie nun seit Wochen auf die Straße, reißen sich nicht nur den Hidschab vom Kopf,  
40 sondern auch die Portraits der Ajatollahs von den Wänden und viel offener als bei  
41 vergangenen Protesten formulieren sie ihre Forderung: das Ende der Islamischen  
42 Republik.

43 **Während diese mutigen Menschen im Iran Widerstand gegen einen massiven**  
44 **Unterdrückungsapparat leisten, dürfen wir Jusos nicht schweigen. Unsere Solidarität**  
45 **gehört den Demonstrant\*innen im Iran ebenso wie allen Iraner\*innen im Exil, die zum**  
46 **Teil schon seit Jahrzehnten für einen demokratischen Wandel im Iran kämpfen.**

47 *Es herrscht Winter im Iran - seit 43 Jahren.*

48 Auch 1979 waren die Straßen im Iran voll mit Demonstrant\*innen. Damals richteten sich  
49 die Massenproteste gegen den iranischen Schah, Mohammad Reza Pahlavi, der sich mit  
50 nationalistischer Symbolik zu legitimieren versuchte und mithilfe des Geheimdienstes  
51 SAVAK als Despot herrschte. Offiziell verfolgte der Schah das Ziel der  
52 Gleichberechtigung der Geschlechter. So erhielten FINTA 1962 das aktive und passive  
53 Wahlrecht, 1967 wurde die Scheidung seitens der Frau erleichtert. Den privaten  
54 Freiheiten zum Trotz, die es im Iran vor 1979 gab, waren politische Partizipation und  
55 eine demokratische Opposition nicht möglich. Gleichzeitig herrschte eine enorme  
56 soziale Ungleichheit, während die Herrscherfamilie einen luxuriösen Lebensstil  
57 pflegte. Die Proteste gegen den Schah umfassten daher unterschiedlichste Gruppen:  
58 religiöse, liberal-bürgerliche ebenso wie linke bis kommunistische Gruppen. Ruhollah  
59 Chomeini inszenierte sich bewusst als Integrationsfigur, betonte die  
60 Gleichberechtigung der Geschlechter und sprach sich für demokratische Freiheiten aus.  
61 Sein Ziel, einen Gottesstaat zu errichten, verkündete er erst später. Dabei  
62 profitierten Chomeini und seine Anhänger\*innen davon, dass die Geistlichkeit als  
63 einzige auch in der Schah-Zeit über eine gemeinsame Organisation und über die besten  
64 Informationsnetzwerke verfügte. Von Gleichberechtigung und Demokratie blieb nach der  
65 sogenannten "Islamischen Revolution" nichts übrig: Eine Herrschaft der islamischen  
66 Rechtsgelehrten wurde errichtet, de facto konservativer bis fundamentalistischer,  
67 alter Männer, an deren Spitze ein religiöser und zugleich politischer Führer steht.  
68 Seitdem ist das Strafrecht nach der Scharia ausgerichtet, FINTA werden gezwungen, das  
69 Kopftuch zu tragen, Alkohol ist verboten. Ein zwölfköpfiger Wächterrat entscheidet  
70 darüber, ob die Beschlüsse des Parlaments zugelassen werden sowie wer für politische  
71 Ämter wie das des Präsidenten kandidieren darf. Die Möglichkeit der Wahl besteht für  
72 iranische Staatsbürger\*innen also nur innerhalb eines engen Korridors, der dieser  
73 fundamentalistischen Auslegung des Islam zu folgen hat. Wie eng dieser Korridor ist,  
74 zeigt sich auch in der Bewertung des ehemaligen Präsidenten Hassan Rohani: Der wurde  
75 im Ausland schon deshalb als Reformler begrüßt, weil er sich für Verhandlungen im  
76 Atom-Streit einsetzte. Das Unterdrückungssystem der Islamischen Republik stellte er  
77 nie prinzipiell in Frage. Doch selbst dieser Spielraum wurde dem obersten Führer  
78 Chamenei offenbar zu viel: Lediglich sieben Kandidaturen wurden für die  
79 Präsidentschaftswahl 2021 zugelassen, die meisten davon ultrakonservative Hardliner.  
80 Mit Ebrahim Raissi gewann einer dieser Hardliner die Wahl. Damit ist ein Mann  
81 Präsident des Iran, der in den 1980er Jahren für Massenhinrichtungen verantwortlich  
82 war und 2009 Menschen verfolgte, die auf Vergewaltigungen in iranischen Gefängnissen  
83 aufmerksam gemacht hatten.

84 Die Repressionen des Regimes beziehen auch den Zugang zum Internet mit ein,  
85 schließlich ist das Internet die Hauptquelle für Informationen jenseits der  
86 staatlichen Zensur. Der "Hohe Rat für den Cyberspace" verfolgt das Ziel eines  
87 nationalen Internets, basierend auf iranischen Servern, das der Kontrolle des Regimes  
88 unterliegt. Viele Internetdienste, wie Facebook oder Youtube, waren deshalb schon vor

den aktuellen Protesten gesperrt. Nun fiel auch Instagram der Zensur zum Opfer, eine der letzten verfügbaren Apps, die sich im Iran großer Beliebtheit erfreut. Allerdings beteiligte sich der Meta-Konzern, zu dem Instagram gehört, auch an der Zensur. Regimekritische Posts wurden von Instagram nachweislich gelöscht. Es steht der Verdacht im Raum, das Instagram-Moderator\*innen, die für den Iran zuständig sind, bestochen wurden, um die Posts zu löschen. Diese Vorwürfe müssen aufgeklärt werden. Ein Internetdienstleister wie Meta darf nicht zum Werkzeug staatlicher Zensur werden. Doch nicht nur ausgewählte Posts oder Dienste wurden gesperrt. Das Regime schaltete das Internet zwischenzeitlich komplett ab, in der Hoffnung, damit die Organisation der Proteste zu beeinträchtigen. Trotz der staatlichen Zensur gibt es verschiedene Möglichkeiten, anonyme Wege ins freie Internet zu schaffen, wie z.B. über die Browser-Erweiterung Snowflake und Proxy-Server. Viele Privatpersonen außerhalb Irans helfen bereits damit. Das darf jedoch keine private Verantwortung sein: **Die Bundesregierung ist in der Verantwortung, die Menschen im Iran beim Zugang zum freien Internet zu unterstützen. Außerdem müssen online mehr Informationen auf Farsi angeboten werden, damit sich Iraner\*innen unabhängig von der staatlichen Zensur informieren können.** Die Deutsche Welle sollte dahingehend ausgestattet werden, dass sie diese wichtige, emanzipatorische Aufgabe wahrnehmen kann. Die geplanten Haushaltskürzungen, die genau diesen Politikbereich wie z.B. das deutsch-, englisch- und arabischsprachige Internetportal Qantara treffen, müssen abgewendet werden. Mit einer feministischen Außenpolitik sind diese Kürzungen nicht vereinbar.

Eine Recherche von Correctiv, nerzpolitik.org und der taz zeigte kürzlich, dass das iranische Regime für die Einschränkung und Abschaltung des Internets auch Strukturen im Ausland nutzt. Darunter Unternehmen mit Tochterunternehmen oder Ablegern in Europa. Unter ihnen auch in Deutschland ansässige Unternehmen, die mit dem Regime kooperieren. Über die Firma Softqloud in Deutschland wurden für das iranische Unternehmen Arvancloud Datencenter von amerikanischen und niederländischen Netzbetreibern genutzt. Softqloud betreibt, nach Ergebnissen der Recherchen, zudem Webseiten, die gezielt von einem möglichen Shutdown im Iran ausgenommen werden können: Darunter unter anderem Webseiten des iranischen Agrarministeriums sowie diverser iranischer Botschaften. Eine Verbindung zwischen diesem Netzwerk, den europäischen Datencentern und dem iranischen Regime liegt nahe.

Wir fordern jede Zusammenarbeit mit dem iranischen Regime oder staatlichen Unternehmen mit sofortiger Wirkung einzustellen. Für europäische Unternehmen, die mit dem Regime des Irans weiterhin kooperieren oder die mit der iranischen Diktatur in Verbindung stehen, müssen umgehend Sanktionen verhängt und Unternehmenswerte eingefroren werden. Es darf keine Möglichkeit für das iranische Regime bestehen, Sanktionen der EU über ausländische Firmen zu umgehen. Die aktuelle Lage im Iran erfordert entschieden mehr Entschlossenheit seitens der Bundesregierung, sowie der Europäischen Union.

### *Die Freiheit ist weiblich*

Der Mord an Jina (Mahsa) Amini zeigt einmal mehr, welche Auswirkungen die streng patriarchalen Strukturen im Iran haben. Gewalt gegen FINTA-Personen ist als Ausdruck des Machtungleichgewichts zwischen den Geschlechtern das Ergebnis von paternalistisch, männlich dominierenden Verhaltens- und Denkmustern. Während der

iranische Unrechtsstaat versucht, sich aus der Verantwortung für den Tod Aminis herauszureden werden die Stimmen der Gegner\*innen lauter: Der Tod von Jina Mahsa Amini ist ein Femizid! FINTA sterben, weil sie der Deutungshoheit der männlichen Dominanzherrschaft unterliegen. Es liegt im Ermessen der sogenannten Sittenpolizei, ob sich eine FINTA-Person gemäß der Scharia korrekt verhält. Dabei geht es dem theokratischen Herrschaftssystem nicht um die Religionsausübung der Zivilbevölkerung, vielmehr wird der Islam als Grundlage für dieses System missbraucht, um die massive Ungleichbehandlung von FINTA zu legitimieren.

Der Protest gegen die gewaltsame Durchsetzung des Verhüllungszwangs durch die Sittenpolizei hat nicht nur der Protest von FINTA angefacht: Inzwischen solidarisieren sich Brüder, Vater und Söhne mit den Emanzipationen der FINTA im Iran. Es geht um Grundrechte, die vom Mullah-Regime mit Füßen getreten werden.

FINTA im Iran werden sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum stark diskriminiert. Nach der Islamischen Revolution von 1979 konnte die von der Regierung geforderte Zwangsverschleierung zunächst nicht durchgesetzt werden: Am feministischem Kampftag 1979 versammelten sich spontan zehntausende FINTA in Teheran zu einer drei Tage andauernden feministischen Demonstrationen gegen die Verschleierungspflicht. Doch bereits zwei Jahre danach wurden die FINTA-Rechte sukzessive vom Staat wieder eingeschränkt, indem Trennungen nach Geschlechtern an öffentlichen Orten vorgenommen und die Kleiderordnung zur Bedeckung des Haares und das Tragen von weit sitzender Kleidung vorgeschrieben wurden. Make-up oder Nagellack waren verboten und die Farben sollten gedeckt sein, bestenfalls schwarz. Nach Repressionen in den Neunzigerjahren unter den Klerikern Ali Akbar Rafsandschani (1989-1997) und vor allem Mohammad Chatami (1997-2005) lockerten sich die Kleiderordnungen und damit das Erscheinungsbild der FINTA. Das Ablegen des Hijabs in der Öffentlichkeit gilt nach wie vor als Protestaktion gegen das unterdrückende Regime. Bei Protestaktionen, wie „My Stealthy Freedom“ 2014 und der „White Wednesday“ 2017 riefen Iranerinnen dazu auf, für die Gleichbehandlung einzustehen und die Verschleierung als Symbol für die Selbstbestimmung abzulegen. Welche Gefahren diese friedlichen Proteste bergen, zeigt beispielhaft die Festnahme von drei FINTA, welche 2019 unverschleiert Blumen an Passagier\*innen einer U-Bahn verteilten und zu langen Haftstrafen verurteilt wurden. Die Proteste der vergangenen Wochen beziehen sich auf das aggressive Vorgehen der Sittenpolizei gegenüber FINTA, das sich in den letzten Wochen verstärkt hat. Der Kampf der FINTA im Iran ist ein feministischer Kampf, denn es geht nicht um das Tragen eines Kopftuchs, es geht um das Durchgreifen des Staates in die Selbstbestimmung der FINTA. Außerdem stehen queere Menschen im Zentrum der staatlichen Diskriminierung. Homosexuelle Handlungen werden mit der Todesstrafe bestraft. Seit 1979 sind schon mehrere tausend Menschen aufgrund ihrer Sexualität hingerichtet worden. Transidentität steht hingegen nicht unter Strafe, wenn sich Trans-Personen geschlechtsangleichenden Maßnahmen unterziehen. Das führt dazu, dass viele Homosexuelle zu Geschlechtsumwandlungen gedrängt werden, weil ihre Sexualität dann offiziell nicht mehr als gleichgeschlechtlich gewertet wird und sie somit der Todesstrafe entkommen. So führt selbst die Nicht-Strafbarkeit von Transidentität im queerfeindlichen, iranischen Strafrecht zu enormem Leid. Diese misogynie und queerfeindliche Politik wird durch die Unterdrückung ethnischer Minderheiten noch verschärft. Kurdische FINTA beispielsweise, wie Jina (Mahsa) Amini, sind im Iran einer doppelten Diskriminierung ausgesetzt, da sie nicht nur als FINTA sondern auch

181 als Kurd\*innen gewaltsam unterdrückt und getötet werden. Der feministische Kampf muss  
182 daher intersektional sein, um Mehrfachdiskriminierungen erkennen und benennen zu  
183 können. Erst wenn kurdische FINTA im Iran frei sind, können alle Frauen frei sein.

184 Im aktuellen Kampf für Selbstbestimmung zeigen sich ein unglaublicher Mut und  
185 Zusammenhalt. **Deshalb ist das, was wir jetzt sehen, ein feministischer Protest. Und**  
186 **feministische Außenpolitik würde bedeuten, die Iraner\*innen in diesem feministischen**  
187 **Anliegen, dem Wunsch, selbstbestimmt zu leben, zu unterstützen.**

188 Dabei ist wichtig zu betonen, dass die politische Auslegung des schiitischen Islam,  
189 auf die sich die islamische Republik gründet, weder eine "Rückkehr zum Mittelalter"  
190 noch Ausdruck einer traditionellen Religiosität ist. Die Theorien, auf die Ajatollah  
191 Chomeini zurückgegriffen hat, sind Produkte des 20. Jahrhunderts, und stark geprägt  
192 vom Kampf gegen das Schah-Regime auf der einen, gegen vermeintlich westliche  
193 Einflüsse auf der anderen Seite. Wir dürfen jedoch nicht den Fehler begehen, der  
194 Regime-Propaganda zu glauben, die behauptet, liberale Demokratie, Rechtsstaat und  
195 Gleichberechtigung seien lediglich Versuche der "westlichen" Einflussnahme und  
196 richteten sich gegen die iranische Kultur und Religion. Der Iran blickt auf eine  
197 lange Geschichte im Kampf um die Demokratie zurück. Schon 1906, in der  
198 Konstitutionellen Revolution, kämpften Iraner\*innen gegen die absolute Monarchie, für  
199 ein Parlament und eine moderne Verfassung. Schon damals gab es große Konflikte  
200 zwischen säkularen Bestrebungen und den Zielen des Klerus, der nicht bereit war,  
201 seine Machtstellung aufzugeben. Auch heute kämpfen zahlreiche Menschen im Iran für  
202 einen Staat, in dem sie frei und selbstbestimmt leben können und die Machthaber\*innen  
203 halten an der Islamischen Republik fest, obwohl sich nur knapp 40 Prozent der  
204 Iraner\*innen als muslimisch verstehen und in der Bevölkerung ein allgemeiner Trend  
205 zur Säkularisierung herrscht. **Umso wichtiger ist es, dass wir uns mit den**  
206 **demokratischen Bestrebungen im Iran solidarisieren und den Versuch des Regimes,**  
207 **Demokratie als etwas "Fremdes" abzustempeln, zurückweisen.**

#### 208 *Jina oder Mahsa? Die Unterdrückung der Kurd\*innen*

209 Nirgendwo im Iran sind die Proteste so heftig und anhaltend wie in den kurdischen  
210 Gebieten im Westen des Landes. Kurd\*innen leisten bereits lange Widerstand gegen das  
211 harte Vorgehen der regimetreuen Sicherheitskräfte. Jina (Mahsa) Amini steht damit  
212 nicht nur für die Wut der FINTA und der jungen Menschen im Iran, sondern auch für die  
213 Wut der ethnischen Minderheiten, insbesondere der Kurd\*innen, die sich als "größtes  
214 Volk ohne Land" bezeichnen. Im Iran sind gut zehn Prozent der Bevölkerung kurdischer  
215 Abstammung, so auch Jina (Mahsa) Amini. Die Teheraner "Sittenpolizei" behauptet  
216 derweil, dass es keine Rolle gespielt habe, dass die junge Frau Kurdin war.  
217 Kurd\*innen leiden nicht erst seit der Ausrufung der islamischen Republik unter  
218 Diskriminierung und Unterdrückung. Immer wieder stehen sie im Konflikt mit der  
219 iranischen Führung. Als Folge sind sie bereits gut organisiert, was bei der schnellen  
220 Ausbreitung der Proteste nach Aminis Tod zum Tragen kam. Die kurdische Solidarität  
221 wird daher als die treibende Kraft der aktuellen Proteste im Iran gesehen.

222 Die grundsätzliche Ausübung der kurdischen Identität ist im Iran nicht verboten und  
223 dennoch kommt es schnell zur blutigen Unterdrückung, sobald sich Kurd\*innen als Volk  
224 definieren. Man darf kurdisch sprechen und kurdische Kleidung tragen, es gibt  
225 teilweise kurdische Medien, die jedoch von der islamischen Regierung kontrolliert und

226 zensiert werden. Die kurdische Frage im Iran lässt sich viel stärker als eine  
227 Klassenfrage definieren. In kurdischen Gebieten fehlt es an einfachster  
228 Infrastruktur, während sich Teheran mittlerweile hochmodern entwickelt hat. Das  
229 repressive iranische Regime handelt im Sinne einer "Hungerherrschaft" und durch eine  
230 zunehmende Privatisierung von zum Beispiel Schulen, das Abschaffen der  
231 Arbeiter\*innenversicherung und eine zunehmende Inflation wird absichtlich dafür  
232 gesorgt, dass die kurdische Ethnie ökonomisch unterentwickelt bleibt. Die humanitäre  
233 Lage hat sich in kurdischen Gebieten aufgrund der Coronakrise nochmal massiv  
234 verschärft.

235 In den kurdischen Gebieten im Iran sind verschiedene politische Parteien aktiv.  
236 Gleichzeitig bringt die Organisation in Parteien eine neue Form der Unterdrückung  
237 durch das iranische Regime mit sich. In den organisierten kurdischen Gebieten geht  
238 das Regime gewaltvoll gegen jegliche Proteste oder Streiks vor. Der bewaffnete Kampf  
239 ist hier im Vergleich zu anderen Teilen im Iran schon lange kein Tabu mehr. Für die  
240 kurdische Bevölkerung ist es eine traurige Normalität, in einem Gebiet der  
241 Kriegsoperationen zu leben. Sie spüren die Unterdrückung durch den repressiven  
242 autoritären Staat in ausgeweiteter Form.

243 Im Jahre 2018 kam es bereits zu einer ersten Welle an Protesten, die hauptsächlich  
244 durch kurdische Arbeiter\*innen getragen wurden. Zehn Tage lang im Januar  
245 protestierten Menschen in kleineren Städten des Irans, also in ökonomisch abgehängten  
246 Regionen, in denen vor allem ethnische Minderheiten leben, gegen das Regime. Auslöser  
247 war das fehlgeschlagene Atomabkommen, nachdem US-Präsident Trump ausgestiegen war.  
248 Die Antwort der islamischen Regierung war sehr brutal, es gab viele Getötete. Es  
249 folgten im selben Jahr Hinrichtungen kurdischer Aktivist\*innen durch das iranische  
250 Regime. Im Jahre 2019 wurde eine vor allem kurdische Arbeiter\*innenbewegung nach  
251 Protesten gegen die Benzinpreiserhöhung brutal niedergeschlagen.

252 Die kurdischen Arbeiter\*innenbewegungen sind als ein zentraler Bestandteil des  
253 Widerstandes der Bevölkerung gegen das islamische Regime zu verstehen, wie sich in  
254 der aktuellen Situation nach der Tötung Aminis verstärkt zeigt. Eine Hochburg der  
255 aktuellen Aufbegehren gegen den Islamischen Staat ist Saqez, der Heimatort von Amini.  
256 Beobachter\*innen beschreiben darüber hinaus Proteste vom äußersten Norden der  
257 kurdischen Regionen bis in den äußersten Süden. Kleinstädte sind dabei genauso von  
258 Unruhen erfasst wie größere Städte. Menschenrechtsorganisationen beschreiben, dass  
259 nirgendwo die Rebellion gegen das islamische Regime im Iran jetzt so groß ist, wie in  
260 den kurdischen Regionen. Hier kommt es seit Wochen zu schweren Zusammenstößen  
261 zwischen Kurd\*innen und regimetreuen Sicherheitskräften. In kurdischen Gebieten wurde  
262 die Zahl der Sicherheitskräfte zuletzt deutlich erhöht, das Internet wurde teilweise  
263 abgeschaltet oder die Verbindungen gedrosselt.

264 Der Tod der jungen Kurdin, die ihren kurdischen Namen Jina offiziell gegen den  
265 persischen Namen Mahsa eintauschen musste, hat Angehörige aller ethnischen Gruppen,  
266 FINTA und Männer gegen die iranischen Machthaber geeint. Von Nord bis Süd und West  
267 bis Ost wird mittlerweile unter dem kurdischen Slogan "Frau, Leben, Freiheit"  
268 protestiert. Das Ende der Unterdrückung und Bevormundung durch das theokratische  
269 Regime wird nun nicht mehr nur durch die Kurd\*innen, sondern von vielen Iraner\*innen  
270 gefordert. **Auch in unserer Betrachtung der iranischen Gesellschaft muss die**  
271 **ethnische, sprachliche und kulturelle Vielfalt endlich mehr Platz einnehmen.**



272 *Student\*innen fordern die Staatsmacht heraus*

273 Neben Arbeiter\*innenbewegungen und FINTA-Bewegungen spielen auch studentische  
274 Bewegungen eine zentrale Rolle in den aktuellen Protestbewegungen. An den  
275 Universitäten gibt es bereits seit 2017/18 wieder Student\*innenräte mit linker  
276 Ausrichtung, nachdem 2009 alle Studierendenverbindungen durch das Regime geschlossen  
277 wurden. Traditionell spielen Student\*innen eine zentrale Rolle bei Protestbewegungen  
278 im Iran: Während der Revolution von 1979, aber auch noch danach bei weiteren  
279 Protestbewegungen 1998 und 2009 haben Student\*innen von ihrem Potential, verschiedene  
280 Teile der Gesellschaft zu mobilisieren, Gebrauch machen können. Studierende stammen  
281 aus allen Schichten der Gesellschaft Ethnien übergreifend und bringen eine gewisse  
282 intellektuelle Unterstützung in Protestbewegungen mit. Das Regime scheint sich dem  
283 großen Potenzial von Student\*innenprotesten bewusst zu sein und geht vehement gegen  
284 das Entstehen von organisierten Protesten vor. Im Dezember 2018 organisierten  
285 Studierende an der Uni Teheran eine Solidarisierungsdemo mit FINTA und gegen den  
286 Zwangshijab und mit Mitarbeiter\*innen in Zuckerrohr- und Stahlfabriken. 2019  
287 organisierten Studierende eine Demonstration unter der Parole "von Teheran nach Chile  
288 über den Irak kämpfen wir zusammen gegen den Neoliberalismus" und kritisierten  
289 hiermit offen die deutlich neoliberal ausgerichtete und ökonomisch unterdrückende  
290 Politik des islamischen Regimes. Kurdische Studierendenverbindungen sind darüber  
291 hinaus relevant, da kurdische Student\*innen einen Großteil ihres Studiums in anderen  
292 Städten außerhalb der kurdischen Gebiete verbringen; bei ihnen liegt somit eine  
293 andere Verbundenheit mit den verschiedenen Menschen in Iran vor.

294 Im Rahmen der aktuellen Protestwelle im Iran spielen Student\*innen wieder eine  
295 besondere Rolle. An der Sharif Universität in Teheran hatte es auf dem Campus am 02.  
296 Oktober 2022 eine friedliche Kundgebung gegeben, bei der mehrere Studentinnen  
297 verhaftet wurden. Der Campus wurde von Polizisten und Milizen umstellt, die  
298 Studentinnen eingekesselt und teilweise mit Schrotflinten beschossen. Der brutale  
299 Einsatz von Schusswaffen an dieser Eliteuniversität in Teheran sorgt für starke  
300 Empörung. Daraufhin forderten im Rahmen eines Protestes an der Firdausi-Universität  
301 in Mashhad, der zweitgrößten Stadt des Landes, Student\*innen die Freilassung ihrer  
302 inhaftierten Kommiliton\*innen. Immer wieder gelangen Fotos und Videos dieser mutigen  
303 Protestaktionen ins Netz, trotz des erschwerten Zugangs zum Internet. Die Solidarität  
304 der Studierenden mit den Demonstrant\*innen besitzt das Potenzial zu einer  
305 Herausforderung für die Staatsmacht zu werden und muss daher unterstützt werden.  
306 Studierende sind gerade jetzt Bestandteil wichtiger Protestbewegungen im Iran, auch  
307 wenn ihre Proteste häufig isoliert voneinander stattfinden und nicht lange andauern.  
308 Immer häufiger jedoch schließen sie sich Demonstrant\*innen auf der Straße an,  
309 übernehmen so immer häufiger eine führende Rolle im Widerstand gegen das islamische  
310 Regime. Die Studierenden sind dabei mit der Hoffnung getrieben, größere Veränderungen  
311 durch ihre Protestbewegungen erreichen zu können. Nehmen wir ihnen nicht diese  
312 Hoffnung, sondern unterstützen wir sie in ihrem Protest. Umso wichtiger ist der  
313 wissenschaftliche und studentische Austausch, wozu auch die Bereitstellung von  
314 Stipendien für iranische Student\*innen gehört. Die geplanten Kürzungen beim Deutschen  
315 Akademischen Austauschdienst (DAAD) laufen damit genau in die falsche Richtung.  
316 **Jungen Wissenschaftler\*innen und Student\*innen, vor allem jenen, die unter**  
317 **politischer Verfolgung leiden, muss der Weg an deutsche Universitäten offenstehen.**



### 318 *Unterdrückung und Bereicherung: Die Rolle der Revolutionsgarde*

319 Die große Mehrheit der Iraner\*innen leidet unter Armut und Perspektivlosigkeit. Viele  
320 Angehörige der Mittelschicht haben in den letzten Jahren erhebliche  
321 Wohlstandseinbußen erlitten, nicht zuletzt durch die enorme Inflation bei  
322 gleichzeitiger Knappheit zahlreicher Güter. Viele Menschen im Iran halten sich und  
323 ihre Familien mit mehreren Jobs nebeneinander über Wasser. Auf Teherans Straßen sieht  
324 man Kinder mit Bauchläden herumlaufen, die aus Not versuchen, etwas Geld für ihre  
325 Familien dazu zu verdienen. Besonders prekär ist die Lage für Geflüchtete, vor allem  
326 aus Afghanistan, die ohne Papiere im Land leben und von zahlreichen Diskriminierungen  
327 betroffen sind. Junge Akademiker\*innen leiden trotz hervorragender Qualifikationen  
328 unter Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit. Wer kann, wandert aus, aber auch das  
329 setzt in der Regel erhebliche finanzielle Mittel voraus. Diese jungen Menschen haben  
330 eher Reform-orientierte Regierungen ebenso wie Hardliner-Regierungen erlebt und  
331 feststellen müssen, dass sich an ihrer Lage im Wesentlichen nichts ändert. Dass die  
332 Islamische Republik nicht reformierbar ist. Doch selbst in dieser prekären  
333 wirtschaftlichen Lage gibt es Gruppen, die profitieren und zum Teil enorme Vermögen  
334 anhäufen können. Die Angehörigen der Basidsch-Milizen, die aktuell zur  
335 Niederschlagung der Proteste eingesetzt werden, genießen als Teil des  
336 Repressionsapparats eine vergleichbar stabile finanzielle Lage. Insbesondere aber die  
337 Sepâh, die Iranische Revolutionsgarde, stellt die Brücke zwischen Gewaltherrschaft  
338 und wirtschaftlicher Bereicherung dar. Ihre Kernaufgabe ist es, gegen jede politische  
339 Opposition vorzugehen. Ehemalige Kommandeure der Revolutionsgarde besetzen zahlreiche  
340 Schlüsselpositionen in der iranischen Politik und Wirtschaft, organisieren zudem die  
341 illegalen Außenhandelsbeziehungen, um die internationalen Sanktionen zu umgehen und  
342 werden immer wieder mit Korruption im großen Stil in Verbindung gebracht. Zugleich  
343 ist die Sepâh der größte Unternehmer des Landes, hat von Privatisierungen ehemaliger  
344 Staatskonzerne profitiert und genießt Steuer- und Zollfreiheit. Zu den  
345 Wirtschaftsbereichen, in denen die Revolutionsgarde aktiv ist, zählen auch das  
346 Ölgeschäft sowie Häfen und Flughäfen. Auch auf die Medien nimmt die Revolutionsgarde  
347 Einfluss. Die Mitglieder der Revolutionsgarde sind mit der Islamischen Republik  
348 vermögend und einflussreich geworden, sie sind die zentrale Stütze des Regimes. Auch  
349 wenn die am 17.10.2022 beschlossenen EU-Sanktionen eine Untergruppe der  
350 Revolutionsgarde, die Basidsch-Milizen, sowie die sogenannte Sittenpolizei in den  
351 Blick nehmen, sparen sie doch die wirklich mächtige Organisation hinter der Diktatur  
352 aus. **Die internationalen Sanktionen müssen endlich gegen die politische und**  
353 **wirtschaftliche Elite des Landes ausgerichtet werden und dazu zählt zweifellos die**  
354 **Revolutionsgarde.** Gleichzeitig ist die Revolutionsgarde, vor allem die Al-Quds-  
355 Brigaden, der wichtigste Akteur in der aggressiven, destabilisierenden Außenpolitik  
356 Irans. Die USA stufen die Revolutionsgarde bereits als Terrororganisation ein. Die EU  
357 muss dieser Einschätzung endlich folgen. Solange die Angehörigen dieser Organisation  
358 von der Diktatur profitieren, werden sie die Diktatur stützen.

### 359 *Die Architekten des Terrors*

360 Am 3. Januar 2020 wurde Qasem Soleimani durch das US-Militär in Bagdad getötet. Der  
361 Iran antwortete mit martialischen Drohungen und Attacken auf US-amerikanische  
362 Militärbasen und mit dem unbeabsichtigten Abschuss eines Passagierflugzeugs. Das  
363 irakische Parlament forderte den Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak, was

364 den iranischen Einfluss weiter stärken würde. Und auch in Deutschland herrschte  
365 vielerorts die Deutung vor, die USA seien für die neuerliche Eskalation im Konflikt  
366 mit dem Iran verantwortlich. Dabei kamen Krieg und Eskalation in der Region nicht  
367 erst mit dem Tod Soleimani. Im Gegenteil: Soleimani war einer der  
368 Hauptverantwortlichen für das Sterben im Nahen Osten und an seiner Person lässt sich  
369 beispielhaft beschreiben, wie der Iran den Krieg in seinen Nachbarländern nicht nur  
370 vorangetrieben, sondern auch immer weiter entgrenzt hat. Qasem Soleimani war bis zu  
371 seinem Tod Kommandeur der Al-Quds-Brigaden und damit direkt dem iranischen  
372 Revolutionsführer und Staatsoberhaupt Ali Chamenei unterstellt. Er wurde als  
373 zweitmächtigster Mann des Irans gehandelt. Seine Brigaden, ein Teil der Iranischen  
374 Revolutionsgarde, dienen offiziell dem Export der Iranischen Revolution in der Region  
375 und bilden eine Spezialeinheit für extraterritoriale Aktionen. Ganz konkret heißt  
376 das, dass die Quds-Einheiten pro-iranische Milizen unter anderem in Syrien, im Irak,  
377 im Libanon, im Gazastreifen (Teile der Hamas und Islamischer Dschihad) und im Jemen  
378 mit Ausbildung, Waffen und Finanzierung unterstützen. Faktisch war Qasem Soleimani  
379 der Kommandeur eines ganzen Netzwerks aus iranischen Terroragenten im Ausland. Diese  
380 Stärkung und Steuerung von Milizen trägt zur Destabilisierung der Region bei und  
381 verhindert beispielsweise im Irak die Wiedererrichtung eines staatlichen  
382 Gewaltmonopols. Qasem Soleimani als Architekten des Terrors zu bezeichnen, ist keine  
383 propagandistische Deutung: Angriffe auf amerikanische Militärbasen, auf die US-  
384 Botschaft in Bagdad und auf Israel legen Zeugnis vom Terror ab, den das iranischen  
385 Expansionsstreben erzeugt. Der Iran will durch nicht-staatliche Milizen seine  
386 Nachbarländer unterwandern und eine Vormachtstellung in der Region erringen.  
387 Soleimani war der Kopf hinter dieser Strategie. Dabei werden die klassischen Regeln  
388 der Kriegsführung vom Iran ausgehebelt, der über nicht-staatliche Milizen nicht-  
389 staatliche Kriege führt. Von einem Iran, der seine Milizen zum Sturm auf die US-  
390 Botschaft aufhetzt und der unter dem fadenscheinigen Deckmantel verbündeter  
391 Terrororganisationen Israel beschießt. Von einem Iran, der als bewusste Strategie  
392 die Grenze zwischen Krieg und Frieden verwischt. Diese Strategie wurde von Qasem  
393 Soleimani perfektioniert. **Eine Glaubwürdigkeit des Völkerrechts im Nahen Osten kann**  
394 **nur erreicht werden, wenn die verdeckte Kriegsführung des Irans und weiterer Staaten**  
395 **endet.**

396 Statt jedoch das vom iranischen Hegemoniestreben verursachte Leid in den Fokus zu  
397 rücken, bedienten sich viele Medien in Deutschland eines etablierten Orientalismus:  
398 Die sogenannte „schiitische Welt“ trauerte um Soleimani. Es wurden Aufnahmen von  
399 Menschenmengen im Iran und Irak gezeigt, die „Tod Amerika“ und „Tod Israel“  
400 forderten. Vergessen wurden die vielen tausend Menschen, die im Irak gegen den  
401 Einfluss des Iran und für die Souveränität ihres Staates demonstriert hatten  
402 (unabhängig von ihrer Konfession). Vergessen wurden auch die Demonstrant\*innen im  
403 Iran, die damals (2019/20) ebenfalls gegen ein korruptes, islamistisches Regime und  
404 katastrophale Lebensbedingungen demonstriert hatten. Vor allem wurde vergessen, dass  
405 diese vielen Menschen unter Gefährdung ihres Lebens demonstriert hatten: Iranische  
406 Sicherheitskräfte und vom Iran gesteuerte Milizen im Irak töteten hunderte  
407 Demonstrant\*innen, tausende wurden verletzt und verhaftet. Das iranische Regime tötet  
408 nicht nur innerhalb der eigenen Landesgrenzen. **Die aggressive Außenpolitik des Iran**  
409 **muss als solche benannt und vor allem die darunter leidenden Zivilist\*innen in den**  
410 **Fokus gerückt werden.**

411 Die gewalttätige Politik des iranischen Regimes macht sich nicht ausschließlich in  
412 unmittelbaren Nachbarländern des Iran bemerkbar. Der russische Präsident Putin, ein  
413 Verbündeter des iranischen Regimes, wird in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg  
414 gegen die Ukraine vom Iran unterstützt. Das russische Militär setzte bei den  
415 Angriffen auf die Zivilbevölkerung in Kyiv im Oktober 2022 iranische Kamikaze-Drohnen  
416 ein. Zudem bezieht Russland Kurzstreckenraketen vom Iran, mit denen ukrainische  
417 Städte beschossen werden können und füllt damit sein Raketenarsenal wieder auf. Hier  
418 steht eine Diktatur der anderen bei. Fest etabliert im Kanon der iranischen  
419 Propaganda ist außerdem der Al-Quds-Tag, der erstmals vom Revolutionsführer Chomeini  
420 ausgerufen wurde und seitdem in zahlreichen Ländern als Bühne für Hass gegen Israel  
421 und die USA dient. Das iranische Regime ist ein weltweiter Förderer für  
422 Antisemitismus - auch in Deutschland. Nicht ohne Grund schließen sich auch immer  
423 wieder Neonazis den Al-Quds-Märschen in Deutschland an. Der Iran verfolgt nach wie  
424 vor das Ziel, Israel auszulöschen und bettet diesen Antizionismus seit 1979 in eine  
425 Rhetorik des vermeintlich antiimperialistischen Befreiungskampfes ein. Israel ist für  
426 das iranische Regime nichts weiteres als ein Besatzungsregime und Vorposten des  
427 verhassten Westens, insbesondere der USA. Es überrascht nicht, dass Mahmud  
428 Ahmadineschad als iranischer Staatspräsident die Shoah leugnete. Seit der sogenannten  
429 Islamischen Revolution 1979 weigert sich das Regime, Israel anzuerkennen und steht  
430 damit Frieden und Stabilität im Nahen Osten entgegen.

431 ***Die Aufgabe der Bundesrepublik: Schutz vor dem iranischen Regime für Exil-***  
432 ***Iraner\*innen***

433 Der Alltag in der Islamischen Republik Iran ist geprägt durch Regeln, Verbote und  
434 Überwachung – sowie Repression und Verfolgung bei Missachtung. Aufgrund der  
435 anhaltenden brutalen Gewalt und der desaströsen Menschenrechtslage im Iran sind  
436 Abschiebungen dorthin nicht tragbar. Wir begrüßen die Initiative der  
437 Bundesinnenministerin, Abschiebungen in den Iran bis auf weiteres auszusetzen als  
438 ersten richtigen Schritt, fordern darüber hinaus aber einen dauerhaften  
439 Abschiebestopp in den Iran.

440 Doch alleine Abschiebungen zu stoppen reicht nicht aus. Wir fordern sichere  
441 Fluchtrouten und vereinfachte Einreisebestimmungen für iranische Staatsbürger\*innen  
442 sowie einen vereinfachten Zugang zu Aufenthaltstiteln für Regime-Kritiker\*innen.  
443 Gerade im Hinblick auf geschlechtsspezifische Gewalt und Verfolgung im Iran darf  
444 weder die Bundesregierung, noch die EU wegsehen – die Bundesrepublik, sowie die  
445 Mitgliedstaaten des Europarates sind durch die Istanbul Konvention zum Handeln  
446 verpflichtet. Die Bundesrepublik muss zum sicheren Hafen für Menschen werden, die vor  
447 dem theokratischen Regime fliehen oder sich für Demokratie und Menschenrechte im Iran  
448 einsetzen.

449 Anhänger\*innen des iranischen Regimes und der iranische Auslandsgeheimdienst  
450 gefährden auch hier die Sicherheit von Exil-Iraner\*innen, insbesondere wenn sie sich  
451 mit den Protesten solidarisieren und diese von hier aus unterstützen. Auch sie  
452 benötigen besonderen Schutz, denn es ist nicht hinnehmbar, dass die Rede- und  
453 Meinungsfreiheit sowie die Unversehrtheit von Leib und Leben von Exil-Iraner\*innen  
454 durch das iranische Regime auf deutschem Staatsgebiet gefährdet wird. Es braucht  
455 dringend erhöhte Schutzmaßnahmen für Exil-Iraner\*innen durch deutsche

456 Sicherheitsbehörden, sowie die Einrichtung von Anlauf- und Meldestellen für  
457 Betroffene.

458 Um nachhaltig und solidarisch politisch zu handeln fordern wir, die iranische  
459 Zivilgesellschaft und Exil-Iraner\*innen umfassend in die Prozesse rund um den  
460 politischen Umgang mit dem Iran miteinzubeziehen. Insbesondere die Perspektive von  
461 FINTA, LGBTIQ+, sowie Minderheiten ethnisch-religöser Gruppen muss direkt in die  
462 Prozesse mit einfließen, um Maßnahmen ergreifen zu können, die tatsächlich  
463 zielführend sind.

#### 464 **Internationale Konsequenzen einfordern & ziehen**

465 Die Proteste im Iran, angeführt von mutigen FINTA, zeigen uns deutlich, wie dringend  
466 der Bedarf nach feministischer Außenpolitik ist. Die Bundesregierung hat sich dieser  
467 Politik in ihrem Koalitionsvertrag verpflichtet, daher fordern wir eine Abkehr vom  
468 Fokus auf kurzfristige, kapitalistische Interessen bei der Iran-Politik und  
469 stattdessen einen Fokus auf FINTA- und Menschenrechte. Dazu gehört auch, dass die  
470 Bundesrepublik die Dokumentation der FINTA- und Menschenrechtsverletzungen durch UN-  
471 Organisationen und weitere unabhängige internationale Menschenrechtsorganisationen  
472 mit Nachdruck fordert und sich an deren Umsetzung beteiligt, um eine spätere  
473 juristische Verurteilung sowie die lückenlose Aufklärung der  
474 Menschenrechtsverletzungen möglich zu machen.

475 In Anbetracht der Lage im Iran halten wir die aktuelle Kommunikation sowohl der  
476 Bundesrepublik als auch der EU für zu leise. Befürchtungen, dass diese Zurückhaltung  
477 u.a. mit dem zurzeit auf Eis gelegten Atomabkommen zusammenhängen könnte, sind nicht  
478 bestätigt. Jedoch signalisierte insbesondere die EU seit 2018, in Folge der  
479 einseitigen US-amerikanischen Aufkündigung des Abkommens durch Donald Trump und den  
480 verbundenen US-Sanktionen gegen den Iran, immer wieder großes Interesse daran, das  
481 Abkommen zu reaktivieren. Immer mit dem Ziel verbunden, den Iran vom Bau einer  
482 Atombombe abzuhalten. Wir Jusos stehen für eine Welt ohne Atomwaffen ein. Daher  
483 teilen auch wir die Auffassung, dass das iranische Regime niemals über Atombomben  
484 verfügen darf. Die aktuelle Unterstützung des russischen Angriffskrieges auf die  
485 Ukraine durch iranische Kampfdrohnen, um kritische Infrastruktur und zivile Ziele zu  
486 attackieren, zeigt deutlich, dass das iranische Regime auch außerhalb der eigenen  
487 Staatsgrenzen nicht vor menschenverachtender und völkerrechtswidriger Gewalt  
488 zurückschreckt. Die notwendige Reaktivierung des Atomabkommens darf nicht auf dem  
489 Rücken der feministisch-revolutionären Zivilgesellschaft im Iran ausgetragen werden.  
490 Vielmehr muss das Ziel verfolgt werden, diese Protestbewegung dabei zu unterstützen,  
491 nach dem Fall der Theokratie zukünftig mit neuen iranischen Staatsvertreter\*innen ein  
492 nachhaltiges Atomabkommen zu schließen.

493 *“Für die Sehnsucht nach einem normalen Leben, für Tanzen auf den Straßen, für Küssen  
494 ohne Angst”*

495 Das sind Zeilen aus einem Song, der zur inoffiziellen Hymne der Protestbewegung im  
496 Iran geworden ist. Der Urheber des Liedes, Scherwin Hadschipur, wurde daraufhin vom  
497 Geheimdienst verhaftet und zu einer Distanzierung von seinem Lied gezwungen.  
498 Nichtsdestoweniger vermittelt der Text das Lebensgefühl vor allem junger Menschen im  
499 Iran, die von Freund\*innen, Familie oder aus den Medien durchaus wissen, dass ein

- 500 Leben in Freiheit möglich ist. Die nicht länger bereit sind, sich diese Freiheit von  
501 einem korrupten, gewalttätigen und patriarchalen System nehmen zu lassen. Um diesen  
502 Kampf zu gewinnen, brauchen sie mehr als nur unsere symbolische Solidarität. Von der  
503 Bundesregierung erwarten wir, dass sie ihren Ankündigungen der feministischen  
504 Außenpolitik jetzt Taten folgen lässt!
- 505 Wir fordern deshalb:
- 506 • das Ende der Gewalt gegen die Demonstrant\*innen im Iran.
  - 507 • Umfassende Sanktionen gegen den Unterdrückungsapparat des iranischen Regimes und  
508 diejenigen, die davon profitieren. Die EU-Maßnahmen vom 17. Oktober, die unter  
509 anderem gegen die Gašt-e eršād (“Sittenpolizei”) sowie die Basidsch-Milizen  
510 gerichtet sind, sind ein richtiger erster Schritt. Die Liste der sanktionierten  
511 Personen und Organisationen muss jedoch deutlich ausgeweitet werden. So müssen  
512 auch die Revolutionsgarde, die mit ihnen verbundenen Unternehmen und  
513 Vermögenswerte sowie die obersten Machthaber im Iran in den Fokus der Sanktionen  
514 rücken. Denn bei aller Unterdrückung und Armut im Iran, die Angehörigen der  
515 Elite und ihre Angehörigen genießen nach wie vor Freiheiten, die sie anderen  
516 verwehren, sowie zum Teil enormen Wohlstand.
  - 517 • Die Revolutionsgarde auf die EU-Terrorliste zu setzen.
  - 518 • das Ende der einseitigen Fokussierung auf die Atom-Verhandlungen. Die notwendige  
519 Reaktivierung des Atomabkommens darf nicht auf dem Rücken der feministisch-  
520 revolutionären Zivilgesellschaft im Iran ausgetragen werden. Iranische  
521 Oppositionelle fürchten nicht ohne Grund, dass der EU, insbesondere Deutschland,  
522 ein Erfolg in den Atom-Verhandlungen wichtiger ist als ein entschlossenes  
523 Vorgehen gegen das iranische Regime. Für uns ist klar: Mit einem Regime, das  
524 feministische und demokratische Proteste gewaltsam niederschlägt, kann kein  
525 verlässliches Abkommen geschlossen werden. Zwingende Voraussetzung für erneute  
526 Verhandlungen mit neuen Regierungen muss deshalb sein, dass verbindliche Zusagen  
527 zum Ende der Gewalt gegenüber und die Anerkennung grundlegender Freiheiten von  
528 FINTA erfolgen und dahingehende Fortschritte zu beobachten sind. Der  
529 internationale Einsatz für FINTA ist im Rahmen von feministischer Außenpolitik  
530 nicht verhandelbar.
  - 531 • ein entschlossenes Vorgehen auch gegen die konventionelle Aufrüstung im Iran,  
532 insbesondere das Mittelstreckenraketenprogramm, das bislang nicht im Atom-  
533 Abkommen enthalten war und eine enorme Bedrohung für Israel darstellt. Diese  
534 konventionelle Rüstung darf nicht länger ausgeklammert werden.
  - 535 • einen Stopp der Zusammenarbeit aller staatlichen Stellen mit Vereinen und  
536 Institutionen, die dem iranischen Regime nahestehen. Das betrifft unter anderem  
537 das Islamische Zentrum Hamburg.
  - 538 • ein entschlossenes Vorgehen gegen Ableger des iranischen Regimes in Deutschland  
539 wie die Organisator\*innen der antisemitischen Al-Quds-Märsche.
  - 540 • dass das Angebot der Deutschen Welle auf Farsi ausgebaut wird, um Iraner\*innen  
541 den Zugang zu politischen Informationen jenseits der staatlichen Zensur zu  
542 erleichtern.
  - 543 • die Demonstrant\*innen beim Zugang zum Internet zu unterstützen. Dabei reicht es

- 544 nicht, wenn Privatpersonen aus dem Ausland versuchen zu helfen. Der Zugang zum  
545 Internet ist ein zentraler Bestandteil der Proteste und muss deshalb in  
546 Deutschland von staatlicher Seite unterstützt werden.
- 547 • Sichere Fluchtrouten sowie eine erleichterte Einreise in die EU für Iraner\*innen  
548 Das betrifft Asylverfahren ebenso wie die Vergabe von Visa. Die Zeiten, in denen  
549 vor allem junge Iraner\*innen kein deutsches Visum bekommen haben, müssen endlich  
550 vorbei sein.
  - 551 • erhöhte Schutzmaßnahmen für Exil-Iraner\*innen durch deutsche  
552 Sicherheitsbehörden, sowie die Einrichtung von Anlauf- und Meldestellen für  
553 Betroffene.
  - 554 • dass die Haushaltskürzungen im Bereich der ausländischen Kultur- und  
555 Bildungspolitik gestoppt werden. Stattdessen braucht es einen Ausbau der Mittel,  
556 z.B. um iranischen Student\*innen und Wissenschaftler\*innen Stipendien in  
557 Deutschland zu finanzieren.
  - 558 • einen dauerhaften Abschiebestopp in den Iran
  - 559 • dass sich Jusos und SPD den vielerorts stattfindenden Demonstrationen gegen das  
560 iranische Regime anschließen.
  - 561 • das Ende der Diskriminierung von FINTA, ethnischen Minderheiten, Angehörigen der  
562 LGBTQIA+ Community und anderer marginalisierter Gruppen im Iran, die Freilassung  
563 aller politischen Gefangenen und wie von den Protestierenden stets gefordert,  
564 die Durchführung eines freien Referendums über die Zukunft des Irans.



## **Antrag INI15: “Pssst”: Wir brauchen den Verfassungsschutzschutz - NSU Aufklärung jetzt!**

1 Wir Jusos fordern seit Jahren die vollständige und lückenlose Aufklärung des NSU  
2 Komplexes. Seit 2019 haben knapp 135.000 Menschen und die Angehörigen der Opfer die  
3 Freigabe dieser Akten gefordert. Doch die Hessische Landesregierung aus CDU und  
4 Grünen hat trotz aller (falschen) Bekenntnisse zur Aufklärung, diese aktiv durch den  
5 Verschluss der Akten verhindert. Diese Geheimhaltung endete am 28. Oktober 2022 für  
6 den Verfassungsschutz und die Landesregierung - unfreiwillig. Wir danken den  
7 investigativen Recherchen des ZDF Magazin Royales und dem Informationsportal  
8 FragDenStaat sowie allen antifaschistischen Journalist\*Innen, die sich seit Jahren  
9 für die Aufklärung einsetzen.

10 Die Sicherheitsorgane im Bund und in den Ländern dürfen sich nicht mehr hinter dem  
11 Schleier des Vergessens verstecken. Wir fordern eine lückenlose Aufklärung des NSU-  
12 Komplexes und insbesondere der Verstrickungen des Bundesamtes und der einzelnen  
13 Landesämter für Verfassungsschutz.

14 Ein erster Blick auf den „Abschlussbericht zur Aktenprüfung im LfV Hessen Im Jahre  
15 2012“ zeigt wie unterkomplex das Netzwerk rund um den sogenannten  
16 Nationalsozialistischen Untergrund betrachtet wird. Es ist hinlänglich bekannt, dass  
17 das Trio um Mundlos, Bönnhard und Zschäpe über ein breites Unterstützer:innennetzwerk  
18 verfügte.

19 Für uns steht fest, um den NSU Komplex aufzulösen braucht es die Aufhebung der  
20 Geheimhaltung, sowie einen vollumfänglichen Blick auf die bekannten Ereignisse rund  
21 um das NSU Trio. Außerdem fehlt dem hessischen Bericht, jedweder Blick für  
22 rechtsextreme Strukturen außerhalb von Hessen und ihren Verbindungen zum NSU. Wir  
23 sehen es als unabdingbar, dass die Länderübergreifende Zusammenarbeit zwischen den  
24 Behörden in der Betrachtung des NSU Komplex stattfindet. Der Bericht hält selbst  
25 fest: „In der Auswertung erfolgten häufig weder Nachfragen bei Quellen noch wurde  
26 versucht, den Sachverhalt durch ergänzende Informationen anderer Behörden zu  
27 verifizieren oder in einen Gesamtzusammenhang zu stellen und zu bewerten.

28 Die nun veröffentlichten NSU-Akten zeigen einmal mehr deutlich das Versagen des  
29 Verfassungsschutzes. Der Verfassungsschutz versagte, indem er lange Zeit ignorierte,  
30 dass ein rechtsextremistisches und rassistisches Motiv hinter den Morden stand. Nicht  
31 nur ignorierte er lange Zeit den Zusammenhang zwischen der Ermordung von BIPOC,  
32 insbesondere Menschen mit türkischer Migrationsgeschichte und der Gefahr von Rechts.  
33 Stattdessen nahmen die Beamt\*innen an, hinter den Morden müsse organisierte  
34 Kriminalität stecken und suchten die Schuld zunächst bei den Opfern und ihren  
35 Familien. Das steht beispielhaft für einen tief verwurzelten, institutionellen  
36 Rassismus in Sicherheitsbehörden, der sich im unzureichenden Schutz von BIPOC  
37 niederschlägt. Der Verschluss der Akten war nichts anderes, als der Schutz einer  
38 Behörde, das Verschweigen, Verharmlosen und Vertuschen rechtsextremen Terrors vor  
39 einer Aufklärung des NSU-Komplex. Der Bericht macht erneut deutlich, was  
40 antifaschistische Politiker\*innen, Aktivist\*innen und Opfer rechtsextremer Gewalt  
41 seither vermuten: Mit der Geheimhaltung der NSU-Akten schützt der Verfassungsschutz  
42 nicht die Verfassung, sondern die Behörde selbst und dadurch rechtsextreme  
43 Strukturen. Rechter Terror wurde durch die Finanzierung eines V-Leute-Netzwerkes



44 unterstützt, um Informationen, die sich später als falsch herausstellten oder aus  
45 denen keine Konsequenzen gezogen wurden. Das zeigen bereits die Berichte der  
46 Thüringer Untersuchungsausschüsse zum NSU. Das macht deutlich: Der NSU war nicht zu  
47 dritt!

48 Wir verurteilen die systematische Vertuschung des Verfassungsschutzes und die  
49 Beseitigung zahlreicher Akten im Zusammenhang mit dem NSU durch Mitarbeiter\*innen auf  
50 Bundes- und Landesebene. Aufgrund der neuen Informationslage fordern wir vehement den  
51 sofortigen Rücktritt des hessischen Innenministers Peter Beuth und eine Aufklärung  
52 der Rolle Volker Bouffiers, der die Ermittlungen zur Ermordung Halit Yozgats durch  
53 den NSU im Jahr 2006 behindert hat. Wir wollen wissen, warum Volker Bouffier den V-  
54 Mann Andreas Temme vor einer umfassenden Untersuchung geschützt hat.

55 Wir fordern mehr als die wichtige, aber nicht ausreichende Symbolpolitik à la  
56 Umbenennung von Straßennamen und müssen die Perspektive der Betroffenen stärker  
57 miteinbeziehen. Ebenso müssen wir es respektieren, wenn sich diese nicht mehr zu den  
58 schrecklichen Verbrechen äußern möchten.

59 Für die Angehörigen der Opfer des NSU war der NSU-Prozess in München kein  
60 Schlussstrich. Statt Fragen zu beantworten wurden nur neue Fragen aufgeworfen. So  
61 kommen Angehörige bis heute nicht zur Ruhe, auf die Frage "Wie konnte das passieren?"  
62 ist ihnen der Rechtsstaat eine Antwort schuldig geblieben. Die These, dass es sich  
63 beim NSU um Taten von ausschließlich drei Personen handelte, ist bei näherer  
64 Betrachtung der Geschehnisse nicht haltbar. Daher fordern wir auch, aus den nun  
65 öffentlichen Akten juristische Konsequenzen zu ziehen. Unklare Sachverhalte müssen  
66 ermittelt und verantwortliche Personen vor Gericht gestellt werden. Dies gilt auch  
67 für Beteiligte in den Reihen der Behörden.

68 Sicherheitsbehörden unterliegen der demokratischen Kontrolle. Untersuchungsausschüsse  
69 und Gerichte müssen vollumfänglich Einsicht in Akten gewährt werden. Der Umfang von  
70 Sperrfristen muss juristisch überprüfbar sein.

71 Nach der Selbstenttarnung des NSU wurde Hans-Georg Maaßen Präsident des Bundesamtes  
72 für Verfassungsschutz. Schon während der aktiven Zeit des NSU und der  
73 Vertuschungsaktionen in führender Position im Verfassungsschutz. Seit dem er dieses  
74 Amt verlassen hat, hat er unzählige male Verschwörungsmymen, Rassismus verbreitet.  
75 Eine solche Radikalisierung geschieht nicht über Nacht. Es ist daher unerlässlich das  
76 Handeln des Verfassungsschutz in der Amtszeit von HGM und das wirken des Präsidenten  
77 des Amtes in einem Untersuchungsausschuss zu überprüfen.

78 Auch der Mord an Walter Lübcke hat 2019 ganz Deutschland erschüttert. Sein Mörder  
79 Stephan Ernst war dem Verfassungsschutz bekannt. Heute ist klar: Der Mord hätte wie  
80 viele andere auch verhindert werden können. Insgesamt wird erneut deutlich, dass der  
81 Verfassungsschutz in der bestehenden Form nicht reformierbar ist. Statt unsere  
82 Demokratie zu schützen, schadet er ihr und untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung  
83 in unseren Staat. Daraus kann nur die logische Konsequenz folgen: Wir fordern die  
84 Abschaffung des Verfassungsschutzes in der jetzigen Form.

85 Die demokratische Zivilgesellschaft ist der bessere Verfassungsschutz. All die  
86 Erkenntnisse zum NSU-Komplex sind das Resultat jahrelanger antifaschistischer  
87 Recherche- und Aufklärungsarbeit. Umso verwerflicher ist es, dass immer noch linke  
88 Organisationen unter Beobachtung des Verfassungsschutz stehen. Wir stehen an der

- 89 Seite der Betroffenen sowie aller Antifaschist\*innen und kämpfen gegen rechte  
90 Netzwerke sowie Strukturen auf allen Ebenen. Deshalb fordern wir: Kein Schlusstrich  
91 - NSU Komplex auflösen - Jetzt  
92  
93 Niemals vergessen: Enver Simsek, Abdurrahim Özüdogru, Süleyman Tasköprü, Habil Kilic,  
94 Mehmet Turgut, Ismail Yasar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubasik, Halit Yozgat und  
95 Michèle Kieseewetter

## Antrag K01: Wittenberg ist nicht Paris - unsere Kampagne für Solidarität und gegen die extreme Rechte

Die politische Landschaft Deutschlands hat sich mit der Gründung der AfD verändert. Die AfD vertritt in Teilen deutlich rechtsextreme Positionen, duldet Faschist\*innen nicht nur in ihren Reihen, vielmehr werden diese sogar mit Führungs- und Entscheidungspositionen betraut. Trotz alledem war es dieser Partei bei vergangenen Wahlen möglich, Teile der Wähler\*innen davon zu überzeugen, ihnen ihre Stimme zu geben. In vereinzelten Prognosen - vor allem im Osten - wird ihnen immer wieder das Potential bescheinigt, stärkste Partei zu werden. Dieses Szenario könnte bei den 2024 in den ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen stattfindenden Landtagswahlen Realität werden. Somit kann es dazu kommen, dass es ohne Beteiligung der AfD keine Möglichkeit mehr geben wird, eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden. Faschist\*innen dürfen nicht in Regierungsverantwortung kommen! Für dieses Ziel müssen wir gemeinsam als antifaschistischer Verband streiten. Brandenburg, Sachsen und Thüringen unterscheiden sich in vielen Aspekten voneinander, auch was die derzeitigen politischen Verhältnisse angeht.

Während die AfD laut aktuellen Umfragen im Bund „nur“ bei 15% liegt (Forschungsgruppe Wahlen, Umfrage vom 09.09.22), erreicht sie in den ostdeutschen Bundesländern derzeit knapp ein Drittel der Menschen. Gleichzeitig fällt die AfD hier mit besonders harten Ausfällen nach Rechts auf. Häufig treffen rechtsextreme, westdeutsche Kader hier auf eine dankbare Parteibasis, die ihre Radikalität begrüßt.

Die Gründe für diese enorm starken Ergebnisse der AfD in den ostdeutschen Bundesländern sind vielfältig. Viele Menschen sahen und sehen immer noch in der AfD eine Protestpartei, die ihre Probleme aufgreift und einen Gegenpol zu den etablierten Parteien bildet. Auch die bisher mangelnde gesellschaftliche und politische Aufarbeitung der Baseballschlägerjahre und die dafür mit verantwortlicher vorhergehender, gewollter und ungewollter Blindheit bezüglich neonazistischer Aktivitäten in der DDR und der real existierende Rassismus in der DDR sind Grundlage für die Attraktivität der AfD für Teile der ostdeutschen Bevölkerung. Dazu beigetragen hat auch der Ansatz der akzeptierenden Jugendsozialarbeit. Durch diesen Ansatz war es Kadern der extremen Rechten möglich, mit staatlicher Förderung ihre Ideologie in Jugendzentren zu verbreiten und sich dort den Raum zu nehmen. Weiterhin fühlen sich viele Menschen in Ostdeutschland abgehängt vom Westen, nicht ernst genommen und seit der politischen Wiedervereinigung 1990 ist bis zum heutigen Tag keine gesellschaftliche Wiedervereinigung erfolgt.

All diese Faktoren bedingen die politische Landschaft im Osten. Die AfD ist schon jetzt in allen drei Landesparlamenten stark vertreten und erschwert massiv gesellschaftliche progressive Projekte, Initiativen und Vereine, während sie gleichzeitig ihre neue Machtposition ausnutzt, um rechte Strukturen, z.B. in der Jugendarbeit zu fördern und darüber langfristige, stabile rechte Netzwerke aufzubauen.

Wir stehen in Ostdeutschland auch in diesem Herbst mit der bereits eingetretenen Energiekrise erneut vor Massenprotesten, die vielerorts von rechten Akteur\*innen angeführt werden. Unlängst gab es einen großen Protest der rechten Szene in Leipzig, der sich gegen die Energieeinsparungsmaßnahmen richtete. Bei diesem Protest kam es zu Ausschreitungen und Übergriffen gegenüber linken Demonstrierenden sowie zu Polizeigewalt.

Diese Demonstrationen werden sich weiter zuspitzen und auch erheblichen Einfluss auf die Stimmung zu den Landtagswahlen haben. Dort wo rechte Akteur\*innen sich an Demonstrationen beteiligen oder diese organisieren, werden wir als Jusos selbstverständlich dagegenhalten und erwarten das auch von allen anderen demokratischen Kräften. Preissteigerungen, Energieknappheit und existenzielle Sorgen sind ein Grund auf die Straße zu gehen - aber niemals, um den Schulterchluss nach Rechts zu suchen.

Hinzu kommt, dass die Parteien- und Gewerkschaftsbindung in Ostdeutschland erheblich schwächer ausgeprägt ist, als im Westen der Republik. Deshalb sind die Strukturen und auch die finanziellen Ressourcen der Parteien, auch der SPD, in Ostdeutschland prekär. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Die Dimension, dass auch sozialdemokratische Regierungsbeteiligungen einen Anteil an der heutigen Situation haben, muss auch Teil unserer Analyse sein. Analog zu unserer Kritik an der Großen Koalition im Bund, muss auch die fortlaufende Regierungsbeteiligung der SPD in Sachsen und Sachsen-Anhalt als stetiger Juniorpartner der CDU hinterfragt werden. Unsere jungsozialistische Analyse betont seit jeher, dass Regierungsbeteiligung nicht zum Selbstzweck verkommen darf. Deshalb kämpfen wir weiter für progressive Mehrheiten ohne CDU, AfD und FDP. Dennoch ist es auch unvereinbar mit unserem antifaschistischen Selbstverständnis, eine Regierungsbeteiligung der AfD zuzulassen. Sollten Koalitionen mit konservativen Parteien nötig sein, um das sicherzustellen, bekennen wir uns zu dieser Verantwortung. Sollten andere demokratische Mehrheiten möglich sein, sind diese aus unserer Sicht wahrzunehmen und weiterhin unser erklärtes Ziel.

Es bedarf bundesweiter Solidarität und Kraftanstrengungen, damit 2024 verhindert werden kann, dass die drei Bundesländer nach den Landtagswahlen unfähig sind, stabile Regierungen zu bilden. Es drohen unweigerlich schwarz-blaue Koalitionen, die Auswirkungen dessen wären nicht nur in den ostdeutschen Bundesländern zu spüren - säße die AfD erstmals in einer Landesregierung - so säße sie auch erstmals im Bundesrat. Faschist\*innen haben in keinem Parlament etwas zu suchen und es ist unsere Aufgabe als Jungsozialist\*innen dafür zu streiten, dass sie aus allen Parlamenten rausfliegen. Während das in Schleswig-Holstein bereits passiert ist, ist es in Ostdeutschland leider noch fernab jeder Realität.

Wir wollen daher als Juso-Bundesverband im Jahr 2024 eine Kampagne zum „Kampf gegen Rechts“ für die Landtagswahlen organisieren. Die Details dieser Kampagne werden im nächsten Arbeitsprogramm festgehalten. Der Juso-Bundesvorstand wird beauftragt bis dahin die für eine erfolgreiche Umsetzung einer solchen Kampagne notwendigen organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen und notwendige Vorplanungen zu leisten. Im Rahmen der vorhandenen Ressourcen sollen folgende Ideen in der Planung Berücksichtigung finden:

89

- 90 1. Um Präsenz als Jusos zu zeigen, soll es in Brandenburg, Sachsen und Thüringen  
91 jeweils eine Großveranstaltung geben. Hier geht es vor allem darum, diejenigen  
92 anzusprechen, die sich nach Representanz ihrer ostdeutschen Identität und  
93 gleichzeitig dem Kampf gegen Rechts bewusst sind. Eine Abstimmung über das  
94 Format und die Durchführung der Veranstaltungen erfolgt dabei in Kooperation mit  
95 den Juso-Landesverbänden. Diese Großveranstaltungen sollen Safer-Spaces für  
96 Jusos, Linke und alle anderen Menschen die nicht in das Weltbild der extrem  
97 Rechten passen. Die dafür notwendigen Maßnahmen müssen in die Planung mit  
98 einbezogen werden.
- 99 2. Wir unterstützen die Wahlkämpfe mit einer Grundausstattung mit passenden Merch-  
100 Artikeln. Das umfasst die Gestaltung von Plakaten, Stickern, Feuerzeugen und  
101 ähnlichen Artikeln, die bei Juso-Aktionen verteilt werden. Darüber hinaus wird  
102 der Online-Wahlkampf durch die Bereitstellung von Canva-Vorlagen bereichert.
- 103 3. Alle drei Bundesländer sind Flächenländer, die gerade im ländlichen Raum weniger  
104 ausgeprägte Juso-Strukturen aufweisen. Deshalb wird jedem Landesverband ein Bus  
105 finanziert, mit dessen Hilfe der Wahlkampf in der Fläche besser umgesetzt werden  
106 und die Sichtbarkeit der Jusos in der Fläche erhöht werden soll.

107

108 Wir Jusos sind antifaschistisch und antirassistisch.

109 Unser gemeinsames Ziel ist und bleibt es, den Rechten kein Fußbreit Raum zu  
110 überlassen.

111 Wir Jusos kämpfen Seit an Seit für eine bessere Zukunft. Es bedarf unserer  
112 bundesweiten Solidarität, um der extremen Rechten und ihrem parlamentarischen Arm  
113 Einhalt zu gebieten.

114 Wir Jusos sind solidarisch und wir Jusos sind bereit, diejenigen zu unterstützen, die  
115 unsere Hilfe im Kampf gegen die extreme Rechte brauchen - egal ob Genoss\*innen oder  
116 zivilgesellschaftliche Akteure.

117 Unsere Demokratie ist gerade in Krisenzeiten anfällig, wir sind es, die gegen jeden  
118 Versuch der rechtsextremen Raumnahme aufstehen, widersprechen und uns dem  
119 widersetzen.

## **Antrag K02: Faschistischen Bewegungen entgegenstellen - Den Grauen Wölfen und ihren Splitterorganisationen den Kampf ansagen!**

- 1 Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung für die innere Sicherheit des Staates.  
2 Eine große rechtsextremistische Bewegung, die häufig zu wenig Beachtung findet, ist  
3 die „Ülkücü-Bewegung“, die auch als „Graue Wölfe-Bewegung“ bezeichnet wird. Sie  
4 stellt eine Bewegung von türkischen Rechtsextremen dar, die sich über ganz Europa  
5 streckt.
- 6 Laut dem Verfassungsschutzbericht des Jahres 2021 fußt die Ideologie der Bewegung auf  
7 nationalistischem, antisemitischem und rassistischem, also insgesamt  
8 rechtsextremistischem Gedankengut. Dieses Gedankengut spiegelt sich im Idealbild der  
9 Bewegung wider, die sich ein „großtürkisches Reich“ namens „Turan“ vorstellt. Des  
10 Weiteren werden insbesondere Kurd\*innen, Armenier\*innen und Alevit\*innen diffamiert  
11 und als Feindbilder betrachtet. Dabei wird vor Hinrichtungsforderungen und  
12 Gewaltandrohungen gegen Personen des öffentlichen Lebens nicht Halt gemacht. Auch der  
13 Glaube an eine angebliche jüdische Weltverschwörung findet bei den „Ülkücü“ seinen  
14 Platz und bedient somit antisemitische Verschwörungsmythen.
- 15 Der Einfluss dieser Bewegung in Deutschland ist nicht von der Hand zu weisen.  
16 Schätzungen besagen, dass sie sich in Deutschland aus 11000 Mitgliedern und einer  
17 unbekannten Zahl an Sympathisant\*innen zusammensetzt. Von diesen sind ungefähr 9400  
18 in großen Dachverbänden organisiert, die sich in Teilen um ein „bürgerliches“ Image  
19 bemühen und ihre Ideologie hauptsächlich intern ausüben, umso mehr Einfluss innerhalb  
20 der Parteienlandschaft zu gewinnen. Ein beliebtes Mittel der Bewegung ist dabei  
21 Einschüchterung und Hetze gegenüber politisch Andersdenkenden, egal ob im Netz oder  
22 auf der Straße bei Demonstrationen.
- 23 Zudem gibt es Verbindungen zum türkischen Staatspräsidenten und Autokraten Erdogan,  
24 der schon öffentlich das Symbol der Bewegung, den sogenannten Wolfsgruß (hierzulande  
25 oftmals unglücklicherweise als sogenannter „Schweigefuchs“ benutzt), gezeigt hat.  
26 Einige Anhänger der Bewegung sollen sich auch nach Aussagen der Bundesregierung als  
27 „Soldaten Erdogans“ bezeichnet haben. Zudem besteht eine Verbindung zwischen der  
28 rechtsextremen Partei MHP und den Grauen Wölfen. Erstere unterstützt Erdogans  
29 Regierung im Parlament. Eine erhebliche Einflussnahme der türkischen Regierung auf  
30 die Bewegung ist daher nicht unwahrscheinlich. Außerdem besteht eine Nähe zu  
31 deutschen Rechtsextremist\*innen innerhalb der Bewegung, dessen Gründer die  
32 ideologische Nähe zur NPD betonte, auch wenn es bisher keine Indizien einer  
33 tatsächlichen Zusammenarbeit gab.
- 34 Ein Traditionenkult sich beziehend auf ein „großtürkisches Reich“, das so nie  
35 existiert hat, geht einher mit der Ablehnung von Meinungsvielfalt und Pluralismus.  
36 Der extreme Nationalismus und der Glaube an eine jüdische Weltverschwörung sowie das  
37 patriarchale Weltbild sind nur einige beispielhafte Eigenschaften, die die „Ülkücü-  
38 Bewegung“ klar als faschistische beweist. Somit ist die Bezeichnung als faschistische  
39 Bewegung für die „Ülkücü-Bewegung“ treffend
- 40 Die in der Ideologie verwurzelte Hetze und die Gewaltanwendungen gegenüber  
41 Andersdenkenden und anderen Volksgruppen widerspricht unseren Vorstellungen eines

demokratischen Staates und sie widerspricht vor allem dem im Grundgesetz verankerten Gebot der Gleichheit aller Völker. Mit der schieren Anzahl an Mitgliedern stellt die Bewegung eine erhebliche Bedrohung von rechts innerhalb der Bundesrepublik dar, daher wollen wir uns für ein Verbot aussprechen. Wir stellen uns gegen Rechtsextremismus jeglicher Art. Daher wollen wir auch dieser rechtsextremen Bewegung die Organisationsplattform entziehen und ihre Vernetzung erschweren. Des Weiteren soll von der Entscheidung ein politisches Signal in das In- und Ausland gesendet werden, dass Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland keinen Platz haben. Ein Land, von dem im Namen des Nationalsozialismus millionenfacher Mord ausging, steht in besonderer historischer Verantwortung und hat Bewegungen und Organisationen den Kampf anzusagen, die sich auf diese menschenverachtenden ideologischen Wurzeln beziehen.

Wir Jungsozialisten\*innen verstehen uns sowohl als antifaschistischer als auch antirassistischer Verband. Uns ist von großer Bedeutung, dass diese wichtige Debatte nicht von rassistischen Narrativen überschattet wird. Wir Jusos wollen diese Diskussion ohne jegliche rassistischen Dynamiken führen! Aus dieser Tatsache heraus fordern wir das Verbot der türkisch-rechtsextremen „Grauen Wölfe-Bewegung“, auch bekannt als „Ülkücü-Bewegung“. Insbesondere deren zahlreicher Splitterorganisationen, die durch ihre Fragmentierung ein Verbot bisher erschwert haben. Unter diesen Organisationen sind besonders die „ATB“, die „ATIB“ und die „ADÜTDF“ hervorzuheben, die den Großteil der organisierten Bewegung darstellen. Zusätzlich fordern wir, dass das Prüfverfahren zum Verbot aus dem Jahr 2020 (Drucksache 19/24388) beschleunigt wird und dass daraus zügig Konsequenzen gezogen werden müssen. Darüber hinaus müssen entsprechende Präventions- und Deradikalisierungsprogramme für Sympathisant\*innen und Mitglieder der Grauen Wölfe erarbeitet und angeboten werden.

Dass ein Verbot der einzelnen Splitterorganisationen umsetzbar ist, und damit die Bewegung als solches erheblich getroffen werden kann, zeigt uns unser Nachbarland Frankreich, welches im Jahr 2020 ein Verbot verhängt hat. Hierzulande wird die Umsetzbarkeit noch heute als nicht umsetzbar betrachtet, da man die Verbindung zwischen Verbänden, wie der „ADTÜF“ und den „Ülkücü“ noch nicht feststellen konnte, obwohl der Verfassungsschutzbericht diesen Verband als größten Dachverband der Bewegung anerkennt. Die bisherige Ignoranz gegenüber diesem Phänomen ist unerträglich für all jene, die im Fokus der menschenverachtenden Ideologie dieser Faschist\*innen stehen. Entsprechend müssen Projekte und Angebote für die Arbeit gegen diese Form des Rechtsextremismus erarbeitet und angeboten werden.

Konkret fordern wir zur Umsetzung des Verbots der Grauen Wölfe:

- Das Verbot der Organisation "ATB", "ATIB" und der "ADÜTDF" und aller Unter- und Ersatzorganisationen. Durch die Fragmentierung und zahlreiche unorganisierte Anhänger\*innen der Bewegung wird eine Umsetzung naturgemäß erschwert. Ein Verbot von „ATB“, „ATIB“ und der „ADÜTDF“ wird die Grauen Wölfe in Deutschland jedoch erheblich schwächen.
- Angebot der Deradikalisierungsmaßnahmen für Anhänger\*innen
- Die Beschleunigung und gründliche Durchführung des Prüfverfahrens aus dem Jahr 2020 mit dem Ziel schnellstmöglich ein wirksames Verbot auszusprechen und durchzusetzen.
- Die Beschleunigung des Prüfverfahrens aus dem Jahr 2020



- 87 • Wir fordern die SPD auf, als Bollwerk gegen Rechts, sich auch dem  
88 antifaschistischen Kampf gegen die Grauen Wölfe anzunehmen und sie als rechte  
89 Bedrohung anzuerkennen.

## Antrag N01: Breaking the (Block-)Chain

Kryptowährungen werden immer populärer. Und sie versprechen viel: Ein Ersatz für staatliche Währungen sollen sie sein, ganz ohne Banken, vollkommen anonym, transparent und sicher.

Kein Wunder also, dass immer mehr Menschen in Kryptowährungen investieren. Man erhofft sich hohe Gewinne, gleichzeitig will man dazu beitragen, das Geldsystem zu revolutionieren.

Doch Bitcoin und Co. schaffen es nicht, ihre Versprechen zu halten. Das System der Kryptowährungen scheitert daran, ein Ersatz für echte Währungen zu sein. Vielmehr ist es ein umweltschädliches und hochriskantes Spekulationsobjekt.

### Von Krypto, Blockchain und Bitcoins

Grundlage für Kryptowährungen basiert zunächst auf einer kontinuierlich erweiterbaren Liste von Datensätzen, sogenannten Blocks. die kryptografisch miteinander verbunden sind. Eine nachträgliche Änderung eines Blocks würde diese kryptographische Kette brechen - die Blöcke selbst werden unveränderlich. Deshalb ist es auch unmöglich, Daten aus einer Blockchain zu löschen.. Die Blockchain ist dezentral programmiert und gespeichert und kann von beliebigen Nutzer\*innen erweitert werden.

Im Gegensatz zu traditionellen Datenbanken, wird diese Liste von Datensätzen nicht von einigen wenigen Servern verwaltet und gespeichert, sondern von allen Nutzer\*innen. Jeder Knoten des so entstehenden Netzwerks verfügt über eine lokale Kopie aller Datensätze. Blockchains zeichnen sich nun dadurch aus, dass über die verteilten Datensätze Konsistenz geschaffen werden soll, d.h. alle Knoten haben die gleichen Daten in den gleichen Blöcken. Im Kontext von "Geld" vermeidet diese Konsistenz u.a. dass der "gleiche Coin" doppelt ausgegeben wird (sog. "double-spending" Problem). Kryptowährungen basieren auf Blockchains. In den Blöcken werden Transaktionen zwischen Teilnehmenden gespeichert. So entsteht vereinfacht gesagt eine öffentlich einsehbare Buchhaltung. Die Einheiten dieser Währung, z.B. Bitcoins können zwischen den pseudonymen Teilnehmenden transferiert werden.

Banken als Intermediärinnen sollen hier nicht mehr benötigt werden.

Der Bitcoin, die wohl bekannteste Kryptowährung, benutzte diese Blockchain-Methode als Erster, indem die Transaktionen zwischen Nutzer\*innen über eine Blockchain durchgeführt werden. Da es keine Banken gibt, gibt es auch keine administrative Instanz, die festlegt, welche Transaktionen als nächstes geschrieben werden dürfen

### Das Problem mit dem Konsens: die Proof-of-Work Methode

Die bislang verbreitetste Methode für diese Validierung ist die „Proof-of-Work“-Methode. Hier wird die Echtheit der neu zur Blockchain hinzugefügten Blocks von sogenannten „Nodes“ (Computern im Blockchain-System) validiert. Die Nodes befinden sich in einem ständigen Wettbewerb darum, wer den neuesten Block, also die neueste Transaktion, validieren darf. Den Wettbewerb gewinnt der Node, der am schnellsten eine kryptografische Gleichung lösen kann, die sich aus den jeweiligen Inhalten des Blocks ergibt. Dabei handelt es sich um eine komplexe mathematische Aufgabe, die die Computer mit immensem Rechen- und Energieaufwand lösen. Proof-of-Work besteht im

Wesentlichen daraus, solange Lösungen zu raten, bis das Ergebnis zur Gleichung passt. Ist die Gleichung von einem Node gelöst worden, lässt sich dies leicht von allen anderen Computern im jeweiligen Netzwerk überprüfen, es entsteht also ein Konsens darüber, dass der neue Block ans Ende der Blockchain hinzugefügt wird. Außerdem erhält der Computer, der die Gleichung als Erstes gelöst hat, neue Coins. Dies ist der Prozess des Minings. Da derjenige Node, der zuerst einen neuen Block findet, zur Belohnung einige Coins aus dem Nichts und obendrein die Transaktionsgebühren aller im Block enthaltenen Transaktionen gutschreiben darf, entsteht ein Wettbewerb unter den Minern, möglichst schnell eine neue Lösung zu finden.

Das Problem hierbei: Je mehr Rechenleistung im Netzwerk insgesamt verfügbar ist, desto komplizierter wird die zu lösende Gleichung. Das sorgt dafür, dass die Kosten für das Mining von Bitcoins immer weiter in die Höhe schießen. Je höher der Anteil an der Gesamtrechenleistung, desto mehr Coins fallen der jeweiligen Node zu. Die Miner\*innen arbeiten nicht mit-, sondern gegeneinander.

Hier werden diejenigen bevorteilt, die bereits über ein hohes Startkapital verfügen. Das System schließt diejenigen aus, die es sich nicht leisten können, teure Computer für das Mining zu kaufen – mit klassischen Währungen.

Außerdem sorgt das System nicht nur für einen immer größer werdenden Bedarf an Hardware und Energie, die meiste verrichtete Arbeit ist zudem überflüssig, da es sich beim Mining um einen Wettbewerb handelt. Viele Computer arbeiten gleichzeitig an der Lösung desselben kryptografischen Problems, doch nur einer von ihnen gewinnt das Rennen um die schnellste Lösung des Problems und damit die neu generierten Coins.

Der Energiebedarf ist dabei extrem hoch. Allein um einen einzigen Bitcoin zu minen, wird derzeit eine Energiemenge von der Größenordnung benötigt, wie ein durchschnittlicher Haushalt sie in zehn Jahren verbraucht.

Computer und Kapazitäten an Rechenleistung, die an anderer Stelle sinnvoller wären, werden zum Mining eingesetzt. Besonders kritisch ist das vor dem Hintergrund von Chipknappheiten/-krisen.

Hinzu kommen Extrem lange Transaktions- und Wartezeiten, aufgrund des komplizierten Verfahrens zur Konsensfindung.

Das Proof-of-Work Verfahren, das Bitcoin und die meisten anderen Kryptowährungen verwenden, sorgt also für enorme Energieverschwendung. Der Anreiz, immer größere Computer zu bauen und immer mehr Energie zu verschwenden, ist dem System inhärent. Skaleneffekte sorgen zudem dafür, dass sich Mining-Systeme zentralisieren. Für eine höhere Erfolgschance tun sich Miner zu so genannten Pools zusammen. Die vier größten Mining-Pools kontrollieren alleine fast 75% der Rechenkraft im Bitcoin-Netzwerk. Ein Widerspruch zum Versprechen von unkontrollierten, dezentralisierten "Währungen".

#### **Dasselbe in Nicht-Wirklich-Grün: Proof-of-Stake**

Eine weitere Methode, um neue Einträge in einer Blockchain hinzuzufügen, ist die Proof-of-Stake Methode. Anders als bei der extrem energieintensiven Proof-of-Work Methode, die Teilnehmer\*innen mit hoher Rechenleistung bevorzugt, wird bei der Proof-of-Stake Methode von jedem Node ein Einsatz (Stake) von Coins benötigt. Einer der Nodes wird dann zufällig ausgewählt und darf nicht nur den Block zur Chain hinzufügen, sondern erhält auch noch neu generierte Coins. Bei Fehlverhalten, z.B.

wenn ein “falscher Block” geschrieben wird, wird der hinterlegte Stake des entsprechenden Knotens sanktioniert. Der damit einhergehende ökonomische Anreiz soll die Sicherheit des Verfahrens garantieren.

Je mehr Coins gestaked wurden, desto größer ist jedoch die Chance, vom Algorithmus ausgewählt zu werden. Somit werden auch bei dieser Konsens-Methode diejenigen Nodes bevorzugt, die bereits über eine hohe Anzahl an Coins , und damit an “Vermögen” verfügen.

Je nach Art der Kryptowährung gibt es unterschiedliche Methoden, um diese Bevorzugung „reicher“ Nutzer\*innen abzuschwächen, diese funktionieren jedoch nur schlecht und schaffen es nicht, das Problem zu lösen.

Reiche Nodes mit hohem Stake dominieren also bei der Proof-of-Stake Methode die Blockchain, weshalb diese für uns keine sinnvolle Alternative zur Proof-of-Work Methode und als Konsens-Mechanismus für eine Blockchain ebenso wenig geeignet ist.

## **Das Ende der Banken?**

Als vermeintlicher Vorteil von Kryptowährungen wird immer wieder angebracht, dass Banken in dem System keine Rolle mehr spielen dies wird wie folgt argumentiert: Auf makroökonomischer Ebene sei das gut, denn ohne Banken als Emittentinnen, also Organisationen, die Wertpapiere ausgeben und mit begrenzter Höhe des Geldangebots sei die „Währung“ wertstabil und nicht anfällig für Krisen. Auf mikroökonomischer Ebene seien Transaktionen ohne Geschäftsbanken als „Vermittler“ anonym, sicher, schnell und nicht zensierbar. So soll durch den Wegfall von Banken als Intermediärinnen und Geldgeberinnen die gleiche Flexibilität und Anonymität wie beim Bargeld hergestellt werden.

Banken, insbesondere Zentralbanken wird von Befürworter\*innen von Kryptowährungen ein allgemeines Misstrauen entgegengebracht. Letztere würden durch gezieltes befeuern der Inflation die Nutzer\*innen einer Währung “enteignen” und den Interessen einer kleinen Elite dienen. Diese und weitere Verschwörungserzählungen werden häufig in ein weitergehendes Netz aus ideologischen Narrativen eingearbeitet, die in Teilen auf eine Abschaffung des Staatswesens als ganzes abzielen. Wir betrachten Technologie niemals vom gesellschaftlichen Kontext losgelöst, sondern analysieren, wie sich bestehende und neue Machtverhältnisse in ihm manifestieren. Kryptowährungen sind nicht nur technische Lösungen für ein Problem, sondern sind eng verwoben mit einer politischen Agenda. In einem der ersten Ankündigungsposts zu Bitcoin wird explizit die Rolle von Zentralbanken als vertrauensbrechende Institution, die das Geld der Menschen gezielt entwerte und darüber hinaus Kreditblasen erzeuge beschrieben. . Auch aus unserer Sicht gibt es erhebliche Probleme im Bankensektor, allen voran die Bereitstellung von Investitionsmitteln nur anhand von Profitinteressen der Kapitalgeber\*innen. Dennoch sind Banken in ihrer ursprünglichen Funktion als Schnittstelle zwischen Geldmittel und Investition unerlässlich. Anstatt also die Banken vollständig aus dem System zu entfernen, wie es Befürworter\*innen von Kryptowährungen propagieren, müssen sie vielmehr in ein System überführt werden, in dem die Kriterien der Kreditvergabe unter demokratischer Kontrolle bestimmt werden. Deshalb setzen wir uns für die langfristige Verstaatlichung des privaten Bankensektors ein.

130 Als Jusos ist es unser Ansatz, Banken zu vertrauenswürdigen, demokratisch bestimmten  
131 Geldinstituten zu machen. Das macht es überflüssig, ein „Währungssystem“ aufzubauen,  
132 bei dem die Autorität über Transaktionen dezentral, vor allem an diejenigen, die  
133 ohnehin schon mehr besitzen, verteilt wird.

#### 134 **Das Ende des Staates?**

135 Kryptowährungen versprechen Freiheit von jedweder staatlichen Einflussnahme. Es wird  
136 versucht, eine Form von privatem „Geld“ zu schaffen. Ihre Narrative versucht  
137 elementare volkswirtschaftliche Prozesse zu entpolitisieren und Entscheidungshoheit  
138 auf Algorithmen und Märkten zu verlagern - frei von jedweder demokratischer  
139 Kontrolle.

140 Das Ziel des Neoliberalismus, die demokratische Kontrolle über Wettbewerb und  
141 Wirtschaft mindestens einzudämmen, wenn nicht gar ganz zu verhindern, lässt sich bis  
142 zu seinem Entstehen zurückverfolgen. Kryptowährungen verfolgen dieses Ziel konsequent  
143 weiter. Dies ist aus mehrere Hinsicht mit unserem Staatsverständnis unvereinbar. Man  
144 denke nur an die Folgen einer derart ausgestalteten Währung in der Corona-Pandemie.  
145 Der Staat hätte niemals umfassende Hilfsprogramme bereitstellen können, der  
146 Fortbestand der gesamten Volkswirtschaft wäre gefährdet.

147 Darüber hinaus verhindert die Blockchain auch sämtliche staatliche Eingriffe in  
148 Vermögen. Transaktionen können nicht rückabgewickelt werden, selbst wenn sie aufgrund  
149 von Betrug zustande kämen. Rechtskräftige Urteile könnten nicht vollstreckt werden;  
150 gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung von Eigentum nicht durchsetzbar.  
151 Kryptowährungen stehen den Prinzipien eines modernen Rechts- und Sozialstaates  
152 fundamental entgegen.

#### 153 **Kryptowährung = schlechte Währung?**

154 Die Kritik vieler Befürworter\*innen von Kryptowährungen an den Zentralbanken und  
155 ihrer Geldpolitik folgt schon der falschen Annahme, dass Geldmenge und Inflation in  
156 direktem Zusammenhang stünden. Diese Annahme basiert auf dem neoliberalen  
157 Missverständnis von Währungs- und Geldpolitik und hat sich in der Vergangenheit  
158 vielfach als falsch herausgestellt. Spätestens seit den Ankaufprogrammen der  
159 Zentralbanken, die oft mit sinkender Inflation einhergingen, ist klar, dass dieser  
160 Ansatz nicht der Wirklichkeit entspricht. Heute wissen wir: Es gibt viele  
161 Einflussfaktoren auf Preissteigerungen wie die Vermögensverteilung, die Sparquote  
162 oder schlicht Profitinteressen der Unternehmen.

163 Aus diesem Trugschluss wird ein System implementiert, das die Menge der Kryptocoins  
164 künstlich begrenzt. So wird eine vermeintlich deflationäre Währung geschaffen. Doch  
165 Deflation kann wirtschaftlich nicht gewollt sein, da sie zu Produktionsrückgang und  
166 Arbeitslosigkeit führt.

167 Kryptowährungen schaffen es nicht, die wichtigsten Funktionen einer Währung zu  
168 erfüllen. Sie sind kein „Geld“, da sie fast weltweit nicht als staatliches  
169 Zahlungsmittel akzeptiert sind. Es gibt aufgrund ihrer Begrenztheit und Dezentralität  
170 keinen geldpolitischen Handlungsrahmen für Zentralbanken. Daher sind Kryptowährungen  
171 grundsätzlich schlechte „Währungen“ für Staaten und staatliche Gebilde, die mit  
172 Geldpolitik im Sinne einer Gesellschaft handeln wollen. Aus diesem Grund gibt es auch

173 keine stabile Nachfrage nach diesen „Währungen“ und somit auch nicht die notwendige  
174 Stabilität, um sie als Zahlungsmittel für Waren oder Dienstleistungen im Alltag zu  
175 nutzen.

176 Auch verhindert die Begrenztheit der „Währung“ nicht das Auftreten von Inflation.  
177 Vielmehr sind Kryptowährungen dafür besonders anfällig, da es keine stabile Nachfrage  
178 nach der Währung gibt. Der Fakt, dass Kryptowährungen nicht von Zentralbanken,  
179 sondern dezentral ausgegeben werden und in ihrer Menge begrenzt sind, macht sie also  
180 mitnichten zu einer besseren „Währung“. Vielmehr bieten diese Eigenschaften die  
181 Grundlage für die eigentliche Natur von Kryptowährungen: der als Spekulationsobjekt.

## 182 **Kryptowährung = keine Währung!**

183 Die Nutzung von Kryptowährungen als Spekulationsobjekt bietet sich aufgrund der hohen  
184 Volatilität, also den Schwankungen ihres Werts auch an. Der „Wert“ von  
185 Kryptowährungen ist völlig losgelöst von realwirtschaftlichen Zusammenhängen. Er  
186 hängt stattdessen maßgeblich von der inhärent instabilen Nachfrage ab. Die „Werte“  
187 von Kryptocoins sind somit reine Spekulationsblasen mit all ihren Nachteilen.

188 Wer seine Kryptocoins verkauft und damit einen Gewinn in einer echten Währung macht,  
189 kann dies nur, weil jemand anders die Kryptocoins zu einem höheren Preis kauft, als  
190 man selbst einmal dafür bezahlt hat. Und auch das funktioniert nur, weil die  
191 Käufer\*innen sich erhoffen, dasselbe tun zu können. Jeder Euro, der mit Kryptowährung  
192 verdient wird, kommt also von einem\*r späteren Investor\*in, der ebendiesen Euro  
193 bereit ist zu investieren. Daraus wird deutlich, dass Kryptowährungen immer ein  
194 Nullsummenspiel sind. Für Proof-of-Work basierende Coins sogar ein  
195 Negativsummenspiel, da die Miner konstant neues Kapital in Form realer Devisen  
196 benötigen, um den Betrieb und die Sicherheit des Netzwerkes zu sichern. Für Viele  
197 sind sie ein massives Minusgeschäft. Damit Kryptowährungen als Wertanlage  
198 funktionieren, bräuchte es immer neue Investor\*innen, die bereit sind, immer mehr zu  
199 investieren. Es handelt sich bei Kryptowährungen also um ein klassisches  
200 Schneeballsystem, bei dem nur einige Wenige hohe Gewinne auf Kosten aller anderen  
201 Beteiligten machen können. Im Marketing wird das Kryptonarrative benutzt, um vor  
202 allem Produkte an ohnehin schon finanziell schwächere und benachteiligte Gruppen zu  
203 verkaufen, die von den globalen Auswirkungen der Banken- und Finanzkrise besonders  
204 hart getroffen wurden.

## 205 **Die Sache mit der Anonymität**

206 Ein häufig vorgebrachtes Argument für Bitcoin und andere Kryptowährungen ist, dass  
207 sie anonyme und "zensurresistente" Zahlungen ermöglichen würden. Ersteres sei  
208 besonders für Menschen wichtig, die von Diktaturen und autoritären Regimen verfolgt  
209 werden. Zensurresistenz bedeutet, dass keine, auch keine staatliche Stelle, in  
210 Transaktionen eingreifen kann. Als Beispiel für die Notwendigkeit wird häufig  
211 Wikileaks angeführt, deren Spendenkonten im Zuge der Veröffentlichung von US-  
212 amerikanischen Depeschen von Visa, Mastercard und PayPal gesperrt wurden.

213 Das Design der meisten Kryptowährungen bedingt, dass alle jeweils getätigten  
214 Transaktionen öffentlich einsehbar sind. Bitcoins werden zwischen kryptographischen  
215 Wallet-Adressen transferiert (vergleichbar mit sehr langen Kontonummern), Zahlungen  
216 sind also lediglich Pseudonym. Zahlungen sind durch Behörden also nachverfolgbar,

217 wenn auch mit größerem Aufwand als bei konventionellen Überweisungen. Die  
218 Nachverfolgbarkeit lässt sich über verschiedene Ansätze zusätzlich erschweren.  
219 Aufgrund dieser Eigenschaften werden Kryptowährungen häufig in Verbindung mit  
220 Kriminalität, Steuerhinterziehung und Geldwäsche gebracht. Berichten zufolge versuche  
221 z.B. auch Russland, die im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg verhängten Sanktionen  
222 durch die Nutzung von Kryptowährungen zu umgehen.  
223 Abseits der Kryptowährungen- und Blockchain-Szene wurden, teilweise auch deutlich  
224 früher, Technologien für ein sicheres, tatsächlich anonymes digitales Bezahlen  
225 vorgeschlagen. Z.B. ECASH oder sich in der Entwicklung befindliche GNU Taler. Anders  
226 als Bitcoin bauen diese auf dem etablierten Finanzsystem auf und ermöglichen die  
227 Durchsetzung von Anti-Geldwäsche und Steuergesetzgebung. Auch die Transaktionen  
228 selbst sind deutlich effizienter und praxistauglicher implementiert.  
229 Wir erkennen an, dass die Teilhabe am Finanzsystem in unserer Welt unerlässlich ist  
230 und darüber hinaus die Möglichkeit zum anonymen Bezahlen auch in formal  
231 demokratischen verfassten Gesellschaften wünschenswert sein kann. Dafür müssen  
232 notwendige gesetzliche Weichenstellung getroffen und die zur Verfügung stehenden,  
233 geeigneten Technologien verwendet werden. Kryptowährungen gehören nicht dazu.

#### 234 **Von Ethereum, NFTs und Smart Contracts**

235 Mittlerweile sind NFTs in aller Munde. Die Idee: Blockchain soll dazu verwendet  
236 werden, den Austausch digitaler Objekte zu ermöglichen, indem Objekte kreiert werden,  
237 die einerseits verlustfrei übertragen werden können und andererseits einzigartig und  
238 eindeutig identifizierbar sind.  
239 Ein NFT, ein non-fungible Token, ist also ein nicht austauschbarer Token, der eine  
240 einzigartige Seriennummer hat und nicht aufgeteilt werden kann.  
241 Maßgebend ist hierfür die Ethereum-Blockchain, bei der diese Tokens durch kleine  
242 Mikroprogramme, sogenannte Smart Contracts, kreiert werden. Diese Smart Contracts  
243 können theoretisch ganz unterschiedlich aussehen. Sie können beispielsweise Apps oder  
244 andere Anwendungen sein.  
245 Das Problem an dieser Technologie ist dabei weniger ihre Idee, sondern vielmehr ihre  
246 Umsetzung. Der Gedanke, digitale Objekte, die dank der Digitalisierung immer  
247 wichtiger werden, fälschungssicher und eindeutig identifizierbar zu machen, klingt  
248 vielversprechend. Auch die dezentrale Speicherung von Daten und deren Schutz könnten  
249 sinnvolle Einsatzmöglichkeiten für die Technologie sein, die hinter NFTs steckt.  
250 In der Realität sind NFTs jedoch untrennbar mit Kryptowährungen verbunden und werden  
251 nicht etwa zum Schutz vor Fälschungen oder Datenmissbrauch eingesetzt. Stattdessen  
252 dienen sie dazu, die Spekulationen mit Kryptowährungen weiter zu befeuern. Bei den  
253 eingesetzten Smart Contracts handelt es sich meist schlicht um URLs, die zu einem  
254 Bild führen.  
255 Hier soll das vermeintliche Ziel sein, Künstler\*innen dabei zu helfen, mit digitaler  
256 Kunst Einnahmen zu generieren. Käufer\*innen können einen eindeutigen Nachweis über  
257 den Besitz eines Kunstwerks erwerben, der in der Blockchain gespeichert ist. So soll  
258 auch passives Einkommen über Weiterverkäufe möglich werden.

#### 259 **Auch nur ein Poker-Tisch**



260 Während zwar der Token selbst einzigartig ist, ist das dazugehörige Kunstwerk genauso  
261 gespeichert und übertragbar wie jedes andere Bild im Internet. Es gibt keine  
262 kryptografische Verbindung zwischen Kunstwerk und Token, ebenso wenig wie eine  
263 Authentizitätsgarantie. Theoretisch kann jede\*r ein NFT in Umlauf bringen, unabhängig  
264 davon, ob ihm oder ihr das Kunstwerk tatsächlich gehört. Konsequenzen sind praktisch  
265 keine zu befürchten.

266 Künstler\*innen müssen also nicht nur als erste ein NFT ihres Kunstwerks erstellen,  
267 bevor es jemand anderes tut. Sie sind darüber hinaus gezwungen, in die Spekulation  
268 mit Kryptowährung einzusteigen, da diese die Grundlage für den Kauf und Verkauf von  
269 NFTs bilden und untrennbar mit ihnen verbunden sind.

270 NFTs sind also nur für diejenigen von Vorteil, die bereits Kryptowährungen besitzen,  
271 speziell Ether, die „Währung“ der Ethereum-Blockchain. Durch den Hype um NFTs ging  
272 der „Wert“ des Ethers nach oben und neue Käufer\*innen kauften sich die extrem  
273 volatilen Coins von denjenigen, die zuvor weitaus weniger für sie bezahlt hatten, um  
274 am NFT-Markt teilnehmen zu können.

275 Die Künstler\*innen werden lediglich benutzt, um sie für das System der Kryptowährung  
276 auszunutzen und um sie dazu zu bringen, selbst Kryptowährungen zu kaufen, um so das  
277 Erstellen der NFTs zu bezahlen. Kommt es dabei manchmal zu kleinen Gewinnen für die  
278 Künstler\*innen, hilft dies lediglich dabei, sie weiter für das System der  
279 Kryptowährungen ausnutzen zu können.

280 Kaum anders als bei herkömmlicher Blockchain-Technologie wie beim Bitcoin handelt es  
281 sich also auch hier um reine Spekulationsobjekte. Wie bei anderen  
282 Spekulationsobjekten ist der „Wert“ losgelöst von dem vermeintlichen Gegenwert, etwa  
283 einem Kunstwerk. Gerade beim Handel mit NFTs kommt es durch gut vernetzte Communities  
284 dabei häufig dazu, dass der Preis eines NFTs durch Netzwerke künstlich immens in die  
285 Höhe getrieben wird, damit die teilhabenden Akteur\*innen sich daran bereichern  
286 können. Die letzte Käufer\*in ist dabei immer die Verlierer\*in des Spiels.

287 Während sich diese Spekulation derzeit vor allem auf digitale Kunstobjekte  
288 beschränkt, ist aufgrund der vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Smart Contracts in  
289 Ethereum ein breites Anwendungsspektrum denkbar. Zeiten des Internets sind Zeiten der  
290 unbegrenzten Vervielfältigung. NFTs lassen sich in diesen Zeiten auch nutzen, um aus  
291 einem unbegrenzten Angebot ein beschränktes zu machen. Sie sind nicht nur ein Mittel  
292 zur Verifizierung, sondern dadurch auch ein Mittel der Privatisierung. Auch  
293 Internetkonzerne wie Discord oder Twitter sind interessiert an der Implementierung  
294 von NFTs, denn schließlich kann über das entsprechende Mikroprogramm, jedes digitale  
295 Dokument, jede Website oder jeder digitale Raum mit Hilfe eines NFTs monetarisiert  
296 und zum Spekulationsobjekt gemacht werden, indem künstlich eine nicht notwendige  
297 Knappheit erzeugt wird.

298 Hoheitliche Aufgaben werden der Kontrolle demokratisch legitimierter und  
299 kontrollierender Institutionen entzogen und in den Machtbereich privater Unternehmen  
300 bearbeitet. Etablierte und teilweise erkämpfte Mechanismen zum Ausgleich von  
301 Machtgefällen werden abgeschafft und durch Code ersetzt. Risiken werden auf die  
302 Individuen verlagert, ohne die Möglichkeit regulierend einzugreifen.

### 303 **Das Ende der Kette**

304 Das System rund um Kryptowährungen, NFTs und Blockchain-Technologien ist komplex. All  
305 diese Technologien können aus heutiger Perspektive kein Ersatz für staatlich  
306 herausgegebenes Geld sein, sie können keine Währung ersetzen und sie eignen sich  
307 nicht, um die derzeitigen Probleme des Bankensystems zu lösen.

308 Im Gegenteil, sie tragen darüber hinaus zur weiteren Kapitalisierung des digitalen  
309 Raums bei, sind umweltschädlich und sozial ungerecht.

310 **Wir fordern deshalb:**

- 311 • Das Verbot des Minings und des Handelns von Kryptowährungen, sowie des  
312 Auszahlens von Kryptowährung
- 313 • ein Verbot des Proof-of-Work Mechanismus für Blockchain und Aufklärung über die  
314 damit verbundenen ökologischen Konsequenzen
- 315 • Investitionen in die Forschung an und Verbesserung von verteilten Systemen und  
316 Datenspeichern, insbesondere zur Entwicklung resilienter Konsens-Mechanismen

## Antrag N04: Das Internet vergisst nicht, aber Accounts können gelöscht werden!

Plattformbetreiber\*innen sollen künftig, aufbauend auf dem Recht auf Löschung aus Art. 17 EU-DSGVO, verpflichtet werden, Konzepte des automatisierten “Digitalen Vergessens” in ihre Arbeit einzubinden. Neben einer verpflichtenden Option, bestimmten Daten durch die Nutzer:innen ein Lösungsdatum zu weisen zu können, sollen die Plattformbetreiber, nach bestimmten Zeiten der Nicht-Nutzung, einen Account löschen müssen.

Das Digitale Vergessen sollte sich dabei zumindest in zwei Schritten darstellen:

### 1. Frontend-Löschung

Im ersten Schritt muss ein Plattformbetreiber die Auffindbarkeit des Profils einschränken. Nach einer angemessenen Zeit ohne Anmeldung oder Nutzung eines Accounts muss das Profil deaktiviert werden. Sofern die Plattform dies ermöglicht, sollte der:die Nutzer:in das Profil jederzeit wieder aktivieren können. Vor einer Deaktivierung ist der:die Nutzer:in durch die Plattform zu informieren, einschließlich eines Hinweises auf eine vollständige Löschung des Accounts durch den:die Nutzer:in.

### 2. Backend-Löschung

Im zweiten Schritt sollen Plattformbetreiber künftig verpflichtet sein, alle personenbezogenen Daten eines:er Nutzer:in zu löschen. Dies muss automatisiert nach einer angemessenen Frist ohne Zugriff des:der Nutzer:in erfolgen. Vor einer Löschung ist der:die Nutzer:in durch die Plattform zu informieren.

### Opt-Out:

Die Plattformen können den Nutzer:innen verschiedene Optionen anbieten, um eine Deaktivierung/Löschung auszuschließen. Eine Möglichkeit sind sogenannte Gedenkseiten, bei denen die Profile der Nutzer:innen in ein digitales Kondolenzbuch verwandelt werden, oder dass der Zugriff, und damit die Entscheidungshoheit, auf Angehörige/Vertrauensperson übertragen werden kann, wenn die registrierte Person verstirbt.

Neben der automatisierten und zeitgebundenen Löschung ohne Aufforderung durch die Nutzer:innen, muss auch das Recht der Nutzer:innen auf ein selbstbestimmtes Löschen gestärkt werden. Auch wenn es inzwischen einen Rechtsanspruch aus der EU-DSGVO auf Datenlöschung gibt, ist dieser Weg häufig praktisch versperrt. Dabei wollen wir einen grundsätzlichen Verständniswechsel, der die Betreiber verstärkt in die Pflicht nimmt für die vollständige Löschung Sorge zu tragen, Antragswege möglichst zu vereinfacht und ein harmonisches Ineinandergreifen von automatisierter Löschung und selbstbestimmtem Löschen schafft. Plattformen müssen verpflichtet werden, mit dem nötigen Personal für eine vollständige Umsetzung der informationelle Selbstbestimmung Sorge zu tragen.

## Antrag 005: Die Würde des Menschen ist unantastbar - sogenannte defensive Architektur verbieten

- 1 Wir fordern eine starke Regulierung der defensiven Architektur in deutschen Städten  
2 und Gemeinden. Dies beinhaltet das Verbot defensiver Architektur in kommenden  
3 Bauprojekten im öffentlichen Raum und im öffentlichen Personennahverkehr sowie den  
4 Rückbau solcher Bauelemente. Solche Bauelemente beinhalten (beispielhaft):
- 5 • Bänke mit starken Rundungen oder Armlehnen in geringem Abstand zueinander
  - 6 • Betonklötze mit Spitzen unter Brücken
  - 7 • blaues Licht (damit Menschen, die Drogen konsumieren ihre Venen nicht sehen  
8 können)
  - 9 • Musik oder Ultraschall in Orten wie Bahnstationen
  - 10 • das bewusste Entfernen von Objekten, z.B. Bänken, damit diese nicht als  
11 Schlafmöglichkeit genutzt werden
- 12 Außerdem fordern wir schlussfolgernd, dass es auf kommunaler Ebene eine Möglichkeit  
13 geben muss, defensive Architektur auf öffentlichem Grund zu melden. Dies soll  
14 ermöglichen, auf übersehene architektonische Probleme hinzuweisen und muss möglichst  
15 bürokratiearm erfolgen können.
- 16 Unter defensiver Architektur (auch häufig Anti-Obdachlosen-Architektur; Feindliches  
17 Design, englisch: hostile architecture) versteht man im Städtebau technische  
18 Maßnahmen, die Menschen nicht dazu verleiten lange zu verweilen. Beispiele für solche  
19 Installationen sind Bänke mit starken Rundungen oder Armlehnen in geringem Abstand  
20 zueinander sowie Betonklötze mit Spitzen unter Brücken. Solche Maßnahmen sollen vor  
21 allem dazu führen, dass sich Menschen ohne festen Wohnsitz aber auch junge Menschen  
22 an diesen Orten nicht allzu lange aufhalten. Das Ziel dieser Maßnahmen ist es, dass  
23 es nicht zu kriminellen Handlungen kommt oder zu einer Vermüllung, um das Ansehen der  
24 jeweiligen Stadt und Kommune zu wahren.
- 25 Dies führt dazu, dass vor allem Menschen ohne festen Wohnsitz es noch schwieriger  
26 haben einen Ort zum Schlafen oder für die Betreuung von Körperhygiene zu finden.  
27 Außerdem werden diese Menschen aus dem gesellschaftlichen Leben gedrängt, da ihre Art  
28 zu leben nicht in das Normbild vom privilegierten Menschen passt. Dies hat große  
29 Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von Menschen ohne festen Wohnsitz. Nur  
30 durch das Errichten defensiver Architektur wird Obdachlosigkeit nicht bekämpft, nur  
31 aus dem Blick anderer Menschen verbannt. Probleme werden nicht gelöst, sondern nur  
32 verlagert oder verschlimmert. Das kann und darf nicht unser Ziel sein!
- 33 Auch jungen Menschen werden häufig keine Räume zur Verfügung gestellt und die Plätze,  
34 die sie für sich finden durch solche Maßnahmen genommen. Statt in defensive  
35 Architektur zu investieren könnten die dafür genutzten finanziellen Mittel genutzt  
36 werden, um öffentliche Räume des Zusammenkommens zu fördern und auszubauen. Der  
37 Einsatz von blauem Licht, z.B. in öffentlichen Toiletten und Bahnunterführungen soll  
38 den Gebrauch von intravenösen Drogen verhindern, da die blauen Venen nicht mehr zu  
39 erkennen sind. Dies führt aber nicht dazu, dass keine Drogen konsumiert werden,  
40 sondern dass diese in einem riskanten Umfeld injiziert werden. Dies erhöht das Risiko  
41 medizinischer Notfälle und in schweren Fällen kann es zum Tod führen. Diese Maßnahme

42 muss augenblicklich verboten werden!

43 Wir setzen uns stattdessen für die Errichtung von Konsumräumen ein. Dort können  
44 Suchtkranke sicher konsumieren und bei drogenbezogenen, gesundheitlichen oder  
45 sozialen Problemen entsprechende Hilfen in Anspruch nehmen.

46 Der Blick auf die Ursprünge defensiver Architektur verdeutlicht noch einmal, dass  
47 hinter diesem Begriff eine diskriminierende und menschenfeindliche Überzeugung  
48 steckt: Die ersten aufgezeichneten Beispiele defensiver Architektur sind im 19.  
49 Jahrhundert in den USA zu finden. Hier wurde diese Form der Architektur genutzt, um  
50 die Segregation nach Hautfarbe zu unterstützen. Allein diese geschichtliche Herkunft  
51 macht deutlich, dass wir uns von diesem Konzept schon längst verabschiedet haben  
52 müssten! Defensive Architektur ist ein Einschnitt für alle Bevölkerungsgruppen. Der  
53 Abbau von Bänken und Rastmöglichkeiten in Innenstädten führt dazu, dass ältere  
54 Menschen keine Stellen für Pausen finden und somit für sie ein Besuch in Städten  
55 immer unattraktiver gestaltet wird. Des Weiteren kann defensive Architektur dazu  
56 führen, dass Orte ihre Barrierefreiheit verlieren. Man sieht: Defensive Architektur  
57 löst keine Probleme und führt ebenfalls nicht zu einer höheren Sicherheit. Sie führt  
58 nur dazu, dass eine Vielzahl von Menschen unter einer unmenschlichen und von  
59 Verachtung geprägten Überzeugung Nachteile erfahren - unserer Meinung nach ist dies  
60 untragbar.

## Antrag P01: Gesundheit vor Profite

### 1 Gesundheit vor Profite

2 Gesundheit ist ein Menschenrecht. Die Sicherung dieses Menschenrechts ist Teil der  
3 staatlichen Daseinsvorsorge. Dazu gehört eine gute Verfügbarkeit von medizinischer,  
4 therapeutischer und pflegerischer Versorgung. Dies schließt sowohl die Versorgung von  
5 Erkrankten oder medizinisch Hilfsbedürftigen ein, aber umfasst ebenso verschiedenste  
6 präventive Aspekte für die gesamte Gesellschaft. Aufgabe unseres Gesundheitssystems  
7 ist es, allen Menschen eine Versorgung zu garantieren, die auf aktuellem  
8 wissenschaftlichen Stand basiert. Dieser Standard kann nur bestmöglich erfüllt  
9 werden, wenn die Arbeit von gut ausgebildeten Fachkräften durchgeführt wird und diese  
10 ausreichend Zeit für die Patient\*innenversorgung haben. Sind die genannten  
11 Rahmenbedingungen gegeben, kann die Versorgung möglichst individuell gestaltet werden  
12 und orientiert sich an den spezifischen Bedürfnissen der zu behandelnden Person.

13 In Deutschland sind moderne Behandlungsmethoden verfügbar und Fachkräfte können  
14 häufig auf ein großes Wissen sowie und eine große Vielfalt an medizinischen Geräten  
15 und Hilfsmitteln zurückgreifen. Trotzdem ist die Realität, dass dieser Standard der  
16 optimalen Gesundheitsversorgung aller Patient\*innen und guter Arbeitsbedingungen für  
17 die Beschäftigten im Gesundheitswesen in der Bundesrepublik noch längst nicht  
18 erreicht, obwohl wir über eine stark ausgebaute Gesundheitsinfrastruktur verfügen.

19 Dies liegt auch zu großen Teilen an den kapitalistischen Zwängen, denen alle Akteure  
20 der Gesundheitsversorgung unterworfen sind. Aktuell erfolgt die  
21 Krankenhausfinanzierung dual. Betriebskosten, also Kosten für die Behandlung  
22 (Personalkosten, Materialkosten oder Energiekosten) werden von den Krankenkassen  
23 finanziert. Investitionskosten, zum Beispiel Umbaumaßnahmen oder kostenintensive  
24 Gerätereueanschaffungen werden von den Ländern getragen. Bei beiden Säulen der dualen  
25 Finanzierung gibt es große Herausforderungen und Fehlanreize.

26 Aufgrund dessen werden Behandlungsentscheidungen tagtäglich auf Grundlage  
27 finanzieller Erwägungen getroffen, um die Wirtschaftlichkeit des Krankenhauses, der  
28 Praxis oder der Abteilung sicherzustellen. Blutige Entlassungen (d.h. Entlassungen  
29 vor tatsächlicher Beendigung der Behandlung), fehlende Anschlussbehandlung oder  
30 unnötig lange stationäre Aufnahmen gehören zum ungeschönten Alltag im  
31 Gesundheitssystem. Die Erwägung finanzieller Fragen spielt in der Klinik permanent  
32 eine Rolle. Die Finanzierung unseres Gesundheitswesens grenzt den ärztlichen und  
33 pflegerischen Entscheidungsspielraum in der Gestaltung von Therapie und Diagnostik  
34 stark ein. Dies führt einerseits zu einer medizinischen Überversorgung von  
35 Patient\*innen, andererseits zu Unterversorgung und am Ende schadet das System damit  
36 erkrankten Personen.

37 Medizinische Entscheidungen auch in Abhängigkeit von finanziellen Erwägungen zu  
38 treffen, ist fast nie den einzelnen Ärzt\*innen und Fachkräften vorzuwerfen. Dass das  
39 Fortbestehen der eigenen Abteilung oder Praxis auch an der Wirtschaftlichkeit der  
40 medizinischen Entscheidungen hängt, ist eine Tatsache, die medizinische  
41 Entscheidungen beeinflusst. So wird gerade in Anstellungsverhältnissen Druck auf  
42 Behandelnde ausgeübt, gewinnbringender zu arbeiten. Das Problem liegt hier also klar  
43 im System und nicht bei den einzelnen Behandelnden.

44 Die Bundesländer haben laut Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) die Aufgabe, bei

allen Einrichtungen, die im Landeskrankenhausplan genannt werden, die Investitionskosten zu tragen. Aus dieser Aufgabe haben sie sich in den letzten Jahren immer weiter zurückgezogen und die Krankenhäuser sind somit gezwungen, die Investitionen über die Betriebskosten mitzufinanzieren. Das hat bis zur Ausgliederung des Pflegebudgets aus den Fallpauschalen (Diagnoses related Groups) dazu geführt, dass insbesondere an Personalkosten gespart wurde. Die fehlende Finanzierung ist insbesondere für kommunale Kliniken und Klinikverbünde fatal. Es übersteigt die finanzielle Möglichkeit kleinerer Kommunen, die roten Zahlen zu kompensieren und viele haben über kurz oder lang nur die Wahl: privatisieren oder schließen. Im Jahr 1991 gab es noch rund 2.400 Kliniken, im Jahr 2022 zählt das Statistische Bundesamt aktuell noch 1.903 Kliniken. Die privaten Träger konnten dabei ihren Anteil von 21,7 Prozent im Jahr 2000 auf rund 38 Prozent der Häuser im Jahr 2020 ausbauen. All diese Umstände zeigen auf, dass das derzeitige Finanzierungs-konzept vielerlei negative Konsequenzen für Patient\*innenversorgung und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten mit sich bringt.

### **Gesundheitsplanung statt Krankenhausplanung**

Gesundheitspolitik und ihre Umsetzung sollten darauf ausgelegt sein, Menschen gesund zu halten, anstatt Krankheiten zu verwalten. Für uns steht fest, wir brauchen eine Umstrukturierung des Gesundheitssystems! Wir müssen dazu übergehen, dass intersektoral zusammengearbeitet wird, um Menschen gesund zu halten und die Anreize minimieren, mit Krankheiten oder Überversorgung Geld zu verdienen.

Aktuell werden Krankenhäuser vor allem daran gemessen, wie die Bettenbelegungsquote aussieht. Diese soll Aussagen über die Bedarfsgerechtigkeit des Krankenhauses treffen. Anhand dieser Quote leiten sich viele Entscheidungen in Politik und Justiz ab. Es braucht eine stärkere Fokussierung und Relevanz verschiedener Indikatoren, die tatsächlich Aussagen über die Qualität eines Krankenhauses treffen und die Bedürfnisse der Patient\*innen und Arbeitnehmer\*innen im Blick haben. Wir müssen neu definieren, wie wir Qualität messen wollen und wie diese sichergestellt werden soll. Unserer Meinung nach muss unter anderem das Outcome für die Patient\*innen im Mittelpunkt des Interesses stehen, insbesondere die einschränkungsfreie bzw. einschränkungsarme Zukunft sollte anstelle der reinen Überlebenszeit nach der Therapie Berücksichtigung finden. Außerdem muss neben der individuellen Behandlungszufriedenheit der Patient\*innen auch verstärkt die Mitarbeiter\*innenzufriedenheit eine Rolle spielen.

In Deutschland stehen wir mittlerweile außerdem vor der Problematik, dass Kliniken auch dann geschlossen werden, wenn sie im Landeskrankenhausplan gelistet sind und einen wichtigen Beitrag zur wohnortnahen Versorgungsinfrastruktur leisten. Diese Tatsache ist untragbar. Gemessen an der Bevölkerungsgröße hat Deutschland im europäischen Vergleich zwar die meisten stationären Krankenhausbetten, jedoch sind regionale Unterschiede und vor allem das Gefälle der Patient\*innenversorgung zwischen Ballungszentren und ländlichen Räumen enorm. Wir wollen uns der Konsolidierung der vorhandenen Infrastruktur nicht verschließen. Diese soll aber nicht nach ökonomischen, sondern nach Qualitätskriterien stattfinden, wie beispielsweise gute Arbeitsbedingungen und die Gewährleistung einer wohnortnahen Erstversorgung. Das kann aber nur dann gelingen, wenn sektorenübergreifend geplant wird: Krankenhäuser,



niedergelassene Allgemein- und Fachmediziner\*innen, Physio-, Psycho-, Ergotherapeut\*innen, Logopäd\*innen, Hebammen, Geburtshäuser, ambulante und stationäre pflegerische Infrastruktur - sie alle sind Gewährleister\*innen einer wohnortnahen Versorgungsinfrastruktur. Deshalb wollen wir die Landeskrankenhausplanung durch eine sektorenübergreifende Gesundheitsplanung ersetzen. Das bedeutet auch, dass die Kompetenz zur Bedarfsplanung der Kassen(zahn)ärztlichen Kassensitze von der Kassen(zahn-)ärztlichenvereinigung weg und hin zu einem neu zu schaffenden demokratischen Gremium verlagert werden muss.

Die bedarfsgerechte Finanzierung ist keinesfalls ein Widerspruch zur Wirtschaftlichkeit. Die Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser muss sich anhand einer optimalen Versorgungsqualität und guten Arbeitsbedingungen von Beschäftigten messen lassen. Durch eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung können vermeidbare Folgeerkrankungen, -behandlungen und somit auch -kosten verhindert werden. Ebenso verringern adäquate Arbeitsbedingungen das Risiko für Berufskrankheiten sowie psychische Belastung und beugen daraus resultierende Personalausfälle vor. Eine bedarfsgerechte Finanzierung ist somit auch eine wirtschaftlich effiziente Finanzierung.

Ein System der Gewinnerwirtschaftung und marktförmigen Organisation im Gesundheitswesen lehnen wir entschieden ab. Stattdessen brauchen wir ein System, das eine bedarfsgerechte Finanzierung sicherstellt und die Patient\*innen im Blick hat.

Deshalb fordern wir:

- Rekommunalisierung aller Privaten Krankenhäuser
- Interdisziplinäre Gesundheitsplanung (& -wesen)
- Gesundheitsplanung statt Krankenhausplanung
- Gemeinsames Wirken von Kommunen, Ländern und Bund in der Landesgesundheitsplanung
- Flächendeckende Grundversorgung des Gesundheitswesens sicherstellen
- Flächendeckende Grundversorgung mit Krankenhäusern + Maximalversorger
- Sozialgerechte Planung der Primärversorgung und der Krankenhäuser
- Festhalten an der zunehmenden Spezialisierung von Fachbereichen und der Bildung von Zentren zur Erhöhung der Versorgungsqualität
- Evaluation der Bedarfsplanung auch anhand sozialer Kriterien + sinnvolle, weitreichende Erforschung der Bedarfe
- Ausbau der psychiatrische/psychotherapeutische Versorgung
- Intersektorale Zusammenarbeit mit dem Ziel, funktionsgerecht zu verzahnen
- Orientierung für Patient\*innen schaffen - hausärztlich zentrierte Versorgung & community-health nurses
- Demokratisierung der Kassenplatzvergabe (mehr Plätze, weniger Geld)
- Qualitätssteigerung für Arbeitnehmer\*innen und Patient\*innen
- Soziale Gerechtigkeit in Ausbildung und Studium stärken
- Morbiditäts- und Qualitätsorientierte Planung

### **Betriebskosten – DRG Fallpauschalen abschaffen und dann?**

Die Betriebskostenfinanzierung erfolgt durch die Fallpauschalen oder auch DRGs (diagnosis related groups). Demnach werden bestimmte Diagnosen mit jeweiliger Therapie in Gruppen zusammengefasst und pauschal vergütet. Wenn die Kosten für einen Fall höher ausfallen, bleibt das Krankenhaus auf den Kosten sitzen, schafft das Krankenhaus die Versorgung mit weniger Kosten, erwirtschaftet es Gewinne.

Anreize finden zum Beispiel in Form von pauschalen sogenannten „oberen Verweildauern“ statt, nach denen das Krankenhaus durch die Verlängerung des stationären Aufenthaltes Verluste erwirtschaftet. Diese Zeitpunkte werden im Alltag im Krankenhaus als Verweilgrenze kommuniziert. Auch die pauschalen Vergütungen unabhängig von der tatsächlich benötigten Versorgung setzen Anreize, zum Beispiel zum Durchführen besonders lukrativer Eingriffe. Das DRG -System ist stark auf die Vergütung operativer Leistungen ausgerichtet. Beispielsweise ist der Einsatz einer Hüft- oder Knieprothese im Vergleich zu konservativen Behandlungsformen viel gewinnbringender.

Das Problem geht aber über die pauschale Vergütung von Erkrankungen und Behandlungen noch einmal weit hinaus. Bei den DRG Fallpauschalen handelt es sich um Verhältniszahlen der Anteile oder ein Vielfaches eines Basisfallwertes, welcher zuvor zwischen Krankenkassen und Krankenhausgesellschaften ausgehandelt wird. An die tatsächlich entstehenden Kosten sind diese Basisfallwerte grundsätzlich nicht gebunden und auch die DRG Fallpauschalen werden durch defacto nicht repräsentative Methoden ermittelt.

Durch die Fallpauschalen kommt es beispielsweise zu Personaleinsparung, zur Verkürzung der Liegedauer, zur Einsparung von Medikamentenkosten, zur Verlängerung von Beatmungsdauern oder zur vorzeitigen Entbindung von Frühchen. Diese Fehlanreize müssen sich durch eine bedarfsgerechte Finanzierung erübrigen.

Bedarfsgerecht bedeutet für uns, die tatsächlich entstandenen Kosten müssen refinanziert werden. Unabhängig vom Modus der unterjährigen Auszahlung an die Krankenhäuser muss klar sein, dass am Ende das Krankenhaus nicht auf entstandenen Kosten oder notwendigen Vorhaltekosten sitzen bleibt. Des Weiteren dürfen Einsparungen an Personal oder Verlängerungen von Beatmungsdauern nicht zu finanziellen Belohnungen führen. Dies kann erreicht werden, indem die Ausgaben der Krankenhäuser vollumfänglich mit den Krankenkassen abgerechnet werden. In einem solchen System können Krankenhäuser keinen Gewinn und auch keinen Verlust erwirtschaften. Denn unabhängig davon, wie die Abrechnung mit den Krankenkassen monatlich stattfindet, werden am Ende des Geschäftsjahres die tatsächlichen Kosten abgerechnet. Dabei darf kein Platz für Beliebigkeit oder verschwenderischen Umgang mit den Geldern der Krankenkassen und damit mit den Versicherungsbeiträgen aller Versicherten bleiben. Natürlich kann nicht beliebig viel Material erworben oder das teuerste der Medikamente eingekauft werden. Dabei geht es um einen verantwortungsbewussten Umgang, der ausdrücklich nicht zu Lasten der Versorgungsqualität gehen darf. Jedoch gibt es im Gesundheitssystem genau wie in allen anderen kapitalistisch funktionierenden Systemen immer einen gewissen Markt. Beispielsweise werden Medikamente mit dem selben Wirkstoff und der identischen Wirkweise von unterschiedlichen Herstellern angeboten und an diesen Stellen gibt es preisliche Unterschiede. Bereits vor der Einführung der DRG Fallpauschalen war gesetzlich geregelt, dass die Krankenhäuser wirtschaftlich handeln und angemessen mit

179 den Geldern der Versicherten umgehen mussten. Daraufhin müssen sich die Krankenhäuser  
180 regelmäßig überprüfen lassen.

181 Deshalb fordern wir:

- 182 • Einführung einer gemeinwohlorientierten Finanzierung anstelle der marktförmigen  
183 Organisation der Betriebskostenfinanzierung durch die DRG
- 184 • Finanzierung von Krankenhäusern nach dem Selbstkostendeckungsprinzip, mit  
185 jährlichen Budgetverhandlungen unter Einbeziehung der Beschäftigten
- 186 • Abrechnung der tatsächlichen Kosten
- 187 • Gewinnerzielungsverbot - Krankenhäuser dürfen keine Gewinne erzielen
- 188 • Einführung einer Bürger\*innenversicherung für die gerechte Finanzierung unseres  
189 Gesundheitssystems
- 190 • Krankenkassen nicht länger als Aktiengesellschaften organisieren
- 191 • Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze
- 192 • Verbeitragung aller Einkünfte statt ausschließliche Verbeitragung von Einkommen
- 193 • Klar progressive Beitragshöhen mit im Vergleich zu heute niedrigeren Beiträgen  
194 für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen
- 195 • Abschaffung von Selektivverträgen
- 196 • Pädagogische Gespräche zwischen Ärzt\*innen, Sozialarbeiter\*innen und Eltern  
197 müssen ebenfalls als abrechenbare Leistungen gezählt werden.

198 **Aus aktuellem Anlass:**

199 Eine grundlegende Reform der Finanzierung im Gesundheitswesen ist längst überfällig.  
200 Trotzdem hat es dieses Ziel nicht in den Koalitionsvertrag geschafft. Dort beschränkt  
201 sich die Regierungskoalition aktuell ausschließlich auf das Ziel, eine Reform der  
202 Finanzierung der Pädiatrie (Kinderheilkunde) und der Geburtshilfe als Teilbereich der  
203 Gynäkologie vorzunehmen und die fehlende Vergütung der Vorhaltekosten in der  
204 Notfallversorgung in den Blick zu nehmen. Die ersten Pläne, die zu diesem Thema  
205 aktuell bekannt geworden sind, alarmieren uns. Statt die Chance zu ergreifen, diese  
206 Bereiche zu Vorreitern einer grundlegenden Reform in Richtung einer bedarfsgerechten  
207 Finanzierung durch das Selbstkostendeckungsprinzip zu machen, ist der Grundgedanke  
208 der aktuellen Überlegungen weiterhin mit Hilfe von finanziellen Anreizen bestimmte  
209 Qualitätskriterien zu erreichen oder die Zahl der Kliniken zu regulieren. In der  
210 Stellungnahme des wissenschaftlichen Gremiums ist von „Anreizen für eine hohe  
211 Versorgungsqualität und Angemessenheit, bezogen auf die regionalen Bedarfe und die  
212 regionale Bevölkerung“ die Rede, die Qualität wird also als Vergütungskriterium  
213 eingeführt. Mit dem Ziel zur Schließung von kleinen Abteilungen, die vermeintlich  
214 nicht dem Bedarf entsprechen, statt eine Landeskrankenhausplanung zu etablieren, die  
215 diese Regulierungsaufgabe der Bedarfsfeststellung übernimmt, wird dies dem Markt  
216 überlassen. Weiter formuliert die Regierungskommission, dass eine Zentrumsbildung und  
217 die Aufgabe kleiner Geburtshilfen mit wenigen Geburten zu forcieren seien.  
218 Kurzfristig sollen pädiatrische Abteilungen jenseits der Budgetverhandlungen und der  
219 DRG Pauschalen ein zusätzliches Vergütungsvolumen, das nicht leistungsabhängig  
220 vergeben wird, erhalten. So sollen sie vom betriebswirtschaftlichen Druck befreit  
221 werden. Für geburtshilfliche Abteilungen, die nur eine geringe Zahl an Geburten

222 haben, aber bei ihrem Wegfall eine Versorgungslücke hinterlassen würden, sollen  
 223 kurzfristig ebenfalls nicht leistungsabhängige zusätzliche Finanzmittel ergänzt  
 224 werden.

225 Weil wir die Chance für einen ersten Schritt in Richtung Selbstkostendeckung im  
 226 Gesundheitssystem nicht verstreichen lassen dürfen fordern wir:

- 227 • Kurzfristige zusätzliche Vergütungsvolumen zur Verhinderung von Schließungen
- 228 weiterer pädiatrischer und geburtlicher Abteilungen
- 229 • Flächendeckende Auszahlung der DRG unabhängigen Zuschläge
- 230 • Mittelfristige Anpassung der Finanzierung an tatsächlich entstandene Kosten ohne
- 231 Anreizsetzung nach dem Prinzip der Selbstkostendeckung
- 232 • Das Ziel, eine qualitativ hochwertige Versorgung zu organisieren, teilen wir. In
- 233 Häusern, die eine gewisse Zahl an Fällen unterschreiten, kann dies
- 234 möglicherweise nicht gegeben sein und eine Zentrumsbildung oder Zusammenlegung
- 235 von Kliniken möglicherweise erforderlich werden. Eine solche Entscheidung muss
- 236 durch die politischen Verantwortungsträger\*innen im Rahmen der Krankenhaus- oder
- 237 Gesundheitsplanung getroffen werden, statt durch marktförmige Organisation der
- 238 Gesundheitsinfrastruktur Abteilungen bis in den betriebswirtschaftlichen Ruin zu
- 239 führen, um so eine Schließung zu erreichen. Außerdem muss die Schließung kleiner
- 240 Abteilungen oder Kliniken immer eine Einzelfallentscheidung sein, in der immer
- 241 auch die regionale Versorgung eine Rolle spielt. Die schnelle Erreichbarkeit von
- 242 medizinischer Behandlung ist ein Standortfaktor, der bei seinem Wegfall
- 243 strukturschwache Regionen weiter entwertet.
- 244 • Zentrumsbildung oder Zusammenlegung von Kliniken zur Sicherung qualitativ
- 245 hochwertiger Versorgung, wenn notwendig
- 246 • Entscheidungen über derartige Zentralisierungsprozesse sind durch politische
- 247 Verantwortungsträger\*innen im Rahmen der Krankenhaus- oder Gesundheitsplanung zu
- 248 treffen

#### 249 **Investitionskosten**

250 Wie bereits thematisiert steht die Krankenhausfinanzierung auf zwei Säulen, also  
 251 unterliegt einer sogennaten dualen Finanzierung. Die Bundesländer kommen jedoch den  
 252 Verpflichtungen zur Finanzierung betriebsnotwendiger Investitionskosten schon  
 253 jahrzehntelang nicht im erforderlichen Umfang nach. Der reale Wertverlust der  
 254 Investitionsfinanzierung beträgt von 1991 bis 2020 bundesweit 45 %, die Kosten  
 255 stiegen aber auf mehr als das Zweieinhalbfache (lt. DKG). In den letzten Jahren hat  
 256 sich dadurch ein Investitionsstau von ca. 30 Milliarden aufgebaut, der jährlich um  
 257 ca. 4-6 Milliarden ansteigt.

258 Aus diesem Grund ist es praktisch oft notwendig, nicht geleistete  
 259 Investitionsförderungen durch die DRGs querzufinanzieren. Die DRGs sind ohnehin kaum  
 260 kostendeckend. Über 60 % der Krankenhauskosten sind Personalkosten. Es ist also klar,  
 261 wo gespart werden muss: massive Engpässe durch Stellenabbau in der Pflege,  
 262 Outsourcing, sogar Krankenhausschließungen gehören dazu. Eine Alternative wäre dann  
 263 noch, Krankenhäuser an private Konzerne zu verkaufen, die mehr Möglichkeiten haben,  
 264 Verluste zu umgehen. Dieser Umstand darf nicht akzeptiert werden.

265 Gute Gesundheitsplanung und Investitionsfinanzierung sind unerlässlich. Unser Ziel

ist eine wirklich kostendeckende Krankenhausfinanzierung entsprechend des Grundsatzes der dualen Finanzierung. Experimente wie eine monistische Finanzierung lehnen wir ab. Die Investitionskostenförderung muss bedarfsgerecht erfolgen. Grundsätzlich sollten Investitionen, deren Erforderlichkeit den zuständigen Landesbehörden nachvollziehbar dargelegt wird, in vollem Umfang übernommen werden. Bisher wird oft - wenn überhaupt - eine zu geringe Teilförderung unter Einberechnung eines Eigenanteils bewilligt. Es bedarf einer Investitionskostenfinanzierung, die den jahrzehntelangen Investitionsstau, sowie den aufkommenden Kosten durch Klimaanpassungen, der Erreichung von Klimaneutralität, sowie Digitalisierung und Energiekostensteigerungen gerecht wird.

Unterfinanzierung ist ein Mittel zur Marktbereinigung, aber auch Fonds und Förderzahlungen, welche die hinkende Investitionsförderung kompensieren sollen, verfolgen dasselbe Ziel. Ein Beispiel ist der sogenannte Krankenhaus-Strukturfonds, der zum „Abbau von Überkapazitäten“ und zur „Konzentration von stationären Versorgungsangeboten und Standorten“ (§ 12 KHG) ins Leben gerufen wurde. Der Bund zahlt über den Gesundheitsfonds 500 Mio. Euro pro Jahr an den Strukturfonds unter der Maßgabe, dass die Länder die gleiche Summe aufbringen. Was noch hinzukommt, ist ein Vetorecht der gesetzlichen Krankenkassen bei der Bewilligung der Investitionsmittel.

Eine weitere „Alternative“ wäre die Investitionsförderung nach leistungsorientierten Investitionspauschalen. Der Unterschied zur monistischen Finanzierung ist, dass diese sogenannten „Invest-DRGs“ bereits auf Bundesebene ab dem Jahr 2012 beschlossen wurden und nur durch ein Kontra des Bundesrats in eine mögliche Investitionsform mit Wahlfreiheit für die Bundesländer umgemünzt werden konnten. Die Einbeziehung der Investitionskosten in die DRGs spiegelt ähnlich - wie den DRGs innewohnend - nicht den wirklichen Bedarf wider und verschärft sowohl Investitionsprobleme als auch Konkurrenzdenken. Wir fordern daher deren Abschaffung.

Die Investitionskostenfinanzierung könnte darüber hinaus als Anknüpfungspunkt zur Steuerung und zur sozialen Transformation des Gesundheitswesens dienen. Wenn insbesondere Krankenhauskonzerne Gewinne erwirtschaften, muss dieser vollständig refinanziert werden. Dies ist lückenlos nachzuweisen. Bei anderweitiger Verwendung sollen Mittel der Investitionsförderung entsprechend verweigert werden. Langfristig streben wir eine vollständige Rekommunalisierung von Kliniken an. Die Länder müssen ihrer Verantwortung nachkommen und die notwendigen Investitionskosten finanzieren. Um dem aktuellen Investitionsbedarf gerecht zu werden, ist eine feste Investitionsquote für die Länder notwendig.

Daher fordern wir:

- Investitionsquote für die Länder
- vollständige Übernahme der Investitionskosten durch die Länder, keine Querfinanzierung von Investitionen durch die Betriebskostenfinanzierung und damit die Krankenkassenbeiträge
- nachträgliche zweckgebundene Investitionserstattung ermöglichen
- Abkehr vom Krankenhausstrukturfonds
- Gewinnerzielungsverbot - ein Krankenhaus darf keine Gewinne erzielen

**Beschäftigte**

310 Unsere aktuelle Krankenhauspolitik und die damit verbundene Finanzierung beutet  
311 Fachkräfte im Gesundheitsbericht systematisch aus, um Profite zu generieren.  
312 Besonders prekär betroffen sind Pflegekräfte, die Tag für Tag heillos unterbesetzt  
313 Höchstleistungen erbringen müssen. Es bedarf tiefgreifender Maßnahmen, um die Arbeit  
314 im Krankenhaus endlich menschenwürdig zu gestalten!

315 Die Abkopplung der Pflegepersonalkosten vom Fallkostenpauschalensystem war ein erster  
316 Schritt in die richtige Richtung. Durch die Abkopplung vom Fallkostenpauschalensystem  
317 ist zwar dieser Anreiz akut beseitigt, allerdings bedarf es immer noch einer wirklich  
318 bedarfsgerechten Personalbemessung, durch welche die Arbeitsbedingungen von  
319 Pfleger\*innen nachhaltig verbessert werden.

320 Natürlich muss ein bedarfsgerechter Personalschlüssel auch in der Praxis umgesetzt  
321 werden; es braucht genug Fachkräfte. Oft wird behauptet, dass der Pflegenotstand  
322 zustande komme, weil zu wenige Pfleger\*innen existierten; dieses Narrativ ist jedoch  
323 zu kurz gegriffen. Das Problem ist nicht ausschließlich, dass es zu wenig Personal  
324 gibt, sondern auch, dass zu Wenige langfristig im Beruf bleiben. Immer mehr  
325 Pflegekräfte verlassen trotz einer starken Verbundenheit zum Beruf die Branche, weil  
326 sie unter den gegenwärtigen Bedingungen die an sie gestellten Anforderungen nicht  
327 mehr tragen können oder wollen. Um den aktuellen Pflegenotstand zu beenden, bedarf es  
328 neben einer Fachkräfteinitiative auch Entlastungsmaßnahmen, damit Pflegende  
329 langfristig ihren Beruf ausüben können.

330 Beim Thema Entlastungsmaßnahmen spielen Tarifverträge und Partizipationsmöglichkeiten  
331 der Beschäftigten eine entscheidende Rolle. Wenn es nach den Beschäftigten gehen  
332 würde, würde es schon längst eine 25h Woche und neue Arbeitszeitmodelle geben. Die  
333 Arbeitskämpfe 2022 der Beschäftigten der Universitätskliniken in NRW, aber auch die  
334 vergangenen Kämpfe in Berlin der Charité und Vivantes, zeigen, dass die Beschäftigten  
335 nicht länger die aktuellen Bedingungen für Personal und Patient\*innen in  
336 Krankenhäusern akzeptieren wollen.

337 Die Streikenden des „Notruf NRW“ forderten dabei nicht nur einen  
338 Entlastungstarifvertrag für Pflegende, sondern für nahezu alle Berufsgruppen und  
339 Arbeitsbereiche der Kliniken. Denn viel zu oft werden in Debatten um Beschäftigte im  
340 Gesundheitswesen bestimmte Beschäftigtengruppen vergessen. Nicht nur Pflegepersonal,  
341 sondern auch das Reinigungs- oder Servicepersonal ist überlastet und wird trotz ihrer  
342 elementaren Rolle für das Funktionieren eines Krankenhauses wenig gesellschaftlich  
343 wertgeschätzt.

344 Deutschland läuft sehenden Auges auch in einen Ärzt\*innenmangel. Neben der  
345 bevorstehenden Berentungswelle der Babyboomer und dem erhöhten Krankheitsaufkommen  
346 durch das steigende Alter der selben Generation sind auch immer mehr junge Ärzt\*innen  
347 nicht mehr bereit, das kranke System Krankenhaus durch unbezahlte Überstunden und  
348 Arbeit bis zur eigenen Erkrankung zu stützen. Daher solidarisieren wir uns mit allen  
349 Berufsgruppen im Krankenhaus und fordern gemeinsam mit ihnen flächendeckende  
350 Entlastungen im Sinne der bisher beschlossenen Entlastungstarifverträge. Außerdem  
351 muss das Medizinstudium in Deutschland massiv ausgebaut und modernisiert werden. Wir  
352 brauchen mehr Studienplätze an mehr Universitäten in ganz Deutschland. Die hier  
353 entstehenden Mehrkosten dürfen weder durch sinkende Qualität der Lehre, noch durch  
354 unbezahlte Mehrarbeit für Ärzt\*innen an Unikliniken finanziert werden.

355 Obwohl die Beschäftigten, allen voran das Pflegepersonal und auch das Reinigungs- und



356 Servicepersonal, unser Gesundheitssystem tragen, sind ihre Perspektive, ihre  
357 Überbelastung und ihre Bedürfnisse nicht maßgeblich im öffentlichen Diskurs präsent.  
358 Während zu Beginn der Corona-Pandemie das Thema Pflege omnipräsent war und viele ihre  
359 Dankbarkeit durch Klatschen am Fenster zeigten, schafften es die Arbeitskämpfe selten  
360 bis gar nicht, eine große Mediale Aufmerksamkeit zu erreichen. Und das, obwohl gerade  
361 diese Arbeitskämpfe die Aufmerksamkeit verdient hätten, denn „Klatschen reicht  
362 nicht!“

363 Wir fordern also

- 364 • Evidenzbasierte bedarfsgerechte Personalbemessung für Pflegekräfte
- 365 • sofortige Umsetzung des PPR 2.0 zur Personalbedarfsermittlung
- 366 • Personalbemessung/bedarfsermittlung für alle Berufsgruppen
- 367 • eine Fachkräfteinitiative und Entlastungsmaßnahmen beispielsweise durch
- 368 Entlastungstarifverträge für verschiedenste Berufsgruppen im Krankenhauskontext
- 369 • mehr Berichterstattung über den Pflegenotstand und die Krankenhausbewegungen
- 370 • TVöD und TVE für alle Berufsgruppen
- 371 • Beendigung des Outsourcings von bestimmten Aufgaben
- 372 • Trennung von Personal- und Sachkosten
- 373 • Förderung von Ausbildungszentren und Ausbildungsvergütung in der Pflege & in
- 374 Therapieberufen durch den Bund
- 375 • Investition in Teilakademisierung der Pflegeberufe
- 376 • Einen massiven Ausbau der Anzahl von Medizinstudienplätzen
- 377 • eine Möglichkeit auf einen vorgezogen, abschlagsfreien Renteneintritt für
- 378 Pflegekräfte, die länger als 20 Jahre in einem Wechselschichtmodell gearbeitet
- 379 haben.

### 380 **Überwindung des Kapitalismus- auch im Gesundheitssystem!**

381 Das deutsche Gesundheitssystem mit seiner dualen Finanzierung unterliegt  
382 kapitalistischen Zwängen. Aufgrund marktwirtschaftlicher Fehlanreize kommt es zum  
383 Qualitätsverlust bei der Patient\*innenversorgung und Beschäftigte arbeiten zumeist  
384 unter prekären Umständen. Die Sicherstellung einer optimalen Gesundheitsversorgung  
385 und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in allen Bereichen  
386 des Gesundheitswesens muss oberstes Ziel sein. Dafür muss das Finanzierungssystem von  
387 Krankenhäusern endlich weg von einem schlechten Anreizsystem hin zu einer  
388 Orientierung an der bestmöglichen Gesundheitsversorgung für alle.

389 Gesundheit ist ein Menschenrecht! Die kapitalistischen Zwänge stehen der  
390 bestmöglichen Erfüllung dieses Rechts im Weg, dabei haben diese im Gesundheitsbereich  
391 nicht zu suchen. Gesundheit vor Profite!



## Antrag P02: Das Gebären den Gebärenden, nicht Patriarchat und Kapitalismus!

Der Beruf der Hebamme ist einer der ältesten „Frauenberufe“ der Welt. Trotz der elementaren Bedeutung dieses Berufs für die Gesellschaft haben Hebammen mit vielen Ungerechtigkeiten zu kämpfen: Sie werden zum Beispiel vergleichsweise niedrig vergütet trotz ihrer hohen Verantwortung für die Gebärenden und die Kinder. Hebammen fehlt es auch an Entscheidungsmacht während des Geburtsprozesses, da sie in Kliniken in der Hierarchie weit unter den Ärzt\*innen angesiedelt sind. So dürfen sie viele Entscheidungen nicht selbstständig treffen, obwohl sie die Kompetenz dazu hätten, und müssen Ärzt\*innen konsultieren. Meistens sind Hebammen für mehrere Geburten gleichzeitig verantwortlich und können dadurch keine persönliche und zeitintensive Betreuung garantieren, die während der Geburt so wichtig wäre. Diese Faktoren stellen alle einzeln, aber vor allem gemeinsam, eine enorme Belastung dar, die zu Burn-Out führen kann. Viele Hebammen erwägen, den Beruf ganz hinter sich zu lassen. In Deutschland herrscht bereits ein Hebammennotstand und Gebärende müssen um eine Betreuung bangen.

Ohne eine gerechte Behandlung von Hebammen und eine armutssichere Bezahlung kann keine professionelle und selbstbestimmte Geburt gewährleistet werden.

### Ohne gute Arbeitsbedingungen für Hebammen kein selbstbestimmtes Gebären

Gebärende sollen selber entscheiden können, wie und wo sie gebären wollen. Selbstbestimmung im Geburtsprozess ist essentiell für einen gesunden und angenehmen Geburtsprozess und die Beziehung von Eltern und Kind. Diese Selbstbestimmung scheitert häufig schon an der Wahl des Geburtsorts. Theoretisch ist es das Recht der Gebärenden zu entscheiden, wo das Kind zur Welt kommen soll; praktisch ist dies dank Hebammennotstand häufig nicht möglich. Es gibt schlicht nicht überall genügend Hebammen, um schwangere Menschen vor Ort zu betreuen. Diese Notlage wird vor allem dadurch verschärft, dass ein Großteil der Hebammen ihren Beruf aufgrund der hohen Belastungen nicht in Vollzeit ausüben kann. Dabei ist dieses Problem auf keinen Fall nur eines im ländlichen Raum: Im bundesweiten Vergleich befindet sich Berlin auf dem vorletzten Platz, was die Verfügbarkeit einer Hebamme für das Wochenbett - also die Betreuung der Eltern durch die Hebamme während der ersten Wochen nach Geburt - angeht. Junge Eltern profitieren daher zu häufig nicht von der Expertise, die Hebammen ihnen bieten könnten.

Eine flächendeckend und ausreichend verfügbare Betreuung ist wichtig, damit werdende Eltern mit der Verantwortung wichtiger Entscheidungen bezüglich des Geburtsprozesses nicht alleine gelassen werden. Denn eine rein informative Aufklärung reicht oftmals nicht aus; geburtsmedizinische Entscheidungen müssen von Fachpersonal begleitet werden. Dafür braucht es eine funktionierende und vertrauensvolle Care-Beziehung zwischen werdenden Eltern und Hebamme. Das ökonomisierte Geburtshilfesystem verhindert oft flächendeckende Möglichkeiten funktionierender Care-Beziehungen. Daher ist es dringend nötig, dass sich die Arbeitsbedingungen für Hebammen verbessern, damit alle Personen so gebären können, wie sie wollen.

### Akademisierung des Hebammenberufs

Mit dem 2020 beschlossenen Hebammengesetz, das einer EU-Richtlinie zur Angleichung

der Standards der Geburtshilfe in Europa folgt, wird der Hebammenberuf bis 2027 vollständig akademisiert sein. Angehende Hebammen müssen daher von nun an zur Berufsvorbereitung ein Studium der Geburtshilfe abschließen. Wir unterstützen diese Entwicklung. Die Vorteile der Akademisierung liegen hierbei in der Stärkung des Hebammenberufs, einem bundesweit einheitlichen Lehrplan und die damit einhergehende überall gleichwertige Wissensvermittlung und einer Berufsausbildung auf höchstem Niveau. Außerdem befähigt eine akademische Ausbildung Hebammen dazu, selbst akademisch tätig zu werden.

In der Akademisierung der Geburtshilfe liegt daher die große Chance, Abläufe und Probleme des Berufs in einem institutionellen Rahmen aus der Perspektive der Hebammen zu analysieren und dadurch aktiv auf die Verbesserung der Geburtserfahrung von innen heraus hinzuwirken. Wir fordern in diesem Kontext vor allem Studien in Bezug auf Rassismus während der Geburt und den Umgang mit BIPOC-Gebärenden, sowie alternative Geburtsabläufe.

Verbesserung der Qualität der Ausbildung:

Gute Arbeit kann nur gelingen mit einer guten Ausbildung. Momentan sind die meisten Kreißsäle so knapp besetzt, dass Studierende der Geburtshilfe während ihrer Praxiseinsätze nicht adäquat betreut und angeleitet werden können. Um eine gute Qualität der Ausbildung von Hebammen bzw. des praktischen Teils des Studiums zu garantieren, muss daher dafür gesorgt werden, dass flächendeckend ausreichend Praxisanleiter\*innen in Kreißsälen zur Verfügung stehen. Wir fordern diesbezüglich die Schaffung von finanziellen Anreizen und niedrigschwellige Fortbildungen.

Folgen aus der Akademisierung auf die Arbeitsrealität der Hebammen:

Aus der Akademisierung des Hebammenberufs kann sich konkret die Gesundheit aller Gebärenden verbessern: Durch Forschung steht den Hebammen zusätzlich ein konkretes evidenzbasiertes Wissen zur Verfügung, auf das sie sich stützen und nach dem sie handeln können. Die Entscheidungsverantwortung von Hebammen sollte so auch gestärkt werden, was Handlungsabläufe während des Geburtsprozesses langfristig vereinfachen würde. Diese Handlungsabläufe im Klinikalltag können nur gelingen, wenn sich das gesamte Personal auf Augenhöhe begegnen kann – unabhängig des akademischen Grads – und spezifisches Wissen wertgeschätzt wird. Ob Studium oder kein Studium, ob Ärztin oder Hebamme: Sie alle leisten einen enormen und gleichwertigen Beitrag zur gesundheitlichen Versorgung. Ohne ihre Leistungen und ihre Expertise auf ihrem jeweiligen Berufsfeld würden die Krankenhäuser nicht laufen.

Dies muss mit mehr Unterstützung für Hebammen einhergehen: Mehr Verantwortungslast bedeutet auch, dass mehr Assistenz im Kreißsaal notwendig ist, um die Hebammen zu entlasten. Wir fordern daher mehr assistierendes Personal im Kreißsaal wie administrative Hilfskräfte oder Reinigungspersonal.

Erwerb des nachträglichen Bachelorabschlusses

Während wir die Akademisierung der Hebammenausbildung begrüßen, geht daraus die Gefahr einer Spaltung des Berufs hervor. Ungleichheiten darf es innerhalb des Berufszweiges auf keinen Fall geben; eine Zwei-Klassen-Gesellschaft unter studierten und ausgebildeten Hebammen ist nicht akzeptabel. Unterschiedliche Bezahlungsstandards darf es unter keinen Umständen geben, auch die Flexibilität und Mobilität, die der standardisierte Abschluss bietet, muss allen Hebammen zugutekommen.

Um der Entstehung von Ungleichheiten zwischen verschiedenen Generationen an Hebammen entgegenzuwirken, braucht es daher flächendeckend Angebote für ausgebildete Hebammen, um nachträglich einen Bachelorabschluss zu erwerben.

Wir fordern daher ein Modell der Weiterbildung und der nachträglichen Aneignung des Bachelorabschlusses für bereits etablierte Hebammen wie das Hochschulsystem in der Schweiz es vorsieht: Der nachträgliche Erwerb eines akademischen Abschlusses ist für Hebammen in der Schweiz seit 2009 möglich. Um sich für den nachträglichen Bachelorabschluss zu qualifizieren, müssen schweizerische ausgebildete Hebammen mindestens zwei Jahre Berufspraxis vorweisen können. Zudem müssen sie ein Nachdiplom im Umfang von zehn ECTS an einer Hochschule erwerben.

Angelehnt an dieses System fordern wir für die Bundesrepublik eine Regelung zum niedrigschwelligen Erwerb des nachträglichen Bachelorabschlusses. Ausgebildete Hebammen mit mindestens zwei Jahren Berufserfahrung sollen demnach nach dem Bestehen von Modulen aus dem Komplex des wissenschaftlichen Arbeitens im Umfang von mindestens zehn ECTS an einer staatlich anerkannten Hochschule den Bachelorabschluss nachträglich erreichen.

#### Ökonomisierung der Geburtshilfe: Das DRG-System muss weg

Deutsche Kliniken rechnen über das Diagnosis-Related-Groups-System (DRG) ab. Dabei werden Patient\*innen nach bestimmten Parametern (u. a. Diagnose, Prozeduren, Alter, Geschlecht, Verweildauer, Entlassungsart) in diagnosebezogene Fallgruppen eingeteilt. Die Klinik erhält dann pro Patient\*in eine bestimmte begrenzte Fallpauschale.

Besonders lohnend ist es hierbei für Kliniken möglichst viele Fälle abzurechnen, bei denen möglichst ertragreiche Interventionen vom Klinikpersonal durchgeführt wurden (z. B. Ultraschall, Röntgen, Verabreichung von Medizin, operative Eingriffe).

Geburten, die mit wenig Eingreifen der Hebammen (d. h. interventionsarm) und über einen längeren Zeitraum hinweg stattfinden, sind hierbei ein Minusgeschäft. Das Fallpauschalensystem setzt Hebammen unter Druck, möglichst viele Geburten in möglichst kurzer Zeit durchzuführen. Anstatt den natürlichen Prozessen einer Geburt Zeit zu geben, werden so Interventionen während der Geburt gefördert und öfter als notwendig eingesetzt, weil sie die Dauer der einzelnen Geburt verkürzen sollen und die Fallpauschale erhöhen. Zu diesen Interventionen gehören z. B. die Verabreichung von wehenfördernden Mitteln, vaginaloperativen Geburtsbeendigungen und Kaiserschnitte. Häufig bedingen sich diese Formen der Intervention durch weitere Interventionen wie die Verabreichung schmerzlindernder Mittel oder der künstlichen Geburtseinleitung gegenseitig in Form von Interventionskaskaden.

Das kann neben dem immensen Druck für Hebammen auch zur Folge haben, dass Gebärende während der Geburt verstärktem Stress ausgesetzt sind, oft das Gefühl haben nicht selbstbestimmt gebären zu können und Gewalterfahrungen unter der Geburt erleiden.

Geburten, die kapitalistischen Effizienzansprüchen genügen müssen, sind zutiefst unwürdig für Gebärende und Hebammen und haben z. T. verheerende mentale wie physische Folgen für Gebärende und sind damit nicht tolerierbar.

Das DRG- bzw. Fallpauschalensystem muss abgeschafft werden. Stattdessen muss eine Krankenhausfinanzierung eingeführt werden, die bedarfs- und qualitätsorientiert ist. Das neue System muss die individuelle Berechnung der erbrachten Leistungen und des zeitlichen Aufwands ermöglichen, damit auch zeitintensive Tätigkeiten, wie

133 interventionsarme Geburten, entsprechend vergütet werden können.

134 Gesundheitsversorgung gehört in die öffentliche Hand. Krankenhäuser sollten staatlich  
135 statt privat und profitorientiert betrieben werden.

#### 136 Haftpflichtproblematik

137 Alle Tätigkeiten, die Hebammen durchführen, müssen versichert sein, denn sollten  
138 während der Geburt Fehler passieren und Gebärende oder Babys zu Schaden kommen,  
139 müssen deren Nachbehandlungen bezahlt werden. Das sind Kosten, die eine Hebamme  
140 selbst nicht stemmen kann. Eine Haftpflichtversicherung ist daher zwingend  
141 erforderlich. Durch die Nachhaftung, die noch bis zu 30 Jahre nach der  
142 stattgefundenen Geburt greift, benötigen sie einen Versicherungsschutz, der jeden  
143 möglichen Geburtsschaden abdeckt. Durch die lange Verjährungsfrist kann es passieren,  
144 dass die Hebamme erst im Rentenalter davon betroffen ist. Dadurch entsteht eine  
145 unkalkulierbare Kostensituation. Während angestellte Hebammen im Regelfall über ihr  
146 Arbeitsstelle versichert sind, müssen freiberufliche Hebammen diese Versicherung  
147 selbst organisieren.

148 Nachdem Deutschlands freiberufliche Hebammen jahrelang unter den rapide steigenden  
149 Versicherungssummen gelitten und eine politische Lösung gefordert haben, wurde durch  
150 eine Gruppenversicherung Abhilfe geschaffen. Der Gruppenversicherungsvertrag zwischen  
151 dem Deutschen Hebammenverband (DHV) und dem auf dem Markt verfügbaren  
152 Versicherungskonsortium wurde kürzlich bis 2024 verlängert. Die Deckungssumme der  
153 Gruppenversicherung wurde 2020 zudem mit Blick auf die steigenden Kosten bei schweren  
154 Geburtsschäden auf 12,5 Millionen Euro angehoben.

#### 155 Gruppenversicherung:

156 Die Gruppenversicherung beschreibt eine Art der Versicherung, bei der eine Gruppe von  
157 Personen gemeinsam einen Versicherungsvertrag gegen ein bestimmtes Risiko abschließt.  
158 Freiberufliche Hebammen sind so über den DHV gegen Geburtsfehler und -schäden  
159 versichert.

160 Ein großer Vorteil der Gruppenversicherungen ist, dass Hebammen nun nicht mehr selbst  
161 haften, sondern über den Verband abgesichert sind. Finanzielle Entlastung bringt  
162 diese Regelung allerdings nur bedingt.

#### 163 Sicherstellungszuschlag:

164 Was jedoch eine echte Erleichterung der finanziellen Lage freiberuflicher Hebammen  
165 mit sich bringt, ist der Sicherstellungszuschlag. So erhalten Hebammen, die die  
166 notwendigen Qualitätsanforderungen erfüllen, auf Antrag einen Sicherstellungszuschlag  
167 ausgezahlt, der die Last der Haftpflichtversicherung lindern soll. Die  
168 Qualitätsanforderungen sehen hierbei vor, dass Hebammen jährlich mindestens vier  
169 Geburten betreuen; die Anforderungen sind also niedrigschwellig gehalten.

170 Etablierte Hebammen sind somit in großen Teilen von der finanziellen Last der  
171 Haftpflichtversicherung befreit; nur für Berufseinsteiger\*innen stellt diese  
172 weiterhin ein Problem da, denn der Sicherstellungszuschlag kann nach frühestens sechs  
173 Monaten beantragt werden. Den Versicherungsbeitrag für die ersten sechs Monate der  
174 Arbeitszeit, welcher gut und gerne mehrere tausend Euro beträgt, muss die junge  
175 Hebamme selbst vorstrecken, was weiterhin eine Hürde darstellt. Hier besteht  
176 Nachbesserungsbedarf.

177 Auch die Abzüge, die Krankenkassen vom Sicherstellungszuschlag einziehen können,  
178 stellen weiterhin ein Problem da. Die Differenz zwischen dem ausbezahlten  
179 Sicherstellungszuschlag und der realen Haftpflichtprämie müssen freiberufliche  
180 Hebammen aus eigener Tasche zahlen.

181 Es bedarf daher einer Entbürokratisierung des Sicherstellungszuschlags, um vor allem  
182 berufseinsteigende Hebammen zu entlasten, sowie einer staatlichen Kostenübernahme der  
183 Differenz zwischen dem ausgezahlten Sicherstellungszuschlag und der tatsächlichen  
184 Haftpflichtprämie. Geburtshilfe darf kein finanzielles Risiko für Hebammen sein!

#### 185 Arbeitslast der Hebammen

186 Die Betreuung, die Hebammen in Versorgungseinrichtungen leisten, ist äußerst  
187 anspruchsvoll. In Deutschland ist es gängige Praxis, dass Hebammen mehrere Gebärende  
188 gleichzeitig bei der Geburt betreuen müssen. Dies ist mit hohem mentalen und  
189 physischen Stress verbunden. Nicht nur für die Hebammen, sondern ebenfalls für die  
190 Gebärenden. Die Zielsetzung, während des gesamten Geburtsprozesses eine Hebamme an  
191 der Seite zu haben, ist im Alltag allzu oft nicht realistisch. Eine deutschlandweite  
192 Umfrage aus dem Jahr 2015 ergab, dass fast die Hälfte der 1700 befragten Hebammen  
193 sich um drei (!) Geburten gleichzeitig kümmert. Aktuellere Zahlen aus dem Jahr 2017  
194 liegen für Sachsen vor. Danach können 17,5 % der Hebammen tatsächlich eine Eins-zu-  
195 Eins-Betreuung gewährleisten, während mehr als 50 % mindestens zwei Geburten  
196 gleichzeitig betreuen müssen.

197 Der Hebammenmangel in Kliniken wurde bereits vor vielen Jahren von den  
198 Hebammenverbänden angeprangert und macht sich jetzt verstärkt bemerkbar. Um diesen  
199 Mangel zu beheben, ist es erforderlich die Arbeitsbelastung der Hebammen zu  
200 reduzieren, sodass der Beruf attraktiv ist und auch bleibt.

201 Für Gebärende ist die Geburt ein prägendes Erlebnis. Eine bestmögliche Betreuung vor,  
202 während und nach der Geburt kann nur durch nicht überlastete Hebammen erreicht  
203 werden. Dies steht im Interesse aller beteiligten Personen.

204 Der Koalitionsvertrag sieht eine Eins-zu-Eins-Betreuung während der Geburt vor. Wir  
205 fordern die rasche Umsetzung. Dies ist bei weitem kein utopisches Ziel. Das  
206 Vereinigte Königreich hat beispielsweise eine Eins-zu-Eins-Betreuung gesetzlich  
207 verankert und ihre Geburtshilfe darauf ausgerichtet. Hierfür muss es eine  
208 Refinanzierung der Kosten bis zu einer Erreichung des Eins-zu-Eins-Ziels geben.  
209 Konkret, ist es erforderlich, dass die Kosten für die Aufstockung erforderlicher  
210 Voll- und Teilzeit-Beschäftigter vom Bund getragen werden.

211 Zusätzlich zu der Umsetzung der Eins-zu-Eins-Betreuung müssen die Daten über die  
212 aktuell existierenden Betreuungsschlüssel durch die Versorgungsunternehmen  
213 transparent gemacht werden. Dies führt zu einem Informationsgewinn für Hebammen und  
214 gibt somit eine weitere Argumentationsgrundlage für die Verbesserung der  
215 existierenden Arbeitsbedingungen. Zusätzlich gibt es den Versorgungsunternehmen  
216 selbst Transparenz über die eigene Situation in den Kreißsälen.

217 Diese Forderung ist ein Schritt in die Richtung der Verbesserung der  
218 Arbeitsbedingungen der Hebammen und der Verbesserung der Geburten. Langfristig ist  
219 eine Neuausrichtung des Gesundheitssystems erforderlich.

#### 220 Forderungen

221 Die aktuellen Probleme für Hebammen sind groß, die Corona-Situation hat dies noch  
222 einmal deutlich vor Augen geführt. Die Zukunft muss den Hebammen die Möglichkeit  
223 geben, ihren gewählten Beruf ausüben zu können, ohne Existenzängste zu haben oder  
224 mentale oder physische Belastungen zu verspüren. Ihre Kompetenzen liegen in der  
225 Begleitung Gebärender vor, während und nach der Geburt und die Ausübung dessen muss  
226 ermöglicht werden.

227 Daher fordern wir konkret:

- 228 • Hebammengeleitete Studien zur Verbesserung der Geburtserfahrung, um Hebammen mit  
229 einer stärker evidenzbasierten Geburtsmedizin Instrumente für eine verbesserte  
230 Geburtserfahrung an die Hand geben zu können.
- 231 • Eine stärkere Förderung von Praxisanleiter\*innen in Kreißsälen
- 232 • Das niedrigschwellige Angebot zum Erwerb eines nachträglichen  
233 Bachelorabschlusses
- 234 • Die Abschaffung des DRG- bzw. Fallpauschalensystems und Einführung einer  
235 Krankenhausfinanzierung, die bedarfs- und qualitätsorientiert ist
- 236 • Maßnahmen zur Transparenz über aktuelle Betreuungsschlüssel in Kreißsälen
- 237 • Die Entbürokratisierung des Sicherstellungsszuschlags
- 238 • Eine Verminderung der Arbeitslast von Hebammen, v. a. durch eine flächendeckende  
239 Aufstockung an Stellen und durch eine verstärkte Förderung von Hilfspersonal in  
240 Kreißsälen
- 241 • Die Eins-zu-Eins Betreuung für jede Geburt
- 242 • Großflächiger Ausbau und Finanzierung von Studienplätzen ohne NC
- 243 • die Etablierung einer staatlichen Meldestelle, bei der Gebärende ihre Probleme  
244 rund um die Geburt anonym melden  
245 können
- 246 • Regelmäßige Fortbildungen, ermöglicht durch Arbeitgeber\*innen, für das gesamte  
247 Team der  
248 Geburtshilfe in traumasensibler und traumatisierungsvermeidender  
249 Geburtsbegleitung
- 250 • Supervision für Hebammenteams in Kliniken (Angebot der psychologischen  
251 Seelsorge)
- 252 • Mehr Raum für Techniken der Selbstreflektion, auch über Macht, sowie eine  
253 Verankerung  
254 von Stressbewältigung in die Ausbildung der Hebammen (und weitere Berufsgruppen  
255 in der Geburtshilfe)



## Antrag P09: Endometriose: Zwei Millionen Betroffene und keine Unterstützung

Schätzungen zufolge haben etwa 10 % der Menschen, die einen Uterus haben oder hatten, Endometriose. Endometriose ist eine extrem schmerzhaft, chronische Krankheit, bei der Gewebe, das dem der Gebärmutter Schleimhaut ähnelt, außerhalb der Gebärmutter wächst. Endometriose beeinträchtigt die Lebensqualität vieler Menschen über Jahrzehnte ihres Lebens hinweg.

Bis zur Diagnose und somit zu einer angemessenen Behandlung vergehen in Deutschland durchschnittlich zehn Jahre. Für Endometriose gibt es keine Heilung, die Ursache der Krankheit ist unbekannt und Behandlungen gehen oft mit starken Nebenwirkungen einher. All dies liegt vor allem daran, dass die chronische Erkrankung kaum erforscht ist.

Die Forschung und die Versorgung der Erkrankung Endometriose und PCOS muss verbessert und unterstützt werden! Dabei sollen regionale, spezialisierte Zentren aufgebaut werden. Durch Aufklärung in der Gesellschaft und in der Medizin soll die Diagnosezeit verkürzt werden. Zusätzlich muss die Erforschung der Ursachen der Krankheit vorangetrieben werden.

In Anlehnung an die Forderungen der Endometriose-Vereinigung-Deutschland e.V. haben wir folgende Forderungen:

### **Aufklärung**

1. Durchführung einer bundesweiten Aufklärungskampagne zu Unterleibsschmerzen, PCOS und Endometriose oder PCOS.
2. Zur Finanzierung der Aufklärung über Endometriose und andere gynäkologische Erkrankungen soll ein angemessener Etat durch das Bundesministerium für Gesundheit bereitgestellt werden, dessen Höhe sich an den Forderungen von Betroffenenverbänden orientiert und welcher der „Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung“ zur Verfügung stehen soll.
3. Die Aufklärung im Bereich der Sexualerziehung muss erheblich verbessert werden. Auch die Aufklärung über Krankheiten wie Endometriose soll hier Platz finden.
4. Fortbildung der Verwaltung, insbesondere der Versorgungsämter
5. Aufbau eines „Nationalen Aktionsplans: FINTA-Gesundheit“
6. Aufklärung über die Folgen von hoher Schmerzmittelnutzung im Rahmen der Erkrankung
7. Bereitstellung eines psychologischen Beratungsangebots für diagnostizierte von Endometriose und PCOS, innerhalb von maximal 2 Wochen nach der Diagnose.

### **Diagnostik, Behandlung und Forschung**

Im Verlauf der letzten 20 Jahre wurde für die Erforschung von Endometriose ein Etat von 500.000 € bereitgestellt. Dies ist für die Forschung an einer Krankheit, die eine von zehn Frauen betrifft bei weitem nicht ausreichend.

Die Ursachen von Endometriose müssen adäquat erforscht werden. Es müssen Therapieansätze entwickelt werden, die die Krankheit selbst und nicht lediglich ihre Symptome behandelt.

1. Aufbau eines bundesweiten Förderprogramms zur Erforschung von Ursachen der



Endometriose und PCOS, neuen Diagnostikverfahren und besseren Behandlungsmöglichkeiten, die vor allem die Ursache und nicht die Symptome der Erkrankungen behandeln. Endometriose muss vom GBA als chronische Erkrankung eingestuft werden.

2. Der Etat soll jährlich eine angemessene bedarfsdeckende Finanzierung umfassen, die sich an den Forderungen von Betroffenenverbänden orientiert.

3. Es soll ein Deutsches Zentrum für Endometrioseforschung aufgebaut und die Forschung mit einem umfangreichen Etat versehen werden, dessen Höhe den Forderungen von Betroffenenverbänden entspricht.

4. Zuzahlungsfreier Zugang zu notwendigen (bspw. hormonellen) Präparaten für PCOS und Endometriose Betroffene

5. Kostenübernahme von komplementären Behandlungsansätzen

6. Fachärzt\*innen müssen durch Landesärztekammern fortgebildet und aufgeklärt werden."

7. Aufklärung und komplette Finanzierung von Maßnahmen im Zusammenhang mit Kinderwunsch wie bei allen anderen Fruchtbarkeitsproblemen

8. Eine kritische Aufklärung und Auseinandersetzung mit der Verschreibung der Pille und deren Auswirkung innerhalb einer Behandlung

9. Sensibilisierung in der Fachärzt\*innen Ausbildung in Bezug auf eine patient\*innenorientierte Behandlung, bei der vor allem jüngere Patient\*innen, mit ihren Anliegen und Bedürfnissen wertschätzend und verständnisvoll behandelt werden sollen

## **Arbeitsrecht**

1. Möglichkeit des Home-Office für Betroffene von Endometriose oder PCOS

2. Ermöglichung von telefonischen Krankschreibungen für Betroffene von Endometriose oder PCOS

Bei Endometriose wächst gebärmutterschleimhautähnliches Gewebe (sog. Endometriose-Herde) außerhalb der Gebärmutter, beispielsweise an Eierstöcken, im Beckenraum, an Darm oder Bauchfell. In manchen Fällen treten Endometriose Herde auch außerhalb des Bauchraums im gesamten Körper auf. Herde können zyklisch bluten, weiterwachsen und sich entzünden sowie Verklebungen in betroffenen Körperregionen verursachen. Zu den Symptomen der Erkrankungen zählen zum einen starke zyklusabhängige Unterleibsschmerzen, die es den Endometriosebetroffenen teils unmöglich machen einer produktiven Beschäftigung nachzugehen. Neben weiteren Symptomen wie beispielsweise starken zyklusunabhängigen Schmerzen, Schmerzen beim Geschlechtsverkehr, bei gynäkologischen Untersuchungen, beim Stuhlgang oder Urinieren und Blutungen aus Blase und Darm leiden Endometriosebetroffene vermehrt unter ungewollter Kinderlosigkeit.

Endometriose ist die zweithäufigste gynäkologische Erkrankung in Deutschland. Laut dem aktuellen Frauengesundheitsbericht des Robert Koch-Instituts leidet eine von zehn Frauen an Endometriose. Die

Ursachen der Krankheit sind bislang ungeklärt, sodass sich Therapien bisher nur auf die Behandlung der Symptome konzentrieren. Die Behandlungsoptionen (operative Entfernung der Endometriose-Herde, die Einnahme von hormonellen Präparaten und die regelmäßige Einnahme von starken Schmerzmitteln) haben oft starke Nebenwirkungen und

85 bilden nur temporäre Lösungen.

86 Nach Aussagen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurden in den letzten  
87 20 Jahren insgesamt 500.000 Euro an Forschungsgeldern vom Bund für die Erforschung  
88 von Endometriose investiert. Das ist viel zu wenig, gemessen an der hohen Zahl der  
89 Betroffenen. Deshalb benötigt es Aufklärung in der Gesellschaft. Die Stigmatisierung  
90 und Bagatellisierung von Menstruationsbeschwerden führen zu langen Diagnosezeiten,  
91 verzögerten Behandlungen und psychischem Stress von Betroffenen. Mit einer  
92 bundesweiten Aufklärungskampagne zum Themenbereich Menstruationsbeschwerden und  
93 Endometriose kann eine Sensibilisierung in der breiten Gesellschaft vorangetrieben  
94 werden. Diese Kampagne findet mit Plakaten und Flyern, sowie im digitalen Raum auf  
95 Social-Media statt. Zudem sollte die Thematik ausführlich in die Lehrpläne und  
96 Curricula im Rahmen der Sexualerziehung und Gesundheitserziehung Platz finden.

97 In vielen Fällen sind Betroffene in ihrer Leistungsfähigkeit so stark eingeschränkt,  
98 dass ein Antrag auf Schwerbehinderung oder Erwerbsminderungsrente erforderlich ist  
99 oder sie nur begrenzt arbeitsfähig sind. Darüber hinaus braucht es mehr Aufklärung in  
100 öffentlichen Verwaltungen, insbesondere in den Versorgungsämtern.

101 Das bereits erwähnte zu niedrige Etat zur Erforschung muss dringend erhöht werden. So  
102 formuliert die Endometriose Vereinigung Deutschland e.V. zutreffend: "Wir als  
103 Gesellschaft sind es Erkrankten und auch den Endometriose betroffenen zukünftiger  
104 Generationen schuldig, die Ursachen von Endometriose adäquat zu erforschen und  
105 Therapieansätze zu entwickeln, die die Krankheit selbst und nicht lediglich ihre  
106 Symptome behandeln." Neben eine ausreichende und höher ausfallende Finanzierung der  
107 Forschung müssen aber auch andere Gesundheitsleistungen mitgetragen werden. So können  
108 durch einen jährlichen Vaginal-Ultraschall als zahlungsfreie Kassenleistungen eine  
109 frühere Diagnose ermöglicht werden. Diese ist von Vorteil um langfristige Schäden,  
110 Folgeerkrankungen und Fehlbehandlungen zu verhindern. Auch der zahlungsfreie Zugang  
111 zu hormonellen Präparaten, die zu einer der wenigen Behandlungsmöglichkeiten zählt,  
112 muss finanziert werden. Da es sich um eine medikamentöse Behandlung handelt, die die  
113 Betroffenen zwingend benötigen, kann es nicht sein, dass diese die vollen Kosten  
114 dafür tragen müssen.

## Antrag P13: HPV effektiv bekämpfen

1 Eine Impfung gegen HPV sollte unabhängig von Alter und Geschlecht auf eigenen Wunsch  
2 hin erfolgen. Die Kosten sollen verpflichtend und unbürokratisch von allen  
3 Krankenkassen übernommen werden, ohne dass Patient\*innen in Vorleistung gehen müssen.

4 2017 wurden 14500 Frauen aufgrund von Gebärmutterhalskrebs stationär behandelt. Im  
5 Zeitraum von 2007 bis 2017 starben jährlich rund 1570 Frauen an der Erkrankung.  
6 Insgesamt lassen sich 1,5% aller Krebserkrankungen bei Frauen auf HPV zurückführen.

7 Die meisten Krankenkassen übernehmen eine Impfung gegen HPV jedoch nur bis zu einem  
8 Alter von 18, bzw. maximal 28 Jahren. Für männliche Personen wird die Impfung oft gar  
9 nicht bezahlt, oder nur bis zu einem sehr jungen Alter. Diese Altersbeschränkung ist  
10 medizinisch nicht sinnvoll, da sie sich nach dem mutmaßlichen Alter des ersten  
11 Geschlechtsverkehrs richtet, wobei dies selbstverständlich individuell sehr  
12 unterschiedlich sein kann.

13 Ein Schutz durch Kondome oder Lecktücher gegen HPV ist nicht vollumfänglich gegeben.  
14 Die beste Prävention ist dementsprechend eine Impfung. Erste Studien belegen bereits,  
15 dass selbst nach Auftreten einer Erkrankung und nach Operationen, Langzeitfolgen  
16 durch eine spätere Impfung zu diesem Zeitpunkt vermindert werden können.

17 Die Kosten für eine Impfung betragen zwischen 400-500 Euro. Dies ist besonders für  
18 Geringverdiener\*innen nicht finanzierbar. Finanziell benachteiligt Menschen müssen  
19 deswegen eine erhöhte Gefahr für ihre Gesundheit eingehen.

20 Die Impfung ist jedoch auch für männliche Personen sinnvoll, da sie sich selbst und  
21 andere Menschen infizieren können. Denn auch bei Männern können HP Viren ernsthafte  
22 Krebserkrankungen, beispielsweise im Mund- und Rachenraum, verursachen. Seit 2007  
23 sind die Behandlungszahlen rückläufig. Dies beweist den Erfolg der bisherigen  
24 Impfkampagne. Eine Ausweitung derselben durch kostenfreie Impfungen, unabhängig von  
25 Alter und Geschlecht, kann noch größere Erfolge verzeichnen.

26 <https://www.krankenkasseninfo.de/test/hpv>

27 [https://www.frauenaerzte-im-netz.de/erkrankungen/humane-papillomviren-](https://www.frauenaerzte-im-netz.de/erkrankungen/humane-papillomviren-hpv/uebertragung-verbreitung)  
28 [hpv/uebertragung-verbreitung](https://www.frauenaerzte-im-netz.de/erkrankungen/humane-papillomviren-hpv/uebertragung-verbreitung)

29 [https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Merkblaetter/Ratgeber\\_HPV.html](https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Merkblaetter/Ratgeber_HPV.html)

30 [https://www.gesundheitsstadt-berlin.de/hpv-impfung-auch-fuer-bereits-infizierte-](https://www.gesundheitsstadt-berlin.de/hpv-impfung-auch-fuer-bereits-infizierte-frauen-sinnvoll-631)  
31 [frauen-sinnvoll-631](https://www.gesundheitsstadt-berlin.de/hpv-impfung-auch-fuer-bereits-infizierte-frauen-sinnvoll-631)

## Antrag U01: Schutz und Erhalt des Wattenmeeres!

Seit 13 Jahren besitzt das Wattenmeer die Auszeichnung "Unesco-Weltkulturerbe". Damit das Wattenmeer auch in Zukunft erhalten bleibt und somit der Fortbestand des einzigartigen Lebensraumes gesichert ist, müssen wir jetzt Initiative zeigen und unsere Umwelt schützen. Schließlich umfasst das Wattenmeer ein Schutzgebiet von 1,2 Millionen Hektar.

Die Maßnahmen zum Schutz des Wattenmeeres müssen daher konsequent, aber ausgewogen sein, um die vermeintlichen Spannungen zwischen dem unbedingten und alternativlosen Schutz dieses Ökosystems mit den bestehenden, sowie zukünftigen Herausforderungen, wie beispielsweise die Energiewende, insbesondere durch Windenergie, zu überwinden.

Unser Ziel ist die Vereinbarkeit von Natur- und Umweltschutz mit dem Anteil der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, die der Raum der Nordseeküste und der Nordsee darüber hinaus hat

### Förderung von Bildung

Um hinsichtlich der ökologischen Bedeutung des Wattenmeeres ein Bewusstsein zu schaffen, gilt es ein umfangreiches Angebot an Informations- und Bildungszentren zu fördern. Außerschulische Lernorte, aber auch touristische Angebote im Bildungsbereich, sind hierfür die Grundlage. Die Wattenmeer Besucherzentren Wilhelmshaven und Cuxhaven, aber auch die weiteren 17 Nationalpark-Häuser in Niedersachsen bilden hierfür die Grundlage. Daher fordern wir den Erhalt, den Ausbau und die Unterstützung des bestehenden Bildungsangebotes rund um das Wattenmeer.

### Wattenmeer:

Das Wattenmeer stellt einen der artenreichsten Lebensräume unseres Planeten dar. Es beherbergt mehr als 10.000 Arten von Einzellern, Pflanzen und Tieren. Der Schutz und Erhalt dieses Ökosystems ist oberste Priorität. Um die vielfältige Tier- und Pflanzenwelt des Wattenmeeres zu erhalten, müssen Abfälle verringert und fachgerecht entsorgt werden, Öl- und Gasförderung müssen reduziert werden, Fischerei und Schifffahrt in sensiblen Bereichen beschränkt sowie die Fischerei auf eine nachhaltige Form umgestellt werden. Zudem müssen im Wattenmeer wieder mehr natürliche Prozesse zugelassen und Störungen durch Freizeitnutzung verringert werden. Ebenfalls muss zum Schutz des Wattenmeeres die Vertiefung von Elbe und Ems gestoppt werden, da zunehmender Schlickbefall und Sedimentsablagerung diesem sensiblen Ökosystem zusätzlichen Schaden zufügen. Das Wattenmeer darf dazu nicht für wirtschaftliche Interessen ausgenutzt werden, sondern muss vorrangig dem Umweltschutz unterstellt sein. Um die natürliche Dynamik des Ökosystems zu erhalten fordern wir Jusos:

- Artenschutz, in dem fremde Arten im Ökosystem Wattenmeer vermieden werden, die unbewusst in das Wattenmeer transportiert werden

- weitere Zurückdrängung der Grundschieppnetzfisherei und Ausstattung der Fischereibetriebe mit alternativen und beifangarmen Fangmethoden sowie intensive Förderung von alternativen und beifangarmen Fangmethoden (insbesondere für Scholle und Seezunge)

- die Beschränkung von Fischerei und Schifffahrt in sensiblen Bereichen. Dies gilt zum Beispiel in Mäusergebieten von Wasservögeln und am Meeresboden mit seltenen Lebensgemeinschaften

- die weitere Eindämmung und wo möglich Vermeidung von Lärm, der der die Kommunikation zahlloser Arten stört- eine Verringerung und fachgerechte Entsorgung der Abfälle, sowie eine konsequente Verfolgung von Unternehmen, die sich nicht daran halten
- eine Beendigung der Öl- und Gasförderung im Wattenmeer
- Beendigung von Militärübungen im Wattenmeer
- Beschleunigung der Munitionsberäumung in Nord- und Ostsee mit besonderem Fokus auf Meeresschutzgebiete
- Schaffung nutzungsfreier Zonen (ganze Prielströme!) auf etwa 15 % der Nationalparkfläche
- weitgehende Eindämmung der Miesmuschelfischerei sowie die Einrichtung von weiteren nicht bewirtschafteten Muschelbänken, um deren Rolle im Ökosystem und eine produktive Bewirtschaftung zu vereinbaren. Insbesondere innerhalb der Wasserwechselzonen, sollen Muschelbänke nicht bewirtschaftet werden mit besonderer Berücksichtigung von Miesmuscheln. Außerhalb der besonders schützenswerten Bereiche soll die Einrichtung von nachhaltigen Muschelaquakulturen als Alternative für die Muschelfischer\*innenvorangetrieben werden
- Verbot der Fischerei auf alle anderen Muschelarten
- keine neuen Großbauprojekte wie bspw. Eindeichungen oder Bohrinseln im Watt. Neue Großbauprojekte können nur unterstützt werden, wenn eine gründliche Abwägung zwischen dem Erhalt des Ökosystems und dem gesellschaftlichen Nutzen, wie zum Beispiel den Schutz der Bevölkerung vor den Folgen des Meeresspiegelanstieges, stattgefunden hat.
- die Schaffung einer Grundlage für Gewässerrandstreifen an allen Gewässern.
- Wiederherstellung von Brack- und Salzwasser-Habitaten in Flußmündungen und Kögen
- Den sofortigen Stopp von Elb- und Emsvertiefung
- weitreichenden Schutz bedrohter Vogelarten – dafür braucht es zusätzliche Pläne zum Vermeiden von direkten Störungen, sensible Bereiche wie Hochwasserrastplätze und Brutgebiete müssen besser geschützt werden und Salzwiesen erhalten werden. Ebenso braucht es eine konsequentere Umsetzung des Jagdverbotes auf Zugvögel
- Wir lehnen jegliche Bohrungen vor der Nordseeinsel Borkum ab. Gleichzeitig lehnen wir jegliche Form von schwimmenden Ölkraftwerken in der Nordsee ab. Beide Maßnahmen gefährden die Artenvielfalt des Wattenmeeres.
- Wir setzen uns für eine nachhaltige Entwicklung der Windkraft ein. Hierbei soll neben einer Entwicklung des Ausbaus, die die besonderen Bedingungen der Nordseeküste und Aspekte des Naturschutzes berücksichtigt insbesondere Beteiligungen für Kommunen und Preisnachlass für Anwohner\*innen durch Beteiligungsgesetze vorangetrieben werden, die die lokale Akzeptanz für den Ausbau der Windkraft erhöhen

## Nordseeschutz

Das Meer bildet als das größte Ökosystem eine entscheidende Grundlage für unser ökologisches und ökonomisches Handeln. Die Nordsee gehört mit seinem zweimal täglich trockenfallenden Meeresboden – dem Watt – sowie Prielen, Flachwasser, Sandbänken, Dünen und Salzwiesen zu den größten natürlichen Lebensräumen, die wir im Westen Europas noch haben. Millionen von Watt- und Wasservögeln sind auf das Wattenmeer und den angewiesen. Die Nordsee gehört zu den natürlichsten Gebieten in Westeuropa. Um

- 89 das Ökosystem in der Nordsee zu erhalten und zu stabilisieren, fordern wir:
- 90 - konkrete Pläne zur konsequenten Plastikvermeidung und langfristig zum Verbot von
- 91 Plastikprodukten, da Plastik mit weltweit jährlich neun Millionen Tonnen ins Meer
- 92 gelangt
- 93 - Keinen Tiefseebergbau
- 94 - Vermeidung der Eutrophierung durch neue Wege in der konventionellen Landwirtschaft
- 95 - Reduzierung der Stickstofflast in der Landwirtschaft und ein Pestizid-
- 96 Reduktionsprogramm
- 97 - Förderung und Effizienzierung der ökologischen Landwirtschaft, um ihre ökologischen
- 98 Vorteile auszubauen und ökologischen Nachteile wie den Flächenverbrauch zu reduzieren
- 99 - die konsequente Durchsetzung der Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft
- 100 u.a. durch einen breit geförderten (Bund/Land - 50/50) Aufbau regional geschlossener
- 101 Wertschöpfungsketten und Liefersysteme sowie eine regionale Herkunftskennzeichnung
- 102 - die sofortige Einrichtung der im Koalitionsvertrag geplanten „Zukunftskommission
- 103 Fischerei“ um eine nachhaltige Fischerei zu schaffen, von der Fischer\*innen leben
- 104 können, ohne die Umwelt unnötig zu belasten.
- 105 - ein Verbot des Verklappens von Müll, etwa mit Schwermetallen belastetem
- 106 Hafenschlick im Meer
- 107 - Senkung der Kutterzahlen und Fischfangquoten in der Nordsee um ein Drittel
- 108 - Förderung von Muschelaquakultur als Substitut zu Fischmehl
- 109 - Verbesserung der Küstenwache, insbesondere im Hinblick auf ihre
- 110 Zuständigkeitsgebiete und Kompetenzen und Schiffssicherheit sowie Markierungssender
- 111 für Giftcontainer

## **Antrag U02: It's gettin' hot in here: Abkehr von atomar-fossilen Energien beschleunigen, um Erderwärmung zu bremsen und Klimaziele zu erreichen!**

Die Zeit wird knapp, um das beschlossene 1,5-Grad-Ziel aus dem Übereinkommen von Paris der UN-Klimakonferenz aus dem Jahr 2015 noch einzuhalten. Klimaforscher\*innen mahnen nunmehr seit Jahrzehnten die verheerenden Folgen des Klimawandels und der damit einhergehenden Erderwärmung an. Um zum Beispiel den bedrohlichen Meeresspiegelanstieg durch die Eisschmelze oder vermehrte Extremwetterereignisse wie heftige Regenfälle sowie Dürren und Waldbrände zu minimieren, muss jenes 1,5-Grad-Ziel erreicht werden. Die in der letzten Zeit eingetretenen Extremwetterereignisse wie die Flutkatastrophe im Ahrtal, die Dürre und Waldbrände in Europa oder die Überschwemmungen in Pakistan zeigen die realen Auswirkungen des Klimawandels. Und dennoch werden beschlossene Klimaziele in einzelnen Sektoren Jahr für Jahr nicht eingehalten. Ebenso wird der Kurs zum Erreichen der Klimaneutralität nur unzureichend nachgebessert, sodass das Ziel der Bundesregierung, im Jahre 2045 klimaneutral zu sein, immer unwahrscheinlicher wird.

Bei der notwendigen globalen Perspektive geht der Weltklimarat (IPCC) in seinem aktuellen Klimabericht mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent davon aus, dass die kritische Marke der Erderwärmung von 1,5 Grad bereits im Jahr 2026 überschritten wird. Nach Berechnungen des IPCC ist theoretisch eine Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts von 1,4 bis 4,4 Grad Celsius möglich. Für wahrscheinlich halten die Wissenschaftler\*innen eine Erhitzung mit dramatischen Auswirkungen von 3,2 Grad bis zum Jahr 2100, da die Treibhausgasemissionen zwar langsamer, aber immer noch zu- statt abnehmen.

Um das 1,5-Grad-Ziel doch noch zu erreichen, müssen wir die Emissionen schnellstmöglich auf eine Netto-Null senken. Dabei steht der globale Norden, der durch sein emissionsintensives System vornehmlich zum anthropogenen Klimawandel beiträgt, in besonderer Handlungsverantwortung. Die Klimaneutralität wollen wir mit einem strikten 1,5-Grad-Pfad erreichen und setzen dabei auf die Einhaltung des uns noch zur Verfügung stehenden, schwindenden Emissionsbudgets. Ein wichtiger Bereich zur Dekarbonisierung im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation ist dabei der Energiesektor, der global und auch in Deutschland für jeweils über ein Drittel der verursachten Gesamtemissionen verantwortlich ist. Der Energiesektor und -markt steht aktuell doch nicht nur im Rahmen der Dekarbonisierung im Fokus, sondern in besonderer Hinsicht auch wegen der hohen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern seit dem 24. Februar 2022, dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine.

Deutschland ist sowohl in der Strom- als auch in der Energieversorgung nach wie vor stark abhängig von atomar-fossilen Energien und insbesondere von fossilen Energieträgern. Im Jahr 2021 wurde Strom nämlich fast 41% aus fossilen Energieträgern und über 13% aus Kernenergie erzeugt. Der Anteil von erneuerbaren Energien betrug entsprechend nur knapp 46%. Eine noch größere Abhängigkeit von den fossilen Energieträgern Kohle, Gas und Öl zeigt sich im gesamten Energiemix mit einem Anteil in Höhe von über 73%. Erneuerbare Energien decken am Energieverbrauch nur einen kleinen Anteil von rund 21%. Der Weg zu einem klimaneutralen Stromsystem und zu einer klimaneutralen Energieversorgung in weiteren Sektoren wie der Industrie oder im



Gebäude- und Verkehrssektor ist somit noch weit. Trotz des beschlossenen Klimaziels und dem angehobenen 80%-Ziel erneuerbarer Energien bei der Stromversorgung bis zum Jahr 2030, stockt der Ausbau regenerativer Energien in den letzten Jahren erheblich, vor allem der Ausbau von Windenergieanlagen. Der Ausbau von erneuerbaren Energien rückt durch die enorme Abhängigkeit von russischen fossilen Energieträgern noch stärker in den Fokus. Deshalb müssen bürokratische Hürden und weiter bestehende Hemmnisse endlich beseitigt werden und der Ausbauturbo für erneuerbare Energien gezündet werden, damit eine resiliente Energieversorgung aus Erneuerbaren sichergestellt werden kann.

In diesem Antrag fokussieren wir uns auf den Beitrag, den der Energiesektor leisten muss, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen und welche Maßnahmen kurz- bis langfristg ergriffen werden müssen, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland zu beenden und den aktuellen Verwerfungen auf den Energiemärkten stand zu halten.

### **Aus Fehlern lernen: Russlands “Energiekrieg” gegen Europa muss in einer Energiesouveränität münden!**

Deutschland ist in seiner Energieversorgung erheblich von den fossilen Energieträgern Kohle (12%), Öl (35%) und Gas (23%) abhängig. Die Abhängigkeit besteht dabei nicht nur in der Tatsache der Verwendung der klimaschädlichen Rohstoffe, sondern auch in ihrem Ursprung, da Deutschland u.a. aufgrund des Ressourcenmangels Energieimportland ist und bei der Primärenergiegewinnung stark von Energieimporten abhängig ist. So beträgt die Importquote im aktuellen fossil-atomaren Energiesystem zwischen 94% beim Erdgas, über 98% beim Erdöl, bis 100% bei Steinkohle und Uran. Das muss, insbesondere bei einer großen Diversifikation der Herkunftsländer, von welchen die Energie bezogen wird, nicht zwangsläufig problematisch sein. Es ist jedoch ein Problem, wenn man sich energiepolitisch über Jahre hinweg nicht nur in der Beschaffung, sondern auch bei der Infrastruktur abhängig von einem autokratischen System macht. Es ist jedoch ein Problem, wenn man sich energiepolitisch durch den (richtigerweise) beschlossenen Atom- und Kohleausstieg von dem Energieträger Gas abhängig macht, welcher im vergangenen Jahr zu 55% aus Russland kommt. Weiterhin kommen zusätzlich rund 50% der importierten Steinkohle sowie ca. 35% des Erdöls aus Russland.

Die Kohle- und Ölimporte aus Russland lassen sich vergleichsweise simpel, wenn auch bei knapper Verfügbarkeit, auf dem Weltmarkt ersetzen. Auch deshalb beschloss die Europäische Union im Rahmen ihrer umfassenden Sanktionspakete ein vollständiges Kohle- und überwiegendes Öl-Embargo. Aufgrund des überwiegend leitungsgebundenen Transports und des Fehlens von entsprechenden Terminals ist die Substitution von Erdgas jedoch schwieriger. Durch den Lieferstopp über die Jamal-Pipeline und die erheblichen Drosselungen und (teilweisen) Lieferstopps über die Transgas-Pipeline und Nord Stream 1, welche mit fadenscheinigen technischen Vorwänden begründet werden, ist die deutsche und europäische Gasversorgung angespannt. Forderungen, dass stattdessen die Ostseepipeline Nord Stream 2 in Betrieb genommen werden soll, sind hingegen absurd, weil die russischen Gaslieferungen nach der Willkür des Kremls ausbleiben und beispielsweise nicht umgeleitet werden. Um in diesem und nächsten Winter eine Gasmangellage zu verhindern, welche je nach Ausmaß fatale Schäden für die Volkswirtschaft, den sozialen Zusammenhalt und die Menschen verursachen könnte, muss auf der einen Seite womöglich das Gas durch andere Energieträger substituiert und auf

der anderen Seite der Erdgasverbrauch gesenkt werden. Erdgas wird zu 50% in der Wärmeversorgung (Heizen), zu 35% in der Industrie und zu 15% zur Stromerzeugung genutzt. Da das Gas in der Wärmeversorgung und in industriellen Prozessen kaum kurzfristig substituierbar ist, muss es das Ziel sein, Gas in der Verstromung zu ersetzen. Das könnte in der aktuellen Situation grundsätzlich mit einer verstärkten Kohleverstromung oder perspektivisch auch mit einer Verlängerung der drei letzten am Netz verbliebenen Kernkraftwerke Emsland, Neckarwestheim 2 und Isar 2 geschehen. Der allgemeine Konsens von Energieexpert\*innen ist, dass es vorübergehend unumgänglich ist, in einem klar definierten, befristeten Rahmen Kohlekraftwerke (auch aus der Reserve) zu betreiben, um die Versorgungssicherheit ohne russisches Gas zu gewährleisten. Eine mengenmäßig und zeitlich begrenzte Bereitstellung von zusätzlichen Kohlereserve-Kapazitäten bei akuter Gasknappheit bis höchstens Frühjahr 2024 ist allerdings nur akzeptierbar, wenn die CO<sub>2</sub>-Mehremissionen, die aktuell auf etwa 40 Millionen Tonnen zusätzliches Kohlendioxid pro Jahr geschätzt werden, durch spätere Maßnahmen (einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien und Effizienzmaßnahmen) wieder eingespart werden und konsequent an einem Kohleausstieg bis 2030 festgehalten wird. Die besonders klimaschädlichen Braunkohlekraftwerke sollen auf keinen Fall weiter betrieben werden dürfen, da sie bei erheblichen Mehremissionen nur einen marginalen Einfluss auf den Ersatz der Gaserzeugung in Deutschland haben und die Kapazitäten der Steinkohlekraftwerke von bis zu 10 Gigawatt im Notfall mehr als genug sind. In diesem Zusammenhang verurteilen wir auch die Räumung des rheinischen Dorfes Lützerath. Zusätzlich lehnen wir sowohl den Streckbetrieb als auch eine reguläre Laufzeitverlängerung der drei letzten deutschen Kernreaktoren ab. Der mühsam errungene deutsche Atomkonsens ist für uns nicht verhandelbar!

### **Better safe than sorry: Der Atomausstieg ist nicht verhandelbar!**

Die Entscheidung des Bundeskanzlers und der Ampel-Regierung, die drei deutschen Atommeiler Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland bis 15. April 2023 weiterlaufen zu lassen, darf keinesfalls darüber hinwegtäuschen, dass diese aufgrund ihrer dreißigjährigen Betriebsdauer weiterhin ein unberechenbares Risiko darstellen. Seit dem Ausstiegsbeschluss aus dem Jahr 2011 wurde den Betreibern mit Hinblick auf die klar definierte Restlaufzeit zugestanden, auf Nachrüstungen und Reparaturen zu verzichten. Darüber hinaus wurde auch auf die im Normalfall jede zehn Jahre anfallende periodische Sicherheitsprüfung der Kernkraftwerke verzichtet, welche mittlerweile seit über drei Jahren überfällig ist. Ein "schnelles Nachholen" dieser Sicherheitsprüfung ist wegen des zum Teil mehrjährigen Umfangs nicht möglich, weshalb auch diese Laufzeitverlängerung aus sicherheitstechnischen Erwägungen als kritisch anzusehen ist. Zu alledem kommt erschwerend hinzu, dass der zu erwartende Effekt der beschlossenen Verlängerung der Kernkraftwerke als äußerst gering bis nichtig einzustufen ist. Je nach Ausgestaltung wird mit dieser Maßnahme keine Kilowattstunde Strom mehr erzeugt, sodass es sich um ein riskantes Nullsummenspiel handelt. Es ist somit unumgänglich, dass es sich bei der Laufzeitverlängerung durch den Streckbetrieb für die drei AKWs um eine rein temporäre Maßnahme handelt, die wir grundsätzlich für nicht zielführend halten. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich, dass in Verbindung mit dem Erlass zur verlängerten Nutzung der Kernkraftwerke angekündigte "ambitionierte Gesetz zur Steigerung der Energieeffizienz", sowie den Zubau neuer, wasserstoffartiger Gaskraftwerke. Der verordnete Streckbetrieb bis April 2023 darf dabei keinesfalls das Einfallstor für eine weitere mehrjährige

Laufzeitverlängerung sein, für die neue Brennelemente beschafft werden müssten. Dem Argument 'Kernkraftwerke würden zur kurz-/mittelfristigen Versorgungssicherheit beitragen' erteilen wir eine entschiedene Absage - u.a. auch deshalb, weil bei der Neubeschaffung von Brennstäben mit einer Lieferzeit von 12 bis 15 Monaten gerechnet werden muss. Der finale Atomausstieg muss deshalb, wie angekündigt, spätestens am 15. April 2023 erfolgen. Denn Atomkraft ist keine krisenfeste Zukunftstechnologie! Jeder weiteren Diskussion über verlängerte Laufzeiten, egal ob im Streck- oder Reservebetrieb, erteilen wir eine entschiedene Absage. Nicht nur bei Klimakatastrophen, sondern auch bei anhaltenden klimatischen Veränderungen wie Hitze und daraus resultierenden überhitzten Flüssen mit niedrigen Pegelständen, liefern Atomkraftwerke nicht zuverlässig Energie. Infolgedessen mussten beispielsweise einige französische Atommeiler vom Netz genommen werden und verbrauchen Strom, anstatt ihn zu produzieren. Darüber hinaus können die drei letzten deutschen Kernkraftwerke die Energiekrise nicht lösen. Ein sog. Streckbetrieb bei reduzierter Leistung bis zum Sommer bringt in der aktuellen Situation je nach Ausgestaltung wenig bis nichts, außer ein höheres Sicherheitsrisiko, da unterm Strich keine Kilowattstunde Strom mehr erzeugt wird - ein Nullsummenspiel. Der Streckbetrieb könnte das Einfallstor für eine weitere mehrjährige Laufzeitverlängerung sein, wofür neue Brennelemente beschafft werden müssten. Den Reservebetrieb aus dem Haus des Bundeswirtschaftsministeriums lehnen wir unter den gleichen Gesichtspunkten wie den Streckbetrieb und den zusätzlichen Problemen wie der signifikant hohen Kosten der Bereitstellung sowie den technischen Schwierigkeiten des Ab- und Einschaltens ausdrücklich ab. Atomkraftwerke für eine Reserve ungeeignet sind. Ein weiterer negativer Aspekt ist, dass in der EU kein Uran abgebaut wird - Uran muss somit als Energieträger importiert werden. Hierbei kommen 20% des Natururans und zusätzlich 26% des bereits angereicherten Urans ebenfalls aus Russland sowie weitere 20% des Natururans aus Kasachstan. Folglich kann hier ebenfalls nur schwer eine Energieunabhängigkeit erreicht werden. Weitere Uranminen wie in Niger, Kanada und Australien befinden sich teilweise in Gebieten, die von indigenen Völkern bewohnt werden. Mit dem weiteren Uranabbau wird die Lebensgrundlage der indigenen Völker zunehmend zerstört. Die Vielzahl der geschilderten kritischen Punkte verdeutlicht, dass die Laufzeitverlängerung der drei deutschen Atomkraftwerke keinesfalls den 16. April 2023 überschreiten darf. Die Atomkraft ist und bleibt eine Hochrisikotechnologie.

Es ist verantwortungslos über eine hochkomplexe Risikotechnologie so salopp zu diskutieren, ohne dass eine annähernd "sichere" Atommüllendlagerung gewährleistet wird, welche im Übrigen durch den Bundeshaushalt finanziert wird. **Für uns steht fest: Kein Ausstieg vom Ausstieg!**

### **Die Zukunft gehört den Erneuerbaren: Kein Fracking zulassen und Infrastruktur nachhaltig denken!**

Bei der aktuellen Ersatzbeschaffung von Erdgas muss dringend darauf geachtet werden, dass keine neuen Abhängigkeiten, insbesondere zu autokratischen Staaten entstehen. Die Zusammenarbeit mit autokratischen Regimen lehnen wir grundsätzlich ab. Wir Jusos erkennen an, dass in der aktuellen Lage eine schnelle Unabhängigkeit von Russlands Energieträgern bei gleichzeitiger Sicherstellung der Energieversorgung in Deutschland und ganz Europa die Bundesregierung vor eine große Herausforderung stellt. Dennoch steht für uns fest, dass Energie-Deals mit Staaten wie Katar oder Saudi-Arabien keine

182 Lösung für die Energieversorgung in Deutschland und Europa darstellen. Solange jedoch  
183 solche Staaten Handelspartner der Bundesrepublik sind, muss diese Zusammenarbeit auf  
184 der Grundlage strenger Regularien stattfinden und immer vor dem Hintergrund,  
185 schnellstmöglich wieder beendet zu werden. In diesem Zusammenhang ist zudem deutlich  
186 zu betonen, dass wir Jusos Erdgas als Brückentechnologie für die Energieversorgung  
187 ablehnen.

188 Stattdessen muss in der Beschaffung ebenfalls mit kurzfristigem Blick durch den  
189 Aufbau der (Floating-)LNG-Infrastruktur Flüssigerdgas in deutschen Häfen in das  
190 Pipeline-Netz und in Speicher eingespeist werden. Ähnlich wie bei der Verwendung von  
191 Kohle ist die Nutzung von Flüssigerdgas wegen der extrem negativen Auswirkung von  
192 Klima und Umwelt in der Gewinnung und Verwendung nur in der aktuellen  
193 Ausnahmesituation hinnehmbar. Deshalb ist es wichtig, dass die Infrastruktur  
194 technologisch bereit ist für den Import von (grünem) Wasserstoff für die Nutzung in  
195 schwer dekarbonisierbaren Sektoren. Alle anderen Sektoren sollen weitreichend,  
196 schnell und direkt durch bestehende Technologien elektrifiziert werden, die pauschale  
197 Verbrennung von grünem Wasserstoff zur Stromerzeugung und Einspeisung in das  
198 allgemeine Gasleitungsnetz lehnen wir ab.

199 Zusätzlich steht für uns das Verbot von kommerziellen Fracking-Vorhaben nicht zur  
200 Debatte. Eine zukunftsfähige sozial-ökologische Transformation des Energiesektors  
201 baut auf erneuerbaren Technologien auf. Das fossil-atomare Energiesystem muss endlich  
202 überwunden werden! Für echten Klimaschutz müssen wir sowohl aus der Kohlenutzung als  
203 auch aus der Erdgasnutzung raus

204 Neben der Erdgas-Substitution ist die Verbrauchsreduktion zur Verhinderung eines  
205 Gasmangels notwendig. Expert\*innen gehen davon aus, dass sich der Verbrauch um 20-25  
206 Prozent vermindern muss, damit Mangellagen verhindert werden können - im 1. Halbjahr  
207 2022 wurden über 14% eingespart. Auf europäischer Ebene sind die Mitgliedsländer (mit  
208 einigen Ausnahmen) zusätzlich dazu aufgerufen, den Gasverbrauch um 15% zwischen  
209 August 2022 und März 2023 zu reduzieren. Entsprechend sind neben den Einsparungen in  
210 der Verstromung auch Verbrauchsreduktionen in der Wärmeversorgung und der Industrie  
211 notwendig. Durch die enorm gestiegenen Preise, welche zum Teil schon durch Erhöhungen  
212 der Abschlagszahlungen weitergegeben wurden, achten Konsument\*innen genau auf ihren  
213 Verbrauch und versuchen ihn weitmöglichst zurückzufahren. Die hohen Strom- und  
214 Energiepreise belasten ebenfalls die Industrieunternehmen, welche ebenfalls  
215 versuchen, den Verbrauch zu optimieren, um weiterhin eine wirtschaftliche Produktion  
216 aufrechterhalten zu können. Deshalb lehnen wir gesonderte staatliche Anreize zur  
217 industriellen Gaseinsparung (wie z.B. via Auktionen) für Konzerne ab, da  
218 Gaseinsparungen aufgrund der hohen Energiekosten im Eigeninteresse der Unternehmen  
219 liegen und keine gesonderten Subventionen erforderlich macht. Wir befürworten in  
220 diesem Zusammenhang jedoch staatliche Anreize, die Unternehmen und Betriebe beim  
221 Umstieg ihres Energieträgers unterstützen.

## 222 **Entlastung statt Belastung: Energiepreisdeckel statt unsozialer Gasumlage**

223 Die historische Energiekrise bringt ebenfalls historische Strom- und Energiepreise in  
224 Europa hervor, welche nicht nur die Verbraucher\*innen und gewerbliche Abnehmer\*innen  
225 unter Druck setzt, sondern die gesamte Wertschöpfungskette der Energieversorgung vom  
226 Energieimporteur bis zum kommunalen Stadtwerk. Das liegt im Kern daran, dass teure  
227 Ersatzbeschaffungen zum Spot-Preis getätigt werden müssen, da die vereinbarten

228 Gaslieferungen von russischer Seite nicht eingehalten werden. Das oberste Ziel in der  
229 aktuellen Situation muss sein, dass die Energieversorgung kurz- und mittelfristig  
230 aufrechterhalten werden kann und dass Kaskadeneffekte entlang der gesamten  
231 Versorgungskette verhindert werden. Da Energieimporteure in der Kette meist viele  
232 Stadtwerke versorgen, ist es sinnvoll, das Energieversorgungssystem möglichst früh zu  
233 stützen. Die Gasumlage, wie sie vom Bundeswirtschaftsministerium vor der  
234 Gaspreisbremse vorgestellt wurde, wäre unter dem neoliberalen Mantra "Gewinne  
235 privatisieren und Verluste sozialisieren" gelaufen und ist in aller Konsequenz als  
236 unsoziale Maßnahme abzulehnen, denn es ist in der aktuellen Energiekrise nicht die  
237 Aufgabe von Verbraucher\*innen in die Krise gekommene Unternehmen zu retten, sondern  
238 die des Staates. Somit wären gesellschaftsrechtliche Beteiligungen des Staates zur  
239 Stützung von Energieunternehmen und der gesamten Energieversorgung eindeutig zu  
240 bevorzugen. Zusätzlich hätten nach dem Entwurf aus dem Bundeswirtschaftsministeriums  
241 nicht nur Unternehmen, die wirklich in Not sind und Verluste in Milliarden machen,  
242 sondern auch diejenigen profitiert, die weiterhin Gewinne machen und mit der  
243 Gasumlage sogar noch steigern könnten. Folglich begrüßen wir, dass die Gaspreisbremse  
244 letztlich die Gasumlage ablöst. Anstatt die Konsument\*innen angesichts der hohen  
245 Gaspreise und den Preiserhöhungen mit einer zusätzlichen Umlage zu belasten, müssen  
246 Verbraucher\*innen vor den hohen Preisen geschützt werden. **Die Strom- und**  
247 **Energieversorgung ist kein Luxusgut, sondern als fester Bestandteil der**  
248 **Daseinsvorsorge ein Grundbedürfnis.**

249 Adäquate Maßnahmen sind hierfür Energiepreisdeckel für den Grundbedarf entsprechend  
250 der Haushaltsgröße (Personenanzahl der im Haushalt lebenden Personen und Fläche des  
251 Haushalts) sowie der Energieeffizienz des entsprechenden Haushalts für Strom und Gas.  
252 Während allerdings bei der Strompreisbremse noch sehr viel unklar und dringend einer  
253 Konkretisierung bedarf, sind die bisherigen Eckpunkte einer Gaspreisbremse aus  
254 jungsozialistischer Perspektive noch nicht zufriedenstellend. Die durch den Staat  
255 vergünstigten 80% des Vorjahresbedarfs sorgen für eine stärkere Entlastung reicherer  
256 Haushalte, da diese in der Regel auch einen höheren Verbrauch aufweisen. Daher  
257 braucht es zwingend eine absolute Obergrenze des vergünstigten Grundbedarfes. Auch  
258 weitere Direktzahlungen für Personen mit geringem Einkommen können einen zusätzlichen  
259 Ausgleich darstellen. Für die noch zu konkretisierende Strompreisbremse müssen diese  
260 Punkte von Beginn an beachtet werden. So oder so muss jedoch im Rahmen eines  
261 Zahlungsmoratoriums sichergestellt werden, dass privaten Haushalten weder gekündigt  
262 noch die Versorgung versagt werden darf. Ergänzend zu den Maßnahmen für die  
263 Verbraucher\*innen und am Anfang der Wertschöpfungskette bei den Energieimporteuren,  
264 müssen auch die kommunalen Stadtwerke geschützt werden, denn je nach vorheriger  
265 strategischer Ausrichtung sind auch die kommunalen Stadtwerke unter Druck und  
266 schreiben rote Zahlen. Da die Stadtwerke häufig kommunale Anteilseigner haben oder  
267 gar als Eigenbetrieb einer Kommune fungieren, belasten diese roten Zahlen  
268 zwangsläufig auch die dahinterstehenden Kommunen und die kommunalen Haushalte.  
269 Infolgedessen braucht es Hilfen für die kommunalen Stadtwerke in Form von Krediten  
270 und Bürgschaften sowie ein Insolvenzmoratorium - ein Schutzschirm für Stadtwerke,  
271 wofür die finanziellen Mittel auf Bundesebene bereitgestellt werden müssen. Im  
272 Grundsatz steht für uns fest, dass die Energieversorgung und die entsprechende  
273 Infrastruktur wie beispielsweise Stromnetze und Gasnetze samt Speicher als Teil der  
274 Daseinsvorsorge vollständig in staatliche Hand gehören.



275 **Lösen wir endlich die Fesseln! Turbo für Erneuerbare und ein klimaneutrales**  
276 **Stromsystem!**

277 Absolute Priorität hat fortan die Schaffung eines resilienten und flexiblen  
278 klimaneutralen Strom- und Energiesystem. Durch die Sektorenkopplung, also die  
279 zunehmende direkte und indirekte Elektrifizierung von industriellen Prozessen, der  
280 Mobilität und der Wärmeversorgung, wird der Strombedarf in den nächsten Jahren  
281 erheblich (auf bis zu 750 TWh) steigen. Folglich müssen nun kurzfristig die richtigen  
282 Maßnahmen eingeleitet werden, um den sich erhöhenden Strombedarf mit regenerativer  
283 Energie abzudecken - es braucht endlich den Turbo für den Ausbau der erneuerbaren  
284 Energien, der Netze sowie Energiespeicher. Die sog. Fortschrittskoalition muss alle  
285 verbliebenen bürokratischen Hürden und Hemmnisse, welche die Union in ihrer  
286 sechzehnjährigen Regierung etabliert hat, beseitigen. Die regulatorischen Fesseln der  
287 Wind- und Solarenergie müssen endlich beseitigt werden, damit wir unabhängig von  
288 fossiler und unabhängig von russischer Energie werden und damit wir die Sekorenziele  
289 der Energiewirtschaft und die Klimaziele insgesamt erreichen können. Es bedarf  
290 schleunigst enormer politischer Anstrengungen im Bereich der Planungsbeschleunigung,  
291 um gesetzliche Hürden zum Ausbau erneuerbarer Energien abzubauen und den  
292 Ausbauprozess zügig voran zu treiben.

293

294 **Mehr Wind of change zwischen den Rotorblättern: Schluss mit pauschalen**  
295 **Abstandsregelungen und her mit vereinfachten und schnelleren Planungs- und**  
296 **Genehmigungsverfahren**

297 Die Windenergie an Land in Deutschland ist ein wichtiger Pfeiler in der  
298 Stromerzeugung. Mittlerweile produzieren die rund 28.300 Onshore-Windenergieanlagen  
299 mit einer installierten Leistung von über 57 GW fast 113 TWh Strom, was ungefähr 23%  
300 am deutschen Strommix ausmacht. Trotz der hohen Erfordernis zur Erreichung der Klima-  
301 und Ausbauziele, stockt der Ausbau der Windenergie massiv. Während in den guten  
302 Windausbaujahren bis 2017 nahezu bis zu 1.800 Windenergieanlagen jährlich errichten  
303 worden sind, wurden 2021 keine 500 Anlagen in Betrieb genommen und auch die  
304 Genehmigungen für Windenergieanlagen an Land sind stark rückläufig. Die Ausbaudelle  
305 ist vor allem auf die politischen Fehlentscheidungen der Unions geführten  
306 Bundesregierung zurückzuführen, welche den Ausbau durch Maßnahmen wie die 2017  
307 eingeführte Ausschreibungspflicht ausgebremst hat. Darüber hinaus verhindern auf  
308 Landesebene pauschale und überzogene Abstandsregelungen zur Wohnbebauung den Ausbau  
309 der Windenergie weiter und reduzieren in Kombination mit einer restriktiven  
310 Regionalplanung sowie einer pauschalen Priorisierung anderer Belange (z.B. Radare)  
311 die Flächenkulisse. Ein weiteres Problem ist, dass nach wie vor die komplexen  
312 Genehmigungsverfahren auch wegen Personalmangels in den Behörden durchschnittlich  
313 vier bis fünf Jahre dauern. Zusätzlich existiert auch wegen der mäßigen lokalen  
314 Akzeptanz eine hohe Klagebereitschaft gegen den Bau von Windenergieanlagen.  
315 Klagegründe stammen hierbei häufig aus dem Bereich des Artenschutzes (Gefährdung  
316 geschützter Vogel- bzw. Fledermausarten sowie allgemeine Artenschutzaspekte), aber  
317 auch Form- und Verfahrensfehler, Lärmschutz sowie Flächenzugriffe werden als weitere  
318 Gründe angeführt. Die von der Ampel-Koalition beschlossene EEG-Novelle sieht zur  
319 Erreichung des 80%-Ziels an erneuerbaren Energien bis 2030 deutlich erhöhte  
320 Ausbauziele für die Windenergie an Land vor. So sollen im Jahr 2023 insgesamt 12,8 GW

und in den Folgejahren jeweils 10 GW ausgeschrieben werden. In Hinblick auf den Zubau der Jahre 2019 bis 2021, welcher jeweils nur zwischen 1,1 und 1,9 GW lag, sind die Ausbauziele im aktuellen regulatorischen Rahmen unrealistisch. Zwar gab es schon Verbesserungen im Rahmen des “Osterpakets” wie die verpflichtende Flächenausweisung für Windenergienutzung bis Ende 2032, die pauschalen Landes-Abstandsregelungen wie in Bayern (10H-Regel) werden jedoch nicht sofort abgeschafft. Auch wurde im Bundesnaturschutzgesetz geregelt, dass der “Betrieb von Windenergieanlagen im u** **bertragenden o** **ffentlichen Interesse liegt und der o** **ffentlichen Sicherheit dient“. Dennoch sind die Vorgaben im Natur- und Artenschutz immer noch unklar und offen, sodass Rechtsstreitigkeiten weiterhin die Umsetzung von Projekten erschweren. Zur realistischen M** **glichkeit, die Ausbauziele zu erreichen, wollen wir die H** **rden f** **r den Windenergieausbau abbauen und fordern die sofortige Abschaffung von Landes-Abstandsregelungen und die verpflichtende Ausweisung von mindestens 2% der Landesfl** **che f** **r den Betrieb von Windenergieanlagen bis sp** **testens 2030, wobei auch attraktive windh** **ffige Fl** **chen ausgewiesen werden sollen. F** **r Stadtstaaten sollen diesbez** **glich Ausgleichsmechanismen geschaffen werden. Mit der schnellen Verankerung des Ziels in Landes- und Regionalraumordnungsprogrammen k** **nnen ausreichende Fl** **chen f** **r eine klimaneutrale und versorgungssichere Stromversorgung erreicht werden. Dar** **ber hinaus m** **ssen die pauschalen Priorisierungen anderer Belange endlich durch angemessene Einzelfallabw** **gungen gekippt werden. Zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsprozesse braucht es auf der einen Seite klare und bundesweit einheitliche gesetzliche Pr** **fkriterien im Naturschutzrecht und auf der anderen Seite gen** **gend personelle Ressourcen in den Genehmigungsbeh** **rden, um ein schnelles und rechtssicheres Verfahren endlich zu erm** **glichen. Hierbei m** **ssen die ausreichenden personellen Ressourcen unbedingt durch Weiterbildungsprogramme sichergestellt werden. Wir sind der Auffassung, dass der Genehmigungsprozess keine sechs Jahre oder gar noch l** **nger dauern darf, sondern maximal sechs Monate! Wegen der m** **igen Akzeptanz von Windenergieanlagen muss diese durch geeignete Maßnahmen gesteigert werden, sodass auch juristische Auseinandersetzungen gegen den Bau von Windparks vermieden werden k** **nnen. Akzeptanz und Vertrauen k** **nnen in den Projekten durch eine fr** **hzeitige B** **rger\*innenbeteiligung erreicht werden. Doch nicht nur durch eine proaktive und vorausschauende Einbindung in ersten Planungsschritten, wo auch noch ein gewisser Mitbestimmungsspielraum besteht, sondern vor allem durch eine verpflichtende finanzielle Beteiligung der jeweiligen Standortkommune, kann ein gutes Commitment in der Bev** **lkerung erreicht werden, sodass B** **rger\*innen, Kommunalpolitik und Verwaltung Motivation haben den Ausbau lokal voranzubringen.

### **Let the sun shine: Solar-Booster durch Solardachpflicht f** **r Neubauten und Wiederaufbau einer europ** **ischen Solarindustrie**

Doch nicht nur die Stromerzeugung durch Windenergie, sondern auch durch Solarenergie sind eine tragende S** **ule in Richtung klimaneutrales Stromsystem. Die aktuell fast 63 GW an installierter Leistung sorgen d** **r f** **r, dass 2021 ** **ber 48 TWh ins Netz eingespeist worden sind und Photovoltaikanlagen mit einem Anteil von 10% am deutschen Strommix der zweitgr** **te erneuerbare Energietr** **ger sind. Nachdem die deutsche Solarindustrie und der PV-Ausbau durch die schwarz-gelbe Bundesregierung u.a. durch die EEG-Novelle 2012 und der darin enthaltenen Strompreisbremse gegen die Wand gefahren wurde, haben sich die Ausbauzahlen in den vergangenen Jahren wieder erholt. So konnte sich der Ausbau von der Ausbaudelle (z.B. 2014 mit 1,2 GW Zubau) erholen und wird j** **hrlich



mehr. Im Jahr 2021 konnten PV-Anlagen mit einer Leistung von 5,6 GW zugebaut werden und für das Jahr 2022 wird mit einem Zubau von 7 GW gerechnet. Auch die neue Bundesregierung erkennt die hohe Bedeutung der Solarenergie an und hat im Rahmen der EEG-Novelle 2023 deutliche Verbesserungen der Rahmenbedingungen zum Ausbau von PV-Anlagen und höhere Ausschreibungsvolumen in Höhe von 9 GW im Jahr 2023 und danach jährlich von 11 GW beschlossen. Angesichts der Verbesserungen durch das "Osterpaket" sind die Ziele durchaus realistisch, da regulatorische Fesseln wie der sog. atmende Deckel gelöst und verbesserte Rahmenbedingungen wie höhere Vergütungssätze bei Voll- und Teileinspeisern, ein einfacherer Netzanschluss und eine erweiterte Flächenkulisse bei PV-Freiflächenanlagen implementiert wurden.

Dennoch gibt es weiteres Potenzial einen Solar-Booster zu entfachen! Auch wenn die Situation beim PV-Ausbau besser ist als beim Ausbau der Windenergie, müssen gute Voraussetzungen dafür geschaffen werden, eine ausreichend hohe Flächenverfügbarkeit zu gewährleisten. Neben einem denkbaren gesetzlichen Flächenziel zur Ausweisung von Flächen für PV-Anlagen ist vor allem die umfassende Erschließung geeigneter Gebäudedächer sinnvoll. Aktuell liegt das PV-Potenzial auf Hausdächern bei fast 90%. Da der erzeugte Strom aus Photovoltaik-Anlagen mit Strom aus Windenergieanlagen an Land am günstigsten ist, ist der Ausbau nicht nur aus Klimaschutz- sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen günstig für die Hausbesitzer\*innen und Mieter\*innen. Der Ausbau von Aufdachanlagen muss durch stabile Anreize, wie die Erhöhung der Einspeisevergütung, und durch eine ergänzende Solardachpflicht für Neubauten und Bestandssanierungen beschleunigt werden. Weitere von der Ampel-Regierung angedachte Verbesserungen, welche im Entschließungsantrag des "Osterpakets" mit beschlossen worden sind, wie die steuerliche Vereinfachung von privaten PV-Aufdachanlagen mit einer Leistung bis 30 kWp, Erleichterungen im Anmeldeverfahren und Netzanschlüsse von Balkon-PV-Anlagen, müssen schnellstmöglich geregelt werden. So muss endlich bei den Balkon-PV-Anlagen der Anschluss in Eigenregie ohne Erfordernis der Wieland-Einspeisesteckdose ermöglicht und die Meldepflicht aufgehoben werden. Ebenfalls wurde in der Absichtserklärung beschlossen, dass man Erleichterungen beim Eigenstromverbrauch ermöglichen möchte. Insbesondere Letzteres muss in der aktuellen Energiekrise schnellstmöglich und mit absoluter Priorität umgesetzt werden. Denn momentan ist die Rechtslage so, dass Stromzähler nicht rückwärts laufen dürfen. Das führt dazu, dass PV-Anlagen-Besitzer\*innen den günstig erzeugten Strom der Aufdachanlage ohne Stromspeicher nur für den in dem Moment im Haus anfallenden Stromverbrauch nutzen können. Der überschüssige Strom wird in das Netz eingespeist, wofür es meist eine feste Vergütung je Kilowattstunde gibt. Auf der anderen Seite muss man aktuell exorbitant teuren Strom über den Stromtarif beziehen, wenn die PV-Anlage beispielsweise wegen der Witterung keinen Strom erzeugt. Deshalb fordern wir, dass sowohl für Balkon-PV-Anlagen als auch für (kleinere) private PV-Dachanlagen der Stromzähler rückwärts laufen darf und der überschüssige von der PV-Anlage eingespeiste Strom direkt mit dem aus dem Netz bezogenen Strom verrechnet wird. Dieses Verfahren wird beispielsweise in den Niederlanden erfolgreich umgesetzt und schafft bei den hohen Strompreisen einen zusätzlichen wirtschaftlichen Anreiz für eine private PV-Anlage und lässt die Bürger\*innen und nicht die Energiekonzerne profitieren!

Neben den PV-Dachanlagen müssen auch Freiflächenanlagen und PV-Anlagen, welche eine positive Mehrfachnutzung von Flächen ermöglicht, wie Agri-PV, Floating-PV oder

Fassaden-PV schnellstmöglich angemessen in den regulativen Vorgaben wie der Raumordnung oder im Baurecht berücksichtigt werden. So ist u.a. die generelle Freigabe für PV-Freiflächenanlagen sog. benachteiligter Gebiete (wie ertragsarme landwirtschaftliche Flächen) weiterhin unter Vorbehalt von Landesverordnungen falsch. Wegen zunehmender Flächenkonkurrenzen müssen neue Technologien, wo bislang nur Pilotanlagen existieren, wie die Agri-PV als Symbiose zwischen Landwirtschaft und Energieerzeugung gefördert werden. Fehlende Vergütungsregelungen (außerhalb von Innovationsausschreibungen), die Gefahr des Wegfalls der Agrarförderung, die fehlende baurechtliche Privilegierung und genehmigungsrechtliche Unsicherheiten in den Behörden erschweren ein Wachstum in diesem Segment. Wir fordern deshalb, dass umgehend ein unterstützendes regulatorisches Umfeld für PV-Technologien, welches effektiv Flächen mehrfach nutzbar macht, geschaffen wird.

Beim Ausbau der Solarenergie muss zusätzlich die Angebotsseite der PV-Module und die Gewinnung der dafür notwendigen Rohstoffe thematisiert werden. Denn entlang der gesamten Wertschöpfungskette zur Herstellung von Solarmodulen gibt es eine enorme Abhängigkeit von China. Sowohl in der Gewinnung von Polysilizium als elementarer Rohstoff (80%) über die Herstellung der Wafer (97%) und Zellen (85%) als auch die letztendliche Fertigung der Module (75%), die Abhängigkeit ist enorm. Bei dem Import von Rohstoffen und Bauteilen, muss zwingend das Lieferkettengesetz und international geltende Sozial- und Umweltstandards eingehalten werden. Der Übergang zu anderen Handelspartner\*innen abseits Chinas soll sozialgerecht erfolgen! Ebenfalls muss zur Stärkung einer resilienten Energieversorgung in einer europäischen Kooperation der massive Ausbau einer europäischen Produktionskapazität vorangetrieben werden, denn die aktuelle Situation zeigt, was es für fatale Folgen haben kann, wenn man sich energiepolitisch dermaßen Abhängig von einem anderen Land macht. Ein Tausch der Abhängigkeiten vom russischen Gas zu chinesischen Solarmodulen muss perspektivisch verhindert werden! Die PV-Strategie der EU-Kommission "European Solar Initiative", welche zum Ziel hat, bis zum Jahr 2025 insgesamt 20 GW Produktionskapazität in Europa zu erreichen, ist ausdrücklich zu unterstützen und zu erweitern. Mit den neuen europäischen Produktionskapazitäten würden direkt und indirekt schätzungsweise 400.000 neue, gut bezahlte Industriearbeitsplätze entstehen - bei Umsetzung ein Leuchtturm der sozial-ökologischen Transformation. Ähnlich wie bei der Windenergie sollen Standortkommunen von PV-Freiflächenanlagen finanziell beteiligt werden. Darüber hinaus sollten Bürgerenergiekonzepte, welche häufig PV-Anlagen installieren, gemäß der entsprechenden EU-Richtlinie gestärkt werden, sodass beispielsweise der gemeinschaftliche Eigenverbrauch des lokal erzeugten Stroms ermöglicht wird. Zusätzlich sei erwähnt, dass es einer Strategie für einen Recyclingkreislauf der für Wind- und Solarenergie benötigten Rohstoffe bedarf. Dies reduziert zu einem die Abhängigkeit zu den Importländern und des weiteren einen zwangsläufigen „Peak Metal“, welcher den Zeitpunkt beschreibt, an dem die Extraktionsmengen der mineralischen Rohstoffe aus der Erdkruste ihr Maximum erreichen.

#### **Speicher, Netzausbau und intelligente Steuerung gewährleisten Versorgungssicherheit und Netzstabilität im klimaneutralen Energiesystem**

Um die enorme Hochskalierung von erneuerbaren Energien handeln zu können, muss unser

Energiesystem sukzessive auf erneuerbare Energien ausgerichtet werden. Ein resilientes klimaneutrales Stromsystem mit den in der Stromerzeugung fluktuierenden Windenergie- und Photovoltaikanlagen, welches die Versorgungssicherheit und Netzstabilität gewährleistet, kann nur in Kombination mit einer Flexibilisierung des Verbrauchs und mit Energiespeichern gelingen. Hierzu ist perspektivisch ein neuer ganzheitlicher regulativer Rahmen für den Strommarkt wichtig. Der Gesetzgeber muss langfristig Anreize setzen, dass erneuerbare Energien systemdienlich errichtet und mit einer angemessenen Vergütung betrieben werden können. Insbesondere wenn auf lange Sicht in einem klimaneutralen Stromsystem Erneuerbare allein für die Stromerzeugung verantwortlich sind und durch die niedrigen Stromgestehungskosten der Strompreis gesenkt ist, muss das Strommarktdesign und Strommarktmodell angepasst werden. Kurz- bis mittelfristig benötigt es die Integration von Speicherkapazitäten, den beschleunigten Netzausbau und eine intelligente Steuerung des Energiesystems durch informations- und kommunikationstechnische Infrastruktur. Speicherkapazitäten müssen zum einen im Kurzzeitbereich durch Batteriespeicher (Tagesstromspeicher) und zum anderen im Langzeitbereich durch beispielsweise Wasserstoff oder synthetische Gase wie Methan (saisonale Speicher) integriert werden. Im Bereich der Batteriespeicher muss der notwendige Ausbau auf 84 Gigawattstunden bis 2030 (227 GWh in 2045) überwiegend dezentral vorgenommen werden, um Netzengpässe zu vermeiden und die Netzstabilität zu gewährleisten. Der Ausbau der Batteriespeicher darf sich jedoch in keinem Fall nur auf Anlagen in privaten Haushalten beschränken, sondern sollte ebenso wie die Netze von staatlicher Seite zur Verfügung gestellt werden. Der überregionale Stromtransport aus Regionen mit großer Wind- und Solarstromerzeugung zu industriellen oder bevölkerungsreichen Zentren muss gewährleistet werden. Ebenso gilt es die Verteilnetze auszubauen, um die stark steigende Menge an dezentral erzeugtem Strom aufnehmen zu können. Diesen Anforderungen muss mit einem angemessenen Netzausbau begegnet werden. Auch der Ausbau und Betrieb der Stromnetze sollte als zentrale Infrastruktur der Energieversorgung auf Ebene der Verteilnetze rekommunalisiert und auf Ebene der Übertragungsnetze in bundesstaatliche Hand.

#### Eine europäische Perspektive

In dieser wie in jeder Krise ist es von größter Wichtigkeit, dass die Bundesregierung ihr Handeln mit unseren europäischen Partner\*innen abstimmt und nach einer gesamteuropäischen Lösung sucht. Obwohl wir die aktuellen Ausgleichsmaßnahmen der Bundesregierung und ihr Umschwenken auf europäischer Ebene unterstützen, hat Deutschland mit einer späten Kommunikation der 200-Milliarden-Investition und einem rapiden Auffüllen der Gasspeicher zu sehr hohen Preisen erst einmal im Eigeninteresse gehandelt und europäische Interessen außer Acht gelassen. Wir begrüßen deshalb den aktuellen Vorschlag der EU-Kommission, Mitgliedstaaten per Gesetz zu verpflichten, Teile des Volumens ihrer Gasspeicher mit Hilfe der im April gegründeten Einkaufsplattform gemeinsam zu füllen und so ihre Nachfragemacht zu bündeln. Es müssen mehr Anreize für Solidaritätsabkommen geschaffen und diese auch von Deutschland abgeschlossen werden, um bei Gasknappheit eine solidarische Verteilung von fossilen Energieträgern zu gewährleisten. Zusätzlich fordern wir, dass europaweit Genehmigungsverfahren und andere bürokratische Hürden für den Ausbau erneuerbarer Energien durch Verordnungen der Kommission gesetzlich reduziert werden. Gleichzeitig ist es wichtig, an dieser Stelle zu betonen, dass die internationale Solidarität in dieser Energiekrise - besonders mit dem Globalen Süden - genauso wichtig ist wie eine

508 europäische.

509 **Der Klimawandel wartet nicht!**

510 Der Ausbau erneuerbarer Energien muss endlich an Fahrt gewinnen, denn der Anteil am  
511 Bruttoendenergieverbrauch beträgt aktuell nur rund 20%. Durch die EEG-Novelle im  
512 Rahmen des Osterpakets, wo endlich ein höherer und realistischer Strombedarf  
513 angenommen wird, konnte ein Ausbauimpuls gegeben werden. Wichtig waren dafür die  
514 Erhöhung des Ausbauziels und der Ausbaupfade sowie regulatorische  
515 Verbesserungen. Dennoch wird insbesondere der Ausbau der Windenergie stocken. So ist  
516 im vergangenen Jahr beispielsweise keine einzige Windenergieanlage auf See ans Netz  
517 gegangen. Sollte sich anhand der Genehmigungszahlen der Länder nach wie vor  
518 abzeichnen, dass die Ausbauziele massiv unterschritten werden, dann kann das nicht  
519 mehr hingenommen werden. In diesem Fall muss die Bundesregierung noch in dieser  
520 Legislaturperiode ein öffentlich-rechtliches Unternehmen zum Ausbau erneuerbarer  
521 Energien gründen, welches bei Unterschreitung von Ausschreibungsvolumen verpflichtet  
522 ist, die Lücke im Zubau zu füllen. Damit wird gewährleistet, dass Klima- und  
523 Ausbauziele nicht weiterhin sehenden Auges verfehlt werden. Zusätzlich wird der Staat  
524 seiner Rolle gerecht, die Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Darüber hinaus gilt  
525 stets, die internationale Perspektive beim Ausbau zu berücksichtigen. Dieser darf  
526 sich nicht auf den globalen Norden beschränken, sondern muss weltweit etabliert  
527 werden. **Der Klimawandel wartet nicht. Deshalb lautet die Devise: mehr, schneller**  
528 **Ausbauen!**

529

## Antrag U03: Wiiiyyyyyld! - 3 Prozent Wildnis sind das Minimum für eine wilde Welt

Die Flutkatastrophe im Ahrtal, versiegendes Grundwasser und immer heißere Sommer – es ist ganz klar: regional sind die direkten Folgen des Klimawandels hier in Deutschland längst angekommen. Zum Abwenden der Langzeitwirkungen der Umweltbelastungen laufen unter dem Schlagwort Biodiversität, also dem Erhalt der Artenvielfalt, deutschlandweit zwar viele Maßnahmen. Doch sie sind in ihrem jetzigen Umfang nicht ausreichend. Auch werden die selbstgesetzten Vorgaben nicht zuverlässig erreicht. Und so ist auch das 2%-Wildnis-Ziel aus der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) 2020 krachend verfehlt worden.

### Ist das wild (?)

Wildnis wurde in der NBS folgendermaßen definiert: „Wildnisgebiete i. S. der NBS sind ausreichend große, (weitgehend) unzerschnittene, nutzungsfreie Gebiete, die dazu dienen, einen vom Menschen unbeeinflussten Ablauf natürlicher Prozesse dauerhaft zu gewährleisten.“ Die Mindestgröße eines unzerschnittenen Gebietes ist dabei 1.000 Hektar. Erst dann gilt es als „Wildnis“. Im Jahr 2020 kam die Bundesrepublik Deutschland somit gerade einmal auf 0,6 Prozent Wildnis, d.h. Fläche, auf der sich Wildnis entwickeln kann. Denn sogenannte primäre Wildnis gibt es in Deutschland kaum bis gar nicht. Auch sind Wildnisgebiete nicht einfach mit Naturschutzgebieten oder anderen Schutzkategorien gleichzusetzen. Es gibt für Wildnisräume, in denen die Natur sich selbst überlassen wird, keine klassifizierte Schutzkategorie.

Die Flächenverteilung in Deutschland beläuft sich auf etwa 51 % landwirtschaftliche Nutzung, 30 % Wälder und 14,5 % Siedlungs- und Verkehrsfläche. Die übrige Fläche bedecken Seen, Flüsse und Gewässer sowie genauso wie Kies- und Braunkohlegruben, Abraummalden und ehemalige Militärgelände.

### Wildnis ist Biodiversität ihrer pursten Form

Bereits der Antrag U4 des Juso-Bundeskongresses 2021 setzt sich intensiv mit klimaneutraler Landwirtschaft und Biodiversität auseinander. Daran anschließend soll mit diesem Antrag zum Thema Biodiversität die Forderung nach Wildnisgebieten in Deutschland entwickelt werden.

Denn mit dem Sterben der Arten (ein Drittel der Arten in Deutschland steht auf der Roten Liste) wird die Balance des Ökosystems ins Mark getroffen. Nach zwei Jahrhunderten der industriellen Ausbeutung von Menschen und Natur, benötigt die Natur ein Minimum an Rückzugsraum, um sich endlich zu erholen. Von einem großen Paket Biodiversitätsmaßnahmen ist Wildnis ein vergleichbar kleiner Teil, doch gleichzeitig ein unglaublich wichtiger und nicht verzichtbarer Teil, den wir als Jusos fordern. Wildnis ist Biodiversität in ihrer pursten Form. Wenn ein Gebiet zu Wildnis erklärt wird, muss zuerst eine Analyse dieses Gebiets erfolgen. Menschliche Einflüsse, wie das Ansiedeln von Neophyten oder enorm nährstoffbeanspruchenden Pflanzen, müssen entfernt werden, bevor das Gebiet sich selbst überlassen wird, um die Entwicklung

einer ursprünglichen, biodiversen Fläche zu fördern.

Wegen des Artensterbens schwindet Jahr für Jahr die Lebensgrundlage auf unserem Planeten. Für die Bundesrepublik Deutschland ist es wichtig, Wildnisgebieten ausreichend Platz einzuräumen. Erstens um regional ganz praktisch und konkret für klimatische Verbesserung zu sorgen. Und zweitens, weil nur so die notwendige Reputation für die aktuell stagnierenden internationalen Verhandlungen aufgebaut werden kann, ohne die die weltweit zum Klima- und Umweltschutz entscheidenden Vorstöße, etwa zum Erhalt von Regenwäldern und anderen Naturschutzgebieten, nicht gelingen können.

Wir fordern deshalb:

- Die Erhöhung des Anteils an Wildnisgebieten in Deutschland von 0,6 % auf mindestens 3 % bis 2030 und auf mindestens 5% bis 2050.
- Eine Strategie für die Flächen, die sich zu Wildnis (zurück-)entwickeln soll, um menschliche Einflüsse rückgängig zu machen.
- Die Fortentwicklung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt auf Bundesebene sowie eine einschlägige Definition von Wildnisgebieten als zusammenhängende Gebiete von mehr als 1.000 Hektar.
- Klassifizierung von Wildnis gebieten als eigene Schutzkategorie mit dem Zweck, die Natur ohne menschliche Einflüsse sich selbst zu überlassen.  
Solche Gebiete können auch in anderen Schutzzonen identifiziert und weiterentwickelt werden. Außerdem muss klargestellt werden, dass solche Gebiete nicht nur dem Schutz wildlebender Tier-, Pilz- und Pflanzenarten, sondern auch dem Schutz natürlicher Prozesse dienen.
- Für Wildnisgebiete sind rechtliche Verpflichtungen zur Bewirtschaftung sowie zur Jagd und Fischerei aufzuheben, Außer diese sind Krankheiten, die eine massive Gefährdung für Pflanzen Tier und Pilzarten außerhalb des Wildniss Gebietes sind. Geltende Gesetze und Verordnungen über gebietsfremde Arten müssen so angewendet werden, dass eine aktive Eingriffsverpflichtung auf die Randzonen eines Wildnisgebiets beschränkt bleibt
- Die belastbare Feststellung der bundesweit bestehenden Wildnisgebiete nach den zuvor auf Bundesebene bestimmten Kriterien durch die Länder. Dabei sollen vorrangig Monokulturen in der Landwirtschaft als potentielle Flächen für die Ausweitung der Wildnis in Betracht gezogen werden, um einen weiteren Beitrag zur Biodiversität zu leisten. Zukünftig soll ein bundesweit einheitliches Monitoring zu Wildnisgebieten aufgebaut werden.
- Die Erhöhung der jeweiligen Anteile an Wildnisgebieten in jedem Bundesland auf mindestens 3 % bis 2030 und auf mindestens 5% bis 2050. Für die Stadtstaaten müssen diesbezüglich Ausgleichsmechanismen geschaffen werden.
- Die Feststellung von Räumen unter 1.000 Hektar, die Wildnis aufweisen, und die Bewertung zur Entwicklung dieser Räume zu einschlägigen Wildnisgebieten durch die Länder in Zusammenarbeit mit der kommunalen Kreisebene.

- Einen dauerhaften Verzicht auf die Privatisierung von Potentialflächen für Wildnisgebiete und die Identifizierung von für Wildnisentwicklung geeigneten Flächen in bestehenden Schutzräumen und im öffentlichen Raum. Diese Potenzialräume dürfen von Neuplanungen von Infrastrukturmaßnahmen nicht beeinträchtigt werden.
- Private Flächen, die sich für Wildnisgebiete eignen sollen perspektivisch in staatliche Hand übergehen, um diese zu verbinden und erweitern zu können. Dadurch könnten wichtige Hürden genommen werden, um beispielsweise auf die Mindestgröße von 1.000 Hektar, die in der NBS definiert ist, zu kommen.
- Die schon zu 2020 geplanten 5 % der bundesdeutschen Waldfläche (etwa 1,5 % der Gesamtfläche Deutschlands) als Wildnisgebiet zu 100 Jahren als Wildnisschutzgebiet zu erklären, damit die entsprechenden Positiveffekte überhaupt beginnen können, einzutreten.
- Für den Anteil der bundeseigenen Wälder die Erhöhung der Festschreibung zur natürlichen Entwicklung von 20 % auf mindestens 50%.
- Die Aufhebung rechtlicher Verpflichtungen zur Bewirtschaftung und Jagd bzw. Fischerei von Wildnisgebieten
- Die Einrichtung und Einplanung von Querungshilfen, Korridoren und Trittsteinbiotopen zur Verbindung von Wildnisgebieten auch bei Biotopverbund- und Infrastrukturplanungen
- Einen konsequenteren Schutz von bestehenden Schutzgebieten durch Verzicht auf Nutzung wie Forst- und Landwirtschaft
- Die Erhöhung des Anteils an Wildnisgebiete und der Ausbau der Windenergie sollen einander nicht im Weg stehen
- Anzustreben sind außerdem Nullnutzungszonen in bereits geschützten Gebieten anderer Klassifizierung (z.B. Naturschutzgebiete) um auch diese besonders sensiblen Zonen zu schützen. Dazu sollen beispielsweise der Einsatz von Pestiziden, sowie der Abbau von Bodenschätzen, unterbunden werden.
- Wir setzen uns explizit für die Renaturierung von beispielsweise Mooren und Auwäldern ein. Für Wildnisgebiete sollte der Fokus von Wäldern auch auf andere Gebiete gesetzt werden, denn Wildnis sind nicht nur der Hirsch und das Wildschwein, sondern auch der Wattwurm und der Sonnentau.
- Ähnlich zu den Nationalparkhäuser zum Wattenmeer sollen auch für Wildnisgebiete Einrichtungen geschaffen werden, die über das Wildnisgebiet informieren und schulen. Dabei soll es nach Möglichkeit auch Plätze für FÖJler\*innen und Naturpädagog\*innen geben. Diese können an z.B. Schulen über den mit dem Wildnisgebiet zusammenhängenden Naturschutz aufklären.



## Antrag U04-NEU: Bäume im Wald lassen - keine Förderung mehr für Pelletheizungen (Neufassung)

Allgemeinhin gilt das Heizen mit Holzpellets als klimaneutral und umweltfreundlich, daher fördert der Bund die Umrüstung von Gebäuden auf eine Pelletheizung mit massiven Fördersummen über das BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) mit bis zu 55% der förderfähigen Kosten von höchstens 60.000 Euro und über die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) mit dem Programm KfW 461 sogar mit bis zu 75.000 Euro, bzw. 50% der förderfähigen Kosten von maximal 150.000 Euro.

### **Der Kreislaufgedanke ist eine Einbahnstraße!**

Die Begründung für diese massive Förderung beruht auf einer simplen Idee: Beim Verbrennen von Holz wird nur so viel CO<sub>2</sub> freigesetzt, wie die Bäume in den Jahrzehnten zuvor aus der Atmosphäre geholt haben. So gelangt, anders als bei fossilen Brennstoffen, kein zusätzliches CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre – das Verbrennen der Pellets ist nur Teil des CO<sub>2</sub>-Kreislaufs.

Manche EU-Länder, beispielsweise die Niederlande oder Dänemark ersetzen inzwischen bereits Kohle durch Holzpellets, die sie stattdessen in ihren Kraftwerken verbrennen.

Doch beim Verbrennen der Pellets entsteht in sehr kurzer Zeit ein massiver CO<sub>2</sub>-Ausstoß, der in die Atmosphäre gerät und dortbleiben wird, bis neue Bäume nachgewachsen sind und über Jahrzehnte hinweg das CO<sub>2</sub> wieder aus der Atmosphäre aufnehmen werden.

Doch die Klimakrise ist jetzt! Die nächsten Jahre sind entscheidend für das Gelingen der Energiewende und das Erreichen unserer Klimaziele. Wir müssen in den nächsten Jahren massiv CO<sub>2</sub> einsparen, nicht ausstoßen. Wenn Holz fossile Energieträger ersetzt, wird seine Verbrennung die Erwärmung unserer Erde über Jahrzehnte bis Jahrhunderte verstärken, schreiben über 500 Wissenschaftler\*innen in einem offenen Brief an die Staatsoberhäupter der USA, EU, Japan und Südkorea. Auch diese Wissenschaftler\*innen fordern die Subvention von Holzverbrennung zu streichen und sie nicht mehr als klimaneutral zu bezeichnen.

Wir fordern daher, dass Holzverbrennung nicht weiter als klimaneutral gilt.

### **Zusätzlicher Schaden durch Importe und Abholzung natürlicher Wälder**

Befürworter\*innen der Holzverbrennung argumentieren oft mit der Resteverwertung: Bei der Holzverarbeitung, z.B. zu Möbeln, entstehen Sägespäne, auch Rinde und Äste bleiben übrig, die anders kaum genutzt werden können und daher zu Pellets verarbeitet werden. Doch aus dem neuen Report der Forest Defenders Alliance (FDA) geht hervor, dass nicht ausschließlich Reste, sondern offenbar auch massenweise ganze Holzstämmen verbrannt werden – die, zumindest teilweise, auch anders verwendet werden könnten.

Zur Verwertung von Holzresten (wie beispielsweise Sägespänen, Ästen und Rinden) soll ein Konzept erarbeitet werden welches die Verbrennung von anderweitig nutzbarem Holz unterbindet, aber eine eventuelle Vollverwertung bereits gefällter Bäume durch Resteverwertung ermöglicht.

Die Industrie hinter der Pelletverbrennung wächst, und die Pellets werden bereits teilweise aus den USA nach Europa importiert – dieser Import verursacht weitere CO<sub>2</sub>-Emissionen, die zum Ausstoß bei der Verbrennung der Pellets noch obendrauf kommen.

Neben dem durch Transport verursachten Emissionen entstehen auch ökologische Schäden durch die steigende Nachfrage nach Holzpellets. Im Südosten der USA werden natürliche Wälder abgeholzt und durch Fichten-Plantagen aufgeforstet – ohne Rücksicht auf die negativen Auswirkungen auf die Artenvielfalt. Außerdem werden durch die Nachfrage nach Pellets Anreize dafür geschaffen, dass Bäume früher gefällt und verarbeitet werden, sodass sie auf die gesamte Dauer insgesamt weniger CO<sub>2</sub> absorbieren.

Aber auch in Europa fallen Bäume der Verbrennung zum Opfer. Dadurch wird der Druck auf unsere Wälder erhöht – dabei sind sie, auch angesichts von Trockenheit und Dürren, Borkenkäferbefall oder Sturmschäden schützenswerter als je zuvor – die Eingriffe in die natürliche Ressource Wald sollten daher so gering wie möglich gehalten werden.

Und nicht nur legal werden natürliche Wälder abgeholzt, sondern auch illegal. Die letzten Urwälder Europas liegen in Rumänien und in den Karpaten – dort sind große Unternehmen tätig, aber auch kriminelle Gruppen, die den Urwald illegal kahlschlagen. Doch was Korruption und Profitgier hier zu zerstören drohen, ist ein Naturparadies, das mit Blick auf die Klimakrise eine besondere Bedeutung hat. Anderswo längst ausgestorbene Pflanzen, Luchse, Bären und Wölfe haben hier ein Zuhause – genauso wie unzählige uralte Bäume. Eine einzige 150 Jahre alte Buche kann allein 9 Tonnen CO<sub>2</sub> absorbieren – so viel, wie 56.000 km Autofahrt ausstoßen würden.

#### **Die Fein(staub)heiten**

Wir alle erinnern uns an „Diesel-Gate“, spätestens seitdem wissen wir: Feinstaub in unserer Luft ist gefährlich und schlecht für unsere Gesundheit. Die Feinstaubbelastung unserer Luft wird nicht nur durch Verbrennermotoren vorangetrieben, sondern auch durch das Verbrennen von Holz. Die kleinen Partikel können Schleimhautreizungen auslösen, aber auch Krebs oder neurologische Erkrankungen. Die Feinstaubemissionen bei der Verbrennung von Holz sind noch um ein Vielfaches höher als bei der Verbrennung von Kohle und Öl. Es gibt zwar hocheffiziente Staubfilter oder elektrische Partikelabscheider, mit denen die Holzheizungen aufgerüstet werden können – jedoch filtern auch sie nicht alle Partikel heraus. Während die Freisetzung solcher Partikel bei Waldbränden kaum vermeidbar ist, kann durch den Verzicht auf Holzverbrennung ein Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität geleistet werden.

Das Verbrennen von Holz ist also nicht nur aus Klimaschutzgründen zu vermeiden, sondern auch aus Gründen des Gesundheitsschutzes und der Lebensqualität in unseren Städten und Dörfern.

Gerade auch aufgrund der steigenden Heizkosten ersetzen oder ergänzen immer mehr Menschen ihre Heizquellen auf Pellets. Daher fordern wir, dass die Förderung von Pelletheizungen im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) über das BAFA und die KfW eingestellt wird und stattdessen die Förderungen für solarthermische Anlagen und Wärmepumpen zum Beheizen von Gebäuden erhöht werden. Haushalte, die von einer kompletten Umstellung der Heizquellen betroffen sind, sollen schnellstmöglich auf erneuerbare und klimaneutrale Heizsysteme umgestellt werden. Dafür soll von staatlicher Seite der Umbau erleichtert und gefördert werden.

Bei der Einstellung der Förderung soll eine Übergangsfrist bis 2025 gewährt werden.

# Antrag V01: Rail New Deal - Zukunft des Schienenverkehrs

## 1. Schienenverkehr: Sozial-Nachhaltig

Der Klimawandel und dessen Folgen bedrohen unsere Zukunft. Schon seit einigen Jahrzehnten verzeichnen Expert\*innen einen anhaltenden dramatischen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur – ausgelöst durch menschliches Handeln seit Beginn der Industrialisierung. Dafür sind in erster Linie die Treibhausgasemissionen, insbesondere die Emission von CO<sub>2</sub>, verantwortlich. Bis heute haben wir es nicht geschafft, einen effektiven Weg zur Begrenzung der globalen Erwärmung und damit zum Aufhalten der Klimakrise einzuschlagen. Einer der zentralen Verursacher des klimaschädlichen CO<sub>2</sub> ist der Verkehrssektor – in Europa ist er (einschließlich des internationalen Luft- und Seeverkehrs) für ein Fünftel der gesamten Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Doch während europäische Haushalte, Energie-Erzeuger und Industrie seit 1990 deutliche Rückgänge der Treibhausgas-Emissionen verbuchen konnten, ist es im Verkehr kaum gelungen, die Werte zu reduzieren. Der Verkehr bleibt also ein Klimasorgenkind.

Bereits vor Jahren stellte die EU-Kommission die Weichen für ein nachhaltigeres Verkehrssystem, indem sie erstmals ein CO<sub>2</sub>-Minderungsziel von minus 60 Prozent bis 2050 für den Verkehrsbereich festschrieb. Um diese Ziele zu erreichen, ist eine Verkehrsverlagerung auf die klimafreundliche Schiene unabdingbar. Auch Deutschland hat sich im Klimaschutzplan 2050 ein konkretes Ziel für den Verkehrssektor gesetzt. So sollen die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um mindestens 40 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken.

Zahlen des Bundesumweltamtes belegen: Die Bahn ist das klimaschonendste Verkehrsmittel. Die Bahn sorgt für soziale Teilhabe, im ländlichen Raum sind zahlreiche Regionen nicht nur vom Fernverkehr, sondern bereits vom Regionalverkehr abgehängt. Die gewinnorientierte Ausrichtung sorgte für Mobilitätsarmut zahlreicher Bürger\*innen.

Der Begriff der Mobilitätsarmut ist gesellschaftlich und politisch noch nicht weit verbreitet, dennoch sind die Auswirkungen im Alltag vieler Menschen spürbar. Mobilitätsarmut meint nicht nur finanzielle Armut, sondern auch fehlenden oder eingeschränkten Zugang zu Mobilität, z.B. nicht vorhandene Infrastruktur oder zu geringe Taktdichte. Mobilitätsarmut führt zu sozialer Isolation und diskriminiert insbesondere Kinder, Jugendliche sowie ältere Personen, die selbst keine, oder nur begrenzte Möglichkeiten haben, den Individualverkehr zu nutzen.

Bis vor wenigen Jahren war die Verkehrspolitik hauptsächlich auf den motorisierten Individualverkehr ausgerichtet. Der Schienenverkehr wurde nicht als grundlegender Teil der Daseinsvorsorge betrachtet. Stattdessen wurden Teile des Schienenverkehrs privatisiert, die Liberalisierung vorangetrieben, eine verstärkte Gewinnorientierung und der Wettbewerb auf der Schiene hielten Einzug. Somit wurde der Schienenverkehr vor allem für Regionen unattraktiver, die keinen entsprechenden Profit versprechen.

Züge, Schienen und Weichen wurden und werden immer noch auf Verschleiß gefahren, Bahnhöfe in ländlichen Regionen wurden dichtgemacht und zahlreiche Verbindungen gestrichen. Der Deutsche Bahn Konzern investierte massiv im Ausland und in strittige Großprojekte. Dabei trat vor allem seine Pflicht zur öffentlichen Daseinsvorsorge zunehmend in den Hintergrund. Der Schienenverkehr muss leistungsfähig und attraktiv

sein. Denn klar ist: Ohne eine bezahlbare, zuverlässige und umweltfreundliche Bahn können die Nachhaltigkeitsziele im Verkehrssektor nicht erreicht werden!

Wir fordern daher:

- Die Bahn ist ausschließlich Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- Die Bahn soll den Großteil der Personenbeförderung übernehmen und muss daher in den anstehenden verkehrspolitischen Entscheidungen gegenüber dem motorisierten Individualverkehr priorisiert werden. Auch durch die Ausgestaltung der vom Bund bereitgestellten, finanziellen Mittel.
- Mobilität ist ein Grundbedürfnis und muss im Nah- und Fernverkehr für alle garantiert werden. Gesellschaftliche Teilhabe, unabhängig von Stadt und Land, Alter, Einschränkungen und finanziellen Möglichkeiten, muss uneingeschränkt möglich sein. Ein Bahnanschluss sorgt auch für soziale Teilhabe und muss sich an berufliche Gegebenheiten und an Freizeitgestaltungen anpassen können, egal ob Tag oder Nacht, egal ob zur Früh- oder Spätschicht.
- Der Schienenverkehr muss so schnell wie möglich klimaneutral werden. Dafür sind weitere Strecken zu elektrifizieren, der Einsatz von dieselgetriebenen Fahrzeugen auf ein Minimum zu begrenzen und dessen Antriebe durch emissionsfreie Alternativen zu ersetzen.

#### 4. Güterverkehr der Zukunft

Auch im Güterverkehr wurden infolge der Bahnprivatisierung Strecken und Bahnanschlüsse stillgelegt. Während 1997 noch 10.000 Firmen deutschlandweit einen direkten Gleisanschluss hatten, waren es im Jahr 2017 nur noch 2.000 Firmen. Zwar werden die meisten Güter auf der Schiene heutzutage im Kombinierten Verkehr (LKW und Bahn) transportiert, also von Containerterminal zu Containerterminal, von wo aus die Weiterverteilung meist per Lkw stattfindet - dennoch würden viele Firmen auch gerne direkt auf ihrem Gelände auf die Bahn verladen.

Um Zeit und Kosten zu sparen, werden die Güter letztendlich ausschließlich mit der Schiene transportiert. LKWs verstopfen die Straßen, über sie läuft 70 Prozent des Güterverkehrs in Deutschland. Güterzüge hingegen transportieren nur 18 Prozent der Waren. Der LKW-Verkehr hat mittlerweile so stark zugenommen, dass deutschlandweit 30.000 LKW-Stellplätze fehlen. Von klimafreundlichem Güterverkehr kann hier keine Rede sein. Doch gerade der Gütertransport auf der Schiene ist besonders energieeffizient: Pro transportierter Tonne und Kilometer verbraucht ein Güterzug nur etwa ein Viertel der Energie, die ein Lkw benötigt. Vor allem für den Transport großer Mengen über weite Strecken ist deshalb die Bahn ökologisch wie ökonomisch schon heute in vielen Fällen das Verkehrsmittel der Wahl. Der Schienengüterverkehr muss beim Klimaschutz eine wichtige Rolle spielen.

Um Unternehmen eine Rückkehr bzw. ein Einstieg in das Schienengüternetz ermöglicht und vereinfacht werden kann, müssen Gleisanschlüsse zu den Firmen wiederhergestellt werden. Wir fordern daher:

- Massiver Ausbau der Infrastruktur für schienengebundenen Güterverkehr. Nicht nur dem Nah- und Fernverkehr müssen eigene Trassen zur Verfügung gestellt, auch dem Güterverkehr. Dies sorgt gleichzeitig für eine Entlastung des restlichen Schienennetzes und beugt Verspätungen im Güter- und Personenverkehr vor. Wir

müssen die Engstellen im Netz ausbauen und insbesondere auch Überholgleise, die massiv abgebaut wurden wiederaufbauen, damit Güterzüge nicht immer durch Personenzüge ausgebremst werden. Nur so ist es möglich, die starken, notwendigen Zuwächse der Schiene am Güterverkehr möglich zu machen.

- Wiederherstellung stillgelegter und Neubau weiterer direkter Gleisanschlüsse zu den Firmen. Zu Unternehmen, wo eine direkte Gleisanbindung nicht möglich ist, müssen Anreize geschaffen werden, im kombinierten Verkehr zwischen LKW und Schiene längere Strecken auf der Schiene zurückzulegen.
- Investitionen in die Infrastruktur des Güterverkehrs. Es muss sichergestellt sein, dass die Güterzüge jederzeit dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Die Vereinfachung des Planungsrechts, sodass die Antragsstellung für Unternehmen attraktiver und barriereärmer wird.
- Die Bundesregierung muss daher die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und Förderprogramme auflegen, die ihren Namen auch wert sind.

### **1. Instandhaltung & Modernisierung**

Die Eisenbahninfrastruktur ist nicht flächendeckend auf dem aktuellsten Stand der Technik. So sind vereinzelt immer noch vollständige mechanische Stellwerke aus dem 19. Jahrhundert in Betrieb. Eine moderne Infrastruktur ist aber die Grundvoraussetzung für innovative Transportdienstleistungen. Sowohl von Personen als auch von Gütern. Durch die Digitalisierung des gesamten Schienennetzes kann Verspätungen entgegengewirkt und der Bahnverkehr effizienter genutzt werden. Weitere Potenziale bestehen z.B. in der Einrichtung eines automatischen Fahrbetriebes, was sowohl die Energieeffizienz, als auch die Kapazität steigert, oder in besseren Serviceleistung für Passagiere.

Zusätzlich muss bestehende Infrastruktur instand gehalten werden. Gewinne des DB Konzerns werden meistens an den Anteilseigner, den Bund, vertreten, durch das Verkehrsministerium ausgeschüttet, anstatt für die Instandhaltung und Modernisierung aufgewendet zu werden.

#### Wir fordern daher:

- Die flächendeckende Modernisierung der Eisenbahninfrastruktur. Insbesondere muss der flächendeckende Betrieb über elektronische, bzw. digitale Stellwerke vollendet werden.
- Die flächendeckende Einrichtung eines kostenfreien und zeitlich unbegrenzten und nicht datenlimitierten WLAN, sowie Steckdosen in allen in Deutschland verkehrenden Personenzügen und an Bahnhöfen sowie Haltestellen.
- Die konsequente Umsetzung der digitalen Bereitstellung von allen Fahrgastservices - inklusive rechtzeitiger Verspätungsinformationen und eines automatisch ausgefüllten Rückerstattungsformulars bei Online-Buchungen, sowie der Digitalisierung des Fahrgastrechteformulars.
- Verpflichtende Nutzung der Schnittstellen für Fahrplanauskünfte, Ticketkäufe und

Verspätungsinformationen der Deutschen Bahn im öffentlichen Personennah- und Fernverkehr für alle Eisenbahnverkehrsunternehmen. Nach Möglichkeit sollten hier perspektivisch auch andere mobilitätsrelevante Infos wie Leihfahrräder oder Carsharing Angebote mit eingebunden werden.

- Den Ausbau des Schutzes der kritischen, insbesondere der digitalen, Infrastruktur der Bahn

## 1. Beteiligung

Immer mehr Bevölkerungsgruppen bringen sich in politische Prozesse ein, besonders dann, wenn sie nicht einverstanden sind. Auch die steigende Zahl von Bürger\*innenbegehren ist ein Zeichen verstärkten Bürger\*innenengagements. Doch speziell in der Verkehrspolitik müssen Bürger\*innen und andere Interessensvertreter\*innen gehört und mitgenommen werden. Sind neue Bahnstrecken geplant, müssen oft Flächen verwendet werden, die zuvor in Privatbesitz waren. Neue Verkehrsabschnitte verursachen zudem Lärm, zum einen während der Bauzeit und natürlich auch nach Eröffnung neuer Verkehrswege. Beim Bau neuer Radwege fallen zunächst oftmals bisherige Parkplätze weg, was bei den direkt Betroffenen zunächst nicht auf Akzeptanz stoßen wird. Betroffene haben ein berechtigtes Interesse, dass auch ihre Anliegen in den Entscheidungsprozess mit einbezogen werden. Auch Verbände können u.a. umweltrechtliche Aspekte einbringen, die genauso in den politischen Prozess mit einfließen müssen.

Die politische Aufgabe muss in Zukunft verstärkt sein, die Interessenabwägung in stärkerem Maß als bisher zu moderieren. Den Bürger\*innen müssen auch Angebote gemacht werden, wenn ihrem Interesse im Sinne des Gemeinwohls nicht vollständig Zustimmung signalisiert werden kann. Die Mitnahme möglichst aller Interessensvertreter\*innen ist Grundlage für die Akzeptanz politischer Entscheidungen und Identifikation mit der lokalen Gemeinschaft. Dazu müssen jedoch alle Betroffenen von Beginn an einbezogen und gehört werden.

### Wir fordern daher:

- Ein transparentes und inklusives Verfahren bei Verkehrsobjekten unter Einbeziehung aller Interessent\*innen. Die Aufgabe der Politik muss sein, die politische Auseinandersetzung mit Blick auf die beste Lösung für das Gemeinwohl zu moderieren. Das bedeutet auch, die Partizipation von und mit marginalisierten Gruppierungen zu erleichtern.
- Umfassenden Interessenausgleich zwischen verschiedenen Gruppierungen und Anliegen organisieren. Die Themen Lärmschutz, Umweltschutz und Artenschutz müssen von Beginn jedes politischen Prozesses an mit einbezogen werden.
- Gleichzeitig ist es wichtig, dass Beteiligung nicht dazu führen darf, den Ausbau zu verlangsamen.

## 1. Investitionen

Infrastrukturelle Maßnahmen sind langfristige Investitionen in die Zukunft, die dementsprechend auch langfristige Folgen und Auswirkungen haben. Wir stehen vor der Aufgabe, die Emissionen im Verkehr zu verringern, verstopfte Innenstädte zu entlasten und dem immer größeren Bedürfnis nach Mobilität der Menschen im 21. Jahrhundert nachzukommen.



173 Der Bundesverkehrswegeplan sieht in dem Zeitraum von 2016 - 2030 Investitionen in  
174 Höhe von ca. 270 Milliarden Euro vor. Zirka 50% dieser Mittel fließen in den Aus- und  
175 Neubau von Straßen, ca. 42% sind für den Bereich Schieneninfrastruktur vorgesehen.  
176 Investitionsbedarf besteht selbstverständlich auch im Bereich der  
177 Straßeninfrastruktur. Doch um die Mobilität der Zukunft zu gestalten, muss der Anteil  
178 der Gelder für Projekte rund um die Schiene deutlich erhöht werden.

179 Wie sehr in Deutschland die Schiene vernachlässigt wird, zeigen aktuelle Zahlen der  
180 Allianz pro Schiene für das Jahr 2021. Im europäischen Vergleich sind die Pro-Kopf-  
181 Investitionen in die Schieneninfrastruktur viel zu niedrig. Während Deutschland 124€  
182 pro Einwohner\*in investierte, liegen die Investitionen in anderen europäischen  
183 Ländern wie Luxemburg (607€), der Schweiz (413€) und Norwegen (315€) wesentlich  
184 höher. Die Investitionen in die Schieneninfrastruktur in Deutschland steigen nur  
185 langsam, was in Anbetracht der seit Jahren rapide steigenden Baukosten kaum zu einem  
186 Mehr an Bautätigkeit im Schienennetz geführt haben dürfte.

187 Die Eisenbahninfrastruktur in Deutschland hängt bereits hinter dem aktuellen Bedarf  
188 zurück. So sind z.B. die für den europäischen Güterverkehr wichtigen Trassen im  
189 Großraum Stuttgart chronisch überbelegt. Deutschland kam lange getätigten  
190 Ausbauszusagen auch europäischen Partner\*innen gegenüber nicht nach. Gleichzeitig  
191 konzentriert sich der Ausbau der Streckeninfrastruktur vor allem auf schnell  
192 befahrbare Hochgeschwindigkeitsstrecken, die bspw. aufgrund starker Steigungen nicht  
193 von Güterzügen befahren werden können.

194 Weiterhin kommt es auf überbelegten Strecken zu Verspätungen, da Züge aufeinander  
195 warten müssen oder durch vorausfahrende, langsamere Fahrten blockiert werden.  
196 Zusätzliche Gleise, Überhol- und Wartestellen, sowieso zusätzliche Gleise im  
197 Bahnhofsbereich sind in den letzten Jahrzehnten zurückgebaut worden, was erneut  
198 rückgängig gemacht werden muss. Entsprechend wenig resilient ist das Schienennetz  
199 gegenüber Betriebsstörungen und Bauarbeiten.

200 Der Fokus auf Hochgeschwindigkeitsstrecken lässt den Regionalverkehr außer Acht,  
201 obwohl der Fernverkehr im Vergleich nur einen Bruchteil des Personenverkehrs auf der  
202 Schiene ausmacht.

203 Drei Faktoren entscheiden darüber, ob ein ICE zwischen zwei Städten schnell unterwegs  
204 sein kann oder nicht:

205 1) Eine durchgängig auf 300 km/h ausgebaute Trasse

206 Wenn nur Teilstücke bis 300 km/h zugelassen sind, muss der Zug immer wieder auf 250,  
207 200 oder gar nur 160 km/h abbremesen. Dadurch sinkt die Durchschnittsgeschwindigkeit  
208 rapide - entsprechend steigt die Reisezeit.

209 2) Eine nicht überlastete Strecke

210 In Deutschland teilen sich Fernverkehrszüge die Gleisanlagen mit Regional- und  
211 Güterzügen. Je mehr Züge auf einem Streckenabschnitt verkehren, desto größer ist die  
212 Gefahr, dass Hochgeschwindigkeitszüge langsamer fahren oder ihre Fahrt stoppen  
213 müssen, weil vor ihnen liegende Bereiche nicht freigegeben sind. Ein separates Netz  
214 ausschließlich für Hochgeschwindigkeitszüge vermeidet solche Probleme.

215 3) Möglichst wenige, am besten gar keine Zwischenhalte

216 Jeder Stopp kostet Zeit - fürs Bremsen und Beschleunigen und für das Stehen auf dem



217 Bahnhof. Ein dreiminütiger Halt verlängert eine Fahrt um mindestens sechs Minuten im  
218 Vergleich zu einem Zug, der mit 200 km/h am Bahnhof vorbeifährt. Ist die Fahrt 300  
219 km/h schnell, liegt der Zeitverlust für den gleichen Stopp zwischen acht bis neun  
220 Minuten.

221 Wir fordern daher:

- 222 • Wir fordern, Investitionen in den Aus- und Neubau sowie die Instandhaltung der  
223 Bahninfrastruktur zu priorisieren. Die beschlossenen Erhöhungen im letzten  
224 Bundesverkehrswegeplan halten wir nicht für ausreichend. Zudem meldet die  
225 Deutsche Bahn selbst weiteren Bedarf an finanziellen Mitteln an, damit die  
226 Pünktlichkeit und Taktung im Bahnverkehr gewährleistet und ausgebaut werden  
227 kann. Die Mittel für die Bahninfrastruktur im Bundesverkehrswegeplan sollen  
228 mindestens auf das Niveau gehoben werden, die aktuell für den Straßenbau  
229 vorgesehen sind.
- 230 • Die Schieneninfrastruktur muss so ausgebaut werden, dass sie dem steigenden  
231 Bedarf abdeckt, einen Resilienz gegenüber Betriebsstörungen Verspätungen anderer  
232 Züge herstellt.
- 233 • Perspektivisch fordern wir, dass von jeder Landgemeinde, innerhalb von einer  
234 Stunde Zugfahrt Zugang zum Fernverkehrsnetz hat. Dazu müssen neue Strecken und  
235 Fernbahnhöfe eingerichtet werden, insbesondere in Ostdeutschland. Wir begrüßen  
236 die Einrichtung von Sprinter-Verbindungen, die ohne Zwischenhalte zwischen  
237 Metropolen verkehren. Um das Hochgeschwindigkeitsnetz weiter auszubauen, müssen  
238 Nadelöhre in der jetzigen Streckenführung durch Ausbau des Netzes erweitert  
239 werden.. Projekte wie z.B. die Neubaustrecke Bielefeld-Hannover, oder bessere  
240 Anbindung des Bahnknotens Frankfurt am Main (Hbf) vorangetrieben werden.  
241 Außerdem ist der Neu- und Ausbau von Schnellfahrstrecken mit  
242 Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 350 km/h erforderlich.
- 243 • Einführung eines deutschlandweiten Taktfahrplans bzw. des sogenannten  
244 Deutschlandtaktes. Die Bahnstrecken müssen so ausgebaut und optimiert werden,  
245 dass im Idealfall von jedem wichtigen Bahnhof alle 30 Minuten ein Zug in jede  
246 Richtung abfährt. Im sogenannten Deutschland-Takt werden lange Umsteigezeiten  
247 durch abgestimmte Fahrpläne vermieden.
- 248 • Wiedereinführung der Nachtzüge und europaweiten Nachtzüge (Schlafwagen) auf  
249 allen wichtigen Fernverkehrsstrecken, um zu jeder Uhrzeit eine umweltfreundliche  
250 Alternative zu haben.
- 251 • Investition in Barrierefreiheit: Um allen Menschen Zugang zum Bahnverkehr zu  
252 ermöglichen, müssen alle Bahnhöfe und Züge flächendeckend barrierefrei zu  
253 erreichen sein.

## 254 1. Metropolregionen

255 In suburbanen Gebieten ist der Ausbau von Schienenstrecken viel zu langsam  
256 vorangekommen. Selbst am Stadtrand sind in den deutschen Großstädten Lücken im  
257 Schienennetz vorhanden. Schon am Rande des urbanen Raums wird deutlich, dass der  
258 Staat ihrer Pflicht der Daseinsvorsorge häufig nicht nachkommt.

259 Neue Bahnstrecken ziehen lange Genehmigungsprozesse nach sich und wurden bisher von  
260 der Politik zu langsam angepackt und umgesetzt. Im Ergebnis fahren viele

Pendler\*innen aus dem nahegelegenen Umland mit dem Auto in die Stadt, zum Teil, da das Bahnfahren zu umständlich ist oder ganz einfach aus dem Mangel an Alternativen. Für viele Orte in suburbanen Gebieten besteht zwar ein Fahrgastpotential, jedoch keine direkte Schienenverbindung in die nahegelegene Großstadt. Vielerorts müssen sich momentan Nah- und Fernverkehr die Trassen teilen, häufig findet auf derselben Strecke sogar noch Güterverkehr statt. Dadurch entstehen Verspätungen und eine niedrigere Taktdichte.

Sofern tatsächlich ein Bahnanschluss vorhanden ist, führen verschiedene Tarifzonen zu einer mangelnden Attraktivität des Schienenpersonennahverkehrs, denn Fahrkarten über Stadt- und Tarifgrenzen hinaus sorgen für teure ÖPNV-Preise. Dies ist für Menschen ein weiterer Grund, das Auto für den Weg in die Stadt zu nehmen.

#### Wir fordern daher:

- Eine Trennung von S-Bahn-, Regional- und Fernverkehrstrassen sowie Güterzugstrecken in Metropolregionen. Im Umfeld von Großstädten und in Metropolregionen treffen S-Bahnen, Regionalzüge und Fernverkehrszüge aufeinander. Jede dieser Zuggattungen bedient unterschiedliche Haltestellen bzw. Bahnhöfe. Im Ergebnis entstehen dadurch vermehrt Nachteile für alle Bahnfahrer\*innen. Der Fernverkehr wird ausgebremst, im Gegenzug muss sich der Regionalverkehr dennoch dem Fernverkehr unterordnen. Durch die Trennung der Trassen ist es möglich, im Nah- und Fernverkehr Taktfahrplan zu errichten, der direkte Anschlüsse am großen Knotenpunkt der Großstadt und stark frequentierten Kreuzungsbahnhöfen innerhalb der Metropolregion ermöglicht.
- Um den innerstädtischen ÖPNV zu entlasten, müssen Tangentialverbindungen ausgebaut werden. Das sind Verkehrslinien (Bus- oder Straßenbahnlinien), die innerhalb verschiedener Stadt- oder Ortsteile verlaufen, jedoch keine direkte Verbindung mit dem Stadtzentrum schaffen
- In Städten, in denen kein Schienenpersonennahverkehr gewährleistet ist, müssen die Busspuren maximal ausgebaut sein.
- Nicht jede Metropolregion gleicht der anderen und die Voraussetzungen für einen bedarfsgerechten und attraktiven öffentlichen Nahverkehr unterscheiden sich zwischen den Ballungszentren durchaus. Daher muss auch in diesen Regionen der Fokus darauf gelegt werden, nicht nur weitere Stilllegungen von Bahnstrecken zu verhindern sondern bereits stillgelegte Strecken zu reaktivieren. Gerade in den Randgebieten von Metropolregionen muss rund um die Uhr eine ausreichende Anbindung an die zentralen Verkehrsknotenpunkte gewährleistet sein. Die Takte bestehender Nahverkehrsverbindungen müssen verdichtet und die Zeiten, in denen Strecken bedient werden, verlängert werden.

#### **1. Ländlicher Raum**

Rund 6.500 Kilometer Bahnstrecken sind seit 1990 in Deutschland stillgelegt worden - das ist beinahe ein Fünftel des gesamten deutschen Schienennetzes. Besonders hart traf es dabei die Bundesländer in Ostdeutschland: Fast die Hälfte der stillgelegten Strecken befinden sich dort. Vor allem in ländlichen und dünn besiedelten Regionen werden Strecken aufgegeben. Sie seien ökonomisch nicht rentabel und könnten deswegen nicht weiter betrieben werden, argumentierten die Infrastrukturbetreiber\*innen. Die Folgen dieser Politik sind bis heute vom Bahnverkehr abgehängte Regionen -

insbesondere in ländlichen Gebieten und strukturschwachen Regionen. Die Bahn musste infolge des geplanten Börsengangs Gewinne erwirtschaften. Bahnstrecken in strukturschwachen Regionen passten nicht in dieses Unternehmensziel. Im Ergebnis erfüllte die Bahn im ländlichen Raum ihre wichtige Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge heute häufig nicht oder nur unzureichend. In den betreffenden Regionen sind die Einwohner\*innen auf das Auto angewiesen. Kinder, Jugendliche und Senior\*innen ohne eigenes Auto können nicht uneingeschränkt am öffentlichen Leben teilnehmen. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen zwischen Stadt und Land kann hier keine Rede sein.

Unterschiedliche Gesellschaftsgruppen nutzen den ÖPNV auf verschiedene Arten und haben andere Bedürfnisse an die Streckenführung. FINTA\* übernehmen, auch wenn unsere Rollenerwartung eine andere ist, immer noch häufig den Großteil der haushaltsbezogenen Care-Arbeit. Sie gehen Einkaufen, begleiten zu Terminen bei Ärzt\*innen, übernehmen Hol- und Bringdienst-Aufgaben bei der Freizeitgestaltung von Kindern, oder erledigen Aufgaben wie Paketabholung, Unterstützung von Freund\*innen, und vieles mehr. Die in Folge dieser Aufgaben anfallenden Wege unterscheiden sich von denen der stereotypisch eher Männern zugeschriebenen Rollen. Diese Anforderungen gilt es im Rahmen einer feministischen Verkehrsplanung zu berücksichtigen.

Der Staat muss den Ausbau, die Wartung und den Betrieb von Bahninfrastruktur, sowie den schienengebundenen Personen- und Güterverkehr als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sehen. Gewinnorientierte Interessen dürfen nicht über einen Bahnanschluss entscheiden. Die Anbindung des ländlichen Raums an das Schienennetz hat auch Vorteile für die Städte und Metropolregionen. Bewohner\*innen ländlicher Regionen, die ansonsten mit dem Auto in die Stadt fahren, haben mit der Bahn eine Alternative und können somit auch die Innenstädte entlasten.

#### Wir fordern daher:

- Der teilweise bis heute anhaltende Trend der Stilllegung von Bahnstrecken im ländlichen Raum außerhalb der Metropolregionen muss sofort beendet werden. Bahntrassen auf dem Land sind auszubauen und stillgelegte Bahnstrecken zu reaktivieren. Wir fordern die massenhafte Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken im ländlichen Raum. Das beinhaltet auch den Bau und die Errichtung neuer Bahnverbindungen im ländlichen Raum. Zudem sollte jede Großstadt (über 100.000 Einwohner) möglichst einen ICE-Halt haben, an dem mehrmals täglich ICEs halten.
- Knotenbahnhöfe bzw. Verkehrshubs in ländlichen Regionen sind zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität zu multimodalen „Mobilitätsdreh scheiben“ zu entwickeln. Diese verknüpfen leistungsfähige Angebote des Schienenpersonennahverkehrs auf den Hauptachsen mit örtlichen und regionalen elektrifizierte Busverkehrssystemen, Park+Ride, bedarfsorientierten Angeboten sowie mit E-Car-Sharing-Systemen und Fahrradverleihsystemen. Das Angebotskonzept für den Schienenpersonennahverkehr ist um leistungsstarke vertaktete regionale elektrifizierte Buslinien in Räumen zu ergänzen, die nicht vom Schienenverkehr bedient werden.
- Hoher Takt und schnelle, dichtere, direktere Verbindungen rund um die Uhr zu Knotenpunkten sicherstellen. Die Anbindung an die Bahnhöfe muss dringend und

schnellstmöglich verbessert werden. Deshalb ist es wichtig, den elektrifizierten Busverkehr und den On-Demand-Verkehr auszubauen. Gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land können nur realisiert werden, wenn es möglich ist, ohne eigenen PKW einen umweltfreundlichen Anschluss an das Fernverkehrsnetz zu erhalten. Nur so können alle ländlichen Bewohner\*innen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

- Regelmäßige Zwischenhalte, On-Demand-Halte und tangentielle Streckenführung insbesondere auch außerhalb der Stoßzeiten am Morgen und zum Feierabendverkehr, um insbesondere den Bedürfnissen der Care-Arbeit übernehmenden Personen besser gerecht zu werden.
- Nachhaltereregungen, die ein Ein- und Aussteigen möglichst wohnortnah zu ermöglichen.
- Bahnhöfe müssen sicherer werden! Deswegen brauchen wir geschultes Personal an ausreichend beleuchteten Bahnhöfen zur Erhöhung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls, speziell geschulte Sozialarbeiter\*innen und flächendeckende Bahnhofsmmissionen. Trotzdem lehnen wir eine pauschale Ausweitung der Videoüberwachung an Bahnhöfen ab.

## 1. Rekommunalisierung-/Verstaatlichung

Mobilität ist ein Grundbedürfnis des Menschen und deshalb ein elementarer Teil der Daseinsvorsorge. Es ist Aufgabe des Staates, Mobilität als öffentliches Grundbedürfnis anzusehen, unabhängig von gewinnorientierten Interessen.

Nicht alle Investitionen in den Schienenverkehr können zu Beginn Gewinne erwirtschaften.

Die Privatisierung der Bahn ist gescheitert. Zahlreiche Strecken wurden stillgelegt, seit Jahren notwendige Investitionen werden mit Blick auf die Gewinnerzielungsabsicht vernachlässigt. Die Bürger\*innen können sich nicht auf eine funktionierende Bahninfrastruktur verlassen.

### Wir fordern daher:

- Gemeinsam mit Eisenbahner\*innen, Gewerkschaften und Nutzer\*innen ist eine moderne öffentliche Bahn im Interesse von Mensch und Umwelt zu entwickeln. Die Deutsche Bahn darf nicht mehr den Renditeinteressen ausgeliefert werden, sie ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- Damit diese Funktion in Zukunft besser umgesetzt werden kann, als das aktuell in der Organisationsform als Aktiengesellschaft möglich ist muss die Deutsche Bahn wieder in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform also eine Körperschaft oder Anstalt öffentlichen Rechts überführt werden, sodass eine staatliche Steuerung vereinfacht wird.
- Keine Aufspaltung des DB Konzerns in Netz und Betrieb.

## 1. Preise

### Nahverkehr

Nach Zahlen des statistischen Bundesamtes verteuerten sich die Tickets für Bus und Bahn seit dem Jahr 2000 um fast 79%. Die in den letzten zwei Jahrzehnten gestiegenen Energie-, Material- und Lohnkosten dürfen in der Analyse nicht außer acht gelassen

394 werden, jedoch haben sich flächendeckend die Kommunen immer weiter aus der  
395 Verantwortung gestohlen und Subventionen für den öffentlichen Verkehrssektor massiv  
396 zurückgefahren.

397 Mancherorts mussten die Fahrpreise durch die Verkehrsverbünde so stark erhöht werden,  
398 dass sich immer mehr Menschen ÖPNV-Fahrten nicht mehr leisten können. Damit wird die  
399 Abwärtsspirale weiter beschleunigt: Schlechteres Angebot führt zu weniger Fahrgästen  
400 und damit zu weniger Einnahmen, die Angebote werden unrentabler, also muss das  
401 Angebot ausgedünnt werden.

402 Für uns ist klar: Eine Verkehrswende ist auf Basis dieser Zahlen nicht möglich.  
403 Dieser Trend der stetigen und fast jährlichen Preiserhöhung muss gestoppt und  
404 umgekehrt werden.

#### 405 Wir fordern daher:

- 406 • Unser Ziel ist ein ticketfreier ÖPNV. Das bundesweite 49€-Ticket kann nur ein  
407 erster Schritt sein, denn kurzfristig bedarf es auch einer sozialverträglichen  
408 Lösung auf kommunaler sowie regionaler Ebene. Darüber hinaus sollen  
409 Schüler\*innen, Studis, Azubis einen kostenlosen Zugang zum ÖPNV bekommen, wenn  
410 sie glaubhaft nachweisen können, dass sie zur Schule gehen, im Studium oder in  
411 einem Ausbildungsverhältnis stehen. Unser Ziel ist ein umlagefinanzierter ÖPNV.
- 412 • Nahverkehrsabgabe für Unternehmen / Arbeitgeber\*innen: Auch Arbeitgeber\*innen im  
413 Einzelhandel, in der Gastronomie und im Hotelgewerbe ziehen einen Nutzen aus dem  
414 ticketfreien Bussystem. So erhalten Unternehmen beispielsweise infolge des  
415 erhöhten Bekanntheitsgrades und der attraktiveren ÖPNV-Anbindung einen  
416 erweiterten Zugang zu potenziellen Mitarbeiter\*innen und Kund\*innen.
- 417 • Touristenabgabe: Entsprechend einer Kurtaxe könnte für Tourist\*innen eine ÖPNV-  
418 Abgabe eingeführt werden, die auf den Zimmerpreis der jeweiligen Unterkunft  
419 „aufgeschlagen“ und dort auch eingezogen wird. Dabei soll die Kommune bzw. die  
420 Region selbst entscheiden, ob sie eine Abgabe erhebt.

#### 421 Fernverkehr:

422 Solange das Ticket für eine Bahnfahrt zwischen zwei deutschen Großstädten teurer als  
423 ein Ticket für den Flug ist, lassen sich kaum Reisende zum Umstieg auf den  
424 Schienenverkehr motivieren.

425

#### 426 Wir fordern daher:

- 427 • Ein faires Preismodell im Fernverkehr. Subventionierte und bezahlbare Preise,  
428 die den schienengebundenen Verkehr zur effizientesten Reiseform zwischen  
429 deutschen und europäischen Großstädten machen.
- 430 • Kostenlose Nutzung des Fernverkehrs für Schüler\*innen, Studierende,  
431 Auszubildende, FSJler und Rentner\*innen.
- 432 • Abschaffung einer klassenbezogenen Aufteilung in allen Zügen des Nah- und  
433 Fernverkehrs

#### 434 sowie bis zur Umsetzung der genannten Forderungen:

- 435 • Entkriminalisierung von Menschen die ohne Fahrschein fahren:  
436 Laut § 265a Strafgesetzbuch ist „Beförderungerschleichung“ eine Straftat. Wer

437 dreimal beim Fahren ohne Fahrschein von Kontrolleur\*innen ertappt wird, erhält  
438 eine Anzeige durch den Verkehrsbetrieb, manchmal sogar schon nach dem ersten  
439 Mal. Zahlt die beklagte Person dann immer noch nicht, muss sie in der Regel nach  
440 einem Gerichtsverfahren eine Ersatzfreiheitsstrafe von etwa zwei Wochen  
441 antreten. Fahren ohne Fahrschein darf keine Straftat sein. Wir fordern daher die  
442 Streichung von §265a Strafgesetzbuch.

#### 443 **1. Europa / Internationaler Schienenverkehr**

444 Schon jetzt gibt es Hochgeschwindigkeitszüge, die mit wenig zeitlichem Mehraufwand  
445 mit Flügen konkurrieren können. Die Fahrgastzahlen belegen: Dort, wo  
446 Hochgeschwindigkeitsstrecken existieren, werden sie auch angenommen.

447 Wir wollen ein Europa, das sich zum Ausbau eines europäischen Schienennetzes  
448 verpflichtet, weit über die bisher existierenden Strecken hinaus.

449 Die EU muss sich im Zuge klimafreundlicher Mobilität zur Aufgabe machen, Alternativen  
450 für innereuropäische Flüge zwischen Metropolen auf dem Markt anzubieten. Zu einem  
451 europäischen Binnenmarkt und einem Europa der offenen Grenzen gehört aus unserer  
452 Sicht auch ein breites europäisches Schienennetz über die Grenzen von einzelnen  
453 Nationalstaaten hinaus.

#### 454 Wir fordern daher:

- 455 • Den Bau neuer Hochgeschwindigkeitsstrecken zwischen europäischen Städten und  
456 Errichtungen neuer Verbindungen. Wir wollen ein Europa, das sich zum Ausbau  
457 eines europäischen Schienennetzes verpflichtet, weit über die bisher  
458 existierenden Strecken hinaus.
- 459 • Um allen Europäer\*innen Zugang zum europäischen Zugnetz zu ermöglichen, wollen  
460 wir das Interrailticket für alle bis 27 Jahren kostenlos anbieten.

## **Antrag W01: Volle Kraft voraus! – Zeitenwende auch in der Werftpolitik**

Die maritime Wirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung und zu Arbeitsplätzen in Deutschland. Der Transport von Waren und Gütern über den Schiffsverkehr ist Voraussetzung für weltweiten Handel. Im Zusammenhang mit Umweltschutz und der Bekämpfung der Folgen des Klimawandels ist für uns die Vereinbarkeit von Naturschonung und wirtschaftlicher Nutzung unabdingbar. Der Verschmutzung von Meeren, Flüssen und Seen durch Schifffahrt und Industrie muss auf allen Ebenen aktiv entgegengetreten und bestehende Maßnahmen und Kontrollen effektiver gestaltet werden.

Norddeutschland ist traditionell sehr stark mit der maritimen Wirtschaft verknüpft. Bundesländer und Stadtstaaten an der Nord- und Ostsee sind historisch geprägt vom Leben am Meer, vom Handel über das Meer und der wirtschaftlichen Nutzung des Meeres. Hafen- und Logistikstandorte sind bis heute Teile der wichtigsten Infrastrukturen in Deutschland. Naturgemäß schließt sich an diese Lage eine gewachsene Struktur für Entwicklung, Bau und Reparatur von Schiffen an. Es verwundert daher nicht, dass der maritime industrielle Schiffbau in Deutschland seinen Schwerpunkt in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Hamburg hat. Auch die Binnenschifffahrt leistet einen wichtigen Teil zur deutschen Wirtschaft, dessen Schwerpunkt wiederum in Nordrhein-Westfalen und insbesondere in Duisburg, der Stadt mit dem größten Binnenhafen der Welt, liegt.

Die maritime Wirtschaft ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur elementarer Bestandteil des Wirtschaftslebens, sondern durch die von ihr generierten verschiedenen Möglichkeiten von Erwerbsarbeit auch von elementarer Bedeutung für die Gesellschaft. Für ganz MV, aber vor allem für die Standorte Wismar, Rostock und Stralsund spielen die Werften eine herausgehobene wirtschaftliche Rolle. Sie prägen Stadtbild und regionale Identität und sind in dieser Niedriglohnregion, die durch den Tourismussektor dominiert wird, die einzig relevanten Industrien mit einer strengen Tarifbindung. Nicht nur die unmittelbaren Arbeitsplätze auf den Werften, sondern auch tausende Beschäftigte bei den Zuliefer\*innen, sind abhängig vom Zustand der Werften.

In Niedersachsen arbeiten alleine bei der Meyer-Werft in Papenburg mehr als 3.500 Beschäftigte. Sie ist mit den Nordseewerken und den diversen Zulieferbetrieben ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im nördlichen Emsland und südlichen Ostfriesland, insbesondere durch die gezahlten Tariflöhne. In Cuxhaven wurden in der Vergangenheit vorwiegend Fischereischiffe repariert und gewartet und an der Unterweser wird an zahlreichen Standorten Schiffbau verschiedener Klassen betrieben.

Bremen ist traditionell eng mit der maritimen Wirtschaft verbunden. Nicht zuletzt seinen Häfen und den hier angesiedelten bedeutenden Werften verdankt Bremen seine Eigenständigkeit und jahrhundertelange Prosperität. Auch heute sind Lürssen, Lloyd und andere große Industrieunternehmen wichtige Arbeitgeber. Gleichzeitig ist Bremens jüngere Geschichte aber eng verknüpft mit der Krise des Schiffbaus und der damit einhergehenden Massenarbeitslosigkeit.

Großstädte in Schleswig-Holstein sind in den vergangenen Jahrhunderten maßgeblich durch die maritime Wirtschaft gewachsen. Große Teile der Gewerbesteuererinnahmen und mehrere Tausend Arbeitsplätze beruhen auf diesem Wirtschaftszweig. In den vergangenen



Jahrzehnten begann im Bundesland der Zerfall dieser Industrie, indem mehrere Standorte zusammengefasst wurden, Betriebe Insolvenz anmelden mussten und hunderte Kolleg\*innen ihren Job verloren. Teile der Betriebe wurden durch neue Großinvestoren aufgekauft. Durch die Umstrukturierung der Betriebe gingen Arbeitsplätze langfristig verloren und Tarifverträge wurden durch schlechtere Neuverträge ersetzt.

Die maritime Wirtschaft hat in den letzten Jahrhunderten entscheidend zur Entwicklung Hamburgs beigetragen. Dieser Einfluss ist bis heute deutlich sichtbar und prägt das Stadtbild. Sie ist bis heute wichtiger Arbeitgeber und wesentlicher Wirtschaftsfaktor, neben dem Hafen sind dies insbesondere Werften wie Blohm und Voss. Allerdings sind auch die Krisen und Probleme der deutschen Werften spürbar, von den einstigen Großwerften ist nur noch Blohm+Voss übrig, mit Pella Sietas musste im letzten Jahr eine der ältesten Werften endgültig Insolvenz anmelden. Damit einher geht ein stetiger Verlust von Arbeitsplätzen. Über die Küste und den Norddeutschen Raum hinaus wirken die Häfen, der Seehandel und die Schifffahrt auf das gesamte Bundesgebiet. Maritime Wirtschaft kann ohne eine enge Verzahnung mit der Industrie im Landesinneren keine Prosperität entwickeln. Ihre strategische Bedeutung und ihre Rolle im weltweiten Handel können sie nur durch eine gut ausgebaute Hinterlandanbindung – auf Straße, Schiene und insbesondere auf dem Wasserweg entfalten. Dadurch fällt den Wasserstraßen, den Binnenhäfen, der Binnenschifffahrt und dadurch mittelbar auch dem Binnenschiffbau eine gewichtige Rolle in der Maschinerie der Maritimen Wirtschaft zu.

#### **Die grundsätzlichen Probleme sind nicht neu!**

Teile der maritimen Wirtschaft stecken nun schon seit mehreren Jahrzehnten in einer tiefgreifenden Krise. Diese Krise des europäischen und insbesondere des deutschen Schiffbaus hat sich in den letzten Jahren noch einmal dramatisch verschärft. Ein Großteil des weltweiten Handelsschiffbaus konzentriert sich bereits jetzt auf den südostasiatischen Raum, insbesondere China, Südkorea und Japan haben hier einen Marktanteil von 90% im Bau von Handelsschiffen. Vergleichbar ist die Lage für die Reparatur von Schiffen – diesen werden zumeist dort gewartet und repariert, wo sie gebaut wurden. In Deutschland werden aus diesem Grund in erster Linie Yachten und Spezialschiffe repariert.

Der Standortvorteil dieser Länder resultiert aus billigen Produktionskosten, günstigen Vorprodukten, die häufig mit problematischen Umweltauswirkungen produziert werden und den niedrigen Personalkosten, mit den damit verbundenen teilweise menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen. Diese strukturellen Probleme sind im Wesentlichen seit der Werftenkrise in den 1980er Jahren bekannt und ein Patentrezept für die Lösung ist bis heute nicht gefunden. Gerade im sehr stark internationalen Gebiet der maritimen Wirtschaft helfen protektionistische Maßnahmen nur begrenzt, da eine wechselseitige Abhängigkeit besteht und viele Teile der maritimen Wirtschaft nur wegen der starken Globalisierung erfolgreich sind. Globale Abhängigkeiten dürfen keine Ausrede sein, die Transformation hin zu einem klimaneutralen Schiffsbau voranzubringen und neben der Produktion auch die CO<sub>2</sub>-Bilanz von Transportwegen in den Fokus zu rücken.

Immer neue Insolvenzen, wie zuletzt die der MV Werften, der Lloyd-Werft oder bei Pella Sietas in Hamburg, legen die oben genannten strukturellen Probleme immer wieder deutlich offen. Insbesondere der deutsche Schiffbau ist stark abhängig von

Nischenmärkten wie Kreuzfahrt- oder Yachtschiffbau oder militärischen Auftraggebern. In den vergangenen 5 Jahren vor der Corona-Pandemie hatte es zuletzt sogar eine Stabilisierung und leichte Erholung in dieser Nische gegeben und die Beschäftigtenzahlen wuchsen leicht an.

#### **Aktuelle Krisen schaffen neue Herausforderungen**

Die multiplen Krisen unserer Zeit verschärfen diese bestehenden Probleme massiv und machen viele positive Entwicklungen zu Nichte. Klimawandel, Corona und Ukraine-Krieg haben Auswirkungen auf beinahe alle Lebensbereiche und machen auch vor dem Schiffbau nicht Halt. Alle diese Krisen stellen unterschiedliche Herausforderungen an die krisengeplagten Werften und machen eine Neuausrichtung der deutschen und europäischen Werftpolitik notwendig.

Der Kreuzfahrtschiffbau ist durch die Covid-19-Pandemie in eine schwere Krise geraten, die dazu führt, dass selbst in Auftrag gegebene und fast fertige Kreuzfahrtschiffe nicht mehr abgenommen werden (siehe „Global 1“ in Wismar). Alleine 2021 wurden durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie bei den norddeutschen Werften 1.500 Arbeitsplätze gestrichen. Etwa die Hälfte der Werftarbeiter\*innen war oder ist immer noch in Kurzarbeit. Angesichts der rapide voranschreitenden Klimakrise und der allgemein stark fluktuierenden Nachfrage, braucht es mehr Subventionen, um den Lebensstandard und die Perspektiven der Arbeiter:innen zu sichern. Wir fordern daher analog zu Transformationsprozessen, bspw. in der Automobilindustrie, das Verankern von Kommissionen zur Transformation der Produktion in den Werften im BetrVG. Diese sollen die rechtlichen Kompetenzen erhalten, auch auf den wirtschaftlichen Prozess der Unternehmen Einfluss zu nehmen und gleichzeitig mit genügend staatlichen Hilfsmitteln abgesichert sein, um mitunter lang andauernde Umbauprozesse zu gestalten.

Seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine haben sich die Prämissen deutscher Außenpolitik geändert. Diese veränderten Prämissen müssen sich auch auf weitere Bereiche erstrecken. Die "Zeitenwende" muss mehr bedeuten und Abhängigkeiten von autokratischen Staaten müssen in Zukunft vermieden werden. Deutschland ist stark exportabhängig, der Umstand, dass ein Großteil des weltweiten Handelsschiffbaus in der unmittelbaren chinesischen Einflussphäre stattfindet, ist ein großes Risiko. Zudem sind die meisten Werften in Besitz privater, häufig international agierender, Großkonzerne oder im Eigentum von Multimilliardär\*innen. Das birgt viele Risiken, wie das Beispiel der MV Werften zeigt.

Für uns ist klar: Insbesondere kritische Infrastrukturen dürfen nicht in die Hände autokratischer Regime geraten. Dies gilt neben den Werften natürlich auch für die weiteren Teile der Hafeninfrastruktur. Beteiligungen autokratischer Staaten wie die des chinesischen Staatskonzerns COSCO an einem Containerterminal im Hamburger Hafen lehnen wir daher eindeutig ab. Das Geschäftsgebaren, mittels der Androhung der Verlagerung von Frachtrouten eine Beteiligung zu erzwingen, kommt einem Erpressungsversuch gleich. Diesem darf nicht stattgegeben werden, denn die Beispiele anderer europäischer Häfen wie in Piräus zeigen deutlich, dass die chinesischen Staatsbeteiligungen vor allem geostrategischen Erwägungen folgen und den eigenen Einflussbereich ausbauen sollen. Dies gilt es zu verhindern.

Durch die Sanktionen, insbesondere gegen reiche russische Geschäftsleute, sind mittelbar Werften im Yachtbau betroffen. Für diese müssen Lösungen und ein Umgang mit

bestehenden Aufträgen und den in den Werften liegenden Yachten gefunden werden. Deutschland ist bisher nicht bereit, diese Vermögenswerte einzuziehen. Dadurch ergeben sich laufende Kosten, die von den Eigner\*innen absichtlich nicht beglichen werden oder wegen der Blockade der Zahlungsmittel nicht beglichen werden können.

Im Falle einer außenpolitischen Isolation Chinas, bspw. durch einen Angriff auf Taiwan, muss sichergestellt werden, dass die Europäische Union in der Lage ist, mittelfristig eigene Handelsflotten bereitzustellen und zu unterhalten. Die Erfahrungen des russischen Angriffskrieges müssen deshalb zu einem Umdenken in der deutschen und europäischen Werftpolitik führen, indem sich von der Konzentration auf Nischenmärkte entfernt und eine internationale Konkurrenzfähigkeit im Segment des Handelsschiffbaus aufgebaut wird. Eine übertragbare Situation besteht im Binnenschiffbau: Ein Großteil der Binnenschiffe wird heute im asiatischen Raum gebaut und in den europäischen Markt exportiert. Für eine resiliente Hinterlandanbindung durch widerstandsfähige Binnenschifffahrt fällt den bestehenden deutschen und europäischen Binnenwerften, z.B. im Duisburger Hafen, eine Schlüsselrolle zu. Die bestehenden Kapazitäten für Neubau und Reparaturen dürfen nicht verloren gehen. Die technologische Wende der Antriebsmodell ist in der Zukunft entscheidend. Der deutsche Schiffbau zeichnet sich bereits jetzt durch eine hohe Innovationskraft aus, diese Vorteile in Technologiefragen müssen in Zukunft in einen grünen und nachhaltigen Schiffbau münden, um zum einen den Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen und zum anderen auf dem internationalen Markt trotz hoch subventioniertem Billig-Schiffbaus mit nicht erneuerbaren Antriebsformen zu bestehen.

Diese Entwicklung kann aber erst einsetzen, wenn die strukturellen Probleme des deutschen Schiffbaus aufgehoben werden. So gibt es im internationalen (auch europäischen) Vergleich einen sehr geringen Umfang von Subventionen in Deutschland, dadurch entsteht ein stetiger Wettbewerbsnachteil. Im Koalitionsvertrag der Unionsparteien und der SPD aus dem Jahr 2018, wurde vereinbart, jedoch nicht umgesetzt, den Überwasserschiffbau zur Schlüsseltechnologie zu erklären. Dies würde ermöglichen, dass Rüstungsaufträge im Marinebereich auch direkt an nationale Unternehmen vergeben werden. Deutschland würde damit dem Beispiel anderer europäischer Staaten folgen. Diese fordern wir nun schnellstmöglich umzusetzen.

In Anbetracht der vielen Korruptionsfälle bei der Rüstungsbeschaffung in den letzten Jahren kann eine solche "freihändige" Vergabe ohne Ausschreibung nur an entsprechend unserer Beschlusslage verstaatlichte Rüstungsunternehmen erfolgen.

Finanziert durch das Sondervermögen für die Bundeswehr stehen eine Reihe von Neubeschaffungen für die Marine an, diese Aufträge bieten das Potential, den Werften in Deutschland eine Perspektive zu geben und Arbeitsplätze zu sichern. Hier muss die SPD sich dafür einsetzen, dass die staatlichen Aufträge unabhängig von Seilschaften und Lobbyeinfluss vielfältig vergeben werden. Gleichzeitig halten wir an unserem Ziel fest, die Rüstungsindustrie zu verstaatlichen.

Die historisch einmalige Rolle deutscher Werften im Nationalsozialismus, ihre Expansion durch Zwangsarbeit, lassen für uns nur den Schluss zu, dass auch die Maritime Rüstungsproduktion langfristig keinen Platz in Deutschland haben sollte. Wir wollen grundsätzlich, wie auch in der gesamten Rüstungsindustrie und den jeweiligen Teilsparaten der Konzerne, die Gewerkschaften in ihrem lang anhaltenden Kampf um Konversion der Produktion unterstützen und fordern daher die gleichen Mittel und

182 Kompetenzen für Konversionsvorhaben, wie auch für die ökologische Transformation.

183 Bei der Marineindustrie muss bei schon bestehenden und weiteren Aufträgen allerdings  
184 zusätzlich beachtet werden, in welche Gebiete insbesondere U-Boote verkauft werden.  
185 U-Boote, die für Kriegseinsätze oder Militäroffensiven genutzt werden, sollten bei  
186 einem verhängtem Waffenexportstopp in solche Gebiete mit einbezogen werden. Eine  
187 Zeitwende in der Werftpolitik muss dies beachten.

188 Um den geopolitischen, ökologischen sowie ökonomischen Herausforderungen der Zukunft  
189 begegnen zu können, braucht es eine Neuausrichtung der Werftstrategie der  
190 Bundesregierung. Es braucht einen technologischen Meilensprung hin zu nachhaltigem  
191 (Transport-)schiffbau und eine Umstrukturierung der Besitzverhältnisse, die aus  
192 unserer Sicht zum einen eine Demokratisierung der Betriebe und zum anderen die  
193 Verstaatlichung der Standorte dort anvisieren muss, wo diese nicht bereits auf  
194 öffentlichem Grund (Hafengebiete) angesiedelt sind. Die in der „maritimen  
195 Forschungsstrategie 2025“ vorgesehene Förderung für die Industrieforschung muss  
196 ausgebaut und erhöht werden. Für eine Sicherstellung von einer nachhaltigen  
197 Transformierung von Standorten in strukturschwache Regionen. Zudem benötigt es eine  
198 garantierte Standortsicherung der Werften, die die Voraussetzungen für  
199 Transportschiffbau mitbringen. Im Sinne einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft muss  
200 auch Abwrackung und Recycling von Schiffen vermehrt hier in Europa stattfinden,  
201 wodurch neue langfristige Arbeitsplätze mit verschiedenen Qualifizierungsniveaus  
202 entstehen. Bisher findet die Verschrottung überwiegend in Ländern mit geringen  
203 Standards für Arbeitssicherheit und unter Missachtung der Umweltauswirkungen statt.  
204 Nachhaltigkeit muss sich aber auf das ganze „Leben“ eines Schiffes beziehen.

205 Zudem benötigt es eine garantierte Standortsicherung der Werften, die die  
206 Voraussetzungen für Transportschiffbau mitbringen. Im Sinne einer nachhaltigen  
207 Kreislaufwirtschaft muss auch Abwrackung und Recycling von Schiffen vermehrt hier in  
208 Europa stattfinden, wodurch neue langfristige Arbeitsplätze mit verschiedenen  
209 Qualifizierungsniveaus entstehen. Bisher findet die Verschrottung überwiegend in  
210 Ländern mit geringen Standards für Arbeitssicherheit und unter Missachtung der  
211 Umweltauswirkungen statt. Nachhaltigkeit muss sich aber auf das ganze „Leben“ eines  
212 Schiffes beziehen. Die Europäische Union hat sich im Rahmen des European Green Deal  
213 vorgenommen, die CO2 Emissionen des Maritimen Transports bis zum Jahr 2050 um 90% zu  
214 reduzieren obwohl zugleich mit einem steigenden Frachtaufkommen gerechnet werden  
215 muss.

216 Ziel muss es sein, eine europäische Souveränität auch im Bereich des globalen  
217 Schiffmarktes herzustellen. Diese Zielstellung begreifen wir als mittel- und  
218 langfristig angelegt, da auch die Vergesellschaftung in enger Abstimmung mit den  
219 Gewerkschaften und Arbeitnehmer\*innen vor Ort geschehen muss und einer grundlegenden  
220 gesellschaftlichen Debatte bedarf. Für uns ist weiterhin klar, dass wir eine  
221 Demokratisierung der Betriebe anstreben. Diese Demokratisierung wird sich allerdings  
222 in den aktuellen Besitzverhältnissen nicht vollziehen. Aus unserer Sicht kann die  
223 Teilhabe der Arbeitnehmer\*innen am Betrieb, durch eine Übernahme der Standorte durch  
224 den Bund am ehesten gelingen.

225 Kurzfristig aber muss die Priorität darauf liegen, die Werftstandorte zu halten, auch  
226 in aktuell ungünstigen Besitzverhältnissen. Dafür braucht es einen  
227 institutionalisierten Werftaufgang-Fonds des Bundes. Die Zeiten der „Schwarzen

228 Löcher“, in denen Subventionen und Rettungspakete des Bundes von Großkonzernen  
229 geschluckt werden, müssen aber endgültig vorbei sein. Um die anvisierten Ziele zu  
230 erreichen, müssen die Werften der Marktlogik entzogen werden. Der Markt wird die oben  
231 beschriebenen Herausforderungen nicht lösen können.

232 Die Klimakrise erfordert eine Umorientierung, auch im Schiffsbau. Die Neujustierung  
233 des Schiffbaus, hin zu nachhaltigen Antriebssystemen ist aber auch eine einmalige  
234 Chance. Neben Antriebssystemen müssen auch die Konditionen des Schiffbaus angefasst  
235 werden. So muss es möglich sein, in Zukunft für den Schiffbau nur noch „grünen  
236 Stahl“, der zum einen ökologisch-nachhaltig und zu gerechten Arbeitsbedingungen  
237 hergestellt wird, verwendet werden. Hierfür muss das Vergaberecht reformiert werden.  
238 Dieser „teurere Stahl“ wird die Produktionskosten erhöhen, um diesen  
239 Wettbewerbsnachteil auszugleichen, braucht es staatliche Maßnahmen, die in der Lage  
240 sind, diesen auszugleichen. Daneben gilt es, einen Markt für die hier produzierten  
241 Schiffe zu schaffen. In Deutschland und der EU eingeflaggte Schiffe sollen zukünftig  
242 nachhaltig hergestellt worden sein und über nachhaltige Antriebstechnologien  
243 verfügen. Gleichzeitig gilt es den anhaltenden Trend zur Ausflaggung inländischer  
244 Schiffe zu stoppen, denkbare Mittel sind hier die gesetzliche Verpflichtung  
245 europäischer Speditionen und Reedereien, sowie finanzielle Anreize über Liege- und  
246 Passagegebühren. Klar ist aber auch, solche Maßnahmen lassen sich nur verwirklichen,  
247 wenn sie im europäischen Verbund geschehen.

248 Für die europäischen Gewässer setzen wir uns für eine Begrenzung der Größe und  
249 Tonnage je Schiff ein. Den Trend zu immer größeren Schiffen betrachten wir kritisch.  
250 Einerseits lassen sich damit Kosten für den Transport drücken, andererseits steigen  
251 das Risiko und die Auswirkungen einer schweren Havarie mit zunehmender Größe. Mit  
252 einer Begrenzung der Tonnage fallen umweltschädliche Erweiterungen von Hafen- und  
253 Werftanlagen, Vertiefungen natürlicher Gewässer und Fahrrinnen weg.

254 Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die Schaffung eines Rechtsrahmens ein, um  
255 die Subventionierung und auch die flächendeckende Vergesellschaftung in dieser  
256 Branche zu ermöglichen. Dabei sollen nationale Alleingänge verhindert werden. Darüber  
257 hinaus soll ein ständiges Austauschgremium bestehend aus Vertreter\*innen aus Politik,  
258 Gewerkschaft und Werften mit dem Ziel geschaffen werden, ein harmonisches Vorgehen  
259 zwischen den betreffenden Mitgliedsstaaten zu erreichen.

## Antrag W12: Genug ist Genug

1 Als Jusos erklären wir uns solidarisch mit der Aktion "Genug ist Genug" und ähnlichen  
2 Initiativen wie "Nicht mit uns!". Wir begreifen die massiven Preissteigerungen, das  
3 Ausbleiben von Lohnanpassungen und die ins Endlose schießenden Gewinne einiger  
4 weniger als massives Versagen in der Krise. Überall dort, wo Ortsbündnisse für  
5 Proteste und Aktionen entstehen, wollen wir diese unterstützen, so gut es geht.

6

7 Wir teilen die Ziele der Initiative insbesondere in Hinblick auf folgendes Statement:  
8 "Heizen, waschen, essen - das ist kein Luxus. Das ist Grundbedarf. Und dieser muss  
9 bezahlbar bleiben.

- 10 1. Winterhilfe für alle, in Form einer 1000€ Einmalzahlung
- 11 2. 9€-Ticket verlängern
- 12 3. Endlich höhere Löhne
- 13 4. Preisdeckel für den Grundbedarf an Energie
- 14 5. Energieversorgung sichern
- 15 6. Kriesenprofiteure besteuern "

16

17 Die aktuellen Preissteigerungen belasten die Mehrheit der Bevölkerung stark. Wir  
18 reden nicht mehr nur von den ärmsten 10% oder Menschen in der Grundsicherung, die auf  
19 einmal von Existenzängsten eingeholt werden. Wenn sich der Gaspreis versechsfacht,  
20 Strom und Lebensmittel teurer werden, dann reden wir von mehr als einem  
21 Wohlstandsverlust. Da in Deutschland die meisten Reallöhne seit den 90ern stagnieren,  
22 reden wir hier von einer realen Verelendung. Für uns Jungsozialist:innen reicht es  
23 deshalb nicht mehr aus, das vermeintlich bestmögliche in der Ampel durchzusetzen.  
24 Denn wer jetzt immer noch vom parlamentarischen Kompromiss und den langsamen Mühlen  
25 der Demokratie redet, der lebt an der Lebensrealität der 90% in diesem Land vorbei.  
26 Deshalb müssen wir uns solidarisch zeigen und gleichzeitig Druck auf die Regierung  
27 und die eigenen MdBs machen. Es geht hier nicht darum, an Profil für anstehende  
28 Wahlen zu gewinnen, es geht schlicht und ergreifend um Existenzen. Es geht um  
29 Studierende, Azubis, Alleinerziehende, Berufstätige, Rentner\*innen, es geht um  
30 Genoss\*innen und Kolleg\*innen. Ihre und unsere Stimmen müssen endlich wieder gehört  
31 werden, auch wenn die Fenster im Finanzministerium und im Kanzleramt noch so dick  
32 sind. Deswegen wollen wir die Protestbewegungen im Herbst stützen, stärken und ihnen  
33 so gut wie möglich Gehör verschaffen.

34 Wir werden das Mobilisierungspotential, dass das Bewusstsein über die wachsende  
35 Ungerechtigkeit mit sich bringt, nicht der politischen Rechten überlassen!